Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

ENTWACHSTUM:
Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums

Heft 4 – Dezember 2018 € 25,-

Editorial

3 Endwachstum – Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums

Aktuelle Analyse

9 *Stefan Diefenbach-Trommer*
Über Bewegungen, Politik und das Gemeinnützigkeitsrecht

Themenschwerpunkt

18 *Ulrich Brand/Mathias Krams*
Hat sich Degrowth nach zehn Jahren überlebt?

26 *Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer*
Revolution predigen, Karottensaft trinken? Zum Zusammenhang von Strömungen, Lebensstilen und Aktivismus im Degrowth-Spektrum

36 *Andreas Heilmann/Sylka Scholz*
Feministische Perspektiven auf die Praxis der Degrowth-Bewegung/Männlichkeiten

44 *Dorothea Schoppek*
Mitschwimmen oder untergehen?
Diskursive Strategien einer Degrowth-Bewegung

52 *Dennis Eversberg*
Gefährliches Werben
Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt

61 *Frank Adlers*
Mit verbindenden Politiken Einstiege in eine Postwachstums-Transformation gestalten

71 *Hauke Dannemann/ Anna Holthaus*
Degrowth wächst an Geschlechterperspektiven:
Genderaspekte in Degrowth-Konzeptionen und -Praxis

Pulsschlag

80 *Oliver Richters*
Konfliktlinien und politische Ziele im wachstumskritischen Diskurs

84 *Tom Schimmeck*
Mehr Sauerstoff für die Demokratie! Wider den Ansturm autoritärer Denkmuster

88 *Maria Rosaria Di Nucci/Klaus Müschen*
Gedächtnis Energiewende – Historie und Zukunft

93 *Jürgen Matzat*
Selbsthilfe im Gesundheitswesen

IPB beobachtet

98 *Sabrina Zajak*
Engagiert, politisch, präfigurativ – Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung

Literatur

106 *Fabian Flues*
Alltag und Ausbeutung im Kapitalozän
Lessenich, Stephan 2018: Neben uns die Sintflut: Wie wir auf Kosten anderer Leben. München: Piper Verlag.
Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus. München: oekom verlag.

108 *Matthias Neumann*
Eine andere Welt ist denkbar
Habermann, Friederike 2016: Ecommony. UmCARE zum Miteinander. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

111 *Jonathan Barth*
Die Donut-Ökonomie: Wachstumsagnostik statt Degrowth?
Raworth, Kate 2018: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München: Hanser.

114 *Christian Schröder*
Wege zu einer solidarischen Weltgesellschaft
Lieberg, Albert 2018: Der Systemwechsel: Utopie oder existenzielle Notwendigkeit? Marburg: Büchner Verlag.

118 *Luca Tratschin*
Protest in Bewegung!
Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) 2017: Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. Leviathan Sonderband 33. Baden-Baden: Nomos.

121 *Jens Kastner*
Die Kunst des „Faulen Handelns"
Lazzaro, Maurizio 2017: Marcel Duchamp und die Verweigerung der Arbeit. Wien u. a.: transversal texts.

123 **Abstracts**

129 **Impressum**

FJSBplus

Ricardo Kaufer/Paula Lein
Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung

Ulrich Demmer
Was ist „aktivistische Forschung" in, mit und für Degrowth?

Jana Holz
Postwachstum politisch und Wachstumskritik in der Politik. Ein kompliziertes Verhältnis mit Potenzial

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de/fjsb-plus

Endwachstum –

Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums

Der Begriff „Degrowth" – was so viel heißt wie „Entwachstum", „Wachstumsrücknahme" oder teilweise auch „Postwachstum" – hat in den letzten zehn Jahren eine erstaunliche Karriere erlebt. Seinen Ausgangspunkt hat er in der französischen Décroissance-Bewegung, die sich 2008 von Frankreich über Spanien und Italien in den angelsächsischen Raum ausgebreitet hat und auch in Deutschland aufgegriffen wurde. Dass der Begriff einen Nerv trifft, zeigt sich nicht nur an den Hunderten von wissenschaftlichen Publikationen zum Thema, die inzwischen erschienen sind, sondern auch an der Ausstrahlung der mit diesem Feld verknüpften gesellschaftspolitischen Kontroversen. Kristallisationspunkte von beidem sind die seit Paris alle zwei Jahre an wechselnden Orten abgehaltenen internationalen Konferenzen, die sich neben dem wissenschaftlichen Austausch durch starke aktivistische Elemente und eine enge Verbindung zu sozialen Bewegungen und praktischen Projekten auszeichnen. In Deutschland hat die Diskussion um Degrowth insbesondere seit der vierten internationalen Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014 Fahrt aufgenommen.

Wissenschaftlich hat sich um den Begriff „Degrowth" ein neues analytisch-kritisches Paradigma entwickelt (Weiss/Cattaneo 2017), das für die Revitalisierung und Weiterentwicklung der – zuvor über zwei Jahrzehnte hinweg weitgehend brachliegenden – Wachstumskritik und die Suche nach Alternativen zu Wachstum, Kapitalismus und Industrialismus steht. Die interdisziplinäre Forschungs-, Konferenz- und Debattenlandschaft hierzu ist kaum noch überschaubar (für einen neueren Forschungsüberblick vgl. Kallis et al. 2018, für systematisierende Arbeiten vgl. Schmelzer 2015; Muraca 2014) Inzwischen entstehen neben einer Vielzahl wissenschaftlicher Artikel aus unterschiedlichsten Fachrichtungen – vor allem den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den Umwelt- und Transformationswissenschaften sowie den Geistes- und Kulturwissenschaften – auch erste Einführungsbücher zum Thema (Kallis 2018; Schmelzer/Vetter 2019).

Als neues Paradigma firmiert Degrowth aber nicht nur für Teile der Wissenschaft, sondern auch für viele Akteure in der Zivilgesellschaft und in sozialen Bewegungen. Bewegungspolitisch sichtbar geworden ist Degrowth in Deutschland vor allem durch die großen aktivistischen Degrowth-Sommerschulen auf den Klimacamps im Rheinland (2015, 2016, 2017) und im Leipziger Land (2018), die teils in enger Verbindung mit politischen Aktionen wie «Ende Gelände» stattfanden (Schmelzer 2016). Daneben gibt es intensive Vernetzungen in andere soziale Bewegungen hinein, die sich auch für eine sozial-ökologische Transformation einsetzen (Konzeptwerk Neue Ökonomie/Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017). Auf aktivistischen Konferenzen wurden zudem Anknüpfungspunkte zu wie Reibungsflächen gegenüber aktuellen Kämpfen um Migration und Care ausgelotet.

Nicht nur hierzulande gibt es mittlerweile auch eine Vielzahl an Bildungs- und Studienangeboten mit Schwerpunkt auf Wachstumskritik und Postwachstum: von partizipativen Bildungsmethoden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit (Konzeptwerk Neue Ökonomie/Fairbindung 2015) über Sommerschulen (in Barcelona seit sieben Jahren) und vielfältige Universitätsseminare bis hin zu ersten Studiengängen (etwa der Master in Political Ecology am ICTA in Barcelona oder der Studiengang Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg).

Und schließlich hat die Diskussion zu Degrowth verschiedene politische Vorschläge und Debatten um teilweise auch realpolitische Transformationsprozesse mit angestoßen und einige Parteien haben angefangen, sich mit Degrowth auseinanderzusetzen (Adler/Schachtschneider 2017). Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung war eine von Mitgliedern des Europäischen Parlaments einberufene Konferenz in Brüssel im Oktober 2018, die darauf abzielte, die Möglichkeiten

einer „Postwachstumsökonomie“ in Europa auszuloten.

In all diesen Feldern ist „Degrowth“ zunächst vor allem ein bewusst provokanter politischer Slogan. Der Aufruf zum ‚Ent-Wachsen‘ stellt die Hegemonie des Wachstumsparadigmas in Frage und postuliert die theoretische und praktische Möglichkeit von Alternativen. Dabei kommen in der Debatte ziemlich vielfältige und teils auch widersprüchliche Strömungen und Positionen zusammen. Degrowth (und im deutschen Sprachraum in etwas anderer Weise auch Postwachstum, s. Schmelzer 2015) dient als Dachbegriff oder „frame“ (Demaria et al. 2013), der in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, Nachhaltigkeits- und Entwicklungsdiskussionen zu politisieren, wachstums- und technikfokussierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen und die Suche nach grundlegenden Systemalternativen zu intensivieren.

Dabei finden sich unter diesem Dach nicht nur vielfältige Akteure aus sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Strömungen mit Teilen ihrer jeweiligen Anliegen zusammen, sondern es findet auch kollektive Arbeit an einer spezifischen Zusammenführung unterschiedlicher Formen der Wachstumskritik – ökologische, sozial-ökonomische sowie kulturelle Kritik, Kapitalismuskritik, feministische und, Industrialismus- sowie Nord-Süd-Kritik – sowie die gemeinsame Suche nach Alternativen statt. Wegen dieser Vielfalt an Themen und Praktiken haben wir uns darauf verlegt, von einem politischen «Spektrum» zu sprechen, das insbesondere durch seine Verbindung mit anderen sozialen Bewegungen Dynamik entfaltet.

Die Kernfrage der Postwachstumsdebatte ist, wie die materiellen, sozialen und mentalen Infrastrukturen der gegenwärtig strukturell wachstumsabhängigen Gesellschaften so verändert werden können, dass sie ohne weiter stetig steigenden Material- und Energiedurchsatz nicht nur überlebensfähig, sondern auch in der Lage sind, soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen (Schmelzer/Vetter 2019). Häufig diskutierte Vorschläge in diesem Zusammenhang sind eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle sowie eine gesellschaftliche Stärkung der *care*-Arbeiten, ein Grund-, aber vor allem auch ein Maximaleinkommen, der Ausbau sozialer Infrastrukturen und nicht-monetärer, *commons*-basierter Formen der Daseinsvorsorge sowie eine ökologische Steuerreform, kombiniert mit radikaler Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Vor diesem Hintergrund nehmen die Beiträge des vorliegenden Schwerpunkthefts Degrowth in erster Linie als im Entstehen begriffene soziale Bewegung und ein Feld politischer Praxen in den Blick. Sie gehen der Frage nach, wie der Stand der Diskussion und der Aktivitäten rund um „Degrowth“ und Postwachstum nach 10 Jahren aus bewegungspolitischer Perspektive einzuschätzen ist. Die Besonderheit des gemeinsamen Gegenstands, aber auch die Schwierigkeit seiner Bestandsaufnahme liegen dabei wohl nicht zuletzt in der spezifischen Struktur des Degrowth-bezogenen Aktivismus zwischen politischer Aktion, kritischer Reflexion und bewusster Veränderung von Alltagspraxen.

Die Beiträge verstehen sich deswegen als Teil der Forschung zu Stand und Perspektiven von Degrowth/Postwachstum als Bewegung oder auch als Gegenstand bewegungsförmiger Mobilisierungen. Dabei wird zunächst auffallen, dass der Fokus aller Beiträge stark europäisch ist und sich die Fallstudien zumeist auf Deutschland beziehen. Dies liegt zum einen daran, dass es den Rahmen gesprengt hätte, andere geographische Regionen und vor allem außereuropäische Diskussionen angemessen zu berücksichtigen (vgl. hierzu z. B. Kothari et al. 2018; Martinez-Alier 2012; Escobar 2018; Acosta 2015). Zum anderen begreifen viele Akteure Degrowth aber auch bewusst als Bewegung oder Diskurs des globalen Nordens. Er kritisiert im Interesse globaler sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und weltweit verallgemeinerungsfähiger „solidarischer Lebensweisen“ (Brand/Wissen 2017) die Fixierung frühindustrialisierter Gesellschaften auf ein von permanenter Steigerung und Expansion abhängiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Für verwandte Bewegungen anderer

Erdteile stehen, ungeachtet der weitgehenden Übereinstimmungen über dieses gemeinsame Ziel, häufig andere Ansatzpunkte oder Begrifflichkeiten im Vordergrund.

Wie schon in den bisherigen Forschungen erscheint „Degrowth" auch in der Zusammenschau der Beiträge dieses Hefts weniger als einheitliche Bewegung denn als heterogenes, vielfältiges, aber auch von Konflikten durchzogenes Spektrum. Die Differenzen beginnen schon innerhalb der hier zusammengetragenen Texte bei der Frage, ob jeweils von „Degrowth" oder von „Postwachstum" die Rede ist. „Postwachstum" ist aus unserer Sicht der breitere, politisch weniger festgelegte Begriff. Er umfasst alle fünf der von Matthias Schmelzer (2015) unterschiedenen „Spielarten der Wachstumskritik" und weist darüber hinaus auch offene Flanken gegenüber verschiedenen Formen der Vereinnahmung auf, wie die Beiträge von Dorothea Schoppek mit Blick auf systemimmanente „neoliberale" Logiken und von Dennis Eversberg in Bezug auf rassistisch-nationalistische Diskurse aufzeigen.

Diese Ambivalenzen haben wohl auch damit zu tun, dass der Postwachstumsbegriff nicht notwendigerweise im selben Maße wie der des Degrowth einen aktiven, gewollten Prozess der Infragestellung herrschender Logiken impliziert. Vielmehr wird er häufig auch rein deskriptiv verwendet, zur Beschreibung von Gesellschaften, in denen Wirtschaftswachstum (ungewollt) ausbleibt und die sich mit den Konsequenzen arrangieren müssen. Oder er wird als Aufruf verstanden, die Frage nach Bedeutung und Auswirkungen der gesellschaftlichen Steigerungsfixierung gar nicht mehr zu stellen und sich stattdessen vor allem dem Erproben kleinmaßstäblicher „Alternativen" zu widmen.

Degrowth dagegen hat schon begrifflich einen deutlich offensiveren Charakter und betont die Notwendigkeit eines klaren Bruchs mit den ökonomischen Zwängen wie den kulturellen Logiken gegenwärtiger Wachstumsgesellschaften. Die Schwäche besteht hier freilich darin, dass das Schlagwort Degrowth allzu leicht als Forderung nach einer einfachen Umkehrung der Steigerungs- in eine ebenso eindimensionale Schrumpfungslogik verstanden werden kann („Schrumpf ist Trumpf!"). Zentral ist dagegen für viele Degrowth-Befürworter*innen die Frage des Verhältnisses nicht nur zur bestehenden wachstumsabhängigen ökonomischen Ordnung, sondern auch zum ökonomischen Denken als einer Wissensform, die mit dieser Ordnung in die Welt kam und – aus dieser Sicht – als organisch mit ihr verbundene für das Nachdenken und Sprechen über andere, vom Wachstumszwang befreite ökonomisch-soziale Ordnungen nicht geeignet ist.

Während hier im Heft exemplarisch Oliver Richters (in der Rubrik „Pulsschlag") die Position einer Postwachstumsökonomik vertritt, die sich als Anwendung des ökonomischen Wissens zur Gestaltung von nicht mehr wachstumsabhängigen wirtschaftlichen Ordnungen versteht, wird einer solchen *kritischen Ökonomik* aus Sicht des Degrowth-Paradigmas die Notwendigkeit einer weit grundlegenderen *Kritik der Ökonomik* entgegengehalten.

Diese Abgrenzung zwischen Postwachstum und Degrowth ist jedoch erst dabei, sich herauszubilden, und sie darf im Blick auf die Beiträge nicht pauschalisiert werden: Viele Autor*innen, die sich auf Postwachstum berufen, nehmen sie so nicht vor und können durchaus auch dem Degrowth-Spektrum zugeordnet werden, ohne dass sie den Begriff aktiv verwendeten (hier im Heft etwa *Schoppek* und *Adler* sowie *Holz* im Online-Supplement FJSB+).

Den Schwerpunkt eröffnen *Ulrich Brand* und *Matthias Krams* mit einer Zwischenbilanz der bewegungspolitischen Rolle von Degrowth zehn Jahre nach der ersten internationalen Konferenz in Paris. Als aktivistisches Paradigma, so ihr Argument, habe sich Degrowth auch heute durchaus nicht überlebt. Um auch in Zukunft wegweisend sein zu können, müsse sich das Degrowth-Spektrum aber einer Reihe von Schlüsselherausforderungen stellen, die am Beispiel der gegenwärtigen Konvergenz von Degrowth- und Anti-Kohle-Bewegung exemplifiziert werden.

Der Beitrag der Gastherausgeber *Dennis Eversberg* und *Matthias Schmelzer* geht nochmals zu den Befunden der Leipziger Befragung

zurück und analysiert die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen den Einstellungen der Befragten und ihren aktivistischen und alltäglichen Praktiken. Dabei zeigen sich Gegensätze, die neben dem Ausmaß des Aktivismus das Spannungsfeld zwischen einer emotional-identifikatorisch aufgeladenen Bewegungspolitik und einer eher rational-kognitiv motivierten Form des Aktivismus sowie zwischen traditionell-organisationsbasierten und netzwerkförmigen Typen des Bewegungshandelns betreffen. Die immer wieder gehörte Annahme eines Auseinanderfallens von radikaler Rhetorik einerseits und kleinteiligem, gesellschaftlich wenig wirksamem Handeln andererseits bestätigt sich dabei zwar mit Blick auf das Degrowth-Spektrum in seiner Gesamtheit, nicht aber auf jede seiner unterschiedlichen Teilströmungen.

Andreas Heilmann und *Sylka Scholz* greifen in ihrem Plädoyer für eine stärkere Befassung mit Männlichkeitskonzepten in der Degrowth-Debatte den Begriff der „imperialen Lebensweise" von Ulrich Brand und Markus Wissen auf und argumentieren für eine Weitung des Blicks auf dieselbe als „imperial-androzentrische Lebensweise". Dies ermögliche eine tiefergehende Reflexion auf die eigenen Anliegen als Kämpfe für *De-Privilegierung* und könne hierüber auch Akteure im Feld gleichstellungsorientierter Männerpolitiken in die Suche nach „solidarischen Lebensweisen" einbinden helfen.

An einer Schwäche insbesondere von Postwachstums-Ansätzen, die sich als „jenseits von links und rechts" verstehen oder sich im Feld des Politischen lieber gar nicht verorten wollen, setzen die Beiträge von *Dorothea Schoppek* und *Dennis Eversberg* an. Beide problematisieren das in Teilen des Spektrums nur schwach ausgeprägte Bewusstsein für die Notwendigkeit politischer Abgrenzungen im Interesse des Festhaltens an eigenen emanzipatorischen Ansprüchen, das eine Vereinnahmung oder Unterwanderung durch Akteure mit ganz anderen Zielen möglich machen kann. Wohin dies führen kann und worin mögliche Gegenstrategien bestehen, wird mit Blick auf die völkisch-rassistischen Rechten diskutiert, die versuchen, an den Postwachstumsdiskurs anzuknüpfen und dessen Akteure für die eigene menschenfeindliche Politik zu kooptieren (Eversberg), sowie an den Gefahren der Indienstnahme für neoliberale ideologische Projekte (Schoppek).

Frank Adler interveniert in die Debatte um Strategien einer Postwachstumstransformation. Er problematisiert die oft einseitige Orientierung vieler Bewegungsakteure auf individuelle und kleinräumige Veränderungen der Praxis, die voluntaristisch bleiben, weil sie eine vorgängige Überzeugung vom Wert dieser Veränderungen voraussetzen. Dagegen plädiert er für eine transformative Reformpolitik, die auf die Schaffung der Voraussetzungen breit geteilter alternativer Erfahrungen zielt, aus denen eine solche Überzeugung für viele überhaupt erst hervorgehen könnte. Diese Reformen müssten zuallererst auf eine alternative, auf dauerhaft verallgemeinerbare Lebensweisen gerichtete Vorstellung von Wohlstand zielen und diese nicht nur denk-, sondern auch erlebbar machen.

Anna Holthaus und *Hauke Dannemann* analysieren eine wichtige Leerstelle in Teilen der deutschsprachigen Debatte um Postwachstum: Die Bedeutung von Geschlechtervehältnissen, die trotz sehr ausgeprägter Potentiale feministischer Forschung und Praxis für Degrowthkonzepte und -bewegung oft ausgeblendet würden, wie sie am Beispiel Niko Paechs zeigen.

Der Schwerpunkt wird abgerundet durch zwei Beiträge im Online-Supplement FJSB+. *Ulrich Demmer* plädiert vor dem Hintergrund einer Reflexion eigener Erfahrungen im Kontext der Degrowth-Bewegung für eine plural verstandene „Aktivistischen Forschung", die ihre Wissensgenerierung als kollektiven, dem Bewegungshandeln selbst nicht äußerlichen, sondern eingeschriebenen Prozess versteht – eine auch innerhalb des Degrowth-Spektrums durchaus umstrittene Position. Jana Holz schließlich geht auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Akteuren der Postwachstumsdebatte auf der einen und der institutionalisierten Politik auf der anderen Seite ein. Auf beiden

Seiten identifiziert sie Hürden für eine stärkere politische Wahrnehmung und Wirksamkeit wachstumskritischer Positionen, benennt aber auch die Fortschritte, die im Hinblick hierauf in jüngster Zeit erreicht wurden.

Die grundlegenden Differenzen einer solchen Position gegenüber den Grundhaltungen und strategischen Ansätzen des Degrowth-Spektrums zeigt demgegenüber aus der Sicht eben jener Postwachstumsökonomik der Beitrag von *Oliver Richters* in der Rubrik „Pulsschlag" auf, der entlang einer Zwischenbilanz der Oldenburger Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie zu mehr politischem Realismus und zu einer aufgeschlosseneren Haltung zu marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen aufruft.

Auch in unserer Literaturrubrik werden in dieser Ausgabe zahlreiche Neuerscheinungen zum Themenschwerpunkt besprochen. In einer Doppelrezension besprechen wir die Analysen von Lessenich (2018) und Brand/Wissen (2017) zur Verantwortung des kapitalistischen globalen Nordens für die zahlreichen sozial-ökologische Konflikte im globalen Süden. Dass Alternativen bereits angedacht werden bzw. auch neuere Vorschläge für eine andere, solidarische Gesellschaft bereits vorliegen, zeigen die rezensierten Arbeiten von Friederike Habermann (Ecommony, 2016), Kate Raworth (Die Donut-Ökonomie, 2018) sowie Albert Lieberg (Der Systemwechsel, 2018). Neben diesen lesenswerten Monographien zum Themenschwerpunkt werden in der Rubrik noch zwei weitere Neuerscheinungen vorgestellt: Der von Priska Daphi, Nicole Deitelhoff, Dieter Rucht und Simon Teune herausgegebene Sonderband der Zeitschrift Leviathan zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests sozialer Bewegungen sowie ein Band von Maurizio Lazzaro zu Protestaktionen im Kunst- und Kulturbereich.

In der Rubrik „ipb beobachtet" wagt *Sabrina Zajak* unter dem Titel „Engagiert, politisch, präfigurativ – Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung" den Brückenschlag zwischen partizipativer Forschung und positivistischem Wissenschaftsideal".

In der Rubrik Aktuelle Analyse haben wir die aktuelle Diskussion aufgegriffen, ob und wie weit politische Aktivitäten durch das Gemeinnützigkeitsrecht abgedeckt werden. Dies ist nicht zuletzt auch für soziale Bewegungen und deren Organisationformate von Bedeutung. *Stefan Diefenbach-Trommer* untersucht am Beispiel des von Sarah Wagenknecht u. a. initiierten Aufstehen-Trägervereins die bestehenden Spielräume und Restriktionen des Gemeinnützigkeitsrechts und seiner derzeitigen, gerade bei politischem Engagement restriktiven Anwendungspraxis. Diese Analyse verliert nicht an Bedeutung dadurch, dass der Trägerverein nach Redaktionsschluss seine Satzung öffentlich gemacht hat und offenbar keine Gemeinnützigkeit anstrebt. Im Befund stellt der Autor fest: „Wer politische Bewegung jenseits von Parteien und Parlamenten möchte, sollte mit dafür sorgen, dass die Liste gemeinnütziger, also förderwürdiger Zwecke um weitere politisch aufgeladene Zwecke ergänzt wird, damit zivilgesellschaftliches Engagement nicht an Formalhürden scheitert. ... Und wer mehr Transparenz für sich politisch einmischende Organisationen wünscht, sollte für ein Lobbyregister kämpfen, das alle entsprechenden Organisationen umfasst, unabhängig von Rechtsform und Steuerstatus."

Ungeachtet der inhaltlichen Differenzen, die in den unterschiedlichen Positionen der Beiträge zu Degrowth deutlich werden, zeigen die hier versammelten Beiträge, dass gerade der Degrowth-Diskurs in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, wachstums- und technikzentrierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen, die Suche nach Alternativen auf eine grundlegendere, systemische Ebene zu verlagern und dazu vielfältige Akteur*innen aus sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Strömungen zusammenzuführen. All dies birgt – auch das zeigen die Beiträge mehr als deutlich – auch in Zukunft erhebliche Herausforderungen.

Es bleibt also noch ein weiter Weg, bis die *Degrowth-Hypothese* – dass es möglich sei, in einem anderen Gesellschaftssystem ohne Wachstum gut zu leben – im *mainstream*

unterschiedlichster Fachdisziplinen angekommen sein wird. Auf der bewegungspolitischen Ebene steht vor allem an, diese Debatten stärker auch in gesellschaftspolitische und dadurch politisierende Auseinandersetzungen zu überführen, statt sie als individualisierende Verzichtsdiskussionen in den privaten Raum zu verschieben. Dabei sollten Degrowth- und Postwachstumsakteure sich der erheblichen politischen Herausforderung bewusst sein, die es bedeutet, angesichts von Rechtsruck, verstärkter Abschottung und ungebrochener exportorientierter Wachstumsfixierung gesellschaftliche Mehrheiten für ein universalistisches, auf globale Solidarität ausgerichtetes Projekt zu organisieren, das herrschenden Interessen diametral entgegensteht.

Matthias Schmelzer (Berlin), *Dennis Eversberg* (Jena), *Gabriele Schmidt* (Berlin)

Literatur

Acosta, Alberto 2015: Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben. München: oekom.

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (Hrsg.) 2017: Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom.

Brand, Ulrich 2014: Degrowth: Der Beginn einer Bewegung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2014, 29-32.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom.

Demaria, Federico/Schneider, Francois/Sekulova, Filka/Martinez-Alier, Joan 2013: What Is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: Environmental Values, Jg. 22, Heft 2, 191-215.

Escobar, Arturo 2018: Designs for the Pluriverse: Radical Interdependence, Autonomy, and the Making of Worlds. Durham: Duke University Press.

Kallis, Giorgos 2018: Degrowth. Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing.

Kallis, Giorgos/Kostakis, Vasilis/Lange, Steffen/Muraca, Barbara/Paulson, Susan/Schmelzer, Matthias 2018: Research on Degrowth. In: Annual Review of Environment and Resources 43, 43:4.1-4.26, online abrufbar unter https://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-environ-102017-025941 [08.10.2018].

Konzeptwerk Neue Ökonomie/Fairbindung (Hrsg.) 2017: Endlich Wachstum! Materialien für die Bildungsarbeit. Leipzig: Konzeptwerk Neue Ökonomie.

Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) 2017: Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: Oekom.

Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hrsg.) 2018: Pluriverse: A Post-Development Dictionary. Delhi: Authors Up Front.

Kunze, Conrad/Becker, Sören 2015: Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth. In: Sustainability Science, Jg.10, Heft 3, 425-437.

Martínez-Alier, Joan 2012: Environmental Justice and Economic Degrowth: An Alliance between Two Movements. Capitalism Nature Socialism Jg. 23, Heft 1: 51-73.

Schmelzer, Matthias 2015: Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas. Berlin: Le Monde Diplomatique, 116-121.

Schmelzer, Matthias 2016: Selbstveränderung, Kapitalismuskritik, Organisierung: Transformationspotentiale der Degrowth-Bewegung. In: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt/M. [u. a.]: Campus, 179-200.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea 2019: Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius (im Erscheinen).

Weiss, Martin/Cattaneo, Claudio 2017. Degrowth – Taking Stock and Reviewing an Emerging Academic Paradigm. In: Ecological Economics Nr. 137, 220-230.

Über Bewegungen, Politik und das Gemeinnützigkeitsrecht

Stefan Diefenbach-Trommer

Nach Redaktionsschluss und Abgabetermin dieses Textes erreichte den Autor doch noch die Satzung des Aufstehen-Trägervereins. Die Überraschung: Der Satzung nach möchte der Verein gar nicht gemeinnützig sein. Zwar übernimmt die Satzung fast alle Vorgaben der Abgabenordnung, doch der genannte Zweck „wirtschaftliche und technische Unterstützung der Sammlungsbewegung ‚Aufstehen'" findet sich nicht im Gesetz. Es fehlt die Formulierung aus der Mustersatzung, der Verein verfolge „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke' der Abgabenordnung" (Anlage 1 der AO). Obwohl also der Eingangssatz des Aufsatzes eventuell falsch ist, bleibt die Analyse interessant. Im Spendenaufruf auf der Website steht weiterhin der Hinweis (Stand 9.10.2018): „Unser Trägerverein ist (noch) nicht gemeinnützig."

1 | „Aufstehen" will gemeinnützig sein

Die von Sarah Wagenknecht und anderen Parteipolitiker*innen gegründete „Sammlungsbewegung Aufstehen" möchte gerne gemeinnützig sein.[1] Das ist ein guter Anlass, um etwas über das Gemeinnützigkeitsrecht als prägendes Recht zivilgesellschaftlicher Organisationen zu lernen und um zu überlegen, ob so eine Initiative nach geltender Rechtslage gemeinnützig sein kann – und ob sie es sein sollte.

Was könnte alles gegen die Gemeinnützigkeit des „Aufstehen Trägerverein Sammlungsbewegung e.V." sprechen?„Aufstehen" ist doch nur ein Parteien-Unterstützungs-Verein oder hat eine neue Parteiengründung zum Ziel.

- Die Bewegung ist undemokratisch organisiert und pflegt einen Personenkult.
- Wer gemeinnützig ist, sollte seine Struktur und Finanzierung transparent machen.
- „Aufstehen" verfolgt politische Zwecke, keine gemeinnützigen Zwecke.
- Der Verein ist viel zu politisch, um gemeinnützig sein zu können.
- Ich mag Sarah Wagenknecht und ihre Ideen nicht.

Um gleich den letzten Punkt abzuräumen: Die Überlegungen zur Gemeinnützigkeit können und müssen ganz unabhängig davon erfolgen, ob die Ziele von „Aufstehen" geteilt werden oder nicht. Denn das Gemeinnützigkeitsrecht ist sehr liberal und setzt (anders als Förderprogramme) keine politischen Ziele. Die Zweckliste macht Räume auf. Doch der Standpunkt im Raum wird nicht vom Finanzamt beurteilt.

2 | Exkurs zum Gemeinnützigkeitsrecht

Gemeinnützigkeitsrecht ist Steuerrecht, doch es weist weit darüber hinaus. Der Begriff „gemeinnützig" kommt in mehr als 100 anderen Gesetzen vor (Hüttemann 2018: 96). Vom Status der Gemeinnützigkeit hängen zahlreiche Vergünstigungen ab und es ist vor allem auch ein Merkmal, von dem Menschen ihre Unterstützung abhängig machen – ein staatliches Gütesiegel geradezu. Deshalb ist die ganz überwiegende Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeinnützig (Hüttemann 2018: 13).

Gemeinnützig im steuerrechtlichen Sinne sind nicht Tätigkeiten, sondern Körper-

schaften (insbesondere Vereine) und Vermögensmassen (Stiftungen), die *selbstlos* die *Allgemeinheit fördern*. Um als gemeinnützig anerkannt zu werden, müssen ihre Satzungen zahlreichen Vorschriften spezieller steuerrechtlicher Regeln entsprechen, normiert in der Abgabenordnung (AO). In der AO hat der Gesetzgeber mit einer Liste von Zwecken seine Entscheidung ausgedrückt, was er für förderwürdig hält und was nicht. Die Satzung muss festlegen, welche dieser gesetzlichen gemeinnützigen *Zwecke* mit welchen *Mitteln* verfolgt werden. Eine gemeinnützige Organisation darf *ausschließlich* diese Zwecke verfolgen, in der Wahl der Mittel ist sie weitgehend frei (Hüttemann 2018: 41f.).

Diese Darstellung nach den Vorgaben der AO ist nicht einfach. Ein gemeinnütziger Zweck ist zum Beispiel die Förderung des Umweltschutzes. Doch meistens gründen Bürger*innen nicht eine Initiative, weil sie im Gesetz über diesen Zweck stolpern, sondern aus einem konkreten Anliegen heraus – zum Beispiel, weil sie sich über die Lärmbelästigung durch den Autoverkehr in ihrem Wohnviertel ärgern. Dieses Anliegen müssen sie dann einem Zweck zuordnen. In der Zweckverwirklichung steckt dann eher das, was sie tatsächlich erreichen wollen.

3 | Partei oder gemeinnützig?

Das Gemeinnützigkeitsrecht unterscheidet streng zwischen Parteien und Nicht-Parteien. Schon dadurch, dass für Parteien ganz eigene Regeln gelten, ist klar, dass sie nicht gemeinnützig sein können. Zudem bestimmt § 55 der Abgabenordnung eindeutig: „Die Körperschaft darf ihre Mittel weder für die unmittelbare noch für die mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwenden." Der Bundesfinanzhof hat 2017 im Verfahren um die Gemeinnützigkeit des Hamburger Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) erneut klar gestellt: „Das Betreiben oder Unterstützen von Parteipolitik ist immer gemeinnützigkeitsschädlich." (Entscheidung vom 20.3.2017, X R 13/15)

„Wie steht Aufstehen zu Parteien?" – die Antwort auf diese selbst gestellte Frage bleibt die Website von „Aufstehen" schuldig. Aus dem Text lässt sich herauslesen, dass der Verein distanziert zu AfD, CDU und CSU steht („Die AfD hetzt gegen die Schwachen und will Löhne oder Renten kürzen. CDU/CSU FDP machen ohnehin Politik für Konzerne und Super-Reiche."). Sympathie für andere Parteien lässt sich nicht ohne Weiteres folgern: „Die Parteien des links-liberalen Spektrums SPD, Grüne und Linke haben es im letzten Jahrzehnt nicht geschafft, ein verlässliches Bündnis untereinander zu schmieden und mit einem politischen Gegenkonzept einen Machtwechsel in Deutschland herbeizuführen."[2]

Gemeinnützige Organisationen dürfen zwar zur Wahl einer bestimmten Partei aufrufen, wenn sie nachvollziehbar zu dem Schluss gekommen sind, dass das Programm dieser Partei ihre Ziele am besten umsetzt. Sie dürfen aber nicht zu Wahlen antreten.[3] Mit der Entscheidung, gemeinnützig zu sein, schließt „Aufstehen" quasi aus, jemals selbst zu Wahlen anzutreten. Die Anerkennung des Vereins als gemeinnützig würde diese Trennlinie klar ziehen und die bestehenden Parteien könnten sich entspannt zurücklehnen.

Würde der gemeinnützige Aufstehen-Verein sich später entscheiden, doch zu Wahlen anzutreten, müsste er die Gemeinnützigkeit aufgeben und damit sein gesamtes Vermögen abgeben. Das wäre der Gegenwert des Bilanzvermögens zu diesem Zeitpunkt: Rücklagen, Kontoguthaben, der Wert von Mobiliar und Computerprogrammen. Möglich wäre es natürlich, diesen Verlust in Kauf zu nehmen und mit einem Kredit zu bezahlen, der dann über Parteispenden und Parteienfinanzierung abgelöst wird.

Würde „Aufstehen" zum Unterstützer-Verein nur einer Partei, würde er wohl ebenso die Gemeinnützigkeit verlieren, außer er kann sehr genau nachweisen, dass diese Partei die gemeinnützigen Ziele des Vereins am besten umsetzt. Der Verein könnte eventuell einzelne Kandidat*innen unterstützen, wie Campact dies zur Bundestagswahl 2017 getan hatte[4], wenn er es sachlich begründen kann.

Würde der Verein die Gemeinnützigkeit nicht anstreben, könnte er dennoch Spenden sammeln und sich später problemlos zu einer Partei umwandeln. Bis dahin wären die Spenden nicht steuerbegünstigt, was für die durchschnittliche Einzelspende von ca. 40 Euro wenig relevant ist – wohl aber, falls einzelne Gönner*innen hohe Beträge von 10.000 Euro und mehr spenden wollen.

4 | Undemokratisch?

Das Gemeinnützigkeitsrecht verlangt keine demokratischen Strukturen (anders als das Parteienrecht). Eine Stiftung ist potentiell die undemokratischste vorstellbare Struktur: Eine einzelne Person bestimmt, was mit einem Haufen Geld über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte hinweg passieren soll; und die Person bestimmt damit zugleich, dass erhebliche Steuermittel der demokratischen Haushalts-Entscheidung von Parlamenten entzogen werden, da die Stiftung die zu zahlenden Steuern erheblich mindert. Die Stifterin kann sich selbst oder ihre erstgeborene Tochter als Allein-Entscheiderin für die Mittelvergabe einsetzen. Die staatliche Stiftungsaufsicht kontrolliert nur, ob die Stiftung dem Stiftungszweck folgt.

Ein Verein ist zwar ein hervorragendes Instrument für demokratische Strukturen (Diefenbach-Trommer 2018a), muss das aber nicht sein: Die Satzung kann durchaus einen Alleinvorstand auf Lebenszeit bestimmen und eine Erbfolge bestimmen.

Die Trennung zwischen Trägerverein mit wenigen Mitgliedern und einer Vielzahl an Förder*innen als Unterstützer*innen und Geldgeber*innen ist bei Bewegungsorganisationen nicht untypisch: Wer Mitglied im Attac-Netzwerk wird, wird damit nicht Mitglied des Attac-Trägervereins. Doch Attac hat Entscheidungsstrukturen, die unabhängig vom Trägerverein sind – der dennoch formal das letzte Wort haben kann.[5] Campact, das sich selbst als „Bürgerbewegung" bezeichnet und sich mit 2.155.445 Menschen im Verteiler brüstet[6], hat als Verein lediglich zwölf Mitglieder, die allerdings zum Teil von den regelmäßigen Förderer*innen gewählt werden.[7] Campact hat diese Form gewählt, die „einerseits weiterhin schnelle Entscheidungen und schnelles Handeln gewährleistet, andererseits aber auch eine wirksame, demokratisch legitimierte Kontrolle des geschäftsführenden Vorstands gewährleistet".

Personenkult und intransparente Strukturen mögen misslich sein und können kritisiert werden. In einem idealen Gemeinnützigkeitsrecht wären das vielleicht Ausschlussgründe, aber das geltende Recht gibt das nicht her.

5 | Intransparent?

Die Gemeinnützigkeit des Aufstehen-Trägervereins beurteilt das Finanzamt zunächst anhand der Satzung: Entspricht sie den gesetzlichen Vorgaben? Werden gesetzliche gemeinnützige Zwecke genannt und wird beschrieben, wie diese Zwecke verwirklicht werden? Das Finanzamt hat derzeit gegenüber der Öffentlichkeit den Vorteil, dass es die Satzung - vermutlich - kennt. Alle anderen kennen die Satzung nicht. Sie ist geheim.

„Aufstehen" veröffentlicht die Satzung nicht auf seiner Website (Stand vom 30.9.2018). Auf mehrfache Bitte per E-Mail um Übersendung der Satzung gibt es bis zum 30.9.2018 über mehr als zwei Wochen hinweg keine Antwort. Leider veröffentlicht das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Online-Vereinsregister[8] – anders als andere Bundesländer – keine Dokumente. Dort ist online nur ersichtlich, dass der Verein am 30.8.2018 unter der Nummer 36848 B ins Vereinsregister eingetragen wurde, wer die fünf Vorstandsmitglieder sind und dass je zwei davon gemeinsam zeichnungsberechtigt sind.

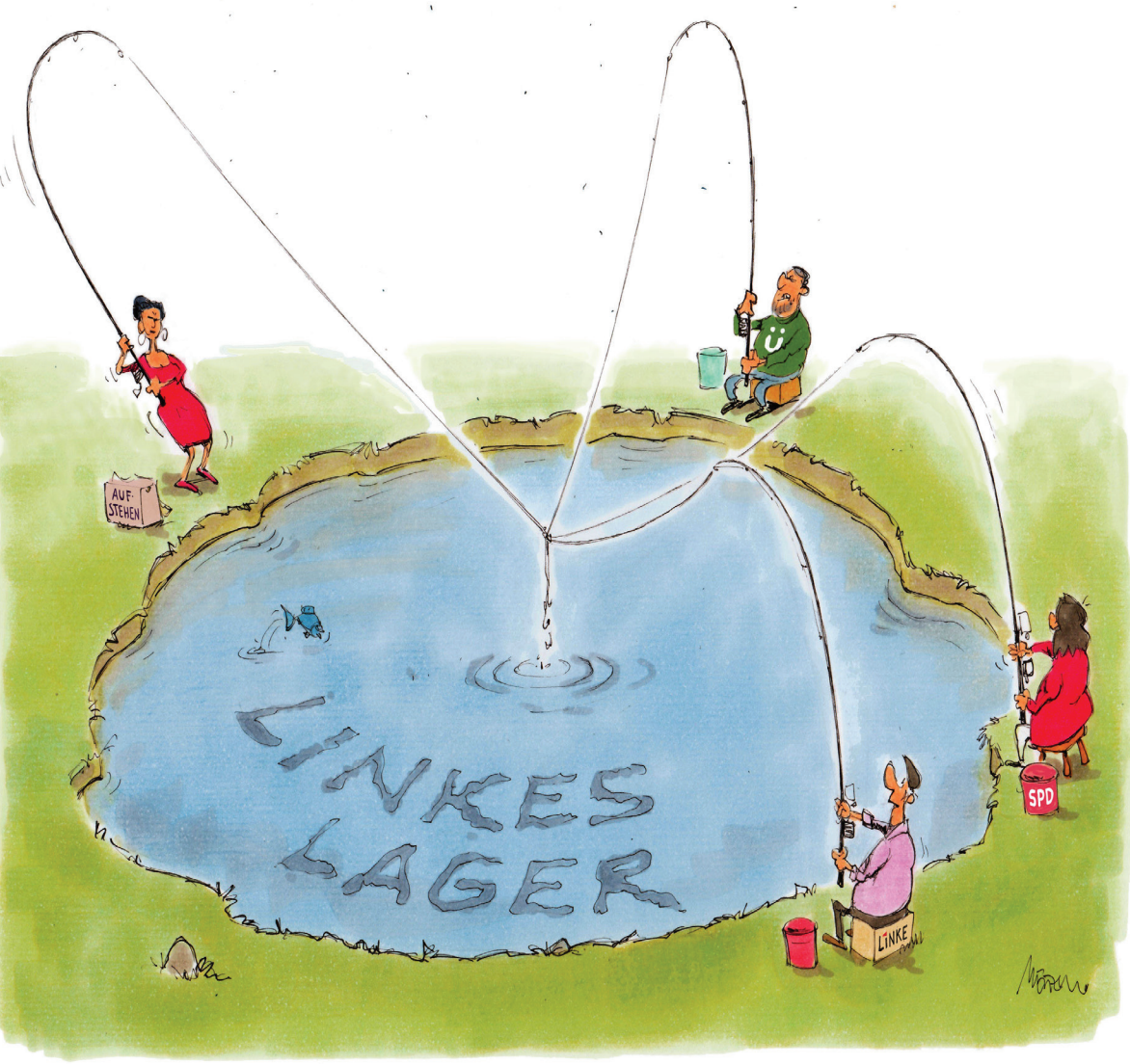
Dass weder Satzung noch die Namen der Mitglieder und Vorstände des Aufstehen-Trägervereins auf der Website stehen, ist misslich. Eine solche Transparenz verlangt aber weder das Gemeinnützigkeitsrecht noch das Vereinsrecht. Ebenso wenig wird dort verlangt, die Finanzierung, große Spenden oder Entscheidungsstrukturen offenzulegen. Im Gegenteil: Schon die Tatsache, ob eine

Organisation gemeinnützig ist oder nicht, fällt unter das Steuergeheimnis. Finanzämter geben darüber nur Auskunft, wenn ein Verein öffentlich falsche Angaben macht.[9]

Eine solche Transparenz wäre für sich politisch einmischende Organisationen sicher sinnvoll – sie ist aber bisher keine Pflicht und wird von vielen nicht erfüllt. Es wäre schlau, wenn solche Organisationen wenigstens die Standards der Initiative Transparente Zivilgesellschaft[10] erfüllen würden.

6 | Politische Zwecke?

„Politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungsbildung, Förderung politischer Parteien u. dgl.) zählen grundsätzlich nicht zu den gemeinnützigen Zwecken i. S. d. § 52 AO“, so steht es im Anwendungserlass des Bundesfinanzministeriums (Abschnitt 43, Ziffer 15 AEAO). Was um alles in der Welt sollen eigentlich diese „politischen Zwecke“ sein, von denen die Finanzverwaltung gerne spricht?



„Die wenigsten steuerbegünstigten Zwecke sind ‚unpolitisch'", stellt der Jura-Professor und Gemeinnützigkeits-Kommentator Hüttemann im Gutachten für den 72. Deutschen Juristentag ganz richtig fest (Hüttemann 2018: 42). Dennoch grenzt er gemeinnützige von politischen Zwecken ab. Für letztere gebe es ein „eigenes Förderregime". Er verweist dabei auf die Regelungen für Parteien und Wählergemeinschaften. Demzufolge ist (siehe oben) ein politischer Zweck der Versuch, Macht in staatlichen Gremien (Parlament, Regierung) durch Wahlen zu erhalten. Politisch in dem Sinne wäre eine Organisation also nur, wenn sie zu Wahlen antritt.

Das hat „Aufstehen" bislang nicht vor bzw. entscheidet sich mit der Gemeinnützigkeit dagegen.

7 | Gemeinnütziger Zweck?

Verfolgt der Aufstehen-Trägerverein gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung? Das wissen wir nicht, weil die Satzung geheim ist. Auch aus der Website www.aufstehen.de gehen die konkreten Ziele und Anliegen kaum hervor. „Wir haben kein fertiges Programm", steht dort[11], und eine lange Liste von Zielen, z.B. „sichere Arbeitsplätze, höhere Löhne, gute Renten & Pflege", „Top-Bildung von der Kita bis zur Universität, bezahlbare Mieten, gerechte Steuern statt Politik für Super-Reiche", „Erhalt des bedrohten Planeten, den Schutz von Wasser, Luft, Böden, Tieren und Artenvielfalt", „Abrüstung, echte Friedensdiplomatie und Entspannungspolitik", „gegen Fremdenhass".[12] An anderer Stelle sind Betätigungsfelder zusammengefasster aufgeführt: „Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich eine soziale Politik, eine gesunde Umwelt und Frieden."[13]

Einige der Anliegen spiegeln sich in *konkreten gemeinnützigen Zwecken* wieder, etwa Umweltschutz, Völkerverständigung (der Bundesfinanzhof hat Frieden als Teil davon definiert), „Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte" und die Förderung von Bildung sowie Wissenschaft und Forschung. Für so einen konkreten Zweck dürfen auch politische Forderungen erhoben werden. Für „Top-Bildung von der Kita bis zur Universität" setzt sich wahrscheinlich auch die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung ein.

Doch andere Anliegen wie „soziale Politik" oder „bezahlbare Mieten" lassen sich nicht so einfach zuordnen. Leider ist die Liste der Zwecke, die der Gesetzgeber besonders förderwürdig findet, überraschend lückenhaft (Diefenbach-Trommer 2018b: 14 ff.). Zum Beispiel steht „Gleichberechtigung von Frauen und Männern" drin, aber nicht die weiterer Geschlechter oder der sexuellen Orientierung. Es fehlt auch die Förderung der Menschenrechte und die Verteidigung der Menschenwürde – Zwecke, zu deren Verfolgung Politiker*innen derzeit gerne die Zivilgesellschaft aufrufen. Es sind offenbar förderwürdige Anliegen – nur haben die Politiker*innen vergessen, sie in die Liste der Zwecke aufzunehmen. Und sie haben in den vergangenen Jahren dieses Versäumnis nicht nachgeholt.

So lange die Zweckliste unvollständig ist, wählen politisch motivierte Organisationen daher häufig „Volks- und Berufsbildung" oder „Wissenschaft und Forschung" als Zweck. Mit diesen *Meta-Zwecken* können alle Themen abgedeckt werden: Gebildet und geforscht werden kann dann auch zur Gleichberechtigung aller Geschlechter. Doch ist strittig, ob zu diesen Themen politische Forderungen erhoben werden können. Dienen die Forderungen dem Meta-Zweck? Darüber wird unter anderem im Rechtsstreit um die Gemeinnützigkeit von Attac gestritten. Viele Bewegungs- und Protestorganisationen haben darum bereits bei der Gründung Probleme rund um die Gemeinnützigkeit. Manche verzichten daher auf die Vorteile der Gemeinnützigkeit, um nicht über die Nachteile zu stolpern.[14]

Möglich wäre, dass „Aufstehen" ähnlich wie z.B. Campact das demokratische Staatswesen fördern möchte, indem es Debatten anregt und so Bürgerinnen und Bürger zum eigenen Engagement ermutigt. Es könnte auch sein, dass es die „*allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens*" (ähnlich wie das Finanzgericht Hessen im Fall Attac[15])

als konkreten Zweck interpretiert, zu dem soziale Gerechtigkeit als eine Grundlage der Demokratie gehört.

Was der Verein genau möchte, lässt sich nicht feststellen – mit dem Problem wird sich das Finanzamt bei der Gemeinnützigkeits-Prüfung eventuell auch plagen.

8 | Zu politisch?

In der Wahl der Tätigkeiten zur Zweckverfolgung (auch politisch aufgeladener Zwecke) sind Gemeinnützige frei, so lange sie nicht zu Wahlen antreten. So hat es zuletzt auch der Bundesfinanzhof im Verfahren um die Gemeinnützigkeit des Hamburger Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bestätigt.[16]

Zu den geplanten Mitteln gibt die Aufstehen-Website konkreter Auskunft als zu den Zielen: „Wir wollen durch populäre Kampagnen die Politik aufrütteln."[17] „Wir wollen etwas Neues: Keine Partei, sondern eine Bewegung für alle, die gemeinsam für unsere Ziele kämpfen wollen."[18] „Wir wollen Druck auf Parteien ausüben. Wir wollen daher auch jene unterstützen, die für unsere Ziele in den Parteien streiten. Wir wollen neue Talente entdecken."[19] Zudem beschreibt die Website ein Meta-Ziel, dass sich auch als ethisch-politische Grundhaltung oder Mission Statement beschreiben ließe: „Wir wollen die Art, wie Politik gemacht wird, verändern, um gemeinsam eine Perspektive für Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen."[20]

Das Argument von einer angeblichen Trennlinie zwischen politischen und gemeinnützigen Zwecken bringt zwar das Bundesfinanzministerium immer wieder[21] – und meint tatsächlich eher die Mittel. Dürften gemeinnützige Organisationen nicht auf die politische Willensbildung einwirken, müssten Umweltschutzverbände ebenso schließen wie die Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände. Dürften sie nicht von einer ethisch-politischen Grundhaltung ausgehen, müssten kirchliche Organisationen und Jugendverbände ihre Gemeinnützigkeit ebenso abgehen wie die parteinahen Stiftungen. Eine Demokratie braucht sich einmischende zivilgesellschaftliche Organisationen, die jenseits der Mitte-Fokussierung von Parteien die Interessen von Randgruppen vertreten, die die Einhaltung von Grund- und Menschenrechten überwachen und die für Gruppen sprechen, die nicht zu Wahlen zugelassen sind - zum Beispiel für Kinder.

8.1 | Parallel-Fälle

Zu politisch im engeren Sinn wäre ein gemeinnütziger Verein nur, wenn er einen zu geringen Abstand zu Parteien hält und diese als Selbstzweck unterstützt. Da die verfolgten Zwecke des Aufstehen-Vereins geheim sind, aber die geplanten Mittel (auch durch öffentliche Äußerungen) konkreter, bilden wir eine parallele Konstruktion mit einem konkreten Zweck. Dabei gehen wir von der Hypothese aus: *„Aufstehen" will selbst nicht zu Wahlen antreten und nicht konkrete Parteien unterstützen, sondern will auf die politische Willensbildung für bestimmte Ziele (Zwecke) einwirken und diese in den Parteien stark machen.*

Was wäre, wenn sich aus einem Umweltschutz-Verein heraus Aktivist*innen entscheiden, sich in verschiedenen Parteien und Parlamenten zu engagieren, um die Forderungen des Vereins in politische Entscheidungen einzubringen? Und wenn der Verein diese Mitglieder – über Parteigrenzen hinweg – fachlich unterstützt und berät?

Oder wenn sich in einem Verein Frauen zusammenschließen mit dem Ziel, der Gleichberechtigung von Frauen und Männern näher zu kommen, indem mehr Frauen in Parlamenten, Parteivorständen und Regierungsämtern vertreten sind, bis dort ihr Bevölkerungsanteil erreicht ist? Der Verein würde Frauen ermutigen, sich zur Wahl zu stellen. Er würde sie ausbilden, zum Beispiel in Institutionenkunde, Rhetorik und Netzwerkbildung. Die Frauen, die in Parlamenten und auf Posten sitzen, würde er zusammenbringen, damit sie sich in einer frauenpolitischen Agenda parteiübergreifend abstimmen können.

Diese Vereine wären politisch und dennoch gemeinnützig. Umweltschutz beziehungsweise

die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sind gemeinnützige Zwecke. Die Mittel wären hochpolitisch, denn sie wirken auf die politische Willensbildung und sogar auf Parteien ein – aber ohne dabei speziell eine Partei zu unterstützen. Nicht zu vermeiden wäre, dass die Mitglieder in der einen Partei stärker als in der anderen vertreten sind, weil die eine Partei offener für die Ziele des Vereins ist oder diese schon längst mehr umgesetzt hat. Diese Vereine würden nicht selbst zu Wahlen antreten und wären darum fraglos gemeinnützig.

8.2 | Parteinahe Stiftungen

Auf ähnliche Weise arbeiten übrigens die so genannten „parteinahen Stiftungen" wie Friedrich-Ebert- oder Konrad-Adenauer-Stiftung.[22] Sie bilden politisches Personal aus – theoretisch unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Tatsächlich wird sich im Kommunal-Haushalts-Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung eher kein FDP-Mitglied finden. Das junge SPD-Talent wird eher nicht Stipendiat im Förderprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung werden. Diese „parteinahen Stiftungen" beraten ihre befreundeten Parteien zum Teil ganz offen in strategischen Fragen. In jedem Fall bilden sie ausgehend von einer ethisch-politischen Grundhaltung.

Ihre Mittel sind politisch, die Ziele auch; Zwecke sind vor allem Meta-Zwecke. Fraglich ist, ob diese Organisationen einen ausreichenden Abstand zu Parteien wahren.

8.3 | Partei oder Bewegung?

Überschneidungen zwischen gemeinnützigen Organisationen und Parteien sind im Alltag normal und besonders häufig auf kommunaler Ebene zu beobachten: Wer sich etwa im Verkehrsclub für eine ökologische Verkehrswende engagiert, verfolgt das gleiche Ziel vielleicht innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen und für diese Partei als Stadtverordnete. Wer sich in einer Naturschutz-Initiative gegen Windräder engagiert, stellt die gleiche Forderung als FDP-Landtagskandidat auf. Und wer sich bei der örtlichen Tafel um sozial Abgehängte kümmert, macht als SPD-Stadtrat Politik für diese Gruppe. Wer einer Organisation vorsitzt, die die Förderung der Hilfe für Vertriebene zum gemeinnützigen Zweck hat, ist vielleicht – auch mit dieser Mission – Bundestagsabgeordneter der CDU.

Und so gibt es natürlich auch zwischen sozialen Bewegungen und Parteien Überschneidungen, Tendenzen und Austausch. Die Anhänger von Attac werden unterdurchschnittlich CDU und CSU wählen, die Anhänger von Pegida überdurchschnittlich AfD. Der Grünen-Politiker Sven Giegold ist 2008 von der globalisierungskritischen Bewegung ins Parlament gewechselt, nach acht Jahren Attac-Engagement zu Bündnis 90/Die Grünen und ins EU-Parlament, um dort gleiche Anliegen mit anderen Mitteln zu verfolgen. Der Grünen-Politiker Gerhard Schick hat gerade angekündigt, nach 13 Jahren den Bundestag zu verlassen und stattdessen zum Jahresende 2018 hauptamtlicher Vorstand des neu gegründeten Vereins „Bürgerbewegung Finanzwende"[23] zu werden. Er wechselt nicht die Ziele, sondern die Mittel, und hält dafür offenbar einen gemeinnützigen Verein für wirkungsvoller als ein Parlamentsmandat.

Dass der Aufstehen-Verein von Parteipolitiker*innen geprägt ist – das macht ihn je nach eigener Position vielleicht unsympathisch, aber das verletzt weder das Gebot der Selbstlosigkeit noch das der Ausschließlichkeit. In den Vorständen vieler Vereine finden sich prominente Parteipolitiker*innen, mit denen sich manche Organisationen schmücken wollen.

9 | Bewegungen brauchen Zwecke

An Zielen und Vorgehen von „Aufstehen" lässt sich viel kritisieren – gerade auch aus Bewegungssicht[24]. Aber mit dem Status der Gemeinnützigkeit hat das nichts zu tun. Ob „Aufstehen" gemeinnützig sein kann, hängt vor allem davon ab, ob der Trägerverein seine Ziele gesetzlichen gemeinnützigen Zwecken zuordnen kann. Das Hemmnis ist dabei vor al-

lem eine restriktive Auslegung der gesetzlichen Zwecke durch das Bundesfinanzministerium. Die Finanzverwaltung reagiert allergisch auf eine weite Zweckauslegung, wenn sie eine politische Einflussnahme sieht. Sie bringt dabei schnell mal politische Zwecke und politische Mittel durcheinander.

Wer politische Bewegung jenseits von Parteien und Parlamenten möchte, sollte mit dafür sorgen, dass die Liste gemeinnütziger, also förderwürdiger Zwecke um weitere politisch aufgeladene Zwecke ergänzt wird, damit zivilgesellschaftliches Engagement nicht an Formalhürden scheitert.

Wer die steuerliche Begünstigung von Spenden ungerecht findet, sollte sich mit dem Spendenrecht insgesamt beschäftigen, aber nicht mit einer einzelnen Organisation.

Und wer mehr Transparenz für sich politisch einmischende Organisationen wünscht, sollte für ein Lobbyregister kämpfen, das alle entsprechenden Organisationen umfasst, unabhängig von Rechtsform und Steuerstatus.

Noch vor gesetzlichen Regeln wäre es ausgesprochen schlau, wenn ein Verein wie „Aufstehen" Ziele, Zwecke, Struktur und Finanzierung transparent und öffentlich darstellt.

Stefan Diefenbach-Trommer arbeitet seit Jahren in Bewegungs- und Protest-Organisationen. Seit 2015 beschäftigt er sich im Auftrag von 80 Vereinen und Stiftungen, die sich in der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung" zusammengeschlossen haben, mit dem Gemeinnützigkeitsrecht. Er ist ehrenamtlich Mitglied des Stiftungsrats der Bewegungsstiftung. Kontakt: diefenbach-trommer@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Anmerkungen

1 Dies zumindest ist aus dem Spendenaufruf auf der Website zu folgern: „Bitte beachten: Unser Trägerverein ist (noch) nicht gemeinnützig, weswegen eine steuerliche Absetzung derzeit nicht möglich ist." (https://www.aufstehen.de/spenden/ [30.9.2018]

2 https://www.aufstehen.de/faq/ [30.9.2018]

3 Nicht ganz so eindeutig ist der Abstand zu kommunalen Wählergemeinschaften. Würde etwa ein örtlicher Sportverein im Kommunalparlament sitzen wollen, um dort *ausschließlich* für Sportförderung zu sorgen, müsste dies noch nicht den Ausschließlichkeits-Grundsatz verletzen. Eine Klarstellung in § 58 der Abgabenordnung ähnlich wie zu „geselligen Zusammenkünften" wäre hilfreich, etwa so: „Die Steuervergünstigung wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass eine Körperschaft/Vermögensmasse zur Verfolgung ihrer Zwecke auf die politische Willensbildung einwirkt, so lange sie nicht selbst zu Wahlen antritt."

4 Vgl. https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/wenn-gemeinnuetzige-wahlaufrufe-starten/ [30.9.2018]

5 Vergleiche https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/ und https://www.attac.de/aktiv-werden/mitglied-werden/ [30.9.2018]

6 https://www.campact.de/ [30.9.2018]

7 https://www.campact.de/campact/ueber-campact/der-verein/ [30.9.2018]

8 https://www.handelsregister.de/rp_web/mask.do

9 Der 72. Deutsche Juristentag hat am 27.9.2018 als eine Empfehlung beschlossen, das Steuergeheimnis „im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit einzuschränken" und u.a. ein Gemeinnützigkeitsregister zu schaffen, in dem auch Basisinformationen über den Status hinaus öffentlich einsehbar sind.

10 https://www.transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft/ [30.9.2018]

11 https://www.aufstehen.de/faq/, „Wofür wir aufstehen?" [30.9.2018]

12 https://www.aufstehen.de/faq/, „Was sind die Ziele von Aufstehen?" [30.9.2018]

13 https://www.aufstehen.de/faq/, „Warum Aufstehen?" [30.9.2018]

14 Vgl. z.B. Ende Gelände: „Leider können wir keine Spendenbescheinigung ausstellen – Ziviler Ungehorsam ist leider nicht steuerbegünstigt." (https://www.ende-gelaende.org/de/spenden/ [30.9.2018]); X-tausendmal quer: „wir sind selten gemein, meistens

nützlich, aber nicht gemeinnützig - weshalb wir keine Spendenbescheinigungen ausstellen können. Vielleicht ein Grund mehr, uns zu unterstützen." (https://x-tausendmalquer.de/index.php?id=35 [30.9.2018])

[15] https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/gericht-begruendet-gemeinnuetzigkeit-von-attac/ [30.9.2018]

[16] „Das Betreiben oder Unterstützen von Parteipolitik ist immer gemeinnützigkeitsschädlich. Äußerungen, die zwar in dem Sinne als ‚politisch' anzusehen sind, als sie das Gemeinwesen betreffen, die aber zugleich parteipolitisch neutral bleiben, stehen der Gemeinnützigkeit einer Körperschaft nicht grundsätzlich entgegen. ... Auch diese Betätigungen müssen aber durch den Satzungszweck der Körperschaft gedeckt sein." BFH-Entscheidung vom 20.3.2017, X R 13/15, vgl. https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/politik-ohne-parteipolitik/ [30.9.2018]

[17] https://www.aufstehen.de/faq/, „Wie wollen wir aufstehen?" [30.9.2018]

[18] https://www.aufstehen.de/faq/, „Was sind die Ziele von Aufstehen?" [30.9.2018]

[19] https://www.aufstehen.de/faq/, „Brauchen wir Parteien?" [30.9.2018]

[20] https://www.aufstehen.de/faq/, „Wofür wir aufstehen?" [30.9.2018]

[21] Siehe z.B. https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/steuerliche-trennlinie-politik-gemeinnuetzigkeit/

[22] „So genannt", weil diese bis auf die Friedrich-Naumann-Stiftung in Wirklichkeit Vereine sind. Vgl. https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202095/politische-stiftungen oder https://de.wikipedia.org/wiki/Parteinahe_Stiftung#Rechtsform [30.9.2018]

[23] Der Verein von Schick nennt sich „Bürgerbewegung Finanzwende e.V.", was ähnlich anmaßend ist wie die Etikettierung von „Aufstehen" als Bewegung.

[24] Bewegungen entstehen nicht durch die Gründung eines Vereins. Vereine können als Bewegungsorganisationen aus Bewegungen heraus entstehen. Auch wenn sie dann einer Bewegung mehr Form geben, sind sie nicht die Bewegung. Die rassistische Bewegung ist größer als Pegida. Campact ist ein bündelnder Verein, aber selbst keine Bewegung. Ob eine Organisation einer Bewegung nutzt oder sie als Kopfgeburt oder Thinktank stecken bleibt, lässt sich erst im Nachhinein feststellen.

Literatur

Hüttemann, Rainer 2018: Gutachten G zum 72. Deutschen Juristentag. Empfiehlt es sich, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung und Tätigkeit von Non-Profit-Organisationen übergreifend zu regeln? München, C.H.Beck.

Diefenbach-Trommer, Stefan 2018a: Gemein oder nützlich? Gemeinnützigkeit und Abgabenordnung. In: Stiftung Mitarbeit & Bewegungsstiftung (Hg.): Engagement in Aktion. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 2018.

Diefenbach-Trommer, Stefan 2018b: Engagiert Euch – nicht? Wie das Gemeinnützigkeitsrecht politisches Engagement erschwert. Berlin, BBE-Arbeitspapier Nr. 5: http://www.b-b-e.de/publikationen/onlinepublikationsreihen/#c15934

Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden

Ulrich Brand/Mathias Krams

1 | Einleitung

Bereits seit 10 Jahren bringt das Konzept von Postwachstum und die sich darum formierende Degrowth-Bewegung Wind in die deutsche Bewegungslandschaft, hat zahlreiche Diskussionen entfacht und regen Austausch initiiert. In diesem Artikel soll danach gefragt werden, wie sich das Konzept seither bewährt hat, wo Hürden und Potentiale liegen und welche strategischen Konsequenzen sich daraus für die kommenden Jahre ableiten lassen. Dafür werden wir zunächst einen kurzen Einblick in die zentralen Anliegen der Degrowth-Perspektive geben (vgl. auch die Beiträge von Jana Holz und Dorothea Schoppek in diesem Heft sowie von Frank Adler im Online-Supplement), anschließend am Beispiel der Bewegung für Klimagerechtigkeit zeigen, wie die Perspektive in der Praxis zur Anwendung kommt, und uns zuletzt an eine vorsichtige Bewertung der bisherigen Entwicklungen sowie einen strategischen Ausblick heranwagen.

2 | Degroth als radikale politische Perspektive

Die Perspektive des Degrowth wurde ursprünglich in den 1970er Jahren in wissenschaftlichen Debatten entwickelt, geprägt durch den Kontext der Krise des Nachkriegskapitalismus (des sog. Fordismus) und das Erstarken der *neuen sozialen Bewegungen* (Illich 1976, Gorz 2004). Im deutschsprachigen Raum kommt es seit cirka zehn Jahren zu einem Revival: Erfahrungen von wirtschaftlicher Krise und autoritären Krisenpolitiken seit 2007, die Repolitisierung der ökologischen Krise und das Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 führten dazu, dass die Perspektive durch verschiedene soziale Bewegungen wieder aufgegriffen wurde (Schmelzer 2015: 116f.). Im Allgemeinen verstehen sich diese Bewegungen jedoch nicht als explizite Akteurinnen des Degrowth, sondern zielen mit ihren Kämpfen und Forderungen implizit auf die damit verbundenen Anliegen ab (Konzeptwerk/DFG-Kolleg 2017). Das zeigen wir im Folgenden an der Klimabewegung. Was die Degrowth-Bewegung daher kennzeichnet, ist die Konstitution über konkrete, thematisch aber diverse Konflikte und Projekte sowie das breite Verständnis davon, was als „Bewegung" begriffen wird, auch jenseits sichtbarer Protestaktionen.

Folglich gibt es auch keine klare Definition von Degrowth, sondern einige gemeinsame Bezüge und zentrale Forderungen, die in einer doppelte Perspektive münden: Einerseits wird der tief verankerte Imperativ des kapitalistischen Wirtschaftswachstums und der Kapitalakkumulation als *Destabilisator* sozialer Verhältnisse und als Ursache von Krisen identifiziert, zu dessen Überwindung ein ganzheitlicher gesellschaftlicher Wandel erforderlich ist. Auf der anderen Seite sollen die vielfältigen konkreten Erfahrungen mit Alternativen hervorgehoben und in einen größeren gesellschaftlichen Kontext gestellt werden.

Degrowth als Horizont gesellschaftlicher Transformation anzustreben bedeutet nicht, sich über Krisen zu freuen und politisch zufrieden zu sein, wenn die industrielle Produktion untergeht. Degrowth ist kein Synonym von Krise, sondern ein Prozess hin zu anderen Produktions- und Lebensweisen und entsprechenden Vorstellungswelten: sozial und ökologisch

nachhaltig, fair und solidarisch (Kallis 2011). Stephan Lorenz (2014: 72) fasst Degrowth als „Suchbewegungen nach alternativen Lebensentwürfen und neuen Wohlstandsmodellen, die sicher mit weniger Dingen auskommen, aber vor allem andere Beziehungen zu ihnen entwickeln. Das bloße Weniger ist hier keineswegs letzter Sinn und Zweck." Es geht um eine grundlegend andere Gesellschaft, nicht um ein Weniger der bestehenden.

Eine Stärke der Debatte um Degrowth liegt darin, dass sie den angeblich engen Handlungsspielraum zur Bewältigung der Krise gegen die Fixierung auf Wachstum oder Wettbewerbsfähigkeit neu politisiert. Die Resonanz der Debatte macht dabei deutlich, dass neue und solidarische Horizonte entstehen müssen, auf die mittels alternativer Praktiken und Formen der Organisierung hingearbeitet wird.

3 | *Degrowth at work*: Die Bewegung für Klimagerechtigkeit

Eines der Konfliktfelder, in denen die Degrowth-Perspektive greifbar und von Bewegungsakteur*innen diskutiert wird, ist die Auseinandersetzung um Klimagerechtigkeit. Die globale Klimagerechtigkeitsbewegung bringt mit ihren Aktionen zum Ausdruck, dass die Klimakrise in erster Linie eine globale Gerechtigkeitskrise darstellt: Während die Industrienationen des Globalen Nordens maßgeblich für den menschengemachten Klimawandel verantwortlich sind, leiden insbesondere Menschen im Globalen Süden schon heute massiv unter den Folgen. Dürren zerstören Existenzgrundlagen und fördern gewaltsame Konflikte, der Anstieg des Meeresspiegels und häufige Unwetter entreißen Menschen ihr Zuhause und oft auch das Leben (Müller 2017: 224).

Sichtbarster Ausdruck dieser Bewegung in Deutschland waren in den vergangenen Jahren die Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams zum Stopp der Kohleverstromung unter dem Label *Ende Gelände*. Doch wie auf den sogenannten *Klimacamps* im Rheinland, der Lausitz und dem Leipziger Land zum Ausdruck gebracht wurde, ist die Bewegung deutlich breiter und verknüpft eine Vielzahl von thematischen Kämpfen: Dazu gehören das Eintreten für eine solidarische Landwirtschaft, Energiedemokratie und nachhaltige Mobilität genauso wie Kämpfe gegen das Patriarchat, Rassismus und andere Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Auf den Klimacamps werden solidarische Alternativen erprobt und Diskussionen über eine bessere Zukunft und den Weg dorthin mit direkten politischen Aktionen verknüpft (Berger 2018; Bosse 2015: 395). Bereits zum vierten Mal war im Sommer 2018 auch die Degrowth-Sommerschule auf einem Klimacamp zu Gast: Durch zahlreiche Workshops und Diskussionsveranstaltungen wird die Degrowth-Perspektive so weiter in die Bewegung getragen, unterschiedliche Aspekte von Degrowth werden gemeinsam erkundet und der Mehrwert der Perspektive für thematische Kämpfe und ihre Verknüpfung analysiert.[1]

Um die Potentiale und Hürden der Degrowth-Perspektive für die Klimabewegung in den Blick zu bekommen, wollen wir drei Dimensionen der Bewegungsanalyse aufgreifen, in denen die Degrowth-Perspektive für die Klimabewegung Bedeutung entfaltet: Mobilisierung, Framing und kollektive Identität (vgl. Polletta/Jasper 2001).

Bezogen auf die Mobilisierung von Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen bietet das Konzept von Degrowth einige Anknüpfungspunkte für die Klimabewegung. Es wirkt – insbesondere in Form des oft synonym verwendeten Begriffs des *Postwachstums*, der aber eine weniger radikale Semantik aufweist (siehe unten) – anschlussfähiger an den gesellschaftlichen Mainstream als klassische antikapitalistische Positionierungen. Die Grundlage dafür hatten gesellschaftliche Debatten der letzten zehn Jahre geschaffen, in denen sich unter Begriffen wie *Beyond GDP* (EU-Kommission 2009; ähnlich OECD 2011) und „Wohlstand ohne Wachstum" (Jackson 2011) oder durch Diskussionen etwa im Rahmen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Bundestages ein breiteres öffentliches Bewusstsein dafür entwickelte, dass die Steigerung des Bruttosozialprodukts

nicht mit zunehmendem Wohlstand gleichzusetzen ist.

Diese Anschlussfähigkeit der Degrowth-Perspektive wurde zudem an der Breite des Teilnehmendenspektrums der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz im Sommer 2014 in Leipzig deutlich (Eversberg/Schmelzer 2018). Auch viele Besucher*innen der Degrowth-Sommerschule auf dem Klimacamp kommen über dieses thematische Veranstaltungsformat erstmals mit der Klimabewegung in Kontakt, lernen im Rahmen der Camps jedoch noch viele weitere Aspekte der Bewegung kennen, beteiligen sich an politischen Aktionen und knüpfen Kontakte (Häußermann/Wollny 2017: 41; Burkhart/Schmelzer/Treu 2017: 81). Die Kooperation mit der Degrowth-Sommerschule ermöglicht der Klimabewegung daher, weitere Zielgruppen zu erreichen und Netzwerke mit gesellschaftlich breiter verankerten Strukturen, NGOs und Institutionen wie etwa dem Konzeptwerk Neue Ökonomie zu etablieren.

Auch in der Außenkommunikation und dem Framing von Ereignissen bietet das Konzept von Degrowth aufgrund der angesprochenen relativ breiten Anschlussfähigkeit von *Postwachstum* einige Potentiale. So nennt die Pressemappe von *Ende Gelände* zu der Massenaktion im August 2017 als eines der zentralen Ziele des Bündnisses „eine Transformation hin zu einer Wirtschaft, die nicht auf Profit und grenzenlosem Wachstum basiert, sondern die sozialen und ökologischen Grenzen respektiert und ein ‚Gutes Leben' für alle ermöglicht. Ende Gelände steht daher auch für eine neue gesellschaftliche Organisation jenseits des Kapitalismus."[2] Dass es auf einem begrenzten Planeten kein unbegrenztes Wachstum geben kann und dadurch das Ziel eines *guten Lebens für alle* im Kern gefährdet ist, kann angesichts der Struktur des hegemonialen Diskurses in der Außenkommunikation leichter platziert und vermittelt werden als eine grundlegende Kapitalismuskritik (Müller 2017: 233; Korte 2011). Innerhalb von Ende Gelände und der Klimabewegung kommt es jedoch immer wieder zu Debatten darüber, wie Kritik verständlich und anschlussfähig vermittelt werden kann, ohne dabei die grundlegende Kritik am kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem außen vor zu lassen.

Die Dimension der kollektiven Identität lenkt den Blick darauf, inwieweit die Degrowth-Perspektive dazu beitragen kann, unterschiedliche thematische Kämpfe innerhalb der Bewegung für Klimagerechtigkeit stärker miteinander zu verknüpfen und eine gemeinsame kollektive Identität zu festigen. Dies variiert jedoch je nach thematischem Feld: während für Kämpfe gegen Kohleverstromung, für nachhaltige Mobilität und solidarische Landwirtschaft eine Betonung von *Degrowth* als gemeinsamer inhaltlicher Klammer intuitiv einleuchtet, liegt dieser Zusammenhang in Bezug auf Kämpfe gegen Patriarchat und Rassismus weniger nahe. Wie in diesen Bewegungen immer wieder betont wird, geht eine Kritik an Wachstum als notwendigem Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht zwangsläufig mit einer Kapitalismus- und Herrschaftskritik einher, wie sie notwendig wäre, um Ausbeutungsverhältnisse entlang der Dimensionen von *race* und *gender* – als essentielle Elemente von *Klima(un)gerechtigkeit* – in den Blick zu bekommen (Trouble Everyday Collective 2017: 317; Häußermann/Wollny 2017: 43).

Noch schwieriger gestaltet sich der Fokus auf Degrowth in Versuchen der Annäherung und Kooperation mit Arbeitnehmer*innen und ihren Interessenvertretungen, die für erfolgreiche, sozial ausgestaltete Transformationsprozesse, etwa im Bereich der Energie- und Mobilitätspolitik, als essentiell erachtet werden (Brand/Niedermoser 2016). Forderungen nach Degrowth schüren bei von Arbeitsplatzverlust bedrohten Menschen neue Ängste, statt Handlungs- und Kooperationsoptionen zu eröffnen.

Konkrete Ansatzpunkte wie Arbeitszeitverkürzung und Partizipation der Beschäftigten, Leitbegriffe wie *Ein gutes Leben für alle* oder ein Fokus auf *(globale) soziale Gerechtigkeit* öffnen hier Perspektiven, die viel eher an konkrete Interessen anschließen, affektive Resonanz schaffen, Identifizierung ermöglichen, Raum für Austausch sowie perspektivisch die Entwicklung gemeinsamer Strategien öffnen

und somit Kernelemente einer gemeinsamen kollektiven Identität darstellen könnten.

Die Degrowth-Perspektive hat sich über die letzten Jahre als ein zentraler Bezugspunkt der Bewegung für Klimagerechtigkeit in Deutschland etabliert. Gerade der Fokus auf praktische Alternativen zur wachstumsbasierten kapitalistischen Wirtschaftsweise ist dabei sehr anschlussfähig zum Ansatz von Klimacamps als Lern- und Erfahrungsraum. Aber auch in inhaltlichen Debatten sowie in der Außenkommunikation vieler Bewegungsakteur*innen sind Kerngedanken der Degrowth-Perspektive ein fester Bestandteil, der sich vor allem durch seine Anschlussfähigkeit auch jenseits des linksradikalen Spektrums auszeichnet. Zugleich wurde deutlich, wo in Bezug auf unterbestimmte Aspekte und Tendenzen der verkürzten Kritik derzeitig Schwachstellen des Konzepts liegen. Diese werden im nachfolgenden Absatz auf konzeptioneller Ebene nochmals stärker herausgearbeitet.

4 | Hat sich Degrowth nach zehn Jahren überlebt?

Ein großer Erfolg der Degrowth-Bewegung im deutschsprachigen Raum waren und sind die vielfältigen Debatten, die durch sie über die letzten 10 Jahre entfacht und vorangebracht wurden (vgl. etwa Konzeptwerk/DFG-Kolleg 2017). Breite Allianzen wurden sichtbar auf dem Kongress „Jenseits des Wachstums" im Jahr 2011 in Berlin und der erwähnten Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014. In Österreich wurden durch die Initiative „Wachstum im Wandel" sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien unter dem Titel „Gutes Leben für alle" zwei Kongresse organisiert und durch das Bewegungsnetzwerk *System Change, not Climate Change!* öffentlichkeitswirksame Proteste organisiert und Bildungsarbeit betrieben. Dank der zuvor genannten Zusammenhänge und Akteur*innen wie Attac, dem Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig oder dem DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena konnte so eine *Bewegungsinfrastruktur* aufgebaut werden, durch die inhaltlich und strategisch weitergearbeitet wurde sowie auch in politisch schwierigen Zeiten emanzipatorischer Kritik und Alternativen Gehör verschafft wurde. Eine solche Infrastruktur schafft zwar eine wichtige Grundlage für vielfältige und dynamische soziale Bewegungen, doch sie ersetzt diese Akteur*innen nicht, die die Degrowth-Perspektive in ihrer Praxis aufgreifen. Vor diesem Hintergrund erfolgen nun einige *konzeptionelle* Bemerkungen zur Zukunftsfähigkeit der Degrowth-Perspektive (vgl. auch Acosta/Brand 2018 und die Beiträge von xxx in diesem Heft):

Erstens: Obwohl die Degrowth-Bewegung eine ganzheitliche gesellschaftsverändernde Perspektive formulieren möchte, die im weitesten Sinne die Transformation der gesamten Produktions- und Lebensweise impliziert (vgl. die Beiträge in Konzeptwerk/DFG-Kolleg 2017), scheinen sich konkrete Praktiken eher auf kleinere Projekte wie etwa Bildungsarbeit, Praxen solidarischer Ökonomie oder Tauschringe zu konzentrieren. Dieser Fokus auf das Konkrete, trotz der Forderung nach einem umfassenden Konzept, ist bei den vorherrschenden gesellschaftlichen Tendenzen keineswegs überraschend. Denn zum einen scheint ein Eingriff in die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und dominanten Logiken aktuell schwierig. Zum anderen trifft Hans Thie (2014) den Nagel auf den Kopf, wenn er bemerkt: „Postwachstumsökonomie kann jenseits der Projektpioniere und der einsichtigen Privilegierten nur dann zu einem starken Leitbild werden, wenn sie die Freiheit, ein anderes, selbstbestimmtes und ressourcenleichtes Leben zu führen, zu vergesellschaften versucht. Der individuelle Wachstumsverrat kann stärker und politischer werden, wenn er aufnimmt, was als mehrheitliches Verlangen schon da ist: existenzielle Not abzuschaffen."

Das bedeutet, dass das Unbehagen beispielsweise der Gewerkschaften (Reuter 2014, Urban 2018) sowie großen Teilen der Bevölkerung gegenüber Degrowth daher rührt, dass mit dem vor allem durch kosmopolitische Mittelschichten getragenen und unterstützen suggestiven Diskurs der „Befreiung vom Überfluss" – der in

Teilen des Degrowth-Spektrums eine zentrale Rolle spielt – reale Armut, Marginalisierung, Ängste und Demütigungen, denen viele Menschen ausgesetzt sind, nicht angegangen werden. Es bedarf weiterer Bemühungen und strategischer Überlegungen zum Umgang mit dem Faktum, dass Wachstum, so sehr es immer wieder und zunehmend Instabilität erzeugt, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft mit einer Verbesserung der Lebenslage assoziiert wird. In einer Zivilisation der Ungleichheit gilt das sowohl für die Überwindung von Armut als auch bezogen auf „Statuskonsum", der eine Gleichsetzung von monetärem Wohlstand mit Erfolg und Ansehen zum Ausdruck bringt. Bleibt Degrowth ein Diskurs, der primär von privilegierten Teilen der Gesellschaft geführt wird, wird er sich diesen Herausforderungen nicht annehmen können.

Zweitens: Die Degrowth-Perspektive ist richtigerweise staatskritisch, denn der Staat mit seiner Wachstumsfixierung, seiner Abhängigkeit von Steuereinnahmen aus der kapitalistischen Ökonomie und mehr noch in seiner aktuell zunehmend autoritären Ausrichtung, ist Teil des Problems. In der Debatte um Degrowth fehlt jedoch oftmals der Blick auf notwendige institutionelle Arrangements, um den angestrebten Wandel zu realisieren. Barbara Muraca (2013) konstatiert daher zu Recht: Es bedürfe angesichts der bestehenden Machtverhältnisse eine „institutionelle Koordinationsinstanz, die für die Rechte der Schwächeren eintritt, Umverteilung zwischen sozialen Gruppen und zwischen den Regionen reguliert und Konflikte schlichtet. Die größte Herausforderung einer Postwachstumsgesellschaft wird die Frage der politischen Struktur sein, wie sie als demokratische und partizipatorische Gesellschaft gestaltet werden kann."

Damit sind wir bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und den dafür notwendigen demokratischen Strukturen. Auch in einer Gesellschaft, in der Prinzipien von Degrowth wichtiger werden, sollen zwar Zwang und Gewalt minimiert werden, es wird jedoch weiterhin Spannungen, Machtverhältnisse und Konflikte geben, mit denen umgegangen werden muss. Daran schließen sich wichtige Fragen an: Was sind die akzeptablen Korridore der Transformation und wie werden sie gesellschaftlich vereinbart? Wie wird mit Menschen und Gruppen umgegangen, die andere Vorstellungen haben, und wie wird das Prinzip Weniger ist mehr nicht repressiv? Wie werden Bedürfnisse und die Formen ihrer Befriedigung ausgehandelt? Wie wird mit der Spannung umgegangen, dass viel Lustvolles bei Bedürfnissen und ihrer Befriedigung darin besteht, sie nicht begründen zu müssen (vgl. etwa Graefe 2016)?

Drittens: Potential für die Weiterentwicklung der Degrowth-Perspektive liegt in einer systematischeren Berücksichtigung der (Erwerbs-)Arbeit als einem zentralen Moment von Vergesellschaftung. Kapitalistische Gesellschaften reproduzieren sich durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen unter Bedingungen der Lohnarbeit. Zugleich wird diese Lohnarbeit selbst durch (meist unbezahlter) Sorgearbeit reproduziert, die jedoch durch asymmetrische Geschlechterverhältnisse strukturiert, d. h. vorwiegend von Frauen geleistet und im gesellschaftlichen Diskurs oft als weniger wertvoll bewertet wird (Biesecker/Hofmeister 2010; Winker 2015). Das bedeutet nicht, per se für eine Monetarisierung und Kommodifizierung der Sorgearbeit einzutreten. Umgekehrt: Die Dynamiken der „Landnahme im Feld der Sorgearbeit" etwa, wie auch das Fortbestehen von Formen der Zwangsarbeit, müssten aus einer Degrowth-Perspektive stärker in den Blick genommen werden (Dörre/Ehrlich/Haubner 2014).

Für eine politische Veränderungsperspektive im Sinne von Degrowth wird es zentral sein, die Lebens- und Beschäftigungsperspektiven der Menschen etwa in der Automobil- oder Energieindustrie einzubeziehen, um eine Transformation zu anderen Formen des Wirtschaftens zu realisieren. Gleichzeitig bedeutet Degrowth – als Perspektive der Erschaffung einer anderen Form von Wohlstand – in vielen Bereichen erstmal ein Mehr an Arbeit (Muraca 2014). Und schließlich: Arbeit ist

ein soziales Verhältnis, das tief in Formen betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaft, staatliche Politiken, Formen und Vorstellungen attraktiven Lebens und in die Subjektivitäten eingeschrieben ist. Die Reorganisierung von Arbeit(steilung) und des Verhältnisses zwischen Erwerbsarbeit und anderen Formen der Arbeit hängt entsprechend eng mit der Umverteilung von Macht, Reichtum und Teilhabe zusammen. Wir halten es folglich für wichtig, gerade im Bereich von Arbeit die je spezifischen Dynamiken und Kräfteverhältnisse zu betrachten, die Veränderungsprozesse ermöglichen oder behindern.

Viertens und im Anschluss an den gerade genannten Aspekt: Degrowth müsste auch im Hinblick auf die tief in die Gesellschaft eingeschriebene Wachstumsorientierung Probleme sozialer Macht und Herrschaft stärker berücksichtigen (Brand 2014). Deutlich macht dies das Schicksal der globalisierungskritischen Bewegung, die teilweise als Vorläuferin der Degrowth-Bewegung angesehen werden kann: Sie scheiterte in der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 daran, substanziell in die politischen Macht- und Kräfteverhältnisse einzugreifen. Akteurinnen mit großem Machtpotenzial wie Gewerkschaften und linke Parteien orientierten sich in der Krise eher an nationalstaatlichen Lösungsstrategien – der globalisierungskritische Internationalismus spielte hingegen kaum eine Rolle (Bieling et al. 2014: 244). Es ist daher wichtig ins Bewusstsein zu rufen, dass es sich bei kapitalistisch angetriebenem Wirtschaftswachstum nicht um eine rein quantitative Größe handelt. Es steht in Wechselwirkung mit den Strukturen von Eigentum und Klassen und den daraus folgenden, für Klassengesellschaften grundlegenden Formen von Herrschaft und Unterdrückung. Diese prägen geschlechtsspezifische, ethnisierte und internationale Beziehungen, genauso wie die Beherrschung der Natur. Jede Alternative muss diese bestehenden Bedingungen und Beziehungsformen berücksichtigen und ändern, um auch machtpolitisch dazu in der Lage zu sein, grundlegenden Wandel zu ermöglichen (vgl. Adamczak 2017).

Ein Blick auf die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen erlaubt zudem zu verstehen, dass eine Wirtschaft, die nicht mehr wächst, aber auch nicht in ihren Grundstrukturen verändert wird, monopolistische kapitalistische Tendenzen aufweist. Dies kann zur Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen beitragen und sich in nationalistischen bis gar faschistischen Politiken entladen (Blauwhof 2012; Muraca 2014). Es besteht daher eine permanente Gefahr der Vereinnahmung von rechts (Nabert 2016, vgl. Eversberg in diesem Heft), wie auch die globalisierungskritische Bewegung in den letzten Jahren schmerzhaft erleben musste (Missbach 2017).

5 | Degrowth im Jahr 2030

Degrowth ist eine Perspektive, die sich grundlegenden Veränderungen von Produktions- und Lebensverhältnissen, damit einhergehenden Sozialstrukturen, Dispositiven sowie Vorstellungen eines guten Lebens für alle widmet. Präziser wäre zu formulieren: sie fragt nach den *Bedingungen* für ein gutes Leben, da die konkreten Vorstellungen darüber, wie diese Zukunft aussehen wird, notwendigerweise divers bleiben.

Rückblickend aus dem Jahr 2030, in dem eine Gebrauchswert- und Bedürfnisorientierung die vormals dominierenden Profit- und Wachstumslogiken zunehmend herausfordert; in dem sich als Antwort auf kapitalistische Krisen eine Kultur und Praxis der Gemeinschaftsorientierung und solidarischen Unterstützung etabliert hat, die die Schließung von Grenzen als Instrument zur Absicherung von Privilegien, zur Externalisierung von Kosten und zum Erhalt von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen delegitimiert; in dem Dank eines durch Klimagerechtigkeits- und Arbeiter*innenbewegung gemeinsam erkämpften, sozial abgesicherten Kohleausstiegs soziale und ökologische Anliegen nicht mehr als Widerspruch, sondern als notwendigerweise verknüpft betrachtet werden; lässt sich daher fragen: Was waren die Bedingungen und kontingenten historischen Momente, die

diesen Wandel ermöglicht haben (Kny 2017, Brie 2014)?

Handlungsanleitende Rückschlüsse darauf lassen sich auf zweierlei Weise gewinnen: Zum einen zeigen all die Beispiele des Nicht-Gelingens von geglücktem Leben unter kapitalistischen Bedingungen (Graefe 2016), dass individuelle Lösungsstrategien, Änderungen des Konsumverhaltens oder technologische Versprechungen für sich alleine nicht zu emanzipatorischen Transformationen führen werden. Zum anderen weisen die „Konturen einer solidarischen Lebensweise" (Brand/Wissen 2017, 8. Kapitel) im Hier und Jetzt sowie die bereits laufenden Kämpfe für *ein gutes Leben für alle* auf wichtige Prinzipien wie Solidarität, Gemeinschaftsorientierung und Intersektionalität hin, die auch für zukünftige Prozesse des Wandels in Richtung der gezeichneten Vision im Jahr 2030 von entscheidender Bedeutung sein werden. Erfolgversprechend erscheinen dabei insbesondere strategische Ansätze, die Kämpfe um realpolitische Verbesserungen, die zugleich neue Handlungsspielräume eröffnen, mit dem Aufbau alternativer, solidarischer Strukturen und Organisationsformen verbinden, welche zudem durch zeitweises konfrontatives Infragestellen der bestehenden Ordnung bestärkt werden (Wright 2015: 202f.; siehe das Konzept des *radikalen Reformismus*, etwa in Roth 2018).

Wenn es der Degrowth-Bewegung gelingt, in den konkreten Konfliktfeldern, in denen die Perspektive zur Geltung kommt, Teilantworten auf die im Text aufgeworfenen Fragen zu finden, strategische Überlegungen daraus abzuleiten und diese in Austauschprozessen innerhalb der Bewegungen und ihren stärker institutionalisierten Infrastrukturen zu reflektieren und zu koordinieren, dann wird sie demonstriert haben, dass sie sich noch keinesfalls überlebt hat, sondern in der Lage ist, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Ähnlich wie bei der globalisierungskritischen Bewegung wird ihr längerfristiges Überleben und ihre Ausstrahlkraft jedoch davon abhängen, inwiefern die Perspektive weiter in der Gesellschaft verallgemeinert, aus den gewonnenen Teilantworten ein Horizont für eine solidarische Postwachstumsgesellschaft entworfen und dieses Projekt auch machtpolitisch unterfüttert werden kann. Sicherlich keine leichten Aufgaben, doch radikale Alternativen scheinen dringender nötig denn je.

Ulrich Brand arbeitet als Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Kontakt: ulrich.brand@univie.ac.at.

Mathias Krams ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promovend am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Kontakt: mathias.krams@univie.ac.at.

Anmerkungen

1 https://www.degrowth.info/de/sommerschule-2018/ [19.07.2018].

2 https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2016/02/Pressemappe-Ende-Gela%CC%88nde-2017.pdf [19.07.2019].

Literatur

Adamczak, Bini 2017: Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Berlin: Suhrkamp.

Berger, Mattis 2018: Wenn die Revolution nicht warten kann ... Wie Ende Gelände den Aufstand erprobt und Klimagerechtigkeit erfahrbar macht. www.graswurzel.net/425/klima.php [16.09.2018].

Bieling, Hans-Jürgen/Haas, Tobias/Lux, Julia 2014: Die Krise als Auslöser eines neuen europäischen Konfliktzyklus? In: Bieling, Hans-Jürgen/Haas, Tobias/Lux, Julia (Hg.): Die internationale politische Ökonomie nach der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: SpringerVS, 231-249.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine 2010: (Re)productivity. Sustainable relations both between society and nature and between the genders. In: Ecological Economics, Jg. 69, Heft 8, 1703-1711.

Blauwhof, Frederik Berend 2012: Overcoming accumulation: Is a capitalist steady-

state economy possible? In: Ecological Economics, Jg. 84, 254-61.

Bosse, Jana 2016: Analyse: Kein Land mehr für Kohle – Kohleausstieg ist Handarbeit. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, Heft 4, 394-399.

Brand, Ulrich 2014: Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. In: Prokla, Jg. 44, Heft 2, 289-306.

Brand, Ulrich/Niedermoser, Kathrin 2016: Gewerkschaften zwischen „ökologischer Modernisierung" und Einsatzpunkten sozial-ökologischer Transformation. In: Barth, Thomas/Jochum, Georg/Littig, Beate (Hg.): Nachhaltige Arbeit. Frankfurt/M. und New York: Campus, 223-243.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brie, Michael (Hg.) 2014: Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster: WestfälischesDampfboot.

Burkhart, Corinna /Schmelzer, Matthias/Treu, Nina 2017: Ohne Bewegungen keine Transformation. In: Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hg.): Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom, 77-88.

Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Haubner, Tine 2014: Landnahmen im Feld der Sorgearbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Hildegard, Theobald (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Baden-Baden: Nomos, 107-124.

Enquete-Kommission 2013: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages. Drucksache 13/300. Berlin: Deutscher Bundestag.

EU-Kommission 2009: Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. KOM(2009), 433. Brüssel.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2018: The Degrowth Sepctrum: Convergence and Divergence Within a Diverse and Conflictual Alliance. In: Environmental Values, Jg. 27, Heft 3, 245-267.

Gorz, André 2004: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich, Rotpunkt.

Graefe, Stefanie 2016: Grenzen des Wachstums? Resiliente Subjektivität im Krisenkapitalismus. In: Psychosozial, 143, 39-50.

Häußermann, Dorothee/Wollny, Laura 2017: Anti-Kohle Bewegung: Gegen Klimawandel, Kapitalismus und Wachstum! In: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom, 34-45.

Illich, Ivan 1976: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. München: C.H. Beck.

Jackson, Tim 2011: Wohlstand ohne Wachstum. München: oekom.

Kallis, Giorgos 2011: In defence of degrowth. In: Ecological Economics, 70, Heft 5, 873-880.

Kny, Josefa 2016: FUTURZWEI. Gelebte Geschichten einer anderen Wirklichkeit erzählen. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). München: oekom, 166-175

Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.) 2017: Degrowth in Bewegung(en). München: oekom.

Korte, Mareike 2011: Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): Zivilisierung des Klimaregimes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-208.

Lorenz, Stephan 2014: Mehr oder weniger? Zur Soziologie ökologischer Wachstumskritik und nachhaltiger Entwicklung. Transcript, Bielefeld.

Missbach, Andreas 2017: Globalisierungskritik: Unterstützung von rechts?. In: Die Volkswirtschaft, 6, 2017. https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2017/05/09_Missbach_DE.pdf [26.07.2018].

Müller, Tadzio 2017: Klimagerechtigkeit: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapi-

talismus. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). München: oekom, 224-235.

Muraca, Barbara 2014: Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.

Muraca, Barbara 2013: Auf der Suche nach dem Glück ohne Wachstum. http://sciencev2.orf.at/stories/1718252/index.html [15.07.2018].

Nabert, Alexander 2016: Degrowth und die schrumpfende Logik. In: Jungle World, 6, 2016. http://jungle-world.com/artikel/2016/06/53461.html [23.07.2018].

OECD 2011: How´s Life? Measuring well-being. Paris: OECD.

Polletta, Francesca/Jasper, James 2001: Collective Identity and Social Movements. In: Annual Review of Sociology, 27, 283–305.

Reuter, Norbert 2014: Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften. In: WSI-Mitteilungen, 2014, 7, 555-559.

Roth, Roland 2018: Radikaler Reformismus. Geschichte und Aktualität einer politischen Denkfigut. In: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hg.): Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Baden-Baden: Nomos, 219-240.

Schmelzer, Matthias 2015: Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Le Monde diplomatique/Kolleg. Postwachstumsgesellschaft (Hg.): Atlas der Globalisierung. Berlin: Le Monde diplomatique/taz, 116-121. Berlin.

Thie, Hans 2014: Im Club der Visionäre. In: Der Freitag, 04.09.2014.

Trouble Everyday Collective 2017: Queer-feministische Ökonomiekritik: Ohne geht es nicht: Radikalität, Kapitalismuskritik und ein feministischer Grundkonsens. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). München: oekom, 308-319.

Urban, Hans-Jürgen 2018: Ökologie der Arbeit: Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Schröder, Urban/ Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Gute Arbeit. Ausgabe 2018. Ökologie der Arbeit. Frankfurt: Bund-Verlag.

Winker, Gabriele 2015: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Wright, Erik Olin 2015: Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Brie, Michael (Hg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Hamburg: VSA, 59-106.

Revolution predigen, Karottensaft trinken?

Zum Zusammenhang von Strömungen, Lebensstilen und Aktivismus im Degrowth-Spektrum

Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer

Bei Degrowth oder Postwachstum handelt es sich – wie bei jedem politisch-aktivistischen Akteursspektrum – nicht um einen einheitlichen Block, sondern um ein in jeder Hinsicht (praktisch, sozial und politisch) heterogenes, von vielfältigen Spannungslinien durchzogenes Feld. Das ist in der bisherigen Forschung immer betont und vor allem im Hinblick auf die unterschiedlichen Positionen in den wissenschaftlich-politischen Debatten um Degrowth oder Postwachstum (Schmelzer 2015) sowie auf die Einstellungen ihrer sozialen Träger*innengruppen (Eversberg/Schmelzer 2016, 2018; Schmelzer/Eversberg, 2017) aufgezeigt worden. Eine Bewegung als ein soziales Feld zu betrachten bedeutet aber, wenn es nicht

eine bloße Phrase sein soll, deutlich mehr, wie wir in diesem Artikel ausführen und in Bezug auf die Praktiken im Degrowth-Spektrum hin näher aufzeigen wollen.

Ein soziales Feld ist, so Pierre Bourdieu, der den Begriff entscheidend geprägt hat, ein „strukturierter Raum von Positionen", in dem die Praxis der Akteure von einem gemeinsamen Kraftfeld oder „Feldeffekt" beeinflusst wird – ähnlich der selbst unsichtbaren, aber für die beobachtete Ordnung entscheidenden Kraft, die in einem Magnetfeld wirkt (vgl. Bourdieu 1982, 1984 2004). Anders als dort sind die Akteure jedoch nicht einfach als passive „Teilchen" jener Kraft ausgeliefert. Vielmehr resultiert die im Feld wirkende Kraft aus einer Logik, die dem Handeln dieser Akteure selbst zugrunde liegt. Diese geteilte Logik wiederum ergibt sich nicht nur aus dem gemeinsamen Glauben (Bourdieu: *illusio*) daran, dass das, was im Feld passiert, es wert ist, sich daran zu beteiligen. Sie ergibt sich auch nicht allein aus den Auseinandersetzungen, die sie untereinander um die persönlichen wie politischen Konsequenzen führen, die aus diesem Glauben zu ziehen sind. Vielmehr sind die unterschiedlichen *Positionierungen* in der Debatte, die bislang im Zentrum der Analysen stehen, nur ein Teil der umfassenderen sozialen Praktiken, durch die sich die Akteure im Feld aktiv positionieren.

Zu diesen sozialen Praktiken gehören neben den geäußerten Meinungen und Einstellungen auch die aktivistischen wie alltäglichen Praktiken, etwa die Beteiligung an verschiedenen Aktionsformen, die Mitgliedschaft oder Aktivität in Gruppen und Organisationen, die Nutzung verschiedener organisationaler, sozialer oder materieller Ressourcen für aktivistische Zwecke, aber auch im Hinblick auf die für das Feld typischen Grundüberzeugungen relevante Alltagspraktiken in den Bereichen Mobilität, Ernährung, Wohnen etc. Erst wenn dies mit berücksichtigt wird, lässt sich die Struktur des Feldes als eines strukturierten Raums von Praktiken im Ganzen rekonstruieren, und es lassen sich systematische Zusammenhänge zwischen Denken und Handeln aufzeigen: Werden Degrowth-Aktivist*innen in ihrem Handeln eigentlich den hehren Zielen und Ansprüchen gerecht, die sie sich in ihren inhaltlichen Positionierungen setzen, oder sind sie selbst so stark in der wachstumsfixierten Logik und den praktischen Zwängen der sie umgebenden gesellschaftlichen Welt gefangen, dass sie sich in einem offenen Widerspruch bewegen? Wird hier, wie von Kritiker*innen nicht selten vermutet, zwar die Revolution gepredigt, praktisch dann aber doch nur in der gemeinschaftlichen Nische herrschaftsfrei und biologisch selbst gemachter Karottensaft getrunken, während die eigene Verstrickung in die kritisierten Verhältnisse weitgehend ungebrochen bleibt? Und lassen sich hier Unterschiede zwischen den verschiedenen Strömungen der Bewegung erkennen?

Diese Fragen wollen wir im Folgenden diskutieren, indem wir auf die Daten aus der Teilnehmendenbefragung der Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 zurückgreifen, die wir auch schon in unseren bisherigen Analysen genutzt haben. In den Fokus rücken nun eine Reihe von Fragen zur Alltagspraxis und zum Aktivismus der Befragten, die wir bislang lediglich genutzt haben, um die verschiedenen Strömungen hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung und typischer Praxismuster näher zu beschreiben (Eversberg/Schmelzer 2018). Diese Daten wollen wir nun nutzen, um mittels einer Multiplen Korrespondenzanalyse (MCA) ein Gesamtbild, eine Art „Landkarte", des sozialen Feldes des Degrowth-Spektrums zu konstruieren.

Den Bourdieuschen Feldbegriff nutzen wir dabei anders, als es sich in der Bewegungsforschung etabliert hat (vgl. etwa Ray, 1999; besonders prominent aber Fligstein and McAdam, 2011). Anstatt in einer einseitigen, ja, reduktionistischen Weise – die auch bei Bourdieu selbst schon angelegt ist – stets den Kampf, den Streit, die strategische Auseinandersetzung um die richtige Deutung und die angemessene praktische Umsetzung der geteilten Zielsetzungen in den Vordergrund zu stellen, schlagen wir eine Revision des Feldbegriffs für Bewegungsanalysen vor – denn

uns interessieren die spezifischen Relationen im Feld, seien diese durch Konkurrenz oder eben durch Kooperation geprägt. Die „Werkzeuge" im Feld – Dinge, Wissensbestände, Sozialbeziehungen etc. – sind aus dieser Sicht nicht per se „Kapitalien", die in Konkurrenz mit anderen eingesetzt werden, sondern erst einmal *Produktionsmittel*, die für feldspezifische Praktiken der Welterzeugung genutzt werden können. Wie diese sozial verfügbaren Produktionsmittel tatsächlich genutzt und wie die Verfügung über sie organisiert wird, ist dann eine empirisch zu beantwortende Frage: Werden sie als *Gemeingüter* genutzt, fungieren sie als kollektive oder individuelle *Ressourcen*, oder gewinnen sie ihren Verwendungsweisen tatsächlich den eigenlogischen Charakter von *Kapital*?

1 | Zwei Schritte der Feldanalyse

In einem ersten Schritt haben wir dabei in unseren bisherigen Beiträgen die unterschiedlichen Akteursgruppen im Feld und die Beziehungen zwischen ihnen in den Blick genommen (Eversberg/Schmelzer 2016). In einer Clusteranalyse der Bewertungen zu 29 Statements zu Wachstum und Wachstumskritik, die wir in unserer Leipziger Befragung abgefragt hatten, haben wir fünf inhaltlich-strategisch bestimmte Strömungen unterschieden, an die wir hier zugespitzt und sehr verkürzt erinnern wollen:

1. Suffizienzorientierte Zivilisationskritiker*innen (22 %): Sehr radikale, industrialismus- und modernekritische Öko-Position, strategische Orientierung am Aufbau von „Parallelgesellschaften";
2. Immanente Reformer*innen (19 %): Technikoptimistisch, progressiv; denken innerhalb bestehender Institutionen, lehnen antimodernes und revolutionäres Gedankengut gleichermaßen ab; Strategien zwischen „green growth" und wachstumsüberwindenden Reformen;
3. Voluntaristisch-pazifistische Idealist*innen (23 %): Wollen den „Wachstumsglauben" überwinden; Vision friedlicher Transformation ‚von unten', starker Fokus auf Alltagspraxis als Ausgangspunkt weitreichenden Wandels;
4. Modernistisch-rationalistische Linke (13 %): Klassisch-linke Position; strukturorientierte Kapitalismuskritik; fortschrittsorientiert; theoretische Analyse als Voraussetzung sinnvoller Praxis; Diametrale Gegenposition zu Cluster 1;
5. Alternative Praxislinke (22 %): Radikale Position jenseits des Grabens zwischen Cluster 1 und 4; anarchistisch inspirierte Kapitalismuskritik mit Betonung auf Entfremdung; Strategie der Revolution durch praktische Selbsttransformation.

Im Anschluss an diese Unterscheidung ließ sich bereits einiges über die Beziehungen zwischen diesen Gruppen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Übereinstimmungen und Konflikte sagen. Ein umfassendes Gesamtbild ergibt sich jedoch erst aus dem zweiten Schritt der Feldanalyse, den wir im Folgenden darstellen wollen. Er besteht in der Rekonstruktion des Zusammenhangs zwischen Praktiken, Einstellungen und sozialer Zusammensetzung der Befragten durch eine Analyse der Angaben zu alltäglichen und aktivistischen Praktiken. Sie erlaubt uns eine ‚Kartierung' des sozialen Feldes: Welche Produktionsmittel sind hier relevant, von welchen Akteuren werden sie jeweils genutzt und wie geschieht dies? Was bringen sie dabei hervor? Wie hängen also politische Positionierung, Alltagspraxis und Sozialstruktur miteinander zusammen?

Das Verfahren, das wir zur Beantwortung dieser Fragen anwenden, ist das einer *Multiplen Korrespondenzanalyse* (Blasius/Greenacre 2006; Roux/Rouanet 2010), eine in der Analyse von Feldern oft verwendete (Bourdieu 2004, 1988, 1982) multivariate Methode zur visuellen Darstellung von Relationen – Ähnlichkeiten, Unterschieden, Nähen, Distanzen – innerhalb eines Datensatzes.[1] Zunächst einmal ist dieses Verfahren lediglich eine Form der Visualisierung von Zusammenhängen, die innerhalb der ausgewerteten Daten vorhanden sind. Genau deshalb eignet es sich besonders gut für ein wissenschaftliches Vorgehen, das eben solche

Relationen und nicht etwa Kausalbeziehungen zwischen angenommenen Ursachen und Folgen ins Zentrum stellt. Es zeigt auf, was womit zusammenhängt, ohne damit per se Annahmen darüber zu enthalten, was dabei Ursache und was Wirkung ist. Damit kann es in der Analyse von Daten über Akteure – in diesem Falle die befragten Konferenzteilnehmenden – genutzt werden, um eine Topologie des gemeinsamen sozialen Raums zu konstruieren, dem diese angehören. Es geht also darum, das Feld des Degrowth-Spektrums als ein Feld von Praktiken zu konstruieren, deren Gemeinsamkeit in ihrem angenommenen (mehr oder weniger starken) Bezug auf die gemeinsam artikulierte Wachstumskritik der Befragten besteht.

In die Analyse einbezogen haben wir 31 aktive Variablen mit 74 aktiven Ausprägungen, die alle die (aktivistische und alltägliche) Praxis der Befragten beschreiben:

- 1 Variable (5 Ausprägungen) zu politisch-strategischer Haltung (Strömungszugehörigkeit),
- 6 Variablen (13 Auspr.) zur Identifikation mit verschiedenen sozialen Bewegungen,
- 5 Variablen (10 Auspr.) zur Beteiligung an politischen Aktionsformen (Wahl, Demo, Konferenz ...),
- 6 Variablen (12 Auspr.) zu Mitgliedschaft in Gruppen und Organisationen (Gewerkschaft, NGO, studentische Initiative ...),
- 4 Variablen (8 Auspr.) zu regelmäßiger Aktivität in diesen Gruppen und Organisationen,
- 2 Variablen (10 Auspr.) zu Mobilität und Vernetzung (Flüge, Anzahl Bekanntschaften auf der Konferenz),
- 2 Variablen (6 Auspr.) zur Alltagspraxis (Ernährungsweise, Wohnen in Alternativprojekten), und
- 5 Variablen (10 Auspr.) zur Nutzung von Technologien (Auto, Rad, Handy ...) für aktivistische Zwecke.

All diese Variablen beschreiben erst einmal einfach die Praxis der Befragten und die Art und Weise, wie sie unterschiedliche spezifische Produktionsmittel unter anderem materieller (Technologien), institutioneller (Organisationen) und sozialer (Vernetzung) Art nutzen.

2 | Der Raum der Degrowth-Praktiken

Die ersten drei Dimensionen des „Raums der Degrowth-Praktiken", der sich aus dieser Analyse ergibt, bündeln 85 % der in den Daten zu diesen Variablen vorhandenen Heterogenität. Sie werden im Weiteren im Detail betrachtet und zunächst einzeln und dann in ihren wechselseitigen Zusammenhängen interpretiert. Die folgenden Grafiken dürfen dabei von der Leser*in durchaus intuitiv interpretiert werden: Wenn hier zwei Dinge nah beieinander erscheinen, hängen sie in den Daten eng zusammen, sind sie weit voneinander entfernt, so tauchen sie nur selten zusammen auf. Die Größe der schwarzen Symbole zeigt jeweils an, wie stark der Beitrag der entsprechenden Merkmalsausprägung zu *beiden* dargestellten Achsen ist. Die kleineren roten Punkte stehen für weitere Merkmale der Befragten, die nicht zur Konstruktion des Raums beigetragen haben, hier aber als Hilfe zur Interpretation zusätzlich hineinprojiziert wurden und deren Positionen auf der jeweiligen Achse statistisch signifikant, also nicht-zufällig sind.

2.1 | Erste Achse: Aktivismus, Ausmaß der Nutzung spezifischer Produktionsmittel

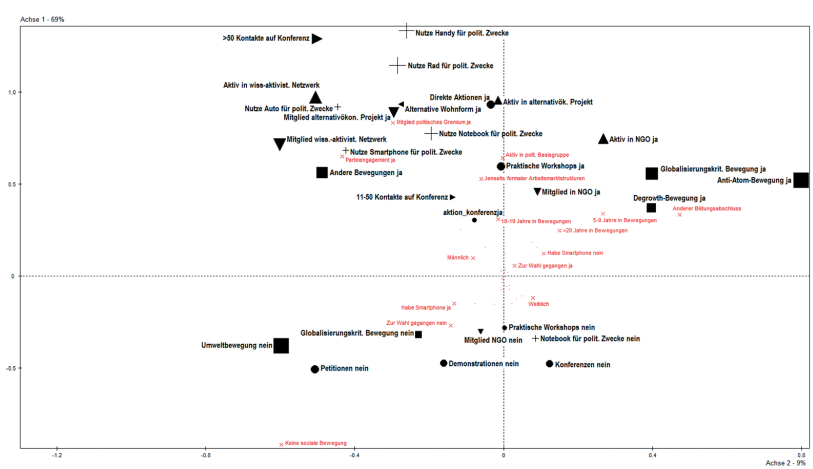
Die erste Achse (in Abb. 1 vertikal dargestellt) bündelt allein schon 69 % der Varianz in den Daten und bildet damit sehr klar einen bestimmenden, das Feld zentral strukturierenden Gegensatz ab. Um zu verstehen, worin dieser besteht, sehen wir uns zunächst diejenigen Merkmale an, die die Richtung dieser Achse am stärksten mitbestimmen: Die Nutzung des eigenen Fahrrads und eines Handys (das kein Smartphone ist) für aktivistische Zwecke steuern jeweils mehr als 5 % zur Ausrichtung dieser Achse bei, weitere 4,8 % entfallen auf die entsprechende Nutzung eines Laptops oder Tablets. Je gut 3,5 % tragen ferner die Mitgliedschaft in einem alternativökonomischen

Projekt und die aktive Mitarbeit in einem wissenschaftlich-aktivistischen Netzwerk bei. Über oder um 3 % liegen ferner die Beiträge der aktiven Mitarbeit in einem alternativökonomischen Projekt und in einer NGO, der Bekanntschaft mit mehr als 50 anderen Konferenzteilnehmenden, der Selbstzuordnung zur globalisierungskritischen Bewegung sowie der Teilnahme an praktischen Workshops und an direkten Aktionen. All diese Merkmalsausprägungen finden sich weit oben auf dieser Achse. Weit unten stehen dagegen die Nichtteilnahme an Konferenzen (2,4 %) und Demonstrationen sowie die Nicht-Nutzung eines Laptops oder Tablets für aktivistische Zwecke (je 2,1 %), die Nicht-Mitgliedschaft in NGOs und die Nichtunterzeichnung von Petitionen (je 1,5 %). Am oberen Ende dieser Achse befindet sich folglich alles, was mit intensivem Aktivismus und einer starken Vernetzung innerhalb des Degrowth-Spektrums zu tun hat, am unteren Ende alles, was auf eine geringe Neigung zu politischen Aktionen und eine geringe Organisationsbereitschaft hindeutet.

Die zusätzlichen deskriptiven Punkte stärken diesen Befund: Befragte im oberen Teil des Raums beteiligen sich oft an besonders intensiven, zeitaufwendigen Formen des Engagements (Parteien, politische Gremien, Basisgruppen), sind oft seit vielen Jahren in Bewegungen aktiv und scheinen sich auch öfter mehr durch ihr Engagement als durch eine Erwerbstätigkeit zu definieren, oder sogar durch Aktivismus ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Am äußersten unteren Rand findet sich dagegen der deskriptive Punkt, der den Schwerpunkt jener Befragten angibt, die sich keiner sozialen Bewegung zugehörig fühlen. Auffällig ist ferner, dass die männlichen Befragten sich im Schnitt signifikant näher am „aktivistischen" Pol des Feldes befinden als die Frauen, und dass keine der fünf in der Clusteranalyse unterschiedenen Strömungen hier einen relevanten Beitrag zur Richtung der Achse leistet, obwohl diese in die Analyse einbezogen wurden.

Was sagt uns all das? Zunächst ist der Befund, dass das Spannungsfeld zwischen Aktivismus und Nicht-Aktivismus den Raum einer sozialen Bewegung bestimmt, wenig überraschend, und er wird sich so wahrscheinlich auch für jede andere Bewegung reproduzieren lassen. Das jedenfalls legt die einzige andere uns bekannte Studie zu Bewegungsaktivist*in-

Abbildung 1: Erste Raumachse (vertikal dargestellt), Kategorien mit überdurchschnittlichen Beiträgen und statistisch signifikante deskriptive Kategorien



nen, die mit einer MCA arbeitet, nahe: In einer Analyse von Befragungsdaten von drei schwedischen Sozialforen identifizierte Jan-Magnus Enelo-Jansson (2010) ebenfalls eine mit 70 % ähnlich starke erste Achse, auf der Aktivismus und (umgekehrt proportional dazu) Vertrauen in Institutionen abtrugen. Wichtig ist sicherlich auch, dass es sich sowohl bei der Degrowth-Konferenz als auch bei den Sozialforen um Treff- und Vernetzungspunkte eines bewegungsnahen Spektrums handelt – möglicherweise wären die Ergebnisse anders, wenn sie z. B. auf Erhebungen bei einer Demonstration oder Aktion, also unter den besonders Aktiven, basieren würden.

2.2 | Zweite Achse: ‚Rotes' vs. ‚Grünes Paradigma'

Auf der zweiten Raumachse bilden sich 9 % der Heterogenität der einbezogenen Daten ab. Quer zur ersten Raumachse horizontal dargestellt, erlaubt sie es in Abb. 2, oben im Raum zwischen unterschiedlichen Ausprägungen von Aktivismus, unten zwischen Varianten von Nicht-Aktivismus zu unterscheiden. Was aber macht diese aus? Die Punkte mit den stärksten Beiträgen zeigen, dass hier nun, anders als auf der ersten Achse, auch die inhaltlichen Differenzen und die Unterschiede in den Motivlagen der Befragten in den Blick rücken: Am schwersten ‚wiegen' auf der rechten Seite die Identifikation mit der Anti-Atom-Bewegung (8,2 %2) und der Umweltbewegung (6,6 %), auf der linken die Nicht-Identifikation mit der Umweltbewegung (8 %) sowie die Zugehörigkeit zur Strömung der „Modernistisch-rationalistischen Linken" (7,1 %). Weitere stark zu dieser Achse beitragende Kategorien sind am linken Ende die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (4,3 %) oder einem wissenschaftlich-aktivistischen Netzwerk (3,7 %), die Selbstzuordnung zu einer klar politisch links verorteten Bewegung (Antifa, Antimilitarismus u. ä. – 4,2 %), die Nichtbeteiligung an Petitionen (2,7 %), der regelmäßige Fleischkonsum (3,8 %) und das besonders häufige Fliegen (mehr als zehn Flüge innerhalb von zwei Jahren: 2,5 %). Rechts im Raum schlagen dagegen die Identifikation mit Degrowth- (3,4 %) und globalisierungskritischer Bewegung (2,8 %), die Zuordnung zu den „Suffizienzorientierten Zivilisationskritiker*innen" (3,1 %) sowie der Veganismus (2,7 %) zu Buche.

Die in rot eingezeichneten deskriptiven Punkte verleihen diesem Bild weitere Konturen: links im Raum konzentrieren sich besonders hoch gebildete (Promotion) Befragte, die nicht nur häufig geflogen, sondern auch sonst in besonders hohem Maße mobil sind (Auslandsstudium, viele Studienorte, viele Reisen) und/oder selbst im Ausland leben, mit einem Übergewicht von in Berlin und anderen Metropolen lebenden Personen, auffällig vielen 30-39-Jährigen, Erwerbstätigen und Männern. In fachlich-beruflicher Hinsicht sind hier Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler*innen überrepräsentiert. Rechts im Raum dagegen kommen ingenieur- und naturwissenschaftliche Qualifikationen, umweltbezogene und medizinisch-pädagogische Berufe häufiger vor, die Befragten sind häufiger jung (unter 24), weiblich, studieren noch, leben in mittelgroßen (Uni-) Städten und sind weder Bewegungsneulinge noch -veteraninnen (5-9 Jahre).

All dies lässt sich so interpretieren, dass sich auf dieser zweiten Achse ein grundlegender Gegensatz auf der Ebene des Verständnisses von Politik, politischem Handeln und dessen Verknüpfung mit der eigenen Alltagspraxis, der individuell ausschlaggebenden Motivlagen des Aktivismus und der verfolgten zentralen Anliegen abbildet. Auffällig ist dabei, dass die von Befragten links im Raum schwerpunktmäßig gewählten Handlungsfelder ihr Engagement in einem primär auf soziale und ökonomische Fragen fokussierten „roten Paradigma" (Gewerkschaften, linke Bewegungen, Hintergrund in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften) verorten, während die Tätigkeit der Aktivist*innen rechts im Feld eher einem primär ökologischen „grünen Paradigma" entspricht. Ferner ist an diesem Pol auch die Bereitschaft der Befragten besonders groß, ihre Alltagspraxis ethisch-politisch aufzuladen und auch nach der Maßgabe ihrer Überzeugungen

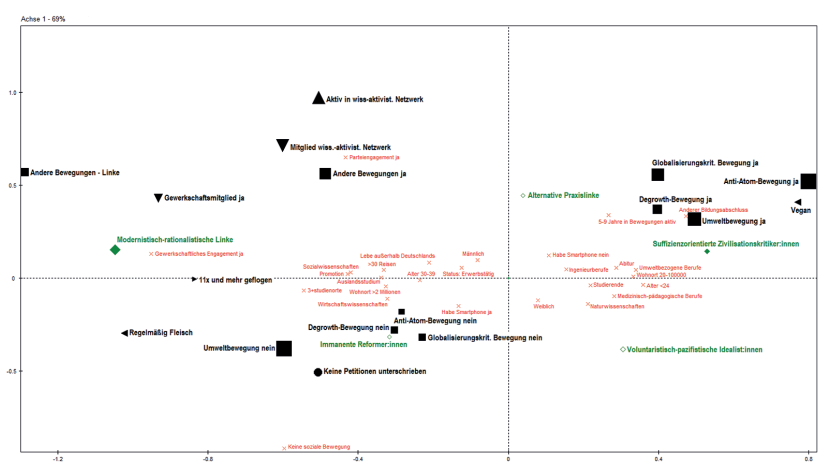
zu ändern (vegane Ernährung), während links im Raum deutlich stärker zwischen Alltagsleben und politischer Praxis getrennt, ja ein solch praktischer Politisierungsansatz teilweise sogar explizit als unzureichend und zum Herbeiführen grundsätzlicher Veränderungen ungeeignet abgelehnt wird. Letzteres ist typisch für die Positionierung der *Modernistisch-Rationalistischen Linken*, die sich hier weit links verortet und damit auch hinsichtlich ihrer Praktiken den diametralen Gegenpol zu den *Suffizienzorientierten Zivilisationskritiker*innen* bilden, die sich rechts im Raum konzentrieren. Man könnte auch sagen, dass am linken Pol eher intellektuell-analytische, am rechten dagegen in deutlich höherem Maße affektiv-identifikatorische Produktionsmittel vorhanden sind und zum Einsatz kommen.

Die unterstellte Gleichzeitigkeit des Predigens der Revolution bei gleichzeitigem bloßem Verzehr von Karottensaft gibt es also, um es pointiert zu sagen, so nicht: Während im linken Teil des Raums zwar von vielen Revolution gepredigt wird, wird der Verzehr von Karottensaft bis zum Eintreffen derselben als unnütz und irregeleitet betrachtet und zugunsten konventionellerer Genüsse verschmäht. Rechts dagegen wird zwar selbstgemachter Karottensaft getrunken, doch wird dieser (zumindest als ein Element einer umfassenden Strategie) auch als wichtiger Teil der Arbeit am angestrebten grundsätzlichen Wandel betrachtet.

2.3 | Dritte Achse: Formen und Ressourcen politischen Handelns

Auf der dritten Achse, die weitere 7 % der in den Daten enthaltenen Heterogenität bündelt, versammeln sich am einen – diesmal dem rechten – Ende wiederum einige der Merkmale, die auf der zweiten Achse für das „rote Paradigma" standen: Identifikation mit „anderen Bewegungen" (8,3 %), insbesondere solchen, die klar links verortet sind (7,6 %), Gewerkschaftsmitgliedschaft (7,7 %) sowie die Zugehörigkeit zur *Modernistisch-Rationalistischen Linken* (5,2 %). Hinzu kommen allerdings – diesmal auf der gleichen Seite – die Identifikation mit der Anti-Atom-Bewegung (2,1 %) und das Leben in alternativen Wohnformen (2 %). Mag diese Zusammenstellung noch Rätsel aufgeben, so klärt sich beim Blick auf den linken Pol einiges auf: Die stärksten Beiträge weisen hier die Nutzung eines Smartphones (7,7 %), eines Fahrrads

Abbildung 2: Zweite Raumachse (horizontal dargestellt), Kategorien mit überdurchschnittlichen Beiträgen und statistisch signifikante deskriptive Kategorien

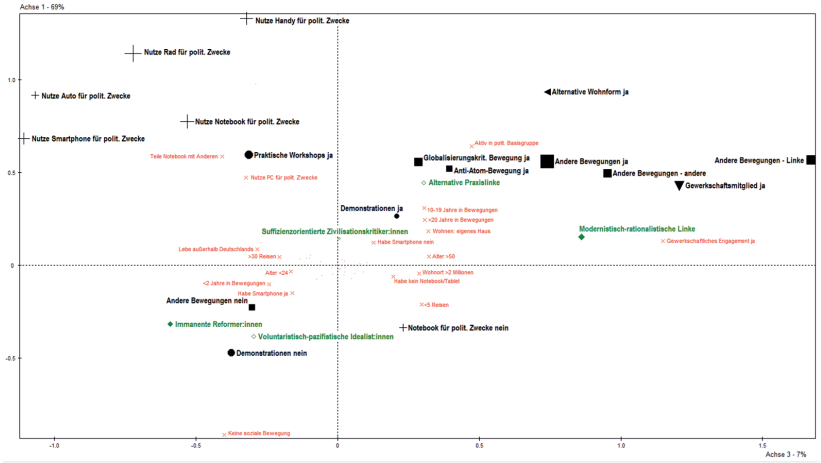


(4,7 %), Laptops oder Tablets (4,5 %) sowie eines Autos (4 %) für aktivistische Zwecke auf. Hinzu kommen die Nichtzugehörigkeit zu einer „anderen sozialen Bewegung“ (3,4 %), die Nichtteilnahme an Demonstrationen (2,6 %) sowie die Verortung unter den *Immanenten Reformer*innen* (3,5%).

Die dritte Achse trennt also die auf der zweiten noch auf der gleichen Seite befindlichen *Immanenten Reformer*innen* und *Modernistisch-Rationalistischen Linken* und macht wichtige Unterschiede zwischen ihnen erkennbar. So ergibt sich aus den signifikanten zusätzlichen Punkten, dass Befragte links im Raum nicht nur stärkere Techniknutzer*innen, sondern auch oft besonders jung (unter 24), hoch mobil (über 30 Reisen im Jahr, Leben im Ausland) und erst seit kurzer Zeit (unter 2 Jahre) in Bewegungen aktiv sind. Rechts dagegen finden sich eher ältere Befragte (über 50) mit sehr langer Bewegungserfahrung (über zehn Jahre) und geringer Technikaffinität (kein Smartphone, kein Notebook), die häufiger im eigenen Haus, aber auch häufiger in Berlin leben und eher ‚klassische‘ linke Formen politischen Engagements bevorzugen (Gewerkschaft, politische Basisgruppe).

Aus all dem lässt sich schließen, dass diese Achse einen Gegensatz zwischen Formen und Mitteln des Aktivismus einfängt, die auf unterschiedlichen Typen von spezifischen Produktionsmitteln beruhen: Links findet sich ein netzwerkförmiger Aktivismus, der sich vor allem auf die intensive Nutzung der unterschiedlichsten technologischen Hilfsmittel stützt und sein Verständnis politisch-transformativen Handelns auch vor allem unter diesem technologischen Fokus zu verstehen scheint. Es geht hier vor allem darum, wie, mit welchen Mitteln, sich größtmögliche Aufmerksamkeit für die eigenen Anliegen und Fortschritte in Richtung des angestrebten Wandels erreichen lassen, und darum, diese Mittel effektiv einzusetzen. Was damit erreicht werden soll, scheint aber selbst als bereits gesetzt und keiner weiteren Erörterung bedürftig angesehen zu werden. Spiegelbildlich zu diesem technologischen Politikverständnis ist dann auf der rechten Seite ein politischer „Traditionalismus“ zu erkennen, der den Fokus auf organisationale statt technologische Produktionsmittel setzt und diese nicht nur instrumentell zum Vorantreiben von Veränderungen, sondern auch als Vehikel für den notwendigen Austausch und Streit darüber genutzt sehen will, welche

Abbildung 3: Dritte Raumachse (horizontal dargestellt), Kategorien mit überdurchschnittlichen Beiträgen und statistisch signifikante deskriptive Variablen



Veränderungen eigentlich erstrebenswert sind und warum. Hierfür steht in erster Linie die *Modernistisch-Rationalistische Linke*, doch auch die *Alternative Praxislinke* tendiert mehrheitlich in diese Richtung, während die *Voluntaristisch-Pazifistischen Idealist*innen* auf der anderen Seite eher dem Technologismus der *Immanenten Reformer*innen* zuneigen. Die *Suffizienzorientierten Zivilisationskritiker*innen* haben ihren Schwerpunkt auf dieser Achse exakt in der Mitte.

3 | Fazit

Wie also lassen sich die Ergebnisse unserer Feldanalyse des Degrowth-Spektrums interpretieren? Die in diesem Artikel dargestellte Rekonstruktion des „Raums der Degrowth-Praktiken" durch eine Multiple Korrespondenzanalyse ergänzt auf produktive Art und Weise die bisher vorliegenden, auf die unterschiedlichen inhaltlichen Positionierungen fokussierten Analysen. Und sie veranschaulicht, dass eine Feldanalyse, gerade dann, wenn es um Bewegungskontexte geht, nicht zwingend auf Konkurrenz und Kapitalien ausgerichtet sein muss, sondern die im Feld vorhandenen „Werkzeuge", die dort sozial bedeutsamen Dinge, Wissensbestände, Sozialbeziehungen usw., auch erst einmal als Produktionsmittel verstehen kann, deren Fungieren als Kapitalien nur eine von mehreren, soziologisch gleichermaßen der Berücksichtigung würdigen Möglichkeiten darstellt.

Der mit Abstand stärkste Gegensatz innerhalb des hier konstruierten Raums ist der zwischen Aktivismus und Nicht-Aktivismus, oder anders gesagt: zwischen dem harten Kern der Bewegung und ihrem eher unorganisierten Dunstkreis. Mit unterschiedlichen Prämissen ähnelt dieses Bild dem bei Bourdieu häufig anzutreffenden Befund, dass die feldspezifischen Eliten, die in hohem Maß über die in den verwendeten Daten repräsentierten Kapitalien verfügen, regelmäßig ein oder mehrere Kraftzentren am oberen, ‚mächtigen' Pol bilden. Ausgehend von der hier getroffenen Auswahl der Variablen finden sich in unserer Analyse oben im Raum jedoch nicht ausschließlich solche Befragten, die über besonders großes ‚aktivistisches Kapital' verfügen (auch wenn sich z. B. die Anzahl der Bekanntschaften als Indikator hierfür lesen lässt). Das verbindende Merkmal besteht vielmehr darin, dass Befragte oben im Raum die verschiedenen im Feld vorhandenen spezifischen Produktionsmittel – in welcher Weise auch immer – besonders intensiv nutzen, während unten diejenigen anzutreffen sind, die dies – aus welchen Motiven oder Zwängen heraus auch immer – nicht tun.

Während dieser prägende Gegensatz innerhalb des Degrowth-Spektrums wenig überraschend und in ähnlicher Form wahrscheinlich in allen sozialen Bewegungen und politischen Spektren anzutreffen ist, fördern die beiden anderen analysierten Achsen jeweils interessante Erkenntnisse. Zum einen wird deutlich, dass die eingangs angeführte Kritik, Degrowth-Aktivist*innen würden in ihrem Aktivismus und ihrem Alltagshandeln den selbstgesetzten Ansprüchen nicht gerecht – zwar die Revolution predigen, aber doch nur Karottensaft trinken – zumindest präzisiert werden muss. Denn die zweite Achse im Raum der Degrowth-Praktiken markiert eine Spannungslinie zwischen zwei Positionen: Einerseits einer Bewegungspolitik, die auf Politisierung der Alltagspraxen zielt, stark emotional aufgeladen und mit hoher Bereitschaft zur Identifikation mit sozialen Bewegungen verbunden ist; und andererseits einer kognitiv-analytischen Politikform, die ihren Standpunkt nüchtern-zweckrational begründet und auf einer Trennung von theoretisch motivierter Kritik und unpolitischer Alltagspraxis aufbaut. Während unter dem Signum der Ersteren zwar selbstgemachter Karottensaft getrunken, dies jedoch als ein Element einer umfassenden Transformationsstrategie verstanden wird – im Sinne von Selbsttransformation als Ausgangspunkt von Gesellschaftsveränderung – wird im Zeichen der letzteren zwar die Revolution gepredigt, dabei werden aber individuelle Verhaltensänderungen tendenziell für irregeleitet gehalten. Diese zweite Achse trägt damit zur Konturierung einer Kluft bei, die unsere bisherigen Untersuchungen als be-

sonders prägend für die politischen Positionen im Degrowth-Feld herausgestellt haben – jene zwischen einem radikalökologischen Vergemeinschaftungsansatz auf der einen und einer modernistisch-rationalistischen, primär ökonomisch und sozial argumentierenden Linken auf der anderen Seite. Ein bemerkenswerter Befund ist dabei mit Blick auf die Interaktion von erster und zweiter Achse, dass die feldspezifischen Werkzeuge oben links, im Bereich des primär auf Bildungs-, Mobilitäts- und Sozialressourcen basierenden zweckrationalen Aktivismus, verstärkt tatsächlich als Kapitalien zu fungieren scheinen, während die oben rechts bestimmenden affektiv-identifikatorischen Produktionsmittel eher als Commons der Herstellung von Gemeinsamkeit dienen.

Ein dritter Gegensatz berührt die Formen und Ressourcen politischen Handelns. Hier steht ein organisationsgestützter Traditionalismus, der stark in klassisch-linken Organisationen verankert ist und diese auch als zentrales politisches Produktionsmittel ansieht, einem netzwerkförmigen Politikansatz gegenüber, der vor allem technologische Produktionsmittel nutzt, um möglichst effizient die eigene Position zu verbreiten. Dabei zeigt sich, dass diese Spaltung am rationalistischen Pol des Spektrums weit stärker ausgeprägt ist (zwischen Immanenten Reformer*innen und Modernistisch-Rationalistischen Linken).

Insgesamt leben die tradierten Spaltungen linker Bewegungen im Degrowth-Spektrum fort. Wie sich bereits in den bisherigen Untersuchungen gezeigt hat, gibt es in Gestalt des anarchistisch inspirierten Radikalismus der Alternativen Praxislinken aber auch eine starke Strömung, die diese Gegensätze und Spannungen produktiv auszuhalten und partiell zu überwinden sucht – den anarchistisch inspirierten Radikalismus. Vielleicht – das wäre in weiteren Untersuchungen zu erhellen – ist dies ja gerade eine Spezifik und Stärke des Degrowth-Spektrums: Dass seine inneren Spannungen und Bruchlinien auf der Ebene der Praxis in ähnlicher Weise von bestimmten Strömungen produktiv vermittelt werden können wie die inhaltlichen Differenzen.

Dennis Eversberg ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg „Postwachstumsgesellschaften" an der Universität Jena. Er arbeitet zur Degrowth-Bewegung, zu Formen von Wachstums- und Postwachstumssubjektivitäten und zu den subjektiven Voraussetzungen postfossiler Gesellschaften, Kontakt: dennis.eversberg@uni-jena.de

Matthias Schmelzer arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie und ist Permanent Fellow am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften der Universität Jena. Er arbeitet zu Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wachstumskritik und sozialen Bewegungen. Kontakt: m.schmelzer@knoe.org

Anmerkungen

1 Sie ist verwandt mit faktoranalytischen Verfahren, insofern sie eine Dimensionsreduktion des durch die einbezogenen Variablen aufgespannten Merkmalsraums vornimmt, unterscheidet sich von diesen aber dadurch, dass sie nicht nur für ordinal skalierte, sondern auch für kategoriale Daten geeignet ist, sowie durch die grafische Form der Darstellung der Ergebnisse.

2 Hier wie im Weiteren geben die zu einzelnen Kategorien genannten Prozentwerte nicht den Anteil der Befragten an, die diese Antwortmöglichkeit wählten, sondern den Anteil, den die entsprechende Kategorie zu der in der jeweiligen Achse zusammengefassten Varianz beiträgt.

Literatur

Blasius, Jörg/Greenacre, Michael J. (Hg.) 2006: Multiple correspondence analysis and related methods. Statistics in the social and behavioral sciences series, Boca Raton: Chapman.

Bourdieu, Pierre 2004: Der Staatsadel. Konstanz: UVK.

Bourdieu, Pierre 1988: Homo Academicus. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Enelo-Jansson, Jan-Magnus 2010: An active space: structures within activist groups visiting three social forums. In: Enelo-Jansson, Jan-Magnus, Jezierska, Katarzyna, Gustavsson, Bernt (Hg.): Altering Politics: Democracy from the Legal, Educational and Social Perspectives, Örebro: Örebro University, S. 101-105.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2018: The Degrowth Spectrum: Convergence and Divergence within a Diverse and Conflictual Alliance. In: Environmental Values, 27: 245-268.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2016: Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik: vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 29 (1): 9-17.

Fligstein, Neil/McAdam, Doug 2011: Toward a General Theory of Strategic Action Fields. Sociological Theory, 29(1): 1-26.

Ray, Raka 1999: Fields of protest: women's movements in India. Social movements, protest, and contention, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Roux, Brigitte Le, Rouanet, Henry 2010: Multiple correspondence analysis, Quantitative applications in the social sciences 163, Beverly Hills: Sage Publications.

Schmelzer, Matthias 2015: Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Le Monde Diplomatique, Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Atlas der Globalisierung: Weniger wird Mehr. Der Postwachstumsatlas, Berlin: Le Monde Diplomatique, S. 116-121.

Schmelzer, Matthias/Eversberg, Dennis 2017: Beyond growth, capitalism, and industrialism? Consensus, divisions and currents within the emerging movement for sustainable Degrowth. In: Interface, 9: 327-356.

Warum Männlichkeit ein Thema der Degrowth-Bewegung sein sollte

Plädoyer für eine Perspektivenvertiefung

Andreas Heilmann/Sylka Scholz

1 | Einleitung

Ausgangspunkt unseres Diskussionsbeitrages ist die Beobachtung, dass in den Debatten und Publikationen der Degrowth-Bewegung[1] sowie des Postwachstumsdiskurses das Thema Männlichkeit bisher kaum eine Rolle spielt. Dies ist insofern überraschend, als der Aufstieg des wachstumsorientierten Kapitalismus mit der Herausbildung einer spezifischen männlichen Subjektivierungsweise verknüpft ist. Die Geschlechterforschung hat gezeigt, wie im Kapitalismus die Idee eines vermeintlich autonomen, implizit männlichen Subjektes entsteht, dass durch eine Wachstums- und Leistungsorientierung charakterisiert ist. Alle grundlegenden Abhängigkeiten von sorgenden Tätigkeiten, aber auch von einer natürlichen Umwelt werden darin negiert und unsichtbar gemacht. Wenn die Frage nach der Transformation in eine nachkapitalistische, demokratische Postwachstumsgesellschaft gestellt wird, so müsste aus unserer Sicht auch danach gefragt werden, wie diese androzentrische Subjektivierungsform überwunden werden kann. Für diese Dimension des Transformationsaspektes gibt es durchaus ein Bewusstsein, jedoch wird sie bisher nicht systematisch entfaltet. Deshalb werden wir in einem ersten Schritt anhand des Konzeptes der imperialen Lebensweise von Ulrich Brand und Markus Wissen, welches in der wachstumskritischen Diskussion eine wichtige Rolle spielt, exemplarisch aufzeigen, wie der Aspekt Männlichkeit, eingebunden in

einer Theorie der Geschlechterverhältnisse, in die Analyse kapitalistischer Wachstumsgesellschaften einbezogen werden kann und welche Erkenntnisse dadurch zu gewinnen sind. Es geht uns *nicht* um ein Ausspielen der Kategorie Männlichkeit/Geschlecht gegen Race/Ethnie und Klasse. Alle drei fungieren als Strukturgeber und Platzanweiser der gesellschaftlichen Entwicklung und konstituieren einen verwobenen Herrschaftszusammenhang in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. u. a. Aulenbacher et al. 2012; Aulenbacher et al. 2015). Unser Fokus liegt auf einer vertiefenden Analyse männlicher Herrschaft, die wir systematischer mit dem formulierten Anliegen von Brand und Wissen verbinden wollen, die imperiale Lebensweise zu überwinden und zu einer solidarischen Lebensweise zu transformieren. In einem zweiten Schritt wenden wir uns der Frage nach möglichen Bündnissen zwischen gleichstellungsorientierten Männlichkeitspolitiken und Degrowth-Bewegung zu und zeigen, dass sie sich bezüglich einer Politik der De-Privilegierung überschneiden. Diskutiert wird abschließend, inwieweit sie sich gegenseitig stärken könnten.

2 | Die imperial-androzentrische Lebensweise

In ihrem Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus" thematisieren Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) den Aufstieg einer kapitalistischen, ökologisch und sozial schädlichen Lebensweise des globalen Nordens auf Kosten des globalen Südens. Mit ihrem Beitrag haben die Autoren einen Nerv der Postwachstumsbewegung getroffen, geht es doch um die Frage, was der oder die Einzelne zu einer gesellschaftlichen Transformation beitragen kann. Deshalb stellt es einen wichtigen Debattenbeitrag dar, den wir zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen nehmen. Der Begriff der imperialen Lebensweise soll klären, „wie Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse in den Praxen des Konsums und der Produktion normalisiert wird, sodass sie nicht länger als solche wahrgenommen werden" (Brand/Wissen 2017: 46). Die Strukturen und Dynamiken eines global ausgreifenden Kapitalismus werden radikal zusammengedacht mit den Akteur*innen. Letztere werden von und in diesen Verhältnissen geprägt, und sie bringen diese Verhältnisse in ihrem Alltagshandeln immer wieder aktiv hervor. Jedoch reproduzieren und stabilisieren die Individuen Herrschaftsverhältnisse nicht nur, sondern können sie auch verändern.

Brand und Wissen fragen sich, wie trotz der sich zuspitzenden Widersprüche des globalen Kapitalismus im Selbst- und Weltbezug der Subjekte so etwas wie eine die Verhältnisse stabilisierende Normalität entsteht. In Anlehnung an Antonio Gramsci erklären sie die Reproduktion einer derart widersprüchlichen Gesellschaftsformation als Hegemonie einer „imperialen Lebensweise", in der die kapitalistischen Funktionslogiken und Herrschaftsverhältnisse „in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert (...) und dadurch gleichsam ‚natürlich'" werden (Brand/Wissen 2017: 45). Hegemoniale Herrschaft ist aber niemals total, sondern beruht auf einem nur überwiegenden und zeitweiligen Konsens der Beherrschten über die geltenden Normen, der stets anfechtbar und umkämpft bleibt und widerständiges Handeln herausfordert. Brand und Wissen verweisen hier insbesondere auf die kulturell und institutionell durchgesetzten Produktions- und Konsumnormen, denen eine auf grenzenloses Wachstum, Expansion, Akkumulation und Landnahme sowie Leistungskonkurrenz fixierte extensive Lebensweise entspricht. Diese Lebensweise hat sich historisch auch in die Geschlechterverhältnisse eingeschrieben und ist eng mit den kulturellen Normen von Männlichkeit, beispielsweise eines reproduktionsvergessenen Lohnarbeitsmodells, verbunden. „Der andro- und eurozentrische Lebensentwurf einer ‚hegemonialen Männlichkeit' ist damit integraler Bestandteil der imperialen Lebensweise" (Brand/Wissen 2017: 54).

Dieser Verweis auf hegemoniale Männlichkeit bleibt aber merkwürdig untertheoretisiert,

es erfolgt lediglich ein Literaturverweis auf die kapitalismuskritische feministische Analyse von Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Susanne Völker (2015). Auch in dem abschließenden Kapitel zur Entwicklung von Alternativen in Form von neuen solidarischen Lebensweisen spielt Männlichkeit bzw. die Transformation der wachstumsorientierten männlichen Subjektivierungsweisen keine Rolle. Im Folgenden wollen wir deshalb vertiefende Anschlüsse des Konzeptes imperiale Lebensweise zur Männlichkeitsforschung in der gebotenen Kürze aufzeigen. Diese liegen umso mehr nahe, als dass Brand und Wissen zur theoretischen Vermittlung von Alltagshandeln und gesellschaftlicher Struktur sowohl auf das Konzept der Hegemonie von Antoni Gramsci als auch auf das Habituskonzept von Pierre Bourdieu zurückgreifen: beides Konzepte, die in der Männlichkeitsforschung als zentrale Leitkategorien fungieren (vgl. Heilmann 2011; Scholz 2012).

Indem Brand und Wissen mit der imperialen Lebensweise ein hegemonietheoretisches Verständnis von Herrschaft mit einer Perspektive auf Prozesse der Subjektivierung verbinden, nehmen sie systematisch den Zusammenhang von Subjektkonstitution und Herrschaft in den Blick. Dieser ist jedoch – und dies wird von Brand und Wissen nicht weiter ausgeführt –historisch eng mit Geschlecht verknüpft: Denn sich selbst und der Welt gegenüber ein Verhältnis von Dominanz und Unterwerfung zu errichten, ist nach Andrea Maihofer (1995) im hegemonialen Geschlechterdiskurs der Moderne konstitutiv für männliche Subjektivität. Mehr noch, das Subjekt der kapitalistischen Moderne konstituiert sich als ein ‚männliches', denn im patriarchalen Geschlechterverhältnis wird die ‚Frau' stets als das äußere ‚Andere' des ‚männlichen' Selbst stilisiert, „zur Repräsentantin sowohl der Lust als auch der Natur. Außerdem steht sie für die ständige Gefahr des Subjekts, sich selbst und seine Herrschaft zu verlieren" (Maihofer 1995: 116). Die Analogsetzung von ‚Weiblichkeit' und ‚Natur', die beide beherrscht werden müssen, prägt nicht nur das ‚männliche' Selbstverhältnis, sondern auch das Verhältnis des modernen, ‚männlich' gedachten Subjekts zur Welt: Expansion und Raumgewinn, Naturbeherrschung und -ausbeutung, Konkurrenz- und Statusdenken, Externalisierung negativer Effekte – das ganze Programm der imperialen Lebensweise findet sich in dieser Subjektivierungsweise. Damit weist Maihofer über eine rein ökonomisch induzierte Transformation hinaus: „Ein wirklich ernst gemeinter Versuch der Überwindung bürgerlicher Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung müßte [...] nicht nur mit der Veränderung ökonomischer Verhältnisse, sondern *zugleich* mit der Überwindung des gegenwärtigen patriarchal-hegemonialen Geschlechterdiskurses und seines Typs des Subjekts beginnen" (Maihofer 1995: 136; Hervorhebung i. O.). Folgt man dieser Argumentation, wird deutlich, dass eine Transformation imperialer Lebensweise notwendig an den hegemonialen Normen von Männlichkeit ansetzen muss.

Diese Perspektive lässt sich mit Rekurs auf Bourdieus Konzept des männlichen Habitus vertiefen. Der männliche Habitus wird in ritualisierten Interaktionen in den „ernsten Spielen des Wettbewerbs" (Bourdieu 1997: 203) eingeübt, die vorzugsweise in geschlechtshomogenen Räumen exklusiv unter Männern ausgetragen werden, bspw. in der adoleszenten Peergroup und in geschlechtsexklusiven Arenen des Sports. In ihnen lernen Jungen vor allem in der für die Geschlechtssozialisation entscheidenden Phase der Adoleszenz, wie man sich als Mann in einer männerdominierten Welt eine Position erwirbt. Typische Elemente dieser ernsten Spiele sind die Einübung von Kompetitivität, Selbst- und Weltbeherrschung sowie die Bereitschaft zum Risiko, im eigenen Handeln die Versehrtheit des eigenen oder fremden Körpers aufs Spiel zu setzen (vgl. dazu Meuser 2005). Durch den stark kompetitiven Charakter erwerben junge Männer in diesen oft sehr körperlichen Übungen eine geschlechtstypische Disposition, die Bourdieu mit einem aus der Psychoanalyse entlehnten (nicht ganz passenden) Begriff als „libido dominandi" bezeichnet. Gemeint ist ein tief in der emotionalen Struktur der Persönlichkeit verankertes,

lustvolles Bestreben, „die anderen Männer zu dominieren, und sekundär, als Instrument des symbolischen Kampfes, die Frauen" (Bourdieu 1997: 203). Entscheidend ist, dass diese Form der „libido" durch soziales Handeln erworben werden muss und nicht bereits qua ‚männlicher Natur' vorliegt.

Nach Meuser bildet das riskante Wettbewerbshandeln ein zentrales Mittel männlicher Sozialisation und erfüllt für die männliche Geschlechtsgruppe eine doppelte, ambivalente Funktion: Es stellt sowohl legitime *Hierarchien* unter (weißen, heterosexuellen) Männern her als auch *Gemeinschaft* und Identität durch den Ausschluss von Frauen und „anderen", marginalisierten Männlichkeiten (vgl. Meuser 2008) – eine Form exklusiver Solidarität also, die sich über Externalisierungen konstituiert. Zu einer „Strukturübung" (Bourdieu 1993: 138) wird dieses gemeinschaftliche Handeln, weil es sich in einer imperialen Lebensweise verfestigt und dadurch gesellschaftliche Dominanzstrukturen stützt. Es wirkt herrschaftsstabilisierend, indem es habituelle Sicherheit in der Ausübung männlichen Dominanzhandelns vermittelt und den Anspruch auf männliche Privilegien zu einer fraglos gegebenen Selbstverständlichkeit macht.

Mit dieser mit Raewyn Connell als hegemonial zu bezeichnenden Männlichkeitskonstruktion ist auch eine spezifische Konstruktion von moderner bürgerlicher Weiblichkeit verknüpft. Connell spricht von einer „betonten Weiblichkeit" („emphasized femininity", Connell 1987: 183). Sie ist bestimmt durch das Einverständnis der Frauen mit ihrer Unterordnung und ihrer Orientierung an den Interessen und Wünschen von Männern. Die hegemoniale männliche Subjektivierungsweise korrespondiert demnach mit einer weiblichen, die das Herrschaftsgefüge abstützt. Gleichwohl geht Connell auch von Varianten betonter Weiblichkeit aus, die durch Widerstand gegen und/oder Verweigerung im Sinne von Nicht-Mitmachen mit den bestehenden Verhältnissen gekennzeichnet sind (Connell 1987). Diese Widerständigkeiten zeigen sich insbesondere in den Frauenbewegungen, die sich gegen das hierarchische Geschlechterverhältnis gewandt und für mehr Handlungsspielräume und Rechte für Frauen gekämpft haben. Anders als bei der Frauenpolitik geht es jedoch bei Männerpolitik um einen Verzicht auf bisherige Machtpositionen und Privilegien. Während Frauen* Ermächtigung und Legitimation zum politischen Handeln aus dem Bewusstwerden ihrer Deprivilegierung ziehen, bedeutet emanzipatorische Geschlechterpolitik aus einer männlichen Subjektposition heraus, sich mit seiner eigenen privilegierten Position bewusst und kritisch auseinanderzusetzen.

3 | Politiken der De-Privilegierung

Die Notwendigkeit zur Veränderung der imperialen Lebensweise entspringt aus der dramatischen Zuspitzung von Widersprüchen in einer globalen, multiplen Krisenkonstellation, in der die Krise der sozialen Reproduktion einen zentralen Stellenwert einnimmt und immer mehr Situationen auftreten, in denen der Habitus einer imperialen Lebensweise nicht mehr gelebt werden kann (vgl. Brand/Wissen 2017: 60). Teil dieser multiplen Krisensituation sind auch die Krisen des patriarchalen Geschlechterverhältnisses, einschließlich der männlichen Herrschaft und des als ‚männlich' konstituierten Subjekts der Moderne. In den daran hängenden beschriebenen Lebens- und Existenzweisen erweist sich ‚Männlichkeit' nicht zuletzt auf der Ebene alltäglicher Beziehungspraxen zunehmend als dysfunktional (vgl. Tholen 2011; Heilmann 2015). Im Kontext dieses multiplen Krisenszenarios begreifen Brand und Wissen Transformation als ein gegenhegemoniales Projekt gegen die im neoliberalen Kapitalismus vorherrschende imperiale Lebensweise. Dieses Projekt wird nicht nur von Auseinandersetzungen um solidarische, politische und ökonomische Verhältnisse getragen, sondern setzt auch eine bewusste Entscheidung auf individueller Ebene voraus, „bestimmte Formen des Alltags nicht mehr leben zu wollen beziehungsweise ganz praktisch nicht mehr zu leben" (Brand/Wissen 2017: 178). Nach Brand und Wissen greifen also zwei Ansätze transformativen Handelns

ineinander, einerseits das strategisch-planvolle Intervenieren in die stattfindenden Veränderungs- und Modernisierungsprozesse auf gesellschaftsstruktureller Ebene, andererseits „die notwendig kleinteiligen Ansätze, die sich meist in Experimenten, Nischen, konkreter Reformpolitik, in sich inkrementell verschiebenden Diskursen sowie in organisatorischen und alltäglichen Praxen ausdrücken" (Brand/Wissen 2017: 39). Die „Herausbildung einer anderen Subjektivität" (Brand/Wissen 2017: 169) bedarf demnach konkreter Erfahrungen und Einübungen alternativer, solidarischer Alltagspraxen. Dafür müssen entsprechende Experimentierräume und Betätigungsfelder zugänglich sein und auch begangen werden, alternative lokale Kulturen und Communities of Practice, in denen sich neue Handlungsnormen entwickeln und etablieren können.

Als ein solches Feld des Experimentierens kann – ähnlich wie die vielfältigen Degrowth-Praktiken – auch die gleichstellungsorientierte Männerpolitik begriffen werden. Während im aktuellen Geschlechterdiskurs antifeministische und maskulinistische Positionen dominieren, wollen wir den Blick auf die „leisen sympathisierenden Stimmen" (Kastein 2018: 46) derjenigen Männer lenken, die sich für eine gleichstellungsorientierte Männerpolitik einsetzen und die oftmals überhört oder sogar belächelt werden. Diese meist männlichen Akteure setzt sich mit den aktuellen Geschlechterverhältnissen, ‚Mannsein', Männlichkeit(en), Frauen- und Geschlechterpolitik auseinander und versuchen, „mit Fokus auf Männer und Jungen, einen Wandel der Geschlechterverhältnisse anzustoßen" (Kastein 2018: 7). Mara Kastein analysiert in ihrer Dissertation, wie sich das diskursive Feld der gleichstellungsorientierten Männerpolitik konstituiert und beschreibt insbesondere das Legitimationsproblem der Akteur*innen, welches aus unserer Sicht auch für die Degrowth-Bewegung von Interesse sein kann. „So richtet sich die gleichstellungsorientierte Männerpolitik, indem sie sich gegen bestehende Geschlechterhierarchisierungen wendet, automatisch gegen die Interessen vieler anderer Männer" (Kastein 2018: 46). Dies gilt umso mehr, als von den Akteuren auch die hegemoniale Männlichkeit bzw. tradierte Formen des männlichen Habitus abgelehnt werden. Es geht demnach um eine De-Privilegierung und letztendlich eine Umverteilung von Ressourcen und Macht, die auch im Zentrum der Transformation hin zu einer solidarischen Lebensweise oder – breiter formuliert – hin zu einer demokratischen nachkapitalistischen Postwachstumsgesellschaft steht.

Von einer Institutionalisierung gleichstellungsorientierter Männerpolitik kann man in Deutschland, aber auch in der Schweiz und in Österreich seit den 1990er Jahren sprechen (vgl. auch Lenz 2014). Die Gründung bundesweiter Dachverbände führte zu einer Zentralisierung männerpolitischer Anliegen. Das Feld strukturiert sich mittlerweile durch Dachorganisationen, Beratungsorganisationen und Schnittstellenorganisationen, die sowohl praktische Angebote (Jungenarbeit, Männerberatung etc.) machen als auch Forschungsprojekte durchführen. Als Männerbewegung verstehen die Akteure sich selbst nicht.[2] Ganz ähnlich wie Brand und Wissen die vielfältigen Alternativen, die es bereits gibt, als „Teil von Suchprozessen für eine solidarische Lebensweise" (Brand/Wissen 2017: 174) bestimmen, beschreibt auch Kastein den Diskurs der gleichstellungsorientierten Männerpolitik als eine „Suchbewegung" (Kastein 2018: 93). Dies beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit männlichen Subjektpositionen. Als solche werden für die Klientel ausdifferenziert: erstens „zu überwindende Männlichkeiten" (Kastein 2018: 121), dafür steht der gewalttätige Mann; zweitens „hilfsbedürftige Männlichkeiten" (Kastein 2018: 121), repräsentiert durch den identitätslosen Jungen; und drittens „erstrebenswerte Männlichkeiten" (Kastein 2018: 121), symbolisiert durch den aktiven Vater. Gerade die letzte Subjektposition ist anschlussfähig an die notwendige gesellschaftliche Transformation der Sorge, die in der Degrowth- und Postwachstumsdebatte zwar nicht im Mittelpunkt steht, jedoch als wichtiger Aspekt gilt (vgl. Heilmann/Scholz 2017). Dass insbesondere die Subjektposition des Vaters auch Anschlussstellen für eine neoliberale

Geschlechterpolitik bietet, wird von den Akteuren kritisch diskutiert. Schaut man sich die Bandbreite der angebotenen Subjektpositionen an, so zeigt sich eine „grundsätzliche Offenheit gegenüber einer Pluralität von Männlichkeiten" (Kastein 2018: 129), es wird kein neues Leitbild fokussiert.

Trotz der grundsätzlich als positiv einzuschätzenden Aktivitäten der gleichstellungsorientierten Männerpolitik, die man als gegenhegemoniales Projekt bezeichnen kann, fehlt den Akteuren „personale Legitimität" (S. 208). Sie werden im Feld der Gleichstellungspolitik anerkannt, wenn sie diskursfähige Themen, insbesondere das der Gewalt gegen Frauen, aufnehmen, können aber als Personen keine eigenen Themen auf die Agenda setzen. Denn ihnen fehlen die notwendigen Diskriminierungserfahrungen, die als Aussagebedingung in diesem diskursiven Feld gelten (vgl. dazu Di Blasi 2013). Die meisten Akteure nehmen die weitgehend privilegierte „Subjektposition des weißen, heterosexuellen Mannes" (Kastein 2018: 216) ein, die bisher ihre Geschlechtlichkeit hinter einem Universalismus maskierte und von Diskriminierungen weitgehend verschont blieb. „Die Markierung als ‚Geschonte' gilt im übergeordneten geschlechterpolitischen Diskurs als eine Position, die im selbigen keine legitime Sprechposition (verdient) hat" (Kastein 2018: 216). Dies wissen die Akteure und reagieren darauf mit der Strategie einer permanenten „Positionierung" (Kastein 2018: 198), die jedoch ambivalente Folgen hat. Der andauernde Positionierungszwang führt dazu, dass Männerpolitik ein schwankendes „Schiff" (Kastein 2018: 164) auf hoher See ist, dass von den Akteuren in Balance gehalten werden muss, um nicht zu kentern.[3] Unter diesen Bedingungen kann es nicht zielgerichtet Kurs aufnehmen hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft.

Gleichstellungsorientierte Männerpolitik steckt demnach in einem „Dilemma" (Kastein 2018: 221) fest. Deshalb entwickelt Kastein abschließend eine alternative Perspektive. Diese sieht sie in einer Politik der De-Privilegierung. Mit Nancy Fraser (2003) argumentiert sie, dass sich Geschlechterpolitik nicht nur auf die Frage der Anerkennung fokussieren sollte, sondern auch auf Fragen der Umverteilung. An diesen „Umverteilungsappell" (Kastein 2018: 225) könnten sich männerpolitische Akteure anschließen, was konkret eine Abgabe von Privilegien bedeuten würde. Doch warum sollte sich man sich an einer solchen Politik beteiligen? An dieser Stelle schlägt die Verfasserin Bündnisse mit Degrowth- oder Postwachstumsbewegung vor, die zwar auch eine Politik der De-Privilegierung, jedoch bisher kaum eine Geschlechterpolitik betreibt.

4 | Neue Bündnisse

Anregend ist Kasteins Analyse auch bezüglich der Frage, wie es um die Legitimität der Akteur*innen der Degrowth-Bewegung und der Postwachstumsdebatte im gesellschaftlichen Diskurs bestellt ist. Stehen auch sie vor einem Legitimationsproblem? Die Studie von Dennis Eversberg und Matthias Schmelzer (2016) zu Teilnehmer*innen der Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 zeigt, dass die Degrowth-Bewegung von der akademischen Mittelschicht getragen wird. Zu fragen ist, ob es sich dabei auch um bisher ‚Geschonte' handelt, die legitim keine gesellschaftlichen Alternativen formulieren dürfen. In gewisser Weise lassen sich die Auseinandersetzungen um die vermeintlich fehlende Klassenperspektive im Konzept der imperialen Lebensweise so lesen (vgl. dazu Brand/Wissen 2018). Doch der Vorwurf der fehlenden Klassenperspektive kommt wiederum vorrangig von akademisch gebildeten, oftmals weißen und männlichen Sprecher*innen (vgl. Sablowski 2018).

Statt Identitätspolitik und Klassenpolitik gegeneinander auszuspielen, ginge es darum, die notwendige gesellschaftliche Transformation gemeinsam weiter voranzutreiben. Dazu kann es, wie Brand und Wissen schreiben, keinen „Masterplan" (Brand/Wissen 2017: 171) geben, der notwendig autoritär und wohl auch nationalistisch wäre, sondern nur demokratische und plurale Suchbewegungen. Aus unserer Sicht wäre es lohnenswert, wenn sich

die Akteur*innen der Degrowth-Bewegung und der gleichstellungsorientierten Männerpolitik punktuell verbünden würden, insbesondere wenn es um Fragen der Transformation der wachstumsorientierten hegemonialen Männlichkeit und der damit verbundenen neoliberalen Geschlechterverhältnisse geht. Solche Fragen werden seit einiger Zeit im Kontext des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften an der FSU Jena diskutiert (vgl. Eversberg/Schmelzer 2017; Heilmann/Scholz 2017). So fand etwa zu Beginn des Jahres ein Hearing zum Thema „Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften" statt, dessen Ergebnisse demnächst publiziert werden, um die Debatte zu vertiefen. Männlichkeitspolitiken und Degrowth sind mit vielen verschiedenen praktischen Aktivitäten verbunden, die Potentiale einer „praktischen Repolitisierung des eigenen Tuns" (Eversberg 2016: 84) enthalten.

Die Politik der De-Privilegierung bedeutet zunächst und vor allem Verzicht, doch öffnet sie auch, wie Brand und Wissen argumentieren, „den Raum für andere Elemente des guten Lebens wie beispielsweise materielle und biografische Sicherheit oder weniger entfremdete Arbeit" (Brand/Wissen 2017: 171) – Desiderata, die sich mit den Zielen emanzipatorischer gleichstellungsorientierter Männerpolitik treffen.

Andreas Heilmann, ist Referent im Förderprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechtersoziologie, insbesondere theoretische und empirische Männlichkeitsforschung, Arbeitssoziologie und qualitative Methoden der Sozialforschung.

E-Mail: andreas.heilmann@rosalux.org

Sylka Scholz ist Professorin für Qualitative Methoden und Mikrosoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechtersoziologie, insbesondere theoretische und empirische Männlichkeitsforschung sowie die Entwicklung von qualitativen Methoden, speziell Methoden der Bild- und Filmanalyse.

E-Mail: sylka.scholz@uni-jena.de

Anmerkungen

[1] Ob es sich um eine soziale Bewegung handelt, ist eine strittige Frage und wird u. a. von Ulrich Brand und Mathias Krams in diesem Heft diskutiert. Eversberg und Schmelzer (2016) haben gezeigt, dass sich innerhalb des Feldes ‚Degrowth' verschiedene Strömungen

differenzieren lassen. Die Rede von ‚der' Degrowth-Bewegung ist insofern problematisch, als dass sie diese Unterschiede unsichtbar macht.

[2] Die Bezeichnung gleichstellungsorientierte Männerpolitik ist eine Selbstbezeichnung innerhalb des Feldes (vgl. Kastein 2018) und sollte ähnlich wie bei der Degrowth-Bewegung nicht den Eindruck erwecken, dass es ‚die' Männerpolitik gebe – es handelt sich um ein heterogenes Feld.

[3] Bei der Schiffsmetapher handelt es sich um ein vielgenutztes Bild der Akteure, wie die Metaphernanalyse belegt (vgl. Kastein 2018: 164ff.)

Literatur

Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit 2012: Geschlecht, Ethnie, Klasse im Kapitalismus – Über die Verschränkung sozialer Verhältnisse und hegemonialer Deutungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. In: Berliner Journal, Jg. 22, Heft 1, 5-27.

Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einstiege in bedeutende Forschungsfelder. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bourdieu, Pierre 1993: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre 1997: Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 153-217.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2018: „Nichts zu verlieren als ihre Ketten?" Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1, 104-111.

Connell, R. W. 1987: Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics. Stanford: California.

Di Blasi, Luca 2013: Der weiße Mann. Ein Antimanifest. Bielefeld: Transcript.

Heilmann, Andreas 2011: Normalität auf Bewährung. Outings in der Politik und die Konstruktion homosexueller Männlichkeit. Bielefeld: Transcript.

Eversberg, Dennis 2016: Wachstumskritik als freiwillige Selbstreorganisierung: Versuch, uns und anderen die Degrowth-Bewegung zu erklären. In: Psychosozial, 39. Jg., H. I, S. 81-98.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2016: Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, 29. Jg., H. 1, 9-16.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2017: Mehr als Weniger: Erst Überlegungen zur Frage nach dem Postwachstumssubjekt. In: Psychosozial 40 Jg., H. 148, 83-100.

Fraser, Nancy 2003: Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Fraser, Nancy/Honneth, Axel (Hg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse: Frankfurt am Main: Suhrkamp: 15-128.

Heilmann, Andreas 2015: Männlichkeit im Reproduktionsdilemma? Sozial- und zeitdiagnostische Perspektiven von Krisenanalysen. In: Heilmann, Andreas/Jähnert, Gabriele/Schnicke, Falko/Schönwetter, Charlott/Vollhardt, Mascha (Hg.): Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen. Wiesbaden: Springer VS, 99-116.

Heilmann, Andreas/Scholz, Sylka 2017: Caring Masculinities – gesellschaftliche Transformationspotentiale fürsorglicher Männlichkeiten? In: Feministische Studien, Jg. 35, Heft 2, 345-353.

Kastein, Mara 2018: Zwischen ‚Suchbewegung' und Sichtbarkeitsbestreben. Gleichstellungsorientierte Männerpolitik unter Legitimationsdruck. Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Lenz, Ilse 2014: Geschlechterpolitiken und

Männlichkeit. In: Behnke, Cornelia/Lengersdorf, Diana/Scholz, Sylka (Hg.): Wissen – Methode – Geschlecht: Erfassen des fraglos Gegebenen. Wiesbaden: Springer VS, 265-280.

Maihofer, Andrea 1995: Geschlecht als Existenzweise, Frankfurt/M: Ulrike Helmer.

Meuser, Michael 2005: Strukturübungen, Peergroups, Risikohandeln und die Aneignung des männlichen Geschlechtshabitus. In: King, Vera/Flaake, Karin (Hg.): Männliche Adoleszenz. Sozialisation und Bildungsprozesse zwischen Kindheit und Erwachsensein. Frankfurt/New York: Campus, 309-323.

Meuser, Michael (2008): Ernste Spiele. Zur Konstruktion von Männlichkeit im Wettbewerb der Männer. In: Baur, Nina/Luedtke, Jens (Hg.): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, 33-44.

Sablowski, Thomas 2018: Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1, Online-Ausgabe (https://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/) [15.08.2018]

Scholz, Sylka 2012: Männlichkeitssoziologie. Soziale Studien aus den Feldern Arbeit, Politik und Militär im vereinten Deutschland. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Tholen, Toni 2011: Subjektivität – Krise – Utopie. Imaginationen von Männlichkeit im zeitgenössischen Denken und Schreiben. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster: Westfälisches Dampfboot, 170-192.

Mitschwimmen oder untergehen?

Diskursive Strategien einer Degrowth-Bewegung

Dorothea Elena Schoppek

1 | Einleitung

Spätestens seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und der sich weiter zuspitzenden Klimakrise formiert sich in Europa Widerstand gegen eine ressourcenintensive, wachstumsgetriebene und konkurrenzbasierte Lebens- und Wirtschaftsweise. Unter dem Schlagwort „Degrowth" („Postwachstum", „Décroissance", etc.) ist eine politische Bewegung entstanden, deren gemeinsames Ziel es ist, industrielle westliche Gesellschaften durch demokratische und solidarische Prozesse zu transformieren und dadurch die ökologische Lebensgrundlage zu erhalten. Insofern bietet die Vision einer Postwachstumsgesellschaft eine Alternative zur Alternativlosigkeit von Wachstum und kapitalistischer Akkumulation in allen Varianten – vom Keynesianismus über den Liberalismus bis hin zum grünen Kapitalismus. Aufgrund der historischen Dominanz eines neoliberal geprägten Kapitalismus seit den 1980er Jahren, steht Degrowth in besonderer Opposition zu diesem. Neoliberalismus verstehe ich im Folgenden als polit-ökonomisches Steuerungsmodell mit spezifischen strukturellen Verhältnissen, das heißt einer weitgehend privatisierten, deregulierten und finanzialisierten globalen Marktwirtschaft (Ptak 2017: 76f.), aber auch als diskursive, ideologische Formation (Lessenich 2003: 86; Bröckling 2007: 283). Angesichts der Tatsache, dass der Neoliberalismus in den letzten beinahe 50 Jahren ein großes Wandlungspotential an den Tag gelegt hat, ohne dabei seinen spezifischen Kern aufzugeben (Peck/Tickell 2002), läuft jede Alternative Gefahr, durch ihn vereinnahmt zu werden und im Ergebnis zu seiner Stabilisierung und Modernisierung beizutragen (vgl. beispielweise Boltanski/Chi-

apello 2006 zur Kooptation der Künstlerkritik in den Neoliberalismus). Aus diesem Grund muss eine Bewegung, welche auf Transformation im Sinne eines tiefgreifenden diskursiven und strukturellen Wandels zielt, sich auch strategisch gegen diese Art der Vereinnahmung absichern. Vor diesem Hintergrund möchte der vorliegende Artikel einen Beitrag leisten zur Reflexion über mögliche diskursive Strategien einer Degrowth-Bewegung: Mit welchen Strategien kann eine diskursive Vereinnahmung verhindert werden, und welche möglichen Konsequenzen haben diese Strategien? Wie lässt es sich als gegen-hegemoniale Bewegung schwimmen, ohne unterzugehen?

Dass sich um das Thema Postwachstum und Degrowth eine sehr *heterogene* Bewegung (so denn überhaupt von einer zu sprechen ist) formiert, ist hinlänglich bekannt (Brand 2014; Schmelzer 2015; Eversberg/Schmelzer 2018). In welchem Verhältnis die verschiedenen Diskursströmungen innerhalb dieses Spektrums allerdings zum hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus stehen, wurde bisher kaum untersucht. Eine vorausgegangene diskurstheoretische Untersuchung hat gezeigt, dass die Unterscheidung verschiedener Strömungen innerhalb des Degrowth-Diskurses hinsichtlich deren Vereinnahmbarkeit von großer Relevanz ist (Schoppek: under review). Wie ich im Folgenden kurz aufzeigen werden, gelingt der alternativen Praxislinken eine klarere Abgrenzung zu neoliberalen Logiken, während sogenannte *suffizienzorientierte Zivilisationskritiker*innen* in ihnen verhaftet bleiben[1]. Hieran anknüpfend diskutiere ich verschiedene Strategien der Abgrenzung (radikaler Bruch, Humor und Zukunft als Vergangenheit) sowie deren mögliche Konsequenzen auf die Durchsetzungsfähigkeit des Degrowth-Diskurses.

2 | Das Problem der Aneignung

Neben der einenden Kritik an einem wachstumsgetriebenen, ressourcenvernichtenden Wirtschaftssystem zeigt sich die Heterogenität, gewissermaßen sogar die Widersprüchlichkeit der Degrowth-Bewegung an divergierenden Problemanalysen, deren politischen Implikationen und damit verbundenen Wertesystemen. Eversberg und Schmelzer konnten anhand einer Teilnehmendenbefragung im Rahmen der vierten Internationalen Degrowth-Konferenz 2014 fünf unterschiedliche Strömungen innerhalb des Degrowth-Diskurses ausmachen (Eversberg/Schmelzer 2018). Die Positionen reichen von *sozialreformerischen* Agenden über *traditionell linke* Theorieperspektiven bis hin zu sogenannten *voluntaristischen, zivilisationskritisch-suffizienzorientierten* sowie *alternativ-praxislinken* Ansätzen. Insbesondere die Gegenüberstellung der Positionen *suffizienzorientierter Zivilisationskritiker*innen* sowie *alternativer Praxislinker* ist aufgrund ihrer Zentralität innerhalb des Degrowth-Diskursfeldes bedeutsam. Während erstere Strömung relativ hohe mediale Aufmerksamkeit erfährt und als typisch für den Postwachstumsdiskurs gilt (vgl. etwa Niko Paech als prominenter Vertreter), verkörpert zweitere durch die Verbindung von subjektiven mit kollektiven Transformationsbemühungen das spezifisch Neue des Diskurses. Auffallend hierbei ist, dass sich sowohl das Framing des zugrundeliegenden Problems als auch die entsprechend dargebotenen Lösungen beider Strömungen inhaltlich teilweise deutlich voneinander unterscheiden. So erachten *zivilisationskritisch-suffizienzorientierte* Teilnehmende ökologische Probleme als die vordringlichsten und in diesem Sinne auch als den Fragen der sozialen Gerechtigkeit übergeordnet. Als Lösungen werden hier eine Rückkehr zu früheren Lebensweisen sowie der Aufbau von Parallelgesellschaften vorgeschlagen (ebd.: 256f). Nicht geteilt wird eine derartige Problemanalyse von den *alternativen Praxislinken*, welche die Verstrickung von sozialer und ökologischer Frage innerhalb der Strukturen des Kapitalismus deutlich benennen, radikal kritisieren und für das Experimentieren mit Alternativen plädieren (ebd.: 262ff).

In einer vorausgegangenen Untersuchung habe ich mich mit der Abgrenzung dieser beiden Positionen vom hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus beschäftigt (Schoppek: under

review), gegen den sich Degrowth als Diskurs und Praxis offenkundig richtet: Degrowth plädiert für einen tiefgreifenden kulturellen Wandel gegen das „aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Leitprinzip [...][welches da] lautet: ‚höher, schneller, weiter'" (www.degrowth.info). Während der Hegemonie-Status des Neoliberalismus im Allgemeinen in der Literatur umstritten ist (Brand/Wissen 2017; Candeias 2004; Demirovic 2008; Hirsch 2005; Plehwe 2016), vertrete ich die These, dass der Neoliberalismus zumindest als „diskursive" in Abgrenzung zu „materieller" Hegemonie besteht (Schoppek: under review). Diskursive Hegemonien zeichnen sich in der Begriffstradition Gramscis durch die Organisation eines einheitlichen Weltbildes zur Stabilisierung vorherrschender Machtstrukturen aus. Im neoliberalen Diskurs zeigt sich dies insbesondere durch die Fokussierung auf Freiheit, Selbstverantwortung und Leistung, welche selbst von Systemverlierer*innen übernommen und als „normal" angesehen werden (Bücken 2016; Bröckling 2007).

Anhand einer Analyse des Degrowth-Diskursfeldes konnte ich zeigen, dass sich die von Eversberg und Schmelzer identifizierten Strömungen unterschiedlich stark vom hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus abgrenzen und somit auch mehr oder weniger anfällig für eine Rück-Aneignung durch und in diesen sind (Schoppek: under review). Die Analyse hat ergeben, dass *suffizienzorientierte* Positionen zumindest diskursiv anfälliger für die Vereinnahmung durch den Neoliberalismus sind als *praxislinke*. Dies ist auf zwei zentrale Charakteristika des Diskurses zurückzuführen, welche in ihrer Logik der diskursiven Struktur des Neoliberalismus verhaftet bleiben. Das erste Charakteristikum bezieht sich auf die diskursive Anrufung der Subjekte. Der *suffizienzorientierte* Diskurs wendet sich, hierin dem Neoliberalismus nicht unähnlich, in moralisierender Weise an Verantwortung und Eigeninitiative des einzelnen Individuums, indem sowohl die Verursachung des Problems (ressourcenintensive Lebensweise) als auch dessen Lösung (Verzicht) im Verhalten des*r Einzelnen verortet werden. Hierbei werden strukturelle Abhängigkeiten und Zwänge, wie beispielsweise die Einbindung in einen wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt, nicht ausreichend berücksichtigt und somit unterschätzt. Im besten Falle führt dies zu einer mangelnden Abgrenzung von neoliberalen Ideologemen, im schlimmsten zu deren Stabilisierung: Systemverlierer*innen werden in Nischen-Projekten (z. B. Umsonstläden, share-and-care-Gruppen etc.) aufgefangen und potenziell entpolitisiert, indem diese Menschen nun, da sie anderweitig „versorgt" werden, weniger dazu neigen, gegen das herrschende System aufzubegehren.

Ein zweites Charakteristikum findet sich in der verkürzten Kapitalismuskritik dieser Strömung, welche zwar Wachstum stark ablehnt, dabei aber grundlegende Strukturmerkmale des Kapitalismus wie beispielsweise Eigentum und Tauschlogik völlig außer Acht lässt oder in ihren alternativen Gesellschaftsmodellen sogar weiterhin voraussetzt. Die Folgen einer derartigen Verkürzung zeigen sich bereits empirisch am Beispiel der „sharing economy": Was beispielsweise bei Paech als ressourcensparende, solidarische Wirtschaftsweise angedacht ist (Paech 2012: 120f.), lanciert nun als Erfolgsmodell kapitalistischer Unternehmen wie Uber oder AirBnb und führt zur Landnahme weiterer, bisher noch nicht der Kapitallogik unterworfener Bereiche (Dörre 2009). Im Gegensatz dazu erweist sich der praxislinke Diskurs als weitaus reflektierter sowohl gegenüber strukturellen Zwängen des Kapitalismus als auch im Hinblick auf deren Wechselwirkungen mit Identitätskonstruktion und Alltagsverstand (Schoppek: under review). Transformation wird als kollektive politische Aufgabe verstanden, welche einer konzertierten Wandlung von Strukturen und Mentalitäten bedarf. Zentrale diskursive Kategorien des Neoliberalismus werden hierbei in ihr Gegenteil verkehrt, wie beispielsweise die Ersetzung von Leistung(sgerechtigkeit) durch Solidarität zeigt. Eine Vereinnahmung und Aneignung derartiger Forderungen und der aus ihnen erwachsenden Praxen durch den Neoliberalismus erscheint deutlich weniger wahrscheinlich als im ersten Fall.

3 | Diskursive Abgrenzung: Eine Strategiereflexion

Die wichtigste Frage, die sich für eine soziale Bewegung aus dieser Erkenntnis ergibt, bezieht sich auf strategische Entscheidungen: Was sind diskursive Strategien, die einerseits anknüpfungsfähig und somit auch für ein diverses Publikum zugänglich sind (welches für eine tiefgreifende, demokratische gesellschaftliche Transformation unerlässlich ist), die andererseits aber nicht Gefahr laufen, direkt vereinnahmt oder marginalisiert zu werden?

Wie kann eine solche Vereinnahmung und entsprechende Einhegung des Degrowth-Diskurses durch den Neoliberalismus verhindert werden? Auf den ersten Blick scheint sich die Antwort aus der oben kurz angerissenen Analyse von selbst zu ergeben. Lässt sich überzeugend aufzeigen, dass bestimmte Strömungen innerhalb des Diskursfeldes anfälliger für Inkorporation sind als andere, ist es eine logische Schlussfolgerung, letztere innerhalb der Bewegung zu stärken. Doch selbst wenn man von Machtfragen und der Notwendigkeit demokratischer Aushandlungsprozesse innerhalb der Bewegung absieht, wäre eine solche Strategie auch auf rein diskursiver Ebene mit Tücken verbunden. Im Folgenden werde ich daher zunächst Vor- und Nachteile eines radikalen Bruchs mit dem hegemonialen Diskurs aufzeigen und dabei demonstrieren, dass weder ein radikaler Bruch mit noch eine bewusste Anlehnung an den hegemonialen Diskurs mit dem Anspruch der Degrowth-Bewegung in Einklang zu bringen, geschweige denn strategisch vielversprechend sind. Aus diesem Grund diskutiere ich daraufhin zwei weitere Strategien, die den Spagat zwischen Zugänglichkeit und Abgrenzung besser bewältigen. Einen vielversprechenden theoretischen Ansatz, der sich in der praktischen Anwendung allerdings erst noch zu beweisen hätte, bieten hierzu: *Humor* und *Zukunft als Vergangenheit* (Welzer 2013).

3.1 | Radikaler Bruch

Ein radikaler diskursiver Bruch mit dem hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus hat zunächst den Vorteil, der Vereinnahmung und Aneignung durch denselben mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entgehen. So argumentiert beispielsweise Nancy Fraser, dass die Herausbildung sogenannter „subalterner Gegenöffentlichkeiten" eine entscheidende Rolle in der Formierung von alternativen Interpretationen und der Entstehung neuer Identitätskonstruktionen spielt (Fraser 1990: 67). Sie bilden eine Art geschützten Raum, in dem sich eine gegen-hegemoniale Position entwickeln kann. Für die Degrowth-Bewegung hätte eine derartige Strategie den Vorteil, zunächst „interne Auseinandersetzungen über den richtigen Weg" zuzulassen (Graefe 2016), um anschließend aus einer gestärkten Position heraus und unter der Bedingung gewandelter Subjektivität die Konfrontation mit dem hegemonialen Diskurs zu suchen. Eine marginalisierte oder zumindest wenig beachtete Gegenöffentlichkeit würde zwar kaum kurzfristige politische Erfolge erzielen, wäre dafür aber auch deutlich weniger anfällig für Kooptation und hätte das Potenzial, langfristig kulturelle Transformationen herbeizuführen und Machtverhältnisse zu delegitimieren (Ferree 2003: 340).

Abgesehen davon, dass mit diesem Argument noch wenig Substanzielles über die Mechanismen transformatorischer Prozesse ausgesagt ist, drängt sich die grundsätzliche Frage auf, ob dies die Strategie einer Bewegung sein kann, deren Anspruch es ist, die Gesamtgesellschaft politisch, ökonomisch und kulturell tiefgreifend und unter Zeitdruck zu verändern. Sofern diese Wandlungsprozesse demokratisch verlaufen sollen, muss zunächst eine gesellschaftliche Mehrheit von ihrer Notwendigkeit überzeugt werden.

Bedarf es angesichts dieser Ziele nicht vielmehr einer Resonanz mit der ‚discursive opportunity structure', den institutionell verankerten und akzeptierten Arten des Denkens und Sprechens (ebd.: 309)? Ganz im Gegensatz zum radikalen Bruch mit dem hegemonialen

Diskurs stünde im Mittelpunkt dieser Strategie eine bewusste Anlehnung an diesen, eine zumindest partielle Übernahme seines Vokabulars und die Suche nach Anknüpfungspunkten. Für den Degrowth-Diskurs würde dies beispielsweise bedeuten, „unorthodoxe Pro-P[ost]W[achstums]-Allianzen" zu bilden (Adler 2016: 5; vgl. auch Adler in diesem Heft), statt radikale Kapitalismuskritik zu betreiben und somit die bereitere Bevölkerung in ihrer diskursiven Komfortzone, d. h. im Alltagsverstand verankerter Vorstellungen, abzuholen. Konkrete Allianzen wären dann beispielsweise möglich mit Verfechter*innen der Konsumen*tinnenverantwortung, mit neoliberalen Diskursen um Gesundheit und Wohlbefinden, begrenzt sogar mit Positionen, die einen Grünen Kapitalismus befürworten. Degrowth-Positionen müssten folglich auf eine Art und Weise ‚geframed' werden, dass sie sowohl anknüpfungsfähig sind an den kollektiven Alltagsverstand als auch institutionell verankerten Interpretationsschemata nicht widersprechen. Von besonderer Bedeutung wäre dann zum einen eine schnelle Reaktion auf extern entstehende Gelegenheitsfenster wie Katastrophen (Fukushima) und Großereignisse mit diskursiver Konjunktur eines sonst weniger beachteten Themas (Klimagipfel). Zum anderen sollten gesellschaftspolitische Forderungen stets an sozial verankerte Gerechtigkeitsvorstellungen rückgebunden sein. Das Verursacherprinzip oder die Idee der Leistungsgerechtigkeit sind entsprechende Beispiele.

Ohne weiter ins Detail gehen zu wollen, wird deutlich, dass Bemühungen um Resonanz mit der ‚discursive opportunity structure' genau jene Fallstricke aufweisen, welche die Strategie des radikalen Bruchs zu umgehen versucht: Vereinnahmung, Marginalisierung radikalerer Positionen, Verlust des progressiven Potenzials. Zwar lässt sich mit einiger Plausibilität argumentieren, dass eine bewusste Strategiewahl besser gegen diese Widersprüche gewappnet ist als die Position der *suffizienzorientierten Zivilisationskritiker*innen*, deren Nähe zum Neoliberalismus keine bewusste Entscheidung ist. Bedenkt man jedoch das Ausmaß an Energie, das aufgewendet werden muss, um diesen Spagat zwischen Mittel und Zweck langfristig aufrechtzuerhalten, wird es deutlich weniger wahrscheinlich, mit dieser Strategie tiefgreifende Veränderungen zu erzielen. Welche Möglichkeiten eines diskursiven Perspektivwechsels gibt es stattdessen?

3.2 | Humor

Humor als Form gewaltfreien Widerstandes ist ein aufstrebendes Forschungsfeld, welches im weiteren Sinne der Forschung zu Emotionen und Widerstand zugeordnet werden kann (Sørensen 2017, 2016; Baaz et al. 2018; Jasper 2018). Spannend für meine Fragestellung ist der Effekt, den humorvolle Diskursstrategien im Hinblick auf hegemoniale Diskurse erzielen. Hierbei lässt sich zunächst feststellen, dass Humor emotional wirkt (Martin 2007) und insofern Botschaften nicht nur auf der rationalen, häufig stark diskursiv vorstrukturierten, Ebene übermittelt. In dieser Hinsicht haben humorvolle Strategien gleich mehrere Vorteile. So geht Humor meist mit einem Überraschungsmoment einher, auf das nicht in standardisierter Weise reagiert werden kann und das somit zumindest kurzfristig Stereotype und vorgefertigte Meinungen außer Kraft setzt (Sørensen 2017: 136). Durch die Effekte der Überraschung und der Unterbrechung oder Destabilisierung eingeübter Denkkategorien eröffnet Humor die Möglichkeit des Perspektivenwechsels, ohne das Zielpublikum moralisierend anzugreifen oder explizit zu etwas aufzufordern. „Werbung" für einen suffizienten Lebensstil könnte beispielsweise konventionelle Werbeclips auf den Kopf stellen, indem entsprechende Untertitel dem Auge bekannte und für normal erachtete Bilder kommentieren. Zugegebenermaßen erfordert dies auch ein ‚sich-Einlassen' des Zielpublikums sowie eine gewisse Motivation, weiter denken zu wollen. Durch die Irritation selbst kann diese jedoch angeregt werden.

Ein weiterer Vorteil humorvoller Strategien ist der Umstand, dass Humor fast immer mit Lachen, also mit einer positiven Affektlage verbunden ist. Wie aus der Sozialpsychologie

bekannt ist, fungieren Gefühle, egal ob positiv oder negativ, als Motivatoren, indem wir positive Gefühle aktiv herbeizuführen suchen und negative vermeiden wollen (Schmalt/Langens 2009: 23 ff.; Rheinberg 2006: 15). Dabei hat sich gezeigt, dass negative Gefühle (Ärger, Empörung) zwar für einen kurzfristigen Energieschub sorgen (Jasper 1998: 402), positive Stimmungslagen (Hoffnung, Freude) aber Hilfsbereitschaft und prosoziales Verhalten im Allgemeinen steigern (Fischer/Wiswede 2009: 166; Sørensen 2017: 143). Verbinden wir also einen Diskurs und dessen Zukunftsvision mit positiven Gefühlen, erhöht sich tendenziell auch die Wahrscheinlichkeit, dass wir offen bleiben für einen Perspektivenwechsel und sich somit die Risse in den Mauern der Hegemonie vergrößern können (Wright 2017). Mit Blick auf die affektive Dimension positiver Gefühlslagen kennen sowohl die Sozialpsychologie als auch die Neurobiologie das Phänomen der Gefühlsansteckung bzw. der Spiegelneuronen, was zumindest auf eine kurzfristige Verbreitung guter Laune im Kontext einer humorvollen Degrowth-Aktion hoffen lässt, z. B. in Form von Satire, Comedy oder politischem Kabarett. Workshops zu Adbusting als (Anti-)Werbe-Strategie (vgl. Degrowth Sommerschule 2016; Fairbindung e. V.) oder Flashmobs zur Konsumkritik (www.degrowth.info) sind konkrete Beispiele, mit denen in der Degrowth-Praxis bereits experimentiert wird.

3.3 | Zukunft als Vergangenheit

Eine weitere Strategie, die einen Perspektivwechsel nicht nur zum Ziel, sondern auch zum Ausgangspunkt hat, wird derzeit bereits aktiv von Harald Welzer im Rahmen seiner ‚Stiftung Zukunftsfähigkeit – futurzwei'[2] betrieben. In der deutschen Sprache verweist die Zeitform des Futur II auf die sogenannte vollendete Zukunft, also einen Zeitpunkt t2, zu dem der Zeitpunkt t1, der aus der Gegenwart betrachtet selbst noch in der Zukunft liegt, Vergangenheit sein wird: „Wir werden unsere Gesellschaft verändert haben." Zum Zeitpunkt t2 wird dieser Prozess bereits vollendet sein, zum Zeitpunkt t1 wird er gerade stattfinden, während der Sprachakt selbst zum Zeitpunkt t0 erfolgt. Zukunft als Vergangenheit zu betrachten, macht diese konkret und erschwert den Transfer von Verantwortung auf andere oder einen späteren Zeitpunkt immens. Eine Gesellschaft geradeheraus zu fragen: „Wie möchtet ihr gelebt haben?" (Welzer 2011), eröffnet ganz andere Horizonte als die Frage nach gegenwärtigen Interessen oder das Drohen mit erschreckenden Zukunftsszenarien. Der eigene Wunsch an die Zukunft hat für den Einzelnen/die Einzelne einen viel verbindlicheren Charakter, da er aus der eigenen Lebenswirklichkeit heraus formuliert ist und damit auch das Gefühl von Selbstwirksamkeit entfachen kann, die als wichtiger motivationaler Faktor fungiert (Bandura 1993; Welzer 2013). Ist die eigene oder auch kollektive Zukunftsvision erst einmal ausgesprochen, kann anschließend über Zwischenschritte nachgedacht werden, derer es bedarf, um diesen Zustand zu erreichen. Für eine Degrowth-Bewegung hätte eine derartige Strategie zwei Anwendungsbereiche: Zum einen könnte sie bewegungsintern der Findung oder besser gesagt Schärfung der eigenen Position, vor allem aber der Wahl der strategischen Mittel dienen. Dieses Instrument wird bereits in Workshops, Summer Schools und lokalen Initiativen der Degrowth-Bewegung in Form von Zukunftswerkstätten oder Methoden zu Utopieentwicklung erfolgreich genutzt[3]. Zum zweiten dient die Strategie der Kommunikation nach Außen und kann in der Konfrontation mit der vom Neoliberalismus unablässig behaupteten Alternativlosigkeit eingesetzt werden. Statt das Zielpublikum angesichts herrschender Sachzwangrhetorik entweder zu entpolitisieren oder mit Maximalforderungen zu überbeanspruchen, bietet diese Strategie einen gangbaren Weg, der seinen Ausgangspunkt in einer zutiefst demokratischen Vorstellung von Allgemeinwohl hat (vgl. z. B. Aktion „Zukunftsbilder" von Futurzwei[2]). Zukunft scheint hier sowohl gestaltbar als auch gestaltungsbedürftig. Der Zusammenhang zwischen eigener Lebensführung und unterschiedlichen Zukunftsszenarien wird unter Bezugnahme

auf die eignen Vorstellungen von einem guten Leben sehr konkret und eröffnet somit Handlungsspielräume. Diese sind mitunter ad hoc zugänglich oder motivieren zu kollektiven Aktionen und Zusammenschlüssen mit Gleichgesinnten, um strukturelle Hindernisse zu überwinden.

4 | Fazit

Wie ich zu Beginn dieses Beitrags aufgezeigt habe, gelingt die diskursive Abgrenzung zum Neoliberalismus verschiedenen Strömungen des Degrowth-Spektrums unterschiedlich gut. *Alternativen Praxislinke* grenzen sich deutlich schärfer vom hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus ab als die *suffizienzorientierten Zivilisationskritiker*innen*. Dies liegt insbesondere an der Verhaftung letzterer in strukturell vereinnahmbaren, neoliberalen Diskurs-Kategorien bezüglich Kapitalismuskritik und der Art der Subjektanrufung. Ausgehend von dieser Erkenntnis lag der Fokus dieses Beitrages auf der Suche nach diskursiven Strategien, die solcher Vereinnahmung einerseits entgehen, andererseits aber trotzdem insoweit anknüpfungsfähig bleiben, als sie den Ausgangspunkt für tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse bilden können. Da solche Prozesse die Beteiligung vieler Menschen erfordern, bedarf es einer Strategie, die am Alltagsverstand der Menschen anknüpft und diesen über seinen Horizont hinaus erweitert. Wie wir gesehen haben, eignen sich Strategien des radikalen Bruchs mit dem hegemonialen Diskurs hierzu aufgrund der ihnen drohenden Marginalisierung nur bedingt. Auch Strategien, welche Resonanz mit der diskursiven Gelegenheitsstruktur suchen, gewissermaßen also „mitschwimmen", sind für transformative Zwecke wenig zielführend und enden oft in der Kooptation. Dahingegen haben humorvolle Strategien und solche, welche die Zukunft im Modus der Vergangenheit betrachten, das Potenzial, diskursive Perspektivenwechsel einzuleiten und somit den hegemonialen Diskurs brüchig werden zu lassen. Aus dieser Perspektive scheint es die erfolgreichste Strategie zu sein, weder mitzuschwimmen noch unterzugehen, sondern – metaphorisch gesprochen – Wellen zu schlagen. Spannend hierbei und offen für weitere Forschung bleibt jedoch die Frage, ob derartige Strategien durch die erfolgreiche Delegitimierung von Akteuren und Positionen langfristig auch strukturelle Veränderungen erzielen können.

Dorothea Elena Schoppek arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt und forscht zum Thema ‚Transformativer Widerstand'. Kontakt: schoppek@pg.tu-darmstadt.de

Anmerkungen

1 In der Ausdifferenzierung der verschiedenen Strömungen beziehe ich mich auf eine empirische Studie von Dennis Eversberg und Matthias Schmelzer (2018)

2 www.futurzwei.org

3 Vergleiche aktuell das Programm der Degrowth-Sommerschule 2018 (https://programm-kcsc2018.degrowth.info/de/kcsc2018/public/schedule).

Literatur

Adler, Frank 2016: Transformation zu Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 3/2016: 1-21.

Baaz, Mikael et al. (Hgs.) 2018: Resistance and Emotions. Interrogating Crossroads and Social Change. Oxon: Routledge.

Bandura, Albert 1993: Perceived Self-Efficacy in Cognitive Development and Functioning. In: Educational Psychologist 28: 117-148.

Boltanski, Luc/Chiapello Ève 2006: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Brand, Ulrich 2014: Degrowth: Der Beginn einer Bewegung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10: 29-32.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: okeom.

Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bücken, Susanne 2016: Soziale Gerechtigkeit – Leistungsdispositiv oder gesellschaftsveränderndes Mandat? In: Spetsmann-Kunke, Martin (Hg.): Soziale Arbeit und Neoliberalismus. Baden-Baden: Nomos: 105-126.

Candeias, Mario 2004: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument.

Degrowth Portal: https://www.degrowth.info/de/. 23.07.2018.

Demirovic, Alex 2008: Neoliberalismus und Hegemonie. In: Butterwegge, Christoph (Hg.): Neoliberalismus, Analysen und Alternativen. Wiesbaden: Springer VS: 17-33.

Dörre, Klaus 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus et al. (Hgs.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik – Eine Debatte. Berlin: Suhrkamp: 21-86.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2018: The Degrowth Spectrum: Convergence and Divergence within a Diverse and Conflictual Alliance.´In: Environmental Values 27: 245-267.

Ferree, Myra Marx 2003: Resonance and Radicalism: Feminist Framing in the Abortion Debates of the United States and Germany. In: American Journal of Sociology 109: 304-344.

Fischer, Lorenz/Wiswede, Günter 2009: Grundlagen der Sozialpsychologie. München: Oldenbourg.

Fraser, Nancy 1990: Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Social Text 25/26: 56-80.

Graefe, Stefanie 2016: Kommentar zu Frank Adler: Tranformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 3/2016: 22-28.

Hirsch, Joachim 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag.

Jasper, James 1998: The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions in and around Social Movements. In: Sociological Forum 13: 397-424.

Jasper, James 2018: The Emotions of Protest. Chicago: University of Chicago Press.

Lessenich, Stephan 2003. Soziale Subjektivität. Die Neue Regierung der Gesellschaft. In: Mittelweg 36: 80-93.

Martin, Rod 2007: The Psychology of Humour: An integrative Approach. Burlington: Elsevier.

Peck, Jamie/Tickell, Adam 2002: Neoliberalizing Space. In: Antipode 34: 380-404.

Plehwe, Dieter 2016: Neoliberalism and Hegemony. In: Springer, Simon et al. (Hgs.): The Handbook of Neoliberalism. Oxon: Routledge: 61-72

Ptak, Ralf 2017: Grundlagen des Neoliberalismus. In Butterwegge, Christoph et al. (Hgs.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 13-78.

Rheinberg, Falko 2006: Motivation. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Schmalt, Heinz-Dieter/Langens, Thomas 2009: Motivation. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Schmelzer, Matthias 2015: Spielarten der Wachstumskritik. In: Barbara Bauer et al. (Hgs.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Kolleg Postwachstumsgesellschaften, Berlin: Le Monde diplomatique/taz: 116-121.

Schoppek, Dorothea under review: Neoliberalism versus Degrowth: Counter-Hegemony or Passive Revolution?

Sørensen, Majken Jul 2016: Humour in Political Activism. London: Palgrave Macmillan.

Sørensen, Majken Jul 2017: Laughing on the way to social change: humor and nonviolent action theory. In: Peache&Change 42: 128-156.

Welzer, Harald 2011: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Welzer, Harald 2013: Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Wright, Erik Olin 2017: Reale Utopien – Wege aus dem Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Gefährliches Werben

Über Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt

Dennis Eversberg

Seit Juni 2018 regiert in Italien eine Koalition, die vom *MoVimento Cinque Stelle* (Fünf-Sterne-Bewegung) angeführt wird – einer Partei, der seit ihrer Gründung durch den Komiker Beppe Grillo 2009 eine wachstumskritische Position zugeschrieben wird und die in den letzten Jahren auf lokaler Ebene auch vielerorts eng mit Teilen der italienischen *decrescita*-Bewegung kooperierte. Grillo selbst hat in seinem populären Blog immer wieder wachstumskritische Standpunkte geäußert und etwa Serge Latouche, einen der Begründer der französischen *décroissance*, zu Wort kommen lassen.[1] Und nicht nur das: Mitglied der Regierung ist seit Mitte Juni der wachstumskritische Ökonom Lorenzo Fioramonti, UNESCO-Professor für „Regionale Integration, Migration und Bewegungsfreiheit" an der Universität Stellenbosch in Südafrika und bekannt geworden durch Bücher wie „Gross Domestic Problem". Er hatte für die *Cinque Stelle* mit 36,7 % der Stimmen den Wahlkreis Roma - Torre Angela gewonnen und wurde zwischenzeitlich als Kandidat für den Posten des Wirtschaftsministers gehandelt, musste dann aber doch mit dem Amt eines Staatssekretärs im Bildungs- und Wissenschaftsministerium Vorlieb nehmen. Das von ihm mitverfasste Wirtschaftsprogramm der *Cinque Stelle*[2] hat zwar als Antwort auf die italienische Staatsschuldenkrise auch keine anderen Lösungen als die Förderung wirtschaftlichen Wachstums zu bieten, enthält aber daneben an prominenter Stelle ebenso Fioramontis Kritik am Bruttoinlandsprodukt als einer für die Messung kollektiven Wohlergehens unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ungeeigneten Kennzahl und die Forderung nach Orientierung an anderen Indikatoren.

Aus Postwachstumsperspektive könnten manche diese Entwicklungen als Anzeichen für das zunehmende politische Gewicht wachstumskritischer Argumente begrüßen. Allein: Das Zustandekommen dieser Regierung als solches verweist eher auf eine erhebliche Gefahr, die sich mit Wachstumskritik immer gerade dort verbindet, wo ihre Verfechter*innen – wie eben auch die *Cinque Stelle* – darauf beharren, sich als „jenseits von rechts und links" zu verorten. Denn durch die Bildung der Koalition wurde der neofaschistischen *Lega* unter dem rassistischen Hetzer Matteo Salvini zur Regierungsmacht verholfen. Salvini hat seither keinen Zweifel daran gelassen, dass der Kern seiner Politik in rassistischer, gewalttätiger Ausgrenzung besteht: Um die Einreise auch nur weniger Dutzend Flüchtender zu verhindern, verweigert er selbst Schiffen der eigenen Küstenwache die Einfahrt in italienische Häfen, und ganz in faschistischer Tradition kündigte er die Erstellung eines Registers aller italienischen Sinti und Roma an, das der Vorbereitung von deren Verfolgung dienen könnte. Derzeit wird das Bild der italienischen Politik auf diese Weise von der *Lega* geprägt, die *Cinque Stelle* setzen der aggressiven Menschenfeindlichkeit des Koalitionspartners wenig entgegen und sind inzwischen auch in den Umfragen weit abgeschlagen.

Nun sind die „Fünf Sterne" nicht gleichzusetzen mit der *decrescita*-Bewegung, dem italienischen Zweig der europäischen wachstumskritischen Strömung. Aber ihr Beispiel zeigt doch, dass – wie bei vielen politischen Projekten – politische Naivität und das Verweigern klarer Grenzziehungen gegenüber „falschen Freunden" auch für wachstumskritische Akteure auf sehr direktem Wege dahin führen können, aktiv eine offen menschenfeindliche, verbrecherische, ja mörderische Politik zu stützen. Es liefert auch eine plakative Bestätigung der immer wieder erhobenen Kritik, dass „der Postwachstumsansatz" unreflektierte Offenheiten

und teilweise sogar Affinitäten gegenüber autoritär-nationalistischem und neofaschistischem Gedankengut aufweise (Späth 2014; Bierl 2015; Interessengemeinschaft Roboterkommunismus 2015; Nabert 2016) – und es zeigt, dass diese nicht nur rein ‚diskursethisch' problematisch sind, sondern schnell tödliche Konsequenzen haben können. Dennoch ist auch gegenüber der Kritik Skepsis angezeigt: Oft sind diese Einwürfe polemischer Natur und zielen eher auf eine Delegitimierung wachstumskritischer Positionen insgesamt. Zudem sind sie oft von nur bruchstückhafter Kenntnis der Postwachstumsdebatte gekennzeichnet und bleiben deshalb oberflächlich und pauschal.[3] Das macht es den Kritisierten oft schwer, anders als mit verärgerter Zurückweisung auf die verzerrte Darstellung ihrer Positionen zu reagieren. Es sollte Befürworter*innen von Postwachstum und Degrowth aber nicht davon abbringen, sich ernsthaft zu fragen, inwiefern die eigenen Argumente tatsächlich Anknüpfungspunkte für Vereinnahmung von rechts oder sogar die Einbindung in autoritär-nationalistische Allianzen bieten.

Jenseits des drastischen Falls der *Cinque Stelle* und mit Blick vor allem auf die deutsche Debatte soll dieser Artikel klären, was dran ist an dieser Kritik: Wo liegen die Anfälligkeiten der Wachstumskritikfür Vereinnahmung durch „falsche Freunde" von rechts – oder, schlimmer noch, für Partnerschaften mit diesen. Und welche Akteure des rechten Spektrums sind es, die dies versuchen? Der Artikel soll aber auch aufzeigen, was Postwachstums- und Degrowth-Verfechter*innen tun können, welche Unvereinbarkeiten sie betonen und welche argumentativen Sackgassen sie meiden sollten, um gegen solche Versuche gefeit zu sein.

1 | Teil des Problems: Die politische Polyvalenz der Wachstumskritik

Zunächst einmal ist anzuerkennen: Wegen der Unterbestimmtheit des Gegenstands „Wachstum" ist Wachstumskritik per se politisch nicht klar verortbar. Weil das Unbehagen über gefühlt zunehmenden gesellschaftlichen Steigerungszwängen und ihren vielgestaltigen Auswirkungen so diffus und allgemein ist, dass es sich mit fast jeder politischen Grundüberzeugung verbinden kann, ist die Skepsis gegenüber dem Wachstum *als solche* tatsächlich „weder links noch rechts" – oder eben beides zugleich. Das lässt sich etwa an Umfragedaten verdeutlichen: In der repräsentativen Befragung „Umweltbewusstsein in Deutschland 2016" stimmten der Aussage „Wenn ich sehe, dass unsere Wirtschaft Jahr für Jahr weiter wächst, frage ich mich: wie lange kann das noch gut gehen?" knapp drei Viertel der Befragten voll oder tendenziell zu (Eversberg 2018a: 6). Dass im Einzelnen sehr unterschiedliche Motive und politische Haltungen dahinterstehen müssen, wenn dies eine so große Mehrheit so beantwortet, liegt auf der Hand.

Dementsprechend sind öffentlich artikulierte wachstumskritische Positionen auch in fast allen politischen Lagern – mit Ausnahme allenfalls des wirtschaftsliberalen Spektrums – präsent. So zeigt Schmelzer (2015) die Breite der verschiedenen Spielarten von Wachstumskritik zwischen radikalem Antikapitalismus, feministischen, suffizienzorientierten, sozialreformerischen und konservativen Positionen auf, und Barbara Muraca (2014, Kap. IV) weist ausdrücklich darauf hin, dass wachstumskritische Argumentationsmuster auch von der völkischen Neuen Rechten zur Begründung ihrer rückschrittlichen Gesellschaftsvorstellungen in Anschlag gebracht werden.

Eine neue Erkenntnis ist es also nicht, dass Wachstumskritik auch in der politischen Rechten Anklang findet und mithin die Gefahr einer Unterwanderung oder Vereinnahmung des Postwachstumsdiskurses von rechts besteht. Allerdings hat die Auseinandersetzung um diese Gefahr deutlich an Dringlichkeit gewonnen, seit sich in den letzten Jahren mit dem Erstarken des autoritären Nationalismus auch eine ganz andere Form der Verarbeitung des unterschwelligen Gefühls, dass etwas nicht stimmt in den europäischen Gesellschaften, breiten Raum verschafft – eine aggressive Überhöhung des ‚Eigenen' und die Abwehr alles Fremden und Unbekannten im Interesse unbedingter

Verteidigung der eigenen Lebensweise gegen jegliche Veränderung (Eversberg 2018b). Weil die Veränderungen, gegen die sich dieser kollektive Affekt bestimmter sozialer Gruppen wendet, eben auch als Ausdruck von (falsch oder verkürzt verstandenen) „Wachstumszwängen" aufgefasst werden können, kann er im Verbund mit der so weit verbreiteten intuitiven Kritik am Wachstum eine äußerst gefährliche Mischung bilden. Für die fatalen Folgen der Ansicht, die oberflächliche Gemeinsamkeit der Gegnerschaft zu „Neoliberalismus" oder EU-Austeritätspolitik mache den Feind des Feindes zum Freund, sollten die *Cinque Stelle* mahnendes Beispiel sein.

Dennoch: die politische Polyvalenz des Unbehagens am Wachstum delegitimiert eine Kritik der inhärenten Steigerungsdynamiken modern-kapitalistischer Gesellschaften in emanzipatorischer Absicht nicht per se. Sie zwingt aber – um den Preis der Aufgabe ebendieser Absicht – zur Konkretisierung der eigenen Kritik und der Position, von der aus sie geübt wird, sowie zur klaren und begründeten Abgrenzung von diesen anti-emanzipatorischen Varianten.

Um näher zu erläutern, was das bedeutet, gilt es zwischen verschiedenen Strömungen der autoritär-nationalistischen Rechten zu unterscheiden, die unterschiedlich auftreten, unterschiedliche Ziele verfolgen und sich damit auch zu wachstumskritischen Denkmustern ganz unterschiedlich verhalten.

2 | Rechtspopulismus und Wachstum: Unhinterfragte Befürwortung

Rechts ist nicht gleich rechts, und innerhalb der aktuellen autoritär-nationalistischen Formationen – AfD, Rassemblement National, PiS, Fidesz, Lega … – koexistieren verschiedene Flügel, die dem Wachstum und seiner Kritik ganz unterschiedlich gegenüberstehen. Am einfachsten liegt die Sache bei denjenigen Kräften, die das populäre Adjektiv ‚populistisch' noch am besten beschreibt – also etwa Trump, die Hauptströmungen von UKIP und Rassemblement National oder der national-neoliberale Flügel der AfD um Jörg Meuthen und Alice Weidel. „Populismus" meint hier weniger eine gemeinsame inhaltliche Überzeugung als vielmehr eine politische Strategie. An die Stelle einer kohärenten und ausformulierten Ideologie tritt dabei der vordergründige Bezug auf das „wahre Volk", das von den etablierten Kräften nicht mehr angemessen repräsentiert werde und dessen wirklichen Willen nur man selbst auszusprechen wage (Müller 2016). Weil das zentrale Ziel der kurzfristige Erfolg in Wahlen und Abstimmungen ist, werden Stimmungen bedient und im Wahlkampf einfache „Trümpfe" ausgespielt, mit Schuldzuweisungen gegen Minderheiten und „die da oben" wird an verbreitete Vorurteile und alltagsweltlich verankerte ‚vorpolitische' Ansichten appelliert. Wie diese alltäglichen Vorstellungsmuster selbst sind daher auch die politischen Programme populistischer Gruppierungen oft in sich widersprüchlich, und die Parteien sowie ihre Parlamentsfraktionen zeichnen sich meist durch innere Zerstrittenheit und häufige Spaltungstendenzen aus.

Die Frage, wie sich rechtspopulistische Kräfte zur Wachstumskritik verhalten, ist schnell geklärt: Sie können mit ihr nichts anfangen, meist lehnen sie sie klar ab. Der Grund dafür ist, dass sie sich auch in dieser Frage am „gesunden Volksempfinden" orientieren – und für dieses ist Wachstum, ungeachtet des nagenden Unbehagens Vieler, nach wie vor ein positiv besetzter Wert und ein erstrebenswertes Ziel, nicht zuletzt weil es mit persönlichen Wohlstandsgewinnen assoziiert wird. Typisch ist eine Äußerung Weidels vom 1.6.2017:

> „Schäuble und Merkel stellen sich gerne als Wachstumsgeneratoren, Exportweltmeister und Arbeitsplatzbeschaffer dar. […] Es grenzt an ein Wunder und ist vor allen Dingen dem hart arbeitenden deutschen Mittelstand zu verdanken, dass es uns trotz der wirtschaftshemmenden Politik von Schäuble und Merkel überhaupt so gut geht. […] Angesichts [ihrer] politischen Fehlleistungen ist es eine Narrenposse, wenn sich Schäuble und Merkel des wirtschaftlichen Aufschwungs brüsten

und Schäuble gar behauptet, er stünde für Wachstum."[4]

An einem solchen Statement wird zudem deutlich, dass Teile der AfD in wirtschaftspolitischer Hinsicht marktliberalen Positionen nahestehen – was zu ihrem Populismus insofern gut passt, als dass diese von Politik und Medien schon so lange als die einzig „vernünftigen" Positionen wiederholt werden, dass sie inzwischen von einer Mehrheit als ökonomischer *Common Sense* verinnerlicht worden sind. Dass Kräfte wie FN, FPÖ oder die ultraindividualistische US-Rechte um Trump auf die Idee kommen könnten, wachstumskritische Positionen zu vereinnahmen, ist also bis auf Weiteres nicht zu befürchten. Etwas anders allerdings liegt der Fall der AfD, in der gegenwärtig ein Richtungsstreit stattfindet, infolgedessen (jedenfalls verbale) Wachstumskritik künftig durchaus an Bedeutung in der Politik der Partei gewinnen könnte.

3 | Völkischer Rassismus: Wachstumskritik von rechts

Neben und teils hinter der politischen Strategie des Populismus liegen jedoch immer auch Strömungen – oft, aber nicht immer vertreten von anderen innerparteilichen Gruppierungen –, die sich durch ihre Anhängerschaft zu *völkisch-rassistischen*, teils auch *neonationalsozialistischen* Ideologien angemessener, weil genauer charakterisieren lassen. Auch wenn sie sich mitunter teilweise auf die populistische Strategie einlassen, sind die politischen Überzeugungen und Ziele dieser Akteur*innen weit weniger beliebig: Statt politisches Kapital aus der Anknüpfung an einen hegemonialen Alltagsverstand zu schlagen, geht es ihnen darum, die Koordinaten dieses Alltagsverstands insgesamt zu verschieben und mit den eigenen Vorstellungen selbst hegemoniefähig zu werden. Diese beruhen auf unterschiedlichen Varianten einer Ideologie der „naturgegebenen" oder „kulturell gewachsenen" – und deshalb vorgeblich legitimen – Ungleichheit und Ungleichwertigkeit zwischen Menschen, die auf historische intellektuelle und politische Traditionslinien zurückgehen. Neben den faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts ist hier insbesondere das heterogene Spektrum der sogenannten „Konservativen Revolution" in der Zwischenkriegszeit (u. a. Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch) zu nennen. Auf letztere berufen sich die Autor*innen und Gruppierungen der „Neuen Rechten" wie der Verleger Götz Kubitschek und die jugendlich und popkulturell auftretende „Identitäre Bewegung" (Weiß 2017).

Die „Neue Rechte", die sich als Denkrichtung ab den 1960er Jahren herausbildete, steht für den Versuch einer intellektuellen Neubegründung der historisch diskreditierten völkischen Ideologie: In taktischer Abgrenzung vom Nationalsozialismus hat sie den biologistischen Rassismus zwar oberflächlich verworfen und vertritt stattdessen die bis in Teile der politischen Mitte hinein anschlussfähige Vorstellung, dass Ungleichheiten zwischen Menschen durch ihre Zugehörigkeit zu unter divergenten Umweltbedingungen entstandenen „Kulturen" berechtigt und eine Vermischung derselben schädlich sei.[5] Die damit verbundene Vorstellung des „Ethnopluralismus" besagt, dass andere „Völker" nicht bekämpft oder ausgerottet werden müssten, dass es aber für alle am besten sei, wenn jede*r da bleibe, wo er/sie hingehöre. Der Kernglaubenssatz aller Richtungen des völkischen Rassismus bleibt aber auch hier erhalten: Es gebe verschiedene Menschentypen („Völker", „Rassen", „Kulturen"), die unterschiedlich und ungleich seien *und es bleiben müssten*. Damit einher geht ein Stolz auf das eigene „Volk" sowie die Berufung auf „Identität" und auf „das Eigene", das zu schützen und zu erhalten sei. Somit sind völkisch-rassistische Gruppen stets im Kern ihres Denkens anti-egalitär, anti-universalistisch und anti-individualistisch.

Björn Höcke

Bekanntester Vertreter solchen Gedankenguts in der AfD ist der thüringische Landesvorsit-

zende Björn „Bernd“ Höcke, der ideologisch klar in diesem Spektrum verortet ist und vielfältige Verbindungen in entsprechende Kreise unterhält. Er verbindet seine Vorstellungen einer völkischen Wende mit expliziter Wachstumskritik. Ohne Wissen um ihren Urheber würden folgender Aussage Höckes von 2014 wohl nicht wenige Postwachstumsanhänger*innen zustimmen:

> „Was dieses Land braucht, ist eine kraftspendende Vision. [...] Ich meine, dass wir Mitte des 21. Jahrhunderts an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten angelangt sein werden. [...] Wir müssen überlegen, wie eine Postwachstumsökonomie aussieht. [...] Wir müssen eine Art von Wirtschaft entwickeln, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt, und das geht nur, wenn wir diese Art von Kapitalismus überwinden.“[6]

Im Zentrum seiner Wachstumskritik stehen jedoch nicht die Steigerungs- und Expansionszwänge, die sich aus dem Wettbewerbsprinzip der kapitalistischen Wirtschaft und der abstrakten, nicht personifizierbaren Logik der erweiterten Reproduktion des Kapitals ergeben, sondern etwas anderes, nämlich der Zins:

> „Die gegenwärtige Krise ist definitiv keine [...] der Marktwirtschaft, sondern eine des korrespondierenden Geldsystems, des zinsbasierten Kapitalismus. Wenn es der Menschheit nicht bald gelingt, ein Geldsystem zu erschaffen, das nicht darauf angewiesen ist, ein ewiges Wachstum in einer endlichen Welt zu generieren, wird die letzte Hoffnung auf eine Selbstregulation von Mensch und Natur aufgegeben werden müssen.“ (Höcke in einem Leserbrief an die Junge Freiheit, 2008)[7]

Hiermit stellt Höcke sich in eine lange Tradition rechter Argumentationen, die sich zwar oberflächlich gegen den Kapitalismus richten, das Problem aber nicht in Wettbewerb und kapitalistischer Produktion, sondern in antisemitisch aufgeladener Weise im „parasitären“ Wesen des verzinslichen Kredits ausmachen. Den Schritt zur Personifizierung, in dem dann die Schuld an den negativen Folgen des Wachstums „gierigen“ Bankern oder Geldverleihern und in letzter Instanz „den Juden“ zugeschrieben wird, nimmt Höcke – aus vermutlich taktischen Gründen – nicht explizit vor, es kann aber davon ausgegangen werden, dass sein Publikum versteht, was gemeint ist. Dass er mit der Zinskritik eine Argumentationsfigur aufgreifen kann, die, wenn auch ohne antisemitische Konnotation, in Teilen der Postwachstumsdebatte (etwa bei dem vielzitierten suffizienzorientierten Wachstumskritiker Niko Paech) ebenfalls immer wieder angeführt wird, sollte emanzipatorisch orientierten Wachstumskritiker*innen zu denken geben.

Alain de Benoist

Höcke ist jedoch keineswegs der einzige am rechten Rand, der sich wachstumskritischer Argumente bedient. Auch der intellektuelle Begründer der europäischen „Neuen Rechten“, Alain de Benoist, macht sich in einem vor gut zehn Jahren erschienenen Buch wachstumskritische Forderungen wie Serge Latouches Ruf nach einer „Dekolonialisierung des Vorstellungsvermögens“ zu eigen. Auf Französisch erschien es unter dem Titel „Demain, la Décroissance“ (Benoist 2007) – derselben Überschrift, unter der Ende der 1970er Jahre eine Ausgabe der Schriften Nicolas Georgescu-Roegens in Frankreich zuerst erschienen war –, während die deutsche Ausgabe als „Abschied vom Wachstum“ erschien – die Eindeutschung des englischen Titels eines Buchs des Degrowth-Vordenkers Latouche. Bei de Benoist, der sich intensiv mit der Hegemonietheorie Antonio Gramscis auseinandergesetzt hat, ist die Besetzung des Themas – und die Übernahme solcher Formulierungen – Teil eines umfassenderen Versuchs, eine Gegenhegemonie völkischer Vorstellungen aufzubauen, indem diese mit weit verbreiteten Elementen des Alltagsverstandes großer Teile der Bevölkerung – wie hier eben dem Unbehagen am Wachstum – zu einem völkisch-rassistisch unterlegten Weltbild vermengt werden.

Felix Menzel

Und auch in der um ein intellektuelles Auftreten bemühten neurechten Szene in Deutschland ist Wachstumskritik inzwischen angekommen. Eine wichtige Figur ist hier Felix Menzel, Stammautor des von Götz Kubitschek herausgegebenen Debattenblatts „Sezession" und selbsterklärter intellektueller Kopf der „Identitären Bewegung". Er veröffentlichte auf dem Blog der „Sezession" eine Reihe von bisher zwölf Artikeln zur Wachstumskritik, in denen er diverse Bücher (auch klar links verorteter Autor*innen) diskutiert und in deutlicher Anlehnung an de Benoist eine rechte Postwachstumsvision ausformuliert. Kernpunkt seiner Texte ist neben der auch bei Höcke zentralen Zinskritik die Problematisierung des Bevölkerungswachstums im globalen Süden als ein zentrales Problem, das eine angebliche Gefahr für die Gesellschaften des globalen Nordens bedeute. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, müssten in erster Linie Migrationsbewegungen verhindert werden – ganz im Sinne des ethnopluralistischen Glaubenssatzes, dass alle bleiben sollen, wo sie hingehören. Gefordert werden eine Abkehr von der Globalisierung überhaupt und eine Rückbesinnung auf das „Eigene", „Ursprüngliche" und „Gewachsene" nationaler und regionaler Kulturen.

Die Nähe seiner Vorstellungen zu manchen Versionen wachstumskritischen Gedankenguts ist augenfällig. „Im Zentrum seiner Überlegungen steht eine ‚*nachbarschaftliche Marktwirtschaft*', in der ‚*das Lokale anstelle des Globalen bevorzugt*' und ‚*Familien in ihrer Unabhängigkeit*' gestärkt statt zerstört würden. Nur so könne die eigene ‚Kultur' erhalten werden" (Müller 2018). Vor diesem Hintergrund meint Menzel denn auch, linke Kritiker*innen von Wachstum und Globalisierung müssten sich konsequenterweise dem völkischen Denken zuwenden:

> „Einwanderungs-, Globalisierungs- und Wachstumskritik gehören heute zusammen und müssen eine Metaideologie angreifen, der sowohl Unternehmen als auch Staaten gehorchen. Diese Metaideologie fordert grenzenlose Flexibilität und will uns beweisen, daß ein bescheidenes Leben auf der Basis des gesunden Menschenverstandes nicht mehr möglich sein soll." (Menzel 2015)

Dahinter steht eine dichotome Sicht der gegenwärtigen global-politischen Situation, in der sich zwei große Lager gegenüberstünden: Auf der einen Seite die (Neo-)Liberalen und die globalistischen Linken mit ihrer Wachstums- und Flexibilitätsideologie, und auf der anderen Seite jene, die sich dagegenstellten und die Rückkehr zu einem bescheiden „vernünftigen" Leben ohne Wachstum, Globalisierung und Einwanderung anstrebten. Mit diesem zweiten Lager verbindet sich innerhalb dieses Denkens aber untrennbar die völkische Ideologie, derzufolge die gegen das Globale in Stellung gebrachten Gemeinschaften zwingend durch gemeinsame Abstammung und Kultur, also ethnisch-national bestimmt sein müssten und sich nicht vermischen dürften. So sympathisch vielen im Postwachstumslager ein „bescheidenes Leben auf der Basis des gesunden Menschenverstandes" sein mag: Dieses vergiftete Angebot müssen sie wegen seiner Verquickung mit dem menschenfeindlichen Gedankengut des völkischen Rassismus aufs schärfste zurückweisen.

4 | Wie gehen die unterschiedlichen Strömungen des Postwachstumsspektrums damit um?

Das deutschsprachige Postwachstumsspektrum hat erst in Ansätzen begonnen, sich der notwendigen Auseinandersetzung mit den Vereinnahmungsbestrebungen von rechts zu stellen, und wenig überraschenderweise gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den Strömungen. Am ehesten sind aus der kapitalismuskritischen und feministischen Strömung Problematisierungen und Aufrufe zur selbstkritischen Reflexion zu vernehmen (Eversberg 2016; Habermann und Humburg 2017). In der sozialreformerischen Strömung überwiegt wegen der liberalen gesellschaftspolitischen Grundüberzeugungen ebenfalls

eine deutliche Ablehnung gegenüber der rechten Wachstumskritik, die jedoch etwas formelhaft zum Ausdruck kommt.[8] Erwartbar ambivalent ist die Haltung der konservativen Wachstumskritik, exemplifiziert durch ihren wichtigsten Exponenten Meinhard Miegel. Seine Wortmeldungen zum Thema sind zwar von einer grundsätzlich distanzierten Haltung zum Rechtspopulismus geprägt – dies aber weniger aufgrund der vertretenen Ideologie als wegen des Auftretens der politischen Akteure, insbesondere des ostentativ zur Schau getragenen Egoismus von Figuren wie Donald Trump, die er in großbürgerlich-distinguierter Attitüde als unzivilisiert zurückweist.[9] Miegel sieht hierin ein Symptom eines allgemeinen „Kulturverlusts" und einer voranschreitenden „Proletarisierung der Gesellschaft" (Miegel et al. 2017, S. 91), der aus seiner Sicht eine Erneuerung von Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und traditionsverankertem Zusammenhalt entgegengesetzt werden muss – eine Wertorientierung, mit der er bei jemandem wie Menzel offene Türen einrennt. In der suffizienzorientierten Strömung indes ist praktisch gar keine Auseinandersetzung mit der Problematik erkennbar. Von ihrem prominentesten Fürsprecher Niko Paech sind keinerlei Äußerungen zur Rechtspopulismus-Thematik dokumentiert – keine Sympathiebekundungen, aber auch keine irgendwie geartete Abgrenzung.

Was das auf diese Einteilung der Strömungen nicht reduzierbare *Degrowth*-Spektrum angeht, so sind hier die Abgrenzungsbemühungen innerhalb der deutschen Wachstumskritik am klarsten. Auf dem Blog *degrowth.info* findet sich eine ganze Reihe von Beiträgen, in denen zentral oder am Rande sehr klar gemacht wird, dass *Degrowth* im Verständnis der Autor*innen mit völkischen oder nationalistischen Positionen unvereinbar ist. Darüber hinaus findet hier auch eine besonders deutliche praktische Solidarisierung mit den von der autoritären Zuspitzung negativ Betroffenen statt, die ihren Ausdruck unter anderem in der gemeinsam mit Initiativen , die unter anderem in der migrantischen Selbstorganisation veranstalteten Konferenz „Selbstbestimmt und Solidarisch!" in Leipzig im Oktober 2017 fand.[10] Auch international überwiegen im Degrowth-Spektrum solche Parteinahmen, doch kann die Community auch nicht als ganz immun gelten. Ein Beispiel ist hier der bereits erwähnte Serge Latouche: Die kulturpessimistische Perspektive seiner Arbeiten weist Anknüpfungspunkte gegenüber dem völkischen Antikapitalismus der Neuen Rechten auf und wurde von dieser auch immer wieder zustimmend aufgenommen. Latouche selbst lehnt nicht nur eine Distanzierung von de Benoist ab, sondern hat vor längerer Zeit auch Treffen des von diesem gegründeten Think Tanks GRECE besucht und in einer frühen Nummer von dessen Zeitschrift KRISIS einen Artikel veröffentlicht.[11]

5 | Wie unvereinnahmbar bleiben?

Wie also kann eine Postwachstumsposition aussehen, die gegen Vereinnahmung von rechts gefeit ist? Das ist erst mal eine Frage des Selbstverständnisses: Eine ökologisch-ökonomisch argumentierende Postwachstumsposition, die sich in erster Linie also gegen die Zerstörung des Planeten und die entfremdenden Tendenzen eines global vernetzten Kapitalismus wendet, läuft allzu leicht Gefahr, in die von Leuten wie Menzel aufgestellte Falle der falschen Dichotomie von links-liberalem Globalismus einerseits, gemeinschaftsorientiertem und ethnisch-national gefärbtem Lokalismus andererseits zu tappen und sich den falschen „Verbündeten" zuzuwenden. Was derzeit zwischen progressivem Neoliberalismus und autoritärem Nationalismus ausgetragen wird, ist ein Konflikt um einen spezifisch kapitalistischen Modernisierungsschub (Eversberg 2018b). Manche Wachstumskritiker*innen mögen intuitiv versucht sein, sich wegen der engen Bindung der progressiv-neoliberalen Modernisierungsfraktion an die gesellschaftlichen Steigerungsdynamiken eher an der modernisierungskritischen Gegenseite zu orientieren. Nichts wäre jedoch – erneut sei an die *Cinque Stelle* erinnert – fataler als das. Eine sich als emanzipatorisch verstehende Wachstumskritik muss sich vielmehr dieser Rahmung des

Konflikts insgesamt verweigern: Kritik an den zerstörerischen Folgen des Steigerungszwangs darf eben nicht kurzschlüssig als pauschale Kritik der Moderne verstanden werden (die im Übrigen auch gar nicht das ist, was die im Diskurs bestimmende populistische Rechte betreibt, s. Eversberg 2018b). Sie sollte sich als Teil eines dritten, global-solidarischen Lagers begreifen, das die Moderne weder pauschal feiert noch verdammt, sondern sich einer weltweiten gemeinsamen Anstrengung verschreibt, ihre menschlichen Errungenschaften auf einer anderen, nicht-kapitalistischen, nicht-herrschaftlichen und nicht-zerstörerischen Grundlage zu sichern und auszubauen.

Eine Position, die Degrowth als *globale Gerechtigkeitsbewegung* versteht und die Aufhebung der wirtschaftlichen Steigerungszwänge als Voraussetzung für die ökologische und soziale Gleichheit aller Menschen begreift, widersteht diesem Irrtum: Statt aus der notwendigen Gegnerschaft zum ökonomistischen Universalismus des Kapitals den falschen Schluss einer Hinwendung zu essentialistischen, in der Konsequenz rassistischen Vorstellungen zu ziehen, besteht sie auf der Möglichkeit eines zentral auf der Forderung nach Gleichheit aller Menschen beruhenden *global-solidarischen Universalismus*. Die Orientierung an Gleichheit als zentralem Wert, aus dem sich die ökologischen und anti-ökonomistischen Forderungen als notwendige Konsequenzen ergeben, bedingt auch eine grundlegende Kritik an der globalen Ungerechtigkeit der „imperialen Lebensweise" (Brand/Wissen) und der Abschottungspolitik kapitalistischer Zentren, eine Parteinahme gegen rassistische Anti-Einwanderungsbewegungen und ein Beharren auf der Universalität der Menschenrechte – alles Positionen, die das glatte Gegenteil der völkisch-rassistischen Wachstumskritik verkörpern.

Besonders stark in Gefahr einer Vereinnahmung von rechts sind dagegen wachstumskritische Argumentationen, die in erster Linie Zins, Geldsystem oder Überbevölkerung für die globalen Probleme verantwortlich machen wollen und die Lösung im Zurück zu einem angeblich besseren, nachhaltigeren Zustand „natürlicher" oder „ursprünglicher" Gemeinschaften ausmachen. Das soll nicht heißen, dass Geldkritik, die Zahl der Menschen auf der Welt oder Gemeinschaft in der Postwachstumsdebatte pauschal zu Tabuthemen zu erklären wären – wohl aber, dass diese Fragen im Kontext eines Selbstverständnisses als globaler Gerechtigkeitsbewegung anders, vorsichtiger und weniger zentral zu stellen wären.

Entscheidend für eine „vereinnahmungsfeste" Postwachstumsprogrammatik sind also der zentrale Bezug auf globale Gleichheitsforderungen, aus denen sich ökologische Ansprüche ergeben (und nicht umgekehrt), der positive Bezug auf den emanzipatorischen Gehalt, den das universalistische Denken der Moderne immer *auch* gehabt hat, und eine Kritik kapitalistischen Wirtschaftens, die zentral auf dessen Logik von Extraktion, Ausbeutung und Zerstörung abhebt statt auf Zins, Geld und Konsum. Auch wenn sich die eigenen Vorstellungen von Alternativen zu Recht auf regionale Autonomie und kleinräumigere Prozesse richten, muss dies immer mit einer klaren Abgrenzung von völkischem Lokalismus einhergehen. Das bedeutet, dass diese kleineren Einheiten offen, basisdemokratisch und auf gemeinsam ausgehandelten Grundsätzen des Zusammenlebens begründet sein müssen statt auf behaupteten „Traditionen" und dadurch begründeten Zuweisungen von Rollen und Identitäten. Das verlangt auch, die in Teilen des Postwachstumsspektrums ungebrochene Idealisierung von Gemeinschaft zu durchbrechen, die einen wichtigen unreflektierten Andockpunkt für rechte Ideologien darstellt. Vielmehr sollte es einem solchen Postwachstumsansatz darum gehen, emanzipatorische Formen der *Vergesellschaftung* zu erfinden.

Dennis Eversberg ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg „Postwachstumsgesellschaften" an der Universität Jena. Er arbeitet zur Degrowth-Bewegung, zu Formen von Wachstums- und Postwachstumssubjektivitäten und zu den subjektiven Voraussetzun-gen postfossiler Gesellschaften, Kontakt: dennis.eversberg@uni-jena.de

Anmerkungen

1 http://www.beppegrillo.it/passaparola-una-rivoluzione-culturale-per-salvare-lumanita-di-serge-latouche/

2 https://www.movimento5stelle.it/programma/wp-content/uploads/2018/02/Sviluppo-economico.pdf

3 Eine Ausnahme ist Peter Bierl, der die wachstumskritische – und die breitere ökologische – Debatte sehr gut kennt und sich auch der Diskussion mit ihren Akteuren stellt. Dennoch sind auch seine Publikationen von polemischen Pauschalisierungen geprägt.

4 https://www.afd.de/alice-weidel-schaeuble-steht-nicht-fuer-wachstum-sondern-fuer-hohe-abgabenlast/

5 Hinter diese Suspendierung des biologistischen Blut-und-Boden-Rassismus der Nazis fallen die gegenwärtigen autoritär-nationalistischen Strömungen an ihrer Basis ebenso wie bei manchen Parteifunktionär*innen jedoch zurück, wie sich in jüngster Zeit an unzähligen Tweets und Internetkommentaren oft namenloser User, aber auch an Äußerungen von AfD-Politiker*innen ablesen ließ. Wenn etwa Fußballspielern anhand ihrer Hautfarbe abgesprochen wird, Deutsche sein zu können, sind sehr klar rassistische Vorstellungen klassisch biologistischer und nicht kulturalistischer Art angesprochen.

6 Zit. nach https://andreaskemper.org/2015/03/15/wieviel-npd-hockt-in-der-afd/

7 Zit. nach https://andreaskemper.org/2015/10/22/hoeckes-voelkische-postwachstumsoekonomie/

8 So warnte die ehemalige BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt auf einer Veranstaltung in Bremen im Oktober 2017 „vor einem Schulterschluss mit rechtspopulistischen Wachstumskritikern“ (https://denkhausbremen.de/weniger-wachstum-mehr-gerechtigkeit/). Als Teil der Selbstverständigung dieses Spektrums über die Gefahren der aktuellen Situation kann darüber hinaus auch die Konferenz „Postwachstums-Politik in Zeiten von Rechtspopulismus“ bei der Heinrich-Böll-Stiftung am 12.07.2017 gelten.

9 http://www.kulturelleerneuerung.de/aktivitaeten/gedanken-im-januar/

10 https://www.degrowth.info/de/selbstbestimmt-solidarisch/

11 http://www.revue-elements.com/krisis-Argent.html, vgl. zu Latouche auch Schmid (2016).

Literatur

Benoist, Alain de 2007: Demain, la décroissance! Penser l‘écologie jusqu‘au bout, Paris: Éditions Édite.

Bierl, Peter 2015: Nachhaltige Kritik? Geschichte und Perspektiven der Postwachstumsökonomie. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie, Jg. 2, Heft 2, 344-370

Eversberg, Dennis 2016: Mit Universalismus zu Postwachstum und Solidarität. Blog Postwachstum. www.postwachstum.de/mit-universalismus-zu-postwachstum-und-solidaritaet-20160527 [14.01.2018].

Eversberg, Dennis 2018a: Grenzen der Komplexität. Überlegungen zu einer Ökologie flexibel-kapitalistischer Subjekte, Working Paper 1/2018 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena: Kolleg Postwachstumsgesellschaften.

Eversberg, Dennis 2018b: Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: PROKLA Jg. 48, Heft 190, 43-54.

Habermann, Friederike/Humburg, Anja 2017: Debatte Postwachstum und die Rechten: Kreativ im Widerspruch. In: taz, 16.07.2017, www.taz.de/!5422830/ [16.07.2018].

Interessengemeinschaft Roboterkommunismus 2015: 16 Thesen zur Degrowth-Bewegung, translibleipzig.files.wordpress.com/2014/09/16_thesen_zur_degrowth-bewegung.pdf [24.08.2015].

Menzel, Felix 2015: Feindbestimmung mit progressivem Populismus. Blog Sezession, 11.05.2015 [sezession.de/49592/feindbestimmung-mit-progressivem-populismus]

Miegel, Meinhard/Ackermann, Ulrike/Streeck, Wolfgang 2017: „Die westliche Ordnung ist unter Beschuss". Drei Profi-Weltbeobachter über den Aufstieg des Populismus und die Krise der Demokratie, über die Schwächen des Euro und eine markthörige Politik. In: WirtschaftsWoche 13/2017, 90–93.

Müller, Jan-Werner 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.

Müller, Yves 2018: Marx von rechts gelesen. Antifa Infoblatt 118 (1/2018), www.antifainfoblatt.de/artikel/marx-von-rechts-gelesen [23.09.2018].

Muraca, Barbara 2014: Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.

Nabert, Alexander 2016: Degrowth und schrumpfende Logik. In: jungle world 06/2016, jungle.world/artikel/2016/06/degrowth-und-schrumpfende-logik [12.07.2018].

Schmelzer, Matthias 2015: Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Le Monde Diplomatique, Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Atlas der Globalisierung: Weniger wird Mehr. Der Postwachstumsatlas, Berlin: Le Monde Diplomatique, 116-121.

Schmid, Bernhard 2016: Intellektuelles Minuswachstum. In: jungle world 06/2016, jungle.world/artikel/2016/06/intellektuelles-minuswachstum [12.07.2018].

Späth, Daniel 2014: „Postwachstum" oder die Krise der Vernunft. Zu einem Syndrom linker Fortschrittslosigkeit. Phase 2 49 (2/2014), phase-zwei.org/hefte/artikel/postwachstum-oder-die-krise-der-vernunft-509/ [23.09.2018]

Weiß, Volker 2017: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

Einstiege in eine demokratische Postwachstums-Transformation

Strukturreformen für einen wachstumsunabhängigen Wohlstand

Frank Adler[1]

Die für einen demokratischen Übergang zu einer emanzipatorischen Postwachstumsgesellschaft (PWG) erforderliche kulturelle Hegemonie impliziert, dass bereits „im Schoße der alten Gesellschaft" wesentliche Elemente eines wachstumsunabhängigen Wohlstands über den Kreis von PW-Aktivist*innen und -Sympathisant*innen hinaus als attraktiv gelten und praktisch gelebt werden können. Eine solche, sozial breit verankerte Re-Definition von Wohlstand ist kein „erdachtes" Leitbild oder Modell eines guten Lebens, das primär durch Aufklärung und avantgardistische Vorbilder in die Welt kommt und die Massen ergreift. Sie wird ermöglicht durch Bedingungen, die bislang dominante Bedürfnisse und Modi ihrer Befriedigung gemeinsam mit deren Ursachen eindämmen oder substituieren zugunsten gegenwärtig unzureichend realisierbarer Ansprüche. Derartige Veränderungen sind maßgeblich auf politischem Wege über radikale institutionelle Reformen anzustreben – in weit gefächerten Allianzen, in denen soziale Bewegungen eine zentrale Rolle spielen. Dabei kann an je sozial spezifisch akzentuierte und artikulierte Bedürfnisse und Interessen sowie an damit korrespondierenden Forderungen, Ziele, Kämpfe kollektiver Akteure und potentieller Allianzpartner angeknüpft werden. Von ihrer politischen Kunst wird es abhängen, inwiefern es gelingt, ihre sonstigen Differenzen zurückzustellen gegenüber dem gemeinsamen

Ziel, einen nachhaltigen Wandel des herrschenden Wohlstandsmodells zu realisieren. Gelingt es, auf diesem Weg, mit Gewohnheiten und Praktiken auch Normen und Wertvorstellungen eines guten Lebens in der „Durchschnittsbevölkerung" in diesem Sinne zu verändern, so wachsen auch die soziale Basis und die Akzeptanz für weitere Schritte einer PW-Transformation. Diese Thesen werden im nachfolgenden Text erläutert und einige Folgerungen für mögliche Allianzen und die PW-Szene vorgeschlagen.

1 | Dilemmata einer demokratischen Postwachstums-Transformation

Eine Transformation zu einer emanzipatorischen PWG ist in Tiefe und Umfang des strukturellen und kulturellen Wandels offenbar nur mit solchen Einschnitten wie der neolithischen Revolution, dem Übergang zur (frühkapitalistischen) Moderne oder zum Industriekapitalismus annähernd vergleichbar. Überwunden und substituiert werden sollen bekanntlich grundlegende stabilisierende Dynamiken moderner spätkapitalistischer Gesellschaften, die zusammenfassend etwa mit expansiv, produktivistisch, externalisierend beschrieben werden können (vgl. Dörre et al. 2011, 2015), wobei zivilisatorische Errungenschaften der Moderne möglichst erhalten werden sollten.

Als wünschenswerte oder notwendige Qualitäten einer Transformation werden strömungsübergreifend in der PW-Szene hervorgehoben: friedlich, basisdemokratisch, von unten getrieben (Eversberg/Schmelzer 2015:6, Schmelzer 2016:187). „Bewusst" im Sinne von richtungsintendiert, vortastend, nichtintendierte Nebenfolgen reflektierend ist meines Erachtens nach alternativlos. Denn wie sollte man sich einen solch tiefgreifenden Wandel vorstellen als Resultat eines Handelns, das sich „hinter den Rücken seiner Akteure" ergibt. Und „demokratisch" ist für eine auf Emanzipation zielende Transformation eine mehr als wünschenswerte Qualität (Bohmann/Muraca 2017).

All das macht eine PW-Transformation mit den erstrebten Inhalten und Prozessqualitäten präzedenzlos. Daraus ergeben sich zugleich dilemmatisch anmutende Widersprüche[2], die ein solches Unterfangen als schwer vorstellbar erscheinen lassen. Wie könnte z. B. der gewünschte Wandel zur PWG als (basis-)demokratisch und von unten getriebener Prozess vonstatten gehen, ja überhaupt gewollt werden? Warum sollten gesellschaftliche Mehrheiten auf die Idee kommen, anderes zu wollen als ein „Mehr und Besser" im gegebenen normativen Rahmen von „Wohlstand, Fortschritt und Gerechtigkeit" in einer insgesamt imperial geprägten Produktions- und Lebensweise (Brand/Wissen 2017)? Dies zudem noch vor dem Hintergrund eklatanter Verteilungsungerechtigkeiten auch auf internationaler Ebene und des historischen Siegeszugs des westlichen Wachstums-Wohlstands-Modells?

Eine einflussreiche Antwort im PW-Spektrum lautet: Wenn immer mehr Menschen suffizient lebten und Non-Profit-Unternehmen, Tauschläden und andere Initiativen als Keime einer PW-kompatiblen Ökonomie und Kultur gründeten oder unterstützten, entstünden allmählich – durch die Kraft des Beispiels, durch Aufklärung und beschleunigt durch gesellschaftliche Krisen und Konflikte – „kritische Massen", die sich zu einer von unten wachsenden Parallelgesellschaft vernetzen. Dieser Prozess erreiche irgendwann einen die Mehrheitsgesellschaft prägenden Kipppunkt[3]. Gelinge dies nicht rechtzeitig vor der nahezu unvermeidlichen finalen ökologischen oder ökonomischen Krise, so entstünden zumindest praktisch erprobte „Rettungsboote" (Bahro 1977), also Formen des Wirtschaftens, des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und demokratischen Entscheidens für die Zeit nach dem „Systemkollaps". Auf politische Reformen zu hoffen, sei naive Zeitverschwendung. Denn in unseren um Wählermehrheiten konkurrierenden parlamentarischen „Konsumdemokratien" eile keine „demokratische Regierung ... einem gesellschaftlichen Wandel voraus, sondern nur hinterher, um kein Risiko einzugehen" (Paech 2012:140).

So wichtig es ist, bereits im Hier und Jetzt praktisch zu zeigen, dass grundsätzliche

Alternativen möglich und lebenswert sind, so unwahrscheinlich ist es, primär oder gar allein auf diesem Wege die Gesellschaft transformieren zu können. Konsequent gegen den Strom der herrschenden Normen anzuleben, ist an subjektive Voraussetzungen gebunden, die unter den gegebenen Bedingungen nur minoritär sein können. Wie also sollte die erhoffte „epidemische Ansteckung" gegen die herrschenden Normen ein solches Maß erreichen, dass eine grundlegende Verhaltensänderung der Vielen demokratisch mehrheitsfähig wird und die Verhältnisse transformiert?

Abgesehen von teilweise problematischen Inhalten der avantgardistisch propagierten und vorgelebten Leitbilder[4], wird deren gesellschaftliche Ausstrahlung durch den Umstand begrenzt, dass die aktivistischen PW-Protagonist*innen weit überwiegend „Menschen mit akademischem Bildungsniveau" (Eversberg 2018:3) sind. Das begünstigt spontane und politisch instrumentalisierbare Abwehrreaktionen im Sinne einer „Distinktion von unten". Das typische Argument gegen ökologische Wachstumskritik: „Verzichten kann nur, wer es sich leisten kann!"

2 | Ein möglicher Ausweg

Realistischer scheint mir, die Dilemmata einer demokratischen PW-Transformation mit einem Ansatz zu bearbeiten, der ein weiteres Spektrum von potentiellen Akteuren anspricht und auf ein produktives Zusammenspiel von Bottom-up – Druck durch zivilgesellschaftliche Initiativen, Experimente, Pioniere, soziale Bewegungen und Proteste – *und* auch dadurch Top-down veranlassten politischen Gestaltungsinitiativen setzt, die auf transformative PW-Reformen zielen.

Wachstumskritischer Aktivismus – beginnend mit Selbstveränderungen auf der Ebene des Lebensstils – ist zwar vorwiegend bei akademisch Gebildeten anzutreffen. Wachstumsskepsis im Sinne eines diffusen Unbehagens und Ahnens, dass an der ganzen Richtung etwas nicht stimmt, ist hingegen in größerem Umfang und in verschiedenen sozialen Gruppen verbreitet[5]. Was dabei jeweils mit „Wachstum" kritisch assoziiert wird, ist maßgeblich abhängig von Erfahrungen sozialer Lagen (z. B. durchökonomisierter Leistungsdruck am Arbeitsplatz) und bedarf genauerer Analysen, um die Symptome in ihrer sozialen Spezifik zu dechiffrieren. Ausgehend von diesen sozial spezifischen Erfahrungen mit Widersprüchen, Risiken und versagten Ansprüchen des herrschenden Gesellschaftssystems und Wohlstandsmodells können Alternativangebote und Reformansätze politisch entwickelt und erstrebt werden, die zumindest fünf idealtypische Eigenschaften und Wirkrichtungen aufweisen:

1) Sie sind strukturell und kulturell geeignet, eine Richtungsänderung pro PW einzuleiten, das Wachstumsparadigma hinterfragbar zu machen und die von ihm erzeugten Abhängigkeiten einzudämmen oder zu suspendieren.
2) Zugleich aber sind sie zunächst prinzipiell im Rahmen der gegebenen sozio-ökonomischen Ordnung durch veränderte politische Regulationen durchsetzbar. Beispiele hierfür wären Vollgeld-, Finanzmarkt-, ökologische Steuerreformen.
3) Sie führen zu einem Wandel in den Lebensbedingungen der „Normalbevölkerung", der bereits im Rahmen des jetzt hegemonialen Normen- und Wertesystems als lebensweltliche Verbesserung, als sozialer Fortschritt erfahren werden kann – ohne das konsumistische Wohlstandsmodell zu bekräftigen. Vielmehr werden Bedingungen für die (Re-)Produktion entfremdeter Bedürfnisse und damit korrespondierender konsumistischer Wohlstandskonzepte eingeschränkt und die Akzeptanz für PW-konforme kulturelle Alternativen gestärkt.
4) Die zu erkämpfenden Reformen und ihre sozialen, ökologischen, demokratisierenden Ziele und Visionen sind zumindest ansatzweise präsent in Diskursen, Programmatiken, Forderungen und Kämpfen eines weit über explizite PW-Akteure hinausgehenden Spektrums von Initiativen, Bewegungen, Strömungen, Sympathisant*innen

in Institutionen. Sie können in breit gefächerten Allianzen politischen Druck von unten erzeugen (z. B. analog zu den Anti-TTIP-Aktivitäten). Emanzipatorische soziale Bewegungen haben hierbei eine zentrale Rolle als Vermittler*innen zwischen den Basisaktivist*innen, der öffentlichen Meinung und der Politik. Sie können bündeln, politisch artikulieren, auch provozieren, ohne auf Wählerstimmen zu schielen und somit auch pro-aktiv den Boden für einen kulturellen PW-Wandel bereiten.

5) Gelingt diese Mobilisierung und werden erste Erfolge erreicht, kann die Akzeptanz einer PW-Transformationsperspektive bei politischen Aktivist*innen und Bevölkerungsgruppen jenseits avantgardistisch-kulturkritischer Milieus wachsen, relativ unabhängig von der politischen Stärke „expliziter" PW-Protagonist*innen. Zugleich aber wird das Umfeld für PW-Nischen „gastlicher" (Skidelsky/Skidelsky 2013). Langfristig und schrittweise werden grundlegende Veränderungen vorstellbar – ohne direkten „revolutionären Zugriff" (was immer das sein mag) auf die (kapitalistischen) Verhältnisse, sondern über den Wandel ihrer vielfältigen strukturellen, subjektivierten, lebensweltlichen Erscheinungsformen.

Knotenpunkte sind hierbei Einstiege in ein wachstumsunabhängiges Modell und ein kulturelles Verständnis von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. Theoretische und suffizient gelebte Kritik an konsumistischer Kultur kann dafür ein wichtiger provokativer Impuls sein, ist aber kein Ersatz für solche Reformen der Lebenswirklichkeit breiter Bevölkerungsgruppen, die Wege zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit jenseits der Wachstumsspirale ebnen können.

3 | Nadelöhr „Wohlstand"

Hegemonial werden kann eine PW-Perspektive nur, wenn es gelingt, bereits unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen Elemente eines PW-kompatiblen Modells von Wohlstand zu gestalten, das auch für die „Normalbevölkerung" als erstrebenswerter sozialer Fortschritt erlebt werden kann und nicht als Verlust oder Verzicht empfunden wird. Allgemein bedeutet das u. a.:

- anzuknüpfen an sozialem Leiden (z. B. Zeitnot, Stress, Unsicherheit und Abstiegsangst, Schlafstörungen) sowie an unzureichend realisierbaren Bedürfnissen nach sozialer Anerkennung, Sicherheit, Gerechtigkeit;
- dafür bereits vorhandene Lösungen bzw. Elemente von anders verstandenem Wohlstand zu stärken oder in einem politisierenden öffentlichen Prozess neue Ansätze zu erarbeiten, die bereits aus heutiger Sicht als soziale Verbesserung wahrgenommen werden können (z. B. Reduktion von Arbeitszeiten, -belastungen, Fremdbestimmung), die aber zugleich über das herrschende Wachstums-Wohlstandsmodell hinausweisen können, weil sie
- nicht dauerhaft wachstumstreibend wirken und bisherige Formen der Bedürfnisbefriedigung politisierend und ökologisierend ergänzen oder substituieren können (z. B. attraktive öffentliche Infrastrukturen wie ÖPNV) und Alternativen zu Kauf und individuellem Besitz anbieten (etwa Teilen, Tauschen, Leihen, Vernetzen, Renovieren).

Das kann insgesamt ein PW-verträgliches Wohlstandsverständnis und die Akzeptanz von strukturellen PW-Transformationen sowie Allianzen mit Akteuren jenseits der PW-Szene fördern.

Dem wirken jedoch wesentliche gesellschaftliche Tendenzen entgegen, wie die fortschreitende Arbeitsteilung und Kommodifizierung auch im Alltagsleben – etwa durch Angebote wie „Coffee & Breakfast to go", die für die zunehmende Auslagerung von Subsistenztätigkeiten aus den Haushalten in die Warenproduktion stehen. Einer ihrer subjektiven Kehrseiten ist die „Belieferungsbedürftigkeit" der Individuen als Konsument*innen (Paech 2012), ihre Abhängigkeit von Warenströmen und der Verlust von Fähigkeiten zur Selbstver-

sorgung etc. Materielle und immaterielle Güter sind zwar in allen (bekannten) Gesellschaften weit mehr als Gebrauchsmittel, sie können emotional-sozial aufgeladen sein als „Träger", Symbole von Sozialem – von Status, Beziehungen, Zugehörigkeit, Anerkennung, Identität, Gefühlen (vgl. Jackson 2017). In modern kapitalistischen Gesellschaften wird dies befeuert u. a. durch den Warenfetischismus, durch kompensatorische Bedürfnisse (Shopping, Erlebniskonsum), die hervorgerufen werden durch Erfahrungen von Entfremdung, Ohnmacht, Überforderung, Sinnleere, defizitäre soziale Sicherheit sowie durch Ungleichheit und Statuswettbewerb.[6]

In einer neoliberalen Marktwirtschaft haben die Individuen diese äußeren Anreize oft bereits als Momente ihrer Subjektivität verinnerlicht. Hegemoniale Leitbilder rufen sie auf, sich als „Arbeitskraftunternehmer" für die Reproduktion und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Arbeitskraft verantwortlich zu fühlen. Teil dieses gesamten Mechanismus sind selbstverstärkende Eigendynamiken, z. B. wenn Stress und Zeitknappheit zu Krankheiten führen, deren (eigenverantwortliche) Vorbeugung/Heilung wiederum spezielle Bedarfe nach Pharmazeutika etc. evoziert. All dies stärkt tendenziell „Ressourcenfixiertheit" statt „Resonanz" (Rosa 2016).

Gegen Kritik abgeschirmt ist das angedeutete „eherne Gehäuse des Konsumismus" (Jackson 2017) auch durch einen „Werte-Wall": „Freiheit", „Fortschritt", „Selbstbestimmung" als Wahlfreiheit in Bezug auf eine permanent wachsende Optionenvielfalt in einer Konsum- und Erlebniswelt. „Ausstiege" bleiben auf Minderheiten beschränkt, deren gesellschaftliche Ausstrahlung durch soziale Abgrenzungseffekte eingedämmt wird.

Solange diese Momente – insbesondere Entfremdung und Ungleichheit bei formell offenem („leistungsabhängigen") Zugang zu Positionen und Gütern – den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess prägen, dessen sozial-ökologische „Nebenwirkungen" z. T. auf imperial-herrschaftliche Weise externalisiert werden und nahezu alle Mittel zur Realisierung von Bedürfnissen/Fähigkeiten über Geld zugänglich sind, werden (relationale) „Knappheit" und Bedürftigkeit „tretmühlenartig" sozial reproduziert. Ein „Genug für alle" kann es unter diesen Bedingungen nicht geben. Schon die Frage nach einem „Genug" erscheint als suspekte moralisierende Verzichtsideologie der „Satten", gar als Legitimation für Sozialabbau.

4 | Konturen einer Alternative

Traditionelle linke Verteilungspolitik zielt innerhalb dieses Rahmens auf einen größeren Anteil vom verteilbaren Zuwachs als Weg zum besseren Leben und zu mehr Gerechtigkeit. Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau erleichtern diesen gewerkschaftlichen Kampf. Höhere Löhne befördern wiederum Wachstum über die damit erweiterten Konsumchancen und die Anreize für das Kapital, diese „Mehrausgaben" über gesteigerte Produktivität und Intensität der Arbeit auszugleichen. So legitim dieser Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit im gegebenen Rahmen sein mag, ein Weg zu einer emanzipatorischen Transformation ist er nicht.

Aus einer transformativ-linken PW-perspektive gilt es deshalb, sich darüber hinaus der schwierigen Frage zu stellen: Wie kommen wir aus der Steigerungsspirale von Wachstum, materiellen Wohlstandszuwächsen und weiterem Wachstum heraus und zu einem Typus von Wohlstand, der

- einerseits nicht am Tropf permanenten Zuwachses des BIP bzw. Pro-Kopf-Einkommens samt seiner imperialen sozialen und ökologischen „Auslagerungen" hängt,
- andererseits aber auch für „Normalbürger*innen" akzeptabel und attraktiv ist?

Auf den ersten Teil der Frage gibt es eine scheinbar einfache und im Prinzip sofort per individueller Entscheidung umsetzbare Antwort, die in den oben angedeuteten Bottom-up-Ansätzen auch propagiert wird: den ökologisch verantwortungsvollen Umstieg auf Lebensstile der Suffizienz und modernen Subsistenz, also weniger Erwerbsarbeit, damit

weniger Einkommen und Konsum, dafür mehr freie Zeit, auch für Selbstversorgung, Teilen, Tauschen, Reparieren (Paech 2012). (Prosument*innen-)Fähigkeiten und soziale Beziehungen ersetzen Erwerbsarbeit/Besitz/Konsum. Der „Pferdefuß": Dieser Weg setzt Überzeugungen, Wertorientierungen und Handlungsspielräume voraus, die offenkundig auf absehbare Zeit (zumindest ohne Katastrophen oder System-Kollaps) nicht hegemonial werden können.

Der hier vorgeschlagene Weg führt dagegen über politisch durchzusetzende (radikale) institutionelle Reformen.[7] Indem sie Lebensbedingungen so verändern, dass dies mehrheitlich als soziale Verbesserung und Fortschritt erfahren werden kann und sie zugleich die oben angedeuteten Reproduktionsbedingungen für kompensatorischen/Status-Konsum einschränken, können sie auch praktisch und normativ ein alternatives Verständnis eines guten Lebens fördern. Strategische Teilziele, die zu diesem Anliegen beitragen und durch diverse Einzelreformen verfolgt werden könnten, wären z. B.:

- Mehr Selbstbestimmung in der Erwerbsarbeit in Bezug auf Arbeitszeiten, Belastungen, Gestaltungsspielräume, längerfristige Sicherheiten mit Chancen für Lebensplanung bei geschlechtergerecht verkürzten Arbeitszeiten mit Wahlmöglichkeiten (z. B. Sabbaticals) und Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen (Liebig et al 2017:190).
- Erweiterte Chancen demokratischer (Mit-)Gestaltung in Wirtschaft und Betrieb, Schule und Ausbildung, in den Kommunen (z. B. über Bürgerhaushalte) und allen anderen Lebensbereichen, was mehr Zeit und gesellschaftliche Anerkennung erfordert.
- Ausbau der sozial(staatlich)en Infrastruktur für öffentlichen Wohlstand, für solidarischere und egalitärere, auch nichtmonetäre Zugänge zu wichtigen Lebensbedingungen (Mobilität, Kinderbetreuung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Wohnen), einschließlich unterstützender Strukturen für suffiziente und modern subsistente Formen von Produktion, Versorgung, Reparatur, Teilen, Tauschen, Zusammenleben.
- Aufwertung bezahlter und unbezahlter Reproduktions- oder Sorgearbeit („Care") als Kernbereich einer lebensdienlichen, für die Reproduktionsfähigkeit von Mensch und Natur strukturell sensiblen Ökonomie (versorgen, pflegen, erziehen, bilden, erhalten) durch mehr Zeit, Ressourcen und gesellschaftliche Wertschätzung.
- Ungleichheit begrenzen durch Ober- und Untergrenzen für Einkommen, eine Vermögens-, Erbschafts- und ökologische Steuerreform. Eine angemessene Transaktionssteuer könnte spekulative Finanzgeschäfte eindämmen und die Einnahmen könnten genutzt werden zur Armutsbekämpfung im globalen Süden.
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als ein Element, das unwürdige, produktivistisch legitimierte Sanktionen beenden und die Souveränität, Verhandlungsmacht von Lohnabhängigen stärken, den Druck auf unattraktive Arbeit erhöhen und Umstiege in suffizient-subsistente Lebensformen erleichtern könnte.

Derartige Reformschritte haben egalisierende, ökologisierende und demokratisierende Effekte, schaffen mehr Transparenz und verringern Wachstumszwänge. Damit und durch (konkurrenzarme) soziale Beziehungen mit mehr Chancen für Wertschätzung, Resonanz, Selbstwirksamkeit in allen Lebensbereichen und -phasen werden Ursachen für „konsumistische" Bedürfnisse eingeschränkt. Ein Wohlstandsmodell, das nicht auf permanentem Zuwachs von Konsumgütern, Besitz und „stummen Weltbeziehungen" (Rosa 2016) basiert, könnte somit ganz praktisch-leibhaftig als vorteilhaft erlebt werden. Die Perspektive „PW" kann so für „Normalbürger*innen" akzeptabel und attraktiv werden, ohne dass sie selbst überzeugte Wachstumskritiker*innen werden müssten. Das Verständnis für weitergehende Reformen (z. B. für Regulationen der Finanzmärkte oder von Eigentumsrechten) könnte wachsen. Das ist vermutlich ein langer Weg. Aber ein demo-

kratischer Übergang zu PW würde somit nicht nur denkmöglich.

5 | Akteure und Allianzen

Ein solches Wohlstandsmodell würde sich unterscheiden

- von der gegenwärtig dominierenden materiell fixierten Wohlstandsvorstellung, sollte aber dennoch an einigen unter dessen Hegemonie erreichten sozialstaatlichen Errungenschaften anknüpfen, an Institutionen, Regeln, einklagbaren so-zialen Rechten (sofern diese in einer egalitären PWG noch von Nöten sind),
- von sozial konservativen PW-Visionen (Miegel 2010), die auf einen generellen Abbau jener Errungenschaften und eine Revitalisierung traditionaler Versorgungs- und Sicherungsnetze (Familie, Nachbarschaft etc.) hinauslaufen,
- von „umverteilungslinken" Konzepten, die eine Fortsetzbarkeit des Wachstumsparadigmas unterstellen und die damit verbundenen globalen ökologischen und sozialen Gerechtigkeitsprobleme weitgehend ausblenden,
- aber auch von PW-Ansätzen, die im Sinne des Bottom-up-Paradigmas auf der Verabsolutierung einer überzeugungs- und wertebasierten solidarischen Gemeinschaftlichkeit basieren, die kaum verallgemeinerungsfähig ist.

Aber es ist anschlussfähig an Ziele, die von einem breiten Spektrum sozialer Bewegungen und politischer Gruppierungen vertreten werden, die insgesamt weit einflussreicher sind, als es PW-Szene und -Bewegung vermutlich je werden können. Damit erweitern sich Allianzchancen im politischen Raum der Ziele, Kämpfe, Akteure weit über PW-Protagonist*innen hinaus. Nähen und Anknüpfungspunkte gibt es z. B.:

- zum gewerkschaftlichen Leitbild „Gute Arbeit", speziell zu Forderungen der IG Metall nach selbstbestimmteren Arbeits(zeit)verhältnissen,
- zu den Netzwerken und den Aktivitäten für eine „Care Revolution" (unterstützt u. a. von Feminist*innen und von Gruppierungen innerhalb von Ver.di und der GEW) und ein bedingungsloses Grundeinkommen,
- ebenso zu vielen strategischen Zielen und Forderungen von Attac, Umweltverbänden, Initiativen für erweiterte Demokratie u. v. a. m. (vgl. Burkhart et al. 2017a) und
- zu öko-sozial orientierten Strömungen in Kirchen, Parteien, ihren Jugendorganisationen und Stiftungen.

Die zentralen Akteure sind hierbei für absehbare Zeit emanzipatorische soziale Bewegungen. Sie sind mit Basis-Initiativen verbunden, können deren Ambitionen bündeln und politisieren. Auf Wähler*innenstimmen und die Repräsentation von Mitgliederinteressen müssen sie wenig Rücksicht nehmen. Deshalb können sie direkter und früher als Parteien oder Interessenverbände das Wachstumsparadigma infrage stellen, ihr weitgefächertes Klientel wachstumskritisch sensibilisieren und mobilisieren. Sie verkörpern ein „Mosaik der Alternativen" und einen Resonanzraum, in dem politische PW-Forderungen ausgehandelt, getestet und mit Druckpotential versehen werden können (Burkhart et al. 2017b).

Werden Erfolge auf diesen Wegen erreicht und als soziale Fortschritte jenseits des wachstumsabhängigen Wohlstandskonzepts institutionalisiert und im Alltag sinnlich erlebbar, so kann damit die Akzeptanz von PW in der Gesamtbevölkerung wachsen. Dann können auch administrative Regelungen (z. B. Werbeverbote) eher durchgesetzt werden. Das Potential politisch mobilisierbarer wachstumsskeptischer Wähler*innen kann sich Schwellenwerten nähern, jenseits derer PW-Themen auch für die Parteienkonkurrenz interessant werden. Damit erhöhen sich auch die Chancen für PW-förderliche Politiken und Reformen „von oben", die wiederum die Hürden für PW-taugliche („suffiziente") Alltagspraxen senken und Bottom-up-Projekten einen größeren Wirkungsradius bescheren können. Insgesamt würde ein kultureller Wandel pro PW begünstigt.

Koalitionschancen für eine sozialökologische Transformation auf der Ebene von „nachhaltigkeitspolitischen Lagern" in der Bevölkerung zeigt auch Eversbergs (2018) Analyse, speziell zwischen einem Kern der „Aktivisch-Ökosozialen" und Teilen von drei anderen „Lagern". Aber es gibt auch harte Gegner einer solchen Wende und Gruppierungen, die kaum dafür zu gewinnen sind („progressiv-neoliberale Elite", „antiökologische Externalisierer" und „Regressiv-Statusorientierte") und die gleichfalls unter den vier anderen „Lagern" um Einfluss kämpfen. Ausschlaggebend ist hierbei, inwiefern mögliche Wohlstandsverluste in Besitz und Konsum durch Gewinne in anderer Hinsicht ausgeglichen werden können. Allerdings sind dafür bei bestimmten Gruppierungen freie Zeit und öffentlicher Reichtum nicht ausreichend (Eversberg 2018). Denn Besitz und Konsum sind nicht nur Genuss, Sicherheit, Kompensation oder demonstrativer Ausweis für Status. Sie werden teils auch als ein ureigenes Anrecht betrachtet, das durch individuelle Leistung erworben sei und entschlossen verteidigt wird. Ob und wie dies durch andere Maßstäbe und Formen sozialer Anerkennung für andere Arten von Leistungen kompensiert werden kann, ist einstweilen offen.

6 | Postwachstum – politisierende Bewegung und Netzwerk im Ensemble progressiver Bewegungen und Strömungen?

Beachtliche Parallelen und Schnittmengen zwischen PW und zahlreichen sozialen Bewegungen zeigt auch das Projekt „Degrowth in Bewegung(en)"[8]. Breit geteilte Gemeinsamkeiten existieren bei:

- grundlegenden Werten und programmatischen Zielen, wie der Orientierung an einem guten Leben für alle, an Solidarität, Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit;
- politischen Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie, egalitärer Umverteilung, Zeitwohlstand, einem Bedingungslosen Grundeinkommen, ökologischen Leitplanken für die Wirtschaft, Strukturwandel zugunsten suffizienz-fördernder öffentlicher sozialer Infrastrukturen;
- Vorstellungen vom Prozess der Veränderung als eines grundlegenden Wandels der Produktions- und Lebensweise in Form einer sozialökologischen Transformation, die friedlich und demokratisch verläuft, Brüche mit kapitalistischen Strukturen und Selbstveränderung einschließt;
- Formen des politischen Wirkens. Das Spektrum reicht von Aufklärung, über Forschung, Kritik und Utopie über praktische Alternativen bis zum zugespitzten politischen Konflikt im Kampf für radikale Reformen.

Inwiefern aus solchen Gemeinsamkeiten tatsächlich Bündnisse für Reformen im Sinne einer PW-Transformation erwachsen, ist nicht zuletzt auch von der weiteren Profilierung von PW/Degrowth als öffentlich sichtbarer Bewegung abhängig. Dafür könnte es sinnvoll sein, über die gegenwärtigen Formen der Präsenz (Internet-Plattformen, Publikationen, Konferenzen, Camps) hinausgehend, eine minimale Institutionalisierung (z. B. Mitgliedschaften, Sprecher*innen, thematische bzw. regionale Gruppen) anzustreben. Hilfreich wäre das auch für Sympathisant*innen, die als Einzelkämpfer*innen in einem nicht gerade wachstumskritischen Umfeld agieren. Arbeits- oder Forschungsgruppen könnten feldspezifische PW-Perspektiven und -vorschläge entwickeln und publik machen, was z. T. bereits geschieht (z. B. Fokus Wachstumswende 2017). Auch Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen könnten Brücken schlagen zu Betroffenen und Akteuren unterschiedlicher Milieus.

Das Themenspektrum für solche Aktivitäten ist nahezu unbegrenzt, wie sich bereits an den 32 vorgestellten Bewegungen im oben genannten Projekt zeigt. All diese Akteure haben letztlich – vermittelt über die Ursachen der von ihnen thematisierten Probleme – einen inhaltlichen Bezug zu den grundlegenden Dynamiken, Risiken, Krisen von kapitalistischen

Wachstumsgesellschaften, den es zu politisieren gilt. Diese Vielfalt der thematischen Anknüpfungspunkte ist geradezu eine Spezifik von Wachstumskritik bzw. Postwachstum/Degrowth. Ihre interne Differenziertheit an Perspektiven (Schmelzer 2016:190f) kann vorteilhaft sein für Brückenschläge nach „außen". Sie begünstigt aber auch einseitige Wahrnehmungen, die Strömungen für das Typische oder Ganze halten. Auch stellt sich die Frage nach der spezifischen Rolle von PW/Degrowth in breiten Bündnissen und im Spektrum der Bewegungen: Brückenbauerin, „rot-grüner Faden", Dach, Begegnungsraum für unterschiedliche Initiativen, „Kompass-Wächterin" der PW-Richtung der Transformation – oder alles zugleich?

Vielleicht könnte die Verständigung über einige programmatische Kernpunkte hilfreich sein, das Gesamtprofil von Degrowth zu verdeutlichen, Missverständnissen vorzubeugen und zugleich breitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen, was allerdings mit Blick auf die interne Vielfalt nicht ohne Risiko ist. Langfristig wird entscheidend sein, ob es gelingt, gegenwärtig kaum „PW-affine" Milieus, Bewegungen, Akteure alter und neuer sozialer Fragen anzusprechen und für Allianzen zu gewinnen – etwa über Einstiegsprojekte in das oben umrissene Dachthema „Wohlstand/gutes Leben für alle". Das im Vernetzungsprojekt „Degrowth in Bewegung(en)" praktizierte Vorgehen, behutsam Gemeinsamkeiten und Unterschiede auszuloten und sich an gemeinsame politische Forderungen und Aktionen heranzutasten, scheint dafür aussichtsreich (vgl. Burkhart et al. 2017a). Ein solcher Ansatz kann helfen, bei den in einer wachsenden Szene und Bewegung unvermeidlichen kritisch-solidarischen Auseinandersetzungen, auch mit Allianzpartner*innen (etwa mit gewerkschaftlichen Positionen zur Öko- und Wachstumsfrage) über Wege einer PW-Transformation falsche Gegensätze zu vermeiden. Das betrifft zum Beispiel Präferenzen für verschiedene Strategien, die einander ergänzen oder die unterschiedliche Milieus mobilisieren können, wie etwa für Wandel Bottom-up oder Top-down.

Dr. Frank Adler ist Soziologe und beschäftigt sich mit dem Diskurs zu Postwachstum, Degrowth und sozialökologischer Transformation. Kontakt: fr.adler@gmx.de

Anmerkungen

1 Für Hinweise und Kommentare danke ich Ulrich Schachtschneider sowie Dennis Eversberg und Matthias Schmelzer.

2 Ausführlicher dazu Adler (2015: 110ff.)

3 Das sind verdichtete Eindrücke aus Diskussionen und Seminaren mit PW-Sympathisant*innen.

4 Fischbach (2016) kritisiert ökologische Illusionen des Lokalismus und der 3-D-Drucker-Euphorie, van Dyk sieht Gefahren der Vereinnahmung durch einen „Community-Kapitalismus" (2017: 254).

5 Dem Statement: „Wenn ich sehe, wie unsere Wirtschaft Jahr für Jahr weiterwächst, frage ich mich: wie lange kann das noch gut gehen?" stimmen fast drei Viertel der Bevölkerung überwiegend zu (Eversberg 2018: 6). Hier treffen sich die Wachstumskritischen im engeren Sinne, für die sozialökologische Folgen von Wachstum das Problem sind, mit anderen, die Wachstumsrückgänge befürchten, somit ihr Unbehagen über die Wachstumsabhängigkeit von Arbeitsplätzen, Sozialleistungen artikulieren.

6 Eine umfassende Analyse müsste hier auch stärker das „Andocken" an solch vermutlich evolutionär verankerten Bedürfnissen wie dem Streben nach Bequemlichkeit, nach Neuem oder nach interpersonalem und sozialem Vergleich, Wetteifern, „Kräftemessen" (nach Marx ein Moment von Kooperation) berücksichtigen.

7 Vgl. dazu umfassender und mit Beitragen zu unterschiedlichen Lebensbereichen Adler/Schachtschneider (Hg. 2017).

8 Ich stütze mich im Folgenden auf die Beiträge des Projekts „Degrowth in Bewegungen(en)" (2017) zu Attac, Gewerkschaften, Care-Revolution, Futur Zwei, Degrowth.

Literatur

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (Hg.) 2017: Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom.

Adler, Frank 2015: „Postwachstum" als radikal kritische und konkret-utopische Transformationsperspektive. In: Brie, Michael (Hg.): Lasst uns über Alternativen reden. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3. Hamburg: VSA, S. 77-129.

Bahro, Rudolf 1977: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Bohmann, Ulf/Muraca, Barbara 2016: Postwachstum und radikale Demokratie. In: AK Postwachstum (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 289-311.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Burkhart, Corinna/Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina 2017a: Degrowth: In Bewegung, um Alternativen zu stärken und Wachstum, Wettbewerb, Profit zu überwinden, In: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom, S. 108-117.

Burkhart, Corinna/Schmelzer, Matthias/Treu, Nina 2017b: Das Mosaik der Alternativen als Kompass für Postwachstumspolitiken. In: Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (Hg.), a. a. O., S. 77-88.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut 2010: Antrag auf Förderung einer Kolleg-Forscherinnengruppe der DFG zum Thema: Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut 2015: Antrag auf Weiterförderung der Kollegforscher_innengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften". Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Eversberg, Dennis 2018: Grenzen der Komplexität. Überlegungen zu einer Ökologie flexibel-kapitalistischer Subjekte. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 1/2018. Jena.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2015: Degrowth: Kapitalismuskritik muss praktisch werden! Grundkonsens und Differenzen einer entstehenden Bewegung. Jena.

Fischbach, Rainer 2016: Mensch-Natur-Stoffwechsel. Versuche zur Politischen Technologie. Köln: Papy Rossa.

Fokus Wachstumswende 2017: Postwachstumspolitik – Wohlstand und Lebensqualität für alle. Berlin.

Jackson, Tim 2017: Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom.

Miegel, Meinhard 2010: Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: Propylän.

Liebig, Steffen/Köhler, Christoph/Koepp, Robert 2017: Bedingungen und Optionen der Arbeitspolitik für die Postwachstumsgesellschaft. In: Adler/Schachtschneider (Hg.). a. a. O., S.183-195.

Paech, Niko 2012: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.

Rosa, Hartmut 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.

Schmelzer, Matthias 2016: Selbstveränderung, Kapitalismuskritik, Organisierung: Transformationspotenziale der Degrowth-Bewegung. In: AK Postwachstum (Hg.): a. a. O., S. 179-200.

Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward 2014: Wieviel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des Guten Lebens. München: Goldmann.

van Dyk, Silke 2016: Vorwärts in die Vergangenheit. Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt? Zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns. In: AK Postwachstum (Hg.): a. a. O., S. 245-267.

Degrowth wächst an Geschlechterperspektiven:

Genderaspekte in Degrowth-Konzeptionen und -Praxis

Hauke Dannemann/Anna Holthaus

1 | Einleitung

Feministische Netzwerke haben in ihrer Theorie und Praxis seit Beginn der Auseinandersetzungen um nachhaltige Entwicklung in den 1980er Jahren die Ausrichtung auf wachstumsbasierte Entwicklungsmodelle in Frage gestellt (vgl. Braidotti et al. 1995: 116ff). Vor diesem Hintergrund besteht die begründete Hoffnung, dass in wachstumskritischen Debatten um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse feministische Wissensbestände über Zusammenhänge von gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen einfließen. Unter anderem die häufige Einordnung feministischer Wachstumskritik als Bündnispartner*in, nicht aber als integraler Bestandteil von Degrowth-Bewegung und -forschung deutet jedoch an, dass diese Potentiale unausgeschöpft bleiben (vgl. D'Alisa et al. 2015). Auch bei der Degrowth-Konferenz 2018 in Malmö scheint der Querschnittscharakter von Genderdimensionen keine zentrale Rolle gespielt zu haben: lediglich sechs von 206 Veranstaltungsangeboten[1] nahmen im Titel auf Genderaspekte Bezug. Allerdings finden sich innerhalb der Degrowth-Bewegung und -forschung, bspw. in der *Feminism and Degrowth Alliance* (FaDa), zunehmend Anstrengungen, Genderdimensionen als Querschnittsperspektive zu integrieren.[2]

Dieser Artikel möchte mit Hilfe der feministischen Ökonomik und Bewegungsforschung (Kap. 2) hierzu einen Beitrag leisten. Zur Klärung des Verhältnisses von Degrowth und Gender werden zunächst Ergebnisse von Befragungen feministischer Akteur*innen der deutschsprachigen Degrowth-Bewegung zur Integration von Genderaspekten in der Bewegung vorgestellt und diskutiert (Kap. 3). Anschließend werden Möglichkeiten der Integration von Genderaspekten in Degrowth-Konzepte entlang der Kontrastfolie der ‚Postwachstumsökonomik' Niko Paechs eruiert (Kap. 4).

2 | Feministische Ökonomik und Bewegungsforschung

Ein zentraler Ansatzpunkt der feministischen Forschung[3] ist die Kritik von hierarchisierenden Dichotomisierungen wie bspw. männlich – weiblich, öffentlich – privat, artifiziell – natürlich. Eine die ungleichen Geschlechterverhältnisse maßgeblich bestimmende Dichotomie, gesellschaftliche Trennung und Hierarchisierung stellt diejenige von Produktions- und Reproduktionssphäre dar. Mit ihr geht eine „doppelte Diskriminierung" (Becker-Schmidt 2010: 67) von Frauen* in der Verteilung von Arbeit, Ressourcen, Macht und Anerkennung in der kapitalistisch organisierten Erwerbsarbeit *und* der patriarchal organisierten Reproduktionsarbeit einher.[4] Zum einen wird Reproduktionsarbeit anhaltend vornehmlich Frauen* im Privaten zugewiesen, wo sie im Gegensatz zur Erwerbsarbeit unbezahlt bleibt, als unproduktiv abgewertet wird und keine gesellschaftliche Anerkennung findet. Zum anderen wird auch die Erwerbsarbeit von Frauen* u. a. durch geschlechterungleiche Löhne und Arbeitsmarktzugänge, geschlechtsspezifische Arbeitsmarksegregation und die damit einhergehende Herabsetzung weiblich konnotierter Berufsfelder abgewertet (vgl. Becker-Schmidt 2010: 66 ff.).

Vor diesem Hintergrund kritisieren feministische Ökonom*innen die Wirtschaftswissenschaften für die vielfach fehlende Berücksichtigung sozial weiblicher (Re-)Produktivitäten, die Wirtschaften erst ermöglichen. Aus der Perspektive feministischer Nachhaltigkeitsforschung bleiben neben sozial weiblichen ebenso ökologische Produktivitäten in hegemonialen Bestimmungen des Produktiven und der gesellschaftlichen Wohlstandsmessung anhand des

BIP-Wachstums ausgeschlossen. In Absehung ihrer Qualitäten und Externalitäten führt dies neben der Reproduktion ungleicher Geschlechterverhältnisse zu einer gleichursprünglichen Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Reproduktionsarbeit, die unentbehrliche Lebensgrundlagen gefährdet (vgl. Biesecker/Hofmeister 2006). Darüber hinaus arbeiten Corinna Dengler und Birte Strunk (2017) hinsichtlich der Wirkung von BIP-Wachstum auf Geschlechterungleichheit heraus, dass lediglich Ansätze, die Geschlechtergerechtigkeit auf die Integration von Frauen* in den Arbeitsmarkt reduzieren, in der Lage sind, eine positive Wirkung von Wachstum auf Geschlechtergerechtigkeit auszuweisen. Diese Verkürzung verstellt jedoch eine umfassendere Analyse der Herrschaftsförmigkeit des Geschlechterverhältnisses, die neben der Arbeitsmarktintegration auch die strukturellen Voraussetzungen der ungleichen Verteilung und Anerkennung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, Legitimationssysteme, kulturelle Repräsentationen sowie rechtliche Normierungen ungleicher Geschlechterverhältnisse berücksichtigen muss. Unter diesen Bedingungen muss insgesamt von einer negativen Korrelation ausgegangen werden (vgl. Dengler/Strunk 2017).

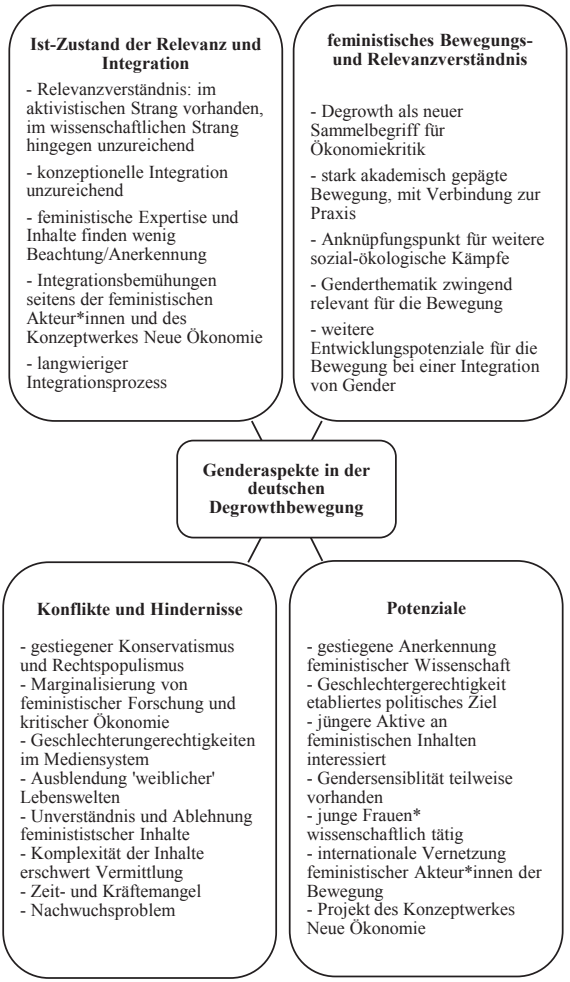
Ergebnisse feministischer Bewegungsforschung zeigen, dass sich Geschlechterungerechtigkeiten auch in den Strukturen, Strategien und dem Framing sozialer Bewegungen wiederfinden (vgl. Horn 2013: 4). Da soziale Bewegungen als zentrale Akteur*innen gesellschaftlicher Transformationsprozesse selbst Ansprüche an die Gesellschaft hinsichtlich Partizipation, Demokratie, Transparenz, Gleichberechtigung und Inklusion stellen, ergibt sich die Herausforderung, auch bewegungsinterne Strukturen gemäß dieser Forderungen zu gestalten. Das Anstreben gesamtgesellschaftlicher sozialer Gerechtigkeit erfordert zudem die Analyse zentraler gesellschaftlicher Problemlagen aus der Geschlechterperspektive sowie den Einbezug geschlechterpolitischer Ziele in mögliche Lösungsansätze (vgl. Horn 2013: 9). Für soziale Bewegungen bedeutet dies: „Today [...] any forward-thinking initiative around rights, democracies and equalities ultimately needs to include women's rights and gender justice in its analysis of inequality, and its visions and its methodologies for change. Indeed, without this, interventions are unlikely to succeed in their goals of contributing to full equality and complete social transformation" (Horn 2013: 12).

3 | Gender in der Degrowth-Bewegung

Die feministische Wachstumskritik weist in ihrer Kritik der Gefährdung von Lebensgrundlagen, gegenwärtiger Vorstellungen von Lebensqualität und Wohlstand sowie der Wirtschaftswissenschaften große Schnittstellen mit Kritiken der Degrowth-Bewegung[5] auf und kann ihr als wichtige Inspirationsquelle dienen. Die Geschlechterperspektive könnte sie darin bestärken, Wachstumszwänge als Ausdruck der Herrschaftsförmigkeit gesellschaftlicher Natur- und Geschlechterverhältnisse zu begreifen und ihr mit der Forderung nach einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation zu begegnen. Zudem weisen Ergebnisse feministischer Bewegungsforschung darauf hin, dass die Degrowth-Bewegung Genderaspekte als Querschnittsperspektive integrieren muss, um ihr Ziel einer gerechten sozial-ökologischen Transformation nicht von vornherein zu verfehlen. Bisherige Forschungsergebnisse zu *Degrowth und Gender* sind ambivalent: Obwohl Akteur*innen der Degrowth-Bewegung überwiegend eine pro-feministische Einstellung teilten, fänden feministische Überlegungen innerhalb grundsätzlicher Degrowth-Konzeptionen nur eine unzureichende Berücksichtigung (vgl. Bauhardt 2014: 64; Eversberg/Schmelzer 2016: 5). Um dieses wenig eindeutige Bild zu erhellen, werden im Folgenden Einschätzungen von feministisch engagierten Akteur*innen der deutschsprachigen Degrowth-Bewegung vorgestellt und diskutiert.

In qualitativen Expert*inneninterviews[6] mit diesen Akteur*innen konnten Erkenntnisse sowohl über die Relevanz, die Geschlechterverhältnissen von den feministischen Akteur*innen und in der Bewegung zugeschrieben wird,

Abbildung 1: Genderaspekte der deutschen Degrowthbewegung



als auch über die bisherige Integration von Genderaspekten in der deutschsprachigen Degrowth-Bewegung gewonnen werden. Darüber hinaus lassen sich Konflikte und Hindernisse, aber auch Potenziale für die Integration von Genderaspekten identifizieren.

Die feministischen Akteur*innen verstehen *Degrowth* als einen neuen Sammelbegriff für Ökonomiekritik, wodurch die Degrowth-Bewegung mit ihrem breiten interpretativen Rahmen einen Anknüpfungspunkt für verschiedenste sozial-ökologische – und somit auch feministische – Kämpfe bietet. Die Bewegung selbst sei stark akademisch geprägt, binde jedoch (nach Meinung der Befragten: erfreulicherweise) auch alternative Praxisprojekte mit ein. Hierbei seien eine „Aufbruchstimmung" und der Wunsch, „das [bisherige System] aufzubrechen und ins Handeln zu kommen", verbindende Elemente der Anhänger*innenschaft.

Die Befragten halten die Thematisierung von Genderaspekten in der Degrowth-Bewegung für äußerst wichtig, da die Analyse der gegenwärtigen Krise Geschlechterungerechtigkeit als zentrale Ursache mit einbeziehen müsse und eine emanzipatorische Bewegung ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht funktioniere. Ferner biete die stärkere Integration von Genderaspekten Chancen, sozial weibliche Rollenbilder aufzuwerten, den androzentrischen Vorstellungen des Homo Oeconomicus etwas entgegenzusetzen, neue Diskussions- und Lernräume innerhalb der Ökonomie zu schaffen sowie eine emanzipatorische kulturelle Gegenbewegung zu konservativen und rechtspopulistischen Gesellschaftsvorstellungen bilden zu können.

Hinsichtlich der bisherigen Integration von Genderaspekten konstatieren die Befragten, dass die Bewegung bereits in Ansätzen feministische Inhalte und Forderungen aufgreife, unterscheiden jedoch zwischen einem aktivistisch und einem akademisch orientierten Teil der Degrowth-Bewegung: im aktivistisch orientierten Strang und unter jüngeren Anhänger*innen gewännen diese an Bedeutung, würden im wissenschaftlichen Diskurs allerdings zu wenig in den Blick genommen, wodurch eine gefährliche konzeptionelle „Blindstelle" entstehe. Feministische Expertise und Inhalte fänden innerhalb der Degrowth-Bewegung insgesamt zu wenig Beachtung und Anerkennung. Bemühungen zur Integration würden zwar insbesondere von aktivistischer Seite, den feministischen Akteur*innen und dem *Konzeptwerk Neue Ökonomie*[7] vorangetrieben. Beispiele hierfür seien die gelungene Berücksichtigung von (Queer-)Feminismus bei Aktionen des Bündnisses „*Ende Gelände*, die MitMachKonferenz *Für den Wandel sorgen!*" zu den Verknüpfungen von Sorge-Arbeit und Postwachstum sowie Vernetzungsaktivitäten feministischer Akteur*innen auf der 6. internationalen Degrowth-Konferenz in Malmö. Darüber hinaus machten die Befragten jedoch die Erfahrung, dass feministische Inhalte in einem Großteil der Anhänger*innenschaft auf Unverständnis, Ablehnung oder Desinteresse stießen. Obgleich sozial weibliche Lebenswelten häufig den angestrebten Lösungsvorschlägen (bspw. bei der geteilten Nutzung von Gegenständen wie Kinderwägen und Haushaltsgeräten) glichen, blieben sie vielfach ausgeblendet.

Innerhalb der eigenen Gruppe von feministischen Akteur*innen seien die Komplexität der Inhalte sowie ein Zeit- und Kräftemangel der Akteur*innen Hindernisse für ein stärkeres Einfordern von Genderaspekten in der Bewegung. Auch gebe es ein Nachwuchsproblem: Es fehle an jüngeren feministischen Akteur*innen in der Degrowth-Bewegung, die bereits Erfahrungen darin besäßen, entsprechende Positionen unter starkem Druck in der Öffentlichkeit zu vertreten. Akteurinnen im Alter von 30 bis Mitte 40 seien außerdem häufig durch Sorgeverpflichtungen in ihrem Engagement eingeschränkt. Durch die politische Situation eines zunehmenden Konservatismus und Rechtspopulismus würde zudem eine öffentliche Thematisierung feministischer Wachstumskritik von außen erschwert: Zum einen verdränge die öffentliche Fokussierung auf den „Flüchtlingsdiskurs" wachstumskritische Diskurse, zum anderen werde feministische Forschung durch die zunehmende antifeministische Stimmungsmache gegen „Genderismus" infrage gestellt.

Neben diesen Hindernissen und den genannten Positivbeispielen wurden weitere positive Umstände benannt: Integrationsbemühungen werden laut den Befragten von außen durch die trotz antifeministischer Einwände anhaltende Institutionalisierung feministischer Wissenschaft und die Etablierung von Gender Mainstreaming begünstigt. Auch der internationale Aktivismus für feministische Inhalte wirke bestärkend. In der Degrowth-Bewegung würden zudem insbesondere jüngere Personen Interesse, Gendersensibilität und einen rücksichtsvollen Umgang mit Sorgeverpflichtungen mitbringen. Zusätzlich würden sich zunehmend Frauen* an der Bewegung beteiligen, die sich innerhalb der feministischen Wachstumskritik verorten und damit zukünftig feministische Positionen innerhalb der Bewegung und öffentlich vertreten könnten, bisher jedoch noch zu wenig Erfahrung hiermit besäßen. Nach

Meinung der Befragten böten die internationale Vernetzung feministischer Akteur*innen der wissenschaftlichen Konzeptdebatte um Degrowth und das Projekt „Care und Postwachstum" des *Konzeptwerkes Neue Ökonomie* außerdem das Potenzial, die Thematisierung von Sorgearbeit in der Degrowth-Bewegung zu bestärken.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Expert*inneninterviews, dass auch über den Kreis feministischer Wissenschaftler*innen hinausgehend Wille und Bemühungen zur Integration von Genderaspekten in der Degrowth-Bewegung v. a. auf aktivistischer Seite vorhanden sind. Die Ergebnisse deuten jedoch auch darauf hin, dass Genderaspekten insgesamt eine eher geringe Relevanz zugesprochen wird und diese sowohl auf organisatorischer als auch auf inhaltlicher Ebene wenig integriert sind. Die Bewegung steht damit noch am Anfang, sich als geschlechtergerechte soziale Bewegung nach Jessica Horn (2013) herauszubilden.[8] Folglich legt sie bisher einen „unzureichenden Fokus auf Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit" (vgl. Horn 2013: 2 f.). Um das bisherige Engagement zu stärken, braucht es Formate, die interne Reflexionsprozesse in der Bewegung anstoßen und fachlich-inhaltliche Genderbezüge der Bewegung sichtbar machen (wie bspw. Großveranstaltungen zu Geschlechterperspektiven auf der internationalen Degrowth-Konferenz) und ihre Integration in Organisationen der Bewegung. Zum anderen könnten Vernetzungs- und Unterstützungsangebote (wie bspw. ein Mentoring-Programm) geschaffen werden, die feministische Akteur*innen der Bewegung zusammenbringen, ihr Engagement würdigen, einen inhaltlichen Austausch und ein gebündeltes Auftreten ermöglichen. Weitere Bündnisse mit feministischen Gruppen könnten dies unterstützen.

4 | Feministische Forschung und Degrowth-Konzeption

Ein wesentliches Ergebnis der Expert*innen-interviews stellt die notwendige Integration der Kategorie Geschlecht als Querschnittsperspektive in Degrowth-Konzeptionen und Begründungen von Wachstumskritiken dar. Im Folgenden wird die ‚Postwachstumsökonomik' Niko Paechs aus Perspektive feministischer Forschung entlang seiner Begriffe und Konzepte von ‚Natur', Subjekt und Umverteilung kritisch analysiert, um dies anzuregen. Paech, der als prominentester Vertreter der deutschsprachigen Postwachstumsdebatte gilt, kann aufgrund des expliziten Ausschlusses von „Macht- und Verteilungsfrage(n)" (Paech 2016: 11) nicht als Teil der Degrowth-Bewegung im engeren Sinne gelten. Aus diesem Grund eignen sich seine Arbeiten allerdings besonders als Kontrastfolie für die Herausarbeitung von Dimensionen emanzipatorischer Wachstumskritik, in deren Zentrum diese Fragen stehen.

Den Ausgangspunkt für den Ausschluss von ‚Macht- und Verteilungsfragen' bildet Paechs Auffassung von ‚Natur' entlang der Begriffe ‚ökologische Grenzen' und ‚natürliches Kapital' (1). Aufgrund der Annahme, dass eine Postwachstumsökonomie „keine ethische, sondern mathematische Konsequenz" (Paech 2016: 11) sei, postuliert er nicht verhandelbare ‚ökologische Grenzen'. Diese bestimmt er als nicht weiter qualifizierte oder quantifizierte Bestandsgrößen natürlichen Kapitals und fordert zu ihrer Einhaltung eine „Senkung der Durchlaufmenge an Material und Energie auf ein dauerhaft übertragbares Niveau" (Paech 2012a: 53; vgl. 45 ff.). Mit dem Anspruch, aus naturwissenschaftlichen Seinsfeststellungen direkte Sollensvorschriften ableiten zu können, unterliegt er jedoch einem naturalistischen Fehlschluss. Solche normativen Setzungen bzgl. der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die sich lediglich auf vermeintlich neutrales (natur-)wissenschaftliches Wissen stützen, werden in der feministischen Nachhaltigkeitsforschung kritisiert. Sie beruhten auf einer verkürzten natur- und technikwissenschaftlichen Problemdiagnose und leiteten daraus entsprechende Lösungsansätze ab, wodurch Herrschaftsverhältnisse reproduziert und legitimiert würden. Ihre entpolitisierende Wirkung zeitige dabei selbst illegitime Machteffekte, Fragen nach – möglicherweise konfligierenden – normativen Grundannahmen, Natur-

verständnissen, Ansprüchen an und Interessen in gesellschaftlichen Naturverhältnissen blieben verdeckt (vgl. Hofmeister et al. 2013: 55ff). ‚Ökologische Grenzen' werden so außerhalb politischer Aushandlungsprozesse verortet, sodass die Möglichkeit einer bewussten Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse verstellt bleibt. Aus feministischer Perspektive ist darüber hinaus die Trennung zwischen „natürlichem" und „anthropogenem" Kapital (Paech 2012a: 48 ff.) problematisch. Ihr liegt die Annahme eines Trennungsverhältnisses zwischen ‚Natur' und Gesellschaft zugrunde, die der Realität gesellschaftlicher Naturverhältnisse bspw. in Ansehung des Klimawandels nicht gerecht wird. ‚Natürliche' und menschliche Produktivitäten sind vielmehr Ergebnisse von Vermittlungsprozessen zwischen ‚Natur' und Gesellschaft, die ein Zusammendenken von Naturschutz und -nutzung erfordern. Zudem verstellt das statische Konzept *konstanten* natürlichen Kapitals den Blick auf die zeitliche „Erneuerung und qualitative Veränderbarkeit [...der] Natur als Einheit von Produktivität und Produkt" (Biesecker/Hofmeister 2009: 170).

Eine Tendenz zur Entpolitisierung ist auch für Paechs Subjektverständnis (2) und seine Suffizienzkonzeption zu konstatieren. Die Subjekte werden in erster Linie als Konsument*innen betrachtet, die von suffizienten Konsummustern überzeugt werden sollen. Dabei steht nicht Verzicht, sondern die Linderung menschlichen Leidens an der ‚Wohlstandsgesellschaft' im Vordergrund. Als Nachweis des Leids der Subjekte unter vermeintlich irrational gesteigerten Konsumansprüchen und materiell enggeführten Freiheitsbegriffen führt Paech neben einer Kritik kompensatorischen Konsums und von Phänomenen, die sich als Entfremdung von Arbeit und Arbeitsprodukten bestimmen lassen, Ergebnisse der Glücksforschung an (vgl. Paech 2012b: 64 ff.; 110 ff.). Die Bezugnahme auf Glück ruft in der feministischen Theorie Skepsis hervor, da ihr häufig eine Trennung des Privaten und Öffentlichen eingeschrieben und der Glücksimperativ vielfach „als Argument *gegen* die Freiheits- und Individualisierungsforderungen von Frauen benutzt worden" ist (Klinger 1999: 186). In der Glücksforschung wird die Berücksichtigung des Öffentlichen und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen persönlichen Wohlbefindens zugunsten einer objektifizierenden Perspektive auf Subjekte und der Anrufung ihrer privaten Eigenverantwortung aufgegeben (vgl. Graefe 2016: 214 f.). Feministische Forschung zu nachhaltigem Konsum begreift Konsum- *und* Produktionsmuster einschließlich Suffizienz hingegen als Prozesse reziproker Abhängigkeit (vgl. Weller 2013: 286). Individuelle Konsumansprüche und -handlungen, symbolische Repräsentation und Legitimation des Wohlstandsmodells sowie gesellschaftliche Strukturzusammenhänge seien miteinander vermittelt, sodass diese Analysedimensionen zusammen gedacht werden müssten. Anders als bei Paech, der dies aufgrund der Annahme, dass *alle* Menschen im globalen Norden über ihre Verhältnisse lebten, ablehnt (vgl. Paech 2016: 11), wird hier zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen differenziert. Da empirische Ergebnisse nahelegen, dass Frauen* eine größere Bereitschaft zu und Umsetzung von nachhaltigen Konsumakten zeigen, wird einerseits für die gesellschaftliche Berücksichtigung weiblicher* Erfahrungen plädiert, andererseits vor einseitigen Verantwortungszuweisungen an Frauen* und der Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen gewarnt. Auf der Strukturebene werden insbesondere Auswirkungen von Geschlechterungleichheiten hinsichtlich der Verteilung von Einkommen, Zeitkapazitäten, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie gesellschaftlicher Macht analysiert. Ines Weller hebt besonders hervor, dass ein erhöhtes Armutsrisiko insbesondere alleinerziehende Frauen* und Rentner*innen zu einer „unfreiwilligen ökologischen Avantgarde" (Weller 2013: 292) macht. Mit der Forderung nach Partizipation von Frauen* an der gesellschaftlichen Aushandlung darüber, welche Produkte und Technologien als nachhaltig gelten können, wird neben der Stärkung gesellschaftlicher Macht von Frauen* die Verflüssigung der Trennung privaten Konsums und öffentlicher Produktion angestrebt. Auf symbolischer Ebene kritisiert Weller

u. a. die tendenzielle Zuschreibung negativer Umweltwirkungen zur Konsumphase statt zur Produktionsphase in vermeintlich objektiven Ökobilanzen (vgl. Weller 2013: 290 ff.).

Ein weiteres wesentliches Moment der Paech'schen ‚Postwachstumsökonomik' stellt die Kritik der industriellen Arbeitsteilung dar. Sie sei v. a. aufgrund des individuellen Leids und der Überschreitung ‚ökologischer Grenzen', nicht aber aufgrund in sie eingelassener sozialer Ungleichheiten abzulehnen. Unter expliziter Ablehnung einer Perspektive auf globale Gerechtigkeit nimmt Paech in seiner Konzeptualisierung von Umverteilung (3) eine begriffliche Verschiebung weg von Einkommensverteilung und hin zur Umverteilung von Arbeit im Sinne der Intensivierung von regionaler unbezahlter Subsistenz- und Eigenarbeit gegenüber Erwerbsarbeit vor (vgl. Paech 2012a: 73ff.). Auch in der feministischen Theorie und Praxis nimmt die Forderung nach geschlechtergerechter Umverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, die Subsistenzarbeit einschließt, eine zentrale Stellung ein. Die erheblichen horizontalen und vertikalen Ungleichheiten der herrschaftsförmigen Arbeitsteilung in kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaften, die Paech lediglich instrumentell als Wachstumstreiber problematisiert, sowie damit einhergehende Macht- und Gewaltaffekte, die von Paech explizit aus der Diskussion ausgeschlossen werden, sind dabei jedoch Anstoß feministischer Forschung, Kritik und Umverteilungsmodelle. Bei Paech finden Aspekte geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, wie bspw. die Tatsache, dass der Großteil der gesellschaftlichen Arbeit ohnehin nicht für die Produktion, sondern unbezahlt und zumeist von Frauen* als Reproduktionsarbeit erbracht wird, oder die unterschiedlichen Qualitäten von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, keinerlei Berücksichtigung. Dies legitimiert potentiell die Aneignung dieser externalisierten, unbezahlten Arbeit. Unter diesen Umständen kann die Vorstellung, sich trotz intensivierter Subsistenz- und Eigenarbeit durch verkürzte Erwerbsarbeitszeit der Muße und Entspannung hingeben zu können, den Lebensrealitäten von Menschen, die gegenwärtig unbezahlte Sorgetätigkeiten leisten, nicht gerecht werden. Vielmehr wird dadurch tendenziell einer Romantisierung und Retraditionalisierung von (Subsistenz-)Arbeit Vorschub geleistet, die Geschlechterungleichheit verstärkt und Frauen* Umweltverantwortung zuschreibt (vgl. Bauhardt 2014: 64f). Auch globale Unterschiede von Subsistenzpraktiken und politiken sowie (Neo-)Kolonialisierungs- und Ausbeutungsprozesse, die als Vorbedingung eine Forderung nach ‚Befreiung vom Überfluss' erst denkmöglich machen und den Anstoß für feministische Perspektiven auf Subsistenz gegeben haben, bleiben ausgeblendet (vgl. Bendix 2017: 2622f).

5 | Fazit

Obwohl Feminismen bereits in Teilen der Degrowth-Bewegung aufgegriffen werden und sie mit ihrem breiten interpretativen Rahmen einen Anknüpfungspunkt für feministische Kämpfe bieten, deuten die empirischen Ergebnisse der Expertinnen*interviews mit feministisch engagierten Aktivist*innen der Bewegung auf Nachholbedarf sowohl in strukturell-organisatorischer als auch inhaltlicher Hinsicht hin. Vor allem die fehlende Anerkennung feministischer Perspektiven, fehlende Unterstützung bei Sorgeverantwortlichkeiten und ein Nachwuchsproblem hinsichtlich der Erfahrung mit dem öffentlichen Vertreten feministischer Positionen stellen Hindernisse für die weitere Integration von Genderaspekten dar. Zudem verhindert die Ausblendung sozial weiblicher Lebenswelten eine breitere Wahrnehmung und Wirksamkeit bereits praktizierter transformativer Lebensstile. Einen Beitrag zur Stärkung der Anerkennung und Integration feministischer Perspektiven sowie diesbezüglicher politischer Handlungsmacht können institutionalisierte Formate des Austauschs und der Unterstützung, (internationale) Vernetzung und Bündnisse mit feministischen Partner*innen, die andere Aspekte von Geschlechterverhältnissen adressieren, leisten.

In Abgrenzung zu Niko Paechs ‚Postwachstumsökonomik' lassen sich aus Perspektive feministischer (Nachhaltigkeits-)Forschung

für eine an gesamtgesellschaftlicher sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Degrowth-Konzeption folgende beispielhafte Aspekte ausmachen: Eine demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und die Berücksichtigung ihrer gegenwärtigen Herrschaftsförmigkeit kann nur mit Hilfe einer Konzeption von ‚Natur' gelingen, die ‚Natur' und Gesellschaft nicht als antagonistisch begreift und gesellschaftliche Naturverhältnisse im Bereich politischer Aushandelbarkeit verortet. Der entpolitisierenden Anrufung der Moral von Konsument*innen sollte ein analytisches Zusammendenken von individueller, struktureller und konzeptionell-symbolischer Ebene unter Einbezug von Geschlechterperspektiven sowie eine daran anknüpfende Ausrichtung politischer Ziele und Strategien entgegengesetzt werden. Darüber hinaus sind Umverteilung von Einkommen, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie gesellschaftliche Anerkennungspraxen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern müssen vor dem Hintergrund vertikaler und horizontaler Ungleichheiten im globalen Maßstab in Theorie und Praxis suffizienter Lebensstile integriert werden. Ohne diese Aspekte lassen sich Argumente der Degrowth-Bewegung nicht gegenüber gegenwärtigen Regressionstendenzen immunisieren, die im Widerspruch zu einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation stehen.

Hauke Dannemann, M.Sc. Sustainability Science, hat sein Studium mit der Arbeit „Kritische Gesellschaftstheorie und Degrowth. Eine kritische Reflexion der deutschsprachigen Degrowth-Debatte" abgeschlossen. Kontakt: dannemann@posteo.de

Anna Holthaus, M.A. Governing Sustainability, ist als Projektkoordinatorin beim MSP Institute e.V. tätig. Der Titel ihrer Abschlussarbeit lautet „Genderaspekte in der deutschen Degrowthbewegung. Eine Analyse ihrer Relevanz und Integration." Kontakt: anna.holthaus@gmail.com

Beide Autor*innen sind im GeNaWerk-Nachwuchsnetzwerk für Gender und Nachhaltigkeit aktiv.

Anmerkungen

1 https://malmo.degrowth.org/conference-program/ [23.07.2018].

2 Dieser Artikel wurde im Juli 2018 verfasst; möglicherweise haben weitere Entwicklungen Veränderungen ergeben, durch die unsere Beispiele an Aktualität oder Eignung eingebüßt haben.

3 Das Diskursfeld der feministischen Forschung ist in seinen theoretischen Bezügen, Themenschwerpunkten und politischen Positionierungen höchst heterogen. Der verbindende Begriff der feministischen Forschung zielt auf die Gemeinsamkeit, im Gegensatz zu positivistischen Ansätzen der Geschlechterforschung an der Emanzipation im Geschlechterverhältnis mitwirken zu wollen.

4 Als Reproduktionsarbeit lassen sich alle über die Erwerbsarbeit hinausgehenden gesellschaftlich relevanten Arbeitsformen bestimmen, die unbezahlt bleiben. Dazu zählen neben unbezahlter Sorgearbeit auch „Haus- und Eigen-, Subsistenzarbeit, sowie ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement" (Aulenbacher 2009: 63).

5 Die deutschsprachige Degrowth-Bewegung wird hier als heterogene soziale Bewegung verstanden, die mit einem „im Kern herrschaftskritischen Grundkonsens" (Eversberg/Schmelzer 2016: 5) und einem auf die Praxis ausgerichteten gesamtgesellschaftlichen Transformationsverständnisses im Kontext der breiten Postwachstumsdebatte tätig ist (vgl. Eversberg/Schmelzer 2016: 9f.).

6 Holthaus interviewte 2017 im Rahmen ihrer Masterthesis fünf feministisch engagierte Akteur*innen der Degrowthbewegung.

7 Der Leipziger Verein *Konzeptwerk Neue Ökonomie* war in den letzten Jahren an diversen Degrowth-Projekten beteiligt: bspw. der Degrowth-Konferenz 2014, diversen Degrowth-Sommerschulen, der MitMach-Konferenz *Für den Wandel sorgen!* oder dem Projekt *Degrowth in Bewegung(en)*.

Literatur

Aulenbacher, Brigitte 2009: Arbeit, Geschlecht und soziale Ungleichheiten: Perspektiven auf die Krise der Reproduktion und den Wandel von Herrschaft in der postfordistischen Arbeitsgesellschaft. Arbeits- und Industriesoziologische Studien Jg. 2, Heft 2: 61-78.

Bauhardt, Christine 2014: Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective. In: Ecological Economics, 2014, 102, 60-68.

Becker-Schmidt, Regina 2010 (2004): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag, 65-74.

Bendix, Daniel 2017: Reflecting the Post-Development gaze: the degrowth debate in Germany. In: Third World Quarterly Jg. 38, Heft 12: 2617-2633.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine 2006: Die Neuerfindung des Ökonomischen: Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. München: Oekom.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine 2009: Starke Nachhaltigkeit fordert eine Ökonomie der (Re)Produktivität: Der Beitrag des Schlüsselbegriffs Naturproduktivität zur Fundierung einer Theorie der Nachhaltigkeit. In: Von Egan-Krieger, Tanja/Schultz, Julia/Thapa, Philipp P./Voget, Lieske: Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis, 169-192.

Braidotti, Rosi/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia 1995 (1994): Women, the Environment and Sustainable Development: Towards a Theoretical Synthesis. London/New Jersey: Zed Books.

D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federica/Kallis, Giorgos 2015: Degrowth: A Vocabulary for a New Era. Oxford/New York: Routledge.

Dengler, Corinna/Strunk, Birte 2017: The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives On Reconciling an Antagonism. In: Feminist Economics, Jg. 24, Heft 3, 160-183.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2016: Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, 2016, Heft 1, 9-17.

Graefe, Stefanie 2016: Degrowth und die Frage des Subjekts. In: AK Postwachstum (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt a. M. /New York: Campus, 201-222.

Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja 2013: Grundlegungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. In: Dies. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit: Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 33-76.

Horn, Jessica 2013: Gender and Social Movements. Overview Report. Brighton: Institute of Development Studies.

Klinger, Cornelia 1999: „O happiness! Our being's end and aim": Vom Schwierig-Werden der Frage des Glücks in einer Zeit ohne Sinn und Ziel. In: L'Homme, Jg. 10, Heft 2, 173-192.

Paech, Niko 2012a (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum: Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie. Marburg: Metropolis.

Paech, Niko 2012b: Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.

Paech, Niko 2016: Vorwort zur deutschen Ausgaben. In: D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgos (Hg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära. München: Oekom, 8-12.

Weller, Ines 2013: Nachhaltiger Konsum, Lebensstile und Geschlechterverhältnisse. In: Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit: Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 286-295.

Analyse

Konfliktlinien und politische Ziele im wachstumskritischen Diskurs

Seit den 1970er Jahren betonen Wachstumskritikerinnen, dass dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum weder nachhaltig gestaltet werden kann noch ein Garant für Stabilität und soziale Sicherheit ist. Die konkreten Ziele und Ansätze im wachstumskritischen Spektrum sind dabei sehr divers (Schmelzer 2015, Eversberg/Schmelzer 2018).

In Oldenburg etablierte Niko Paech ab 2005 Forschungen zur „Postwachstumsökonomie" als an individueller Genügsamkeit und nachhaltigen Lebensstilen orientierte Zukunftsperspektive (Paech 2012). Er traf auf Werner Onken, der an der Frage arbeitete, ob eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" mit geeigneten institutionellen Veränderungen erreicht werden kann. Gemeinsam initiierten sie im April 2008 an der Universität eine Ringvorlesung, um die verschiedenen Perspektiven der Postwachstumsdebatte in einen konstruktiven Austauschprozess untereinander und mit der Zivilgesellschaft zu bringen.[1] Neben Kooperationen mit bestehenden Vereinen, Kirchen, dem Staatstheater oder der Stadtverwaltung entstanden durch die Ringvorlesung u.a. eine Transition-Town-Initiative und ein Repair-Café. Bei 131 Veranstaltungen kamen neben theoretischen Vorträgen auch Praktiker, Unternehmerinnen, Künstler und Politikerinnen zu Wort und Tat. Im Sinne von Leopold Kohr wurde jeder Vortrag im anschließenden „Akademischen Wirtshaus" (Kohr 2010) reflektiert und debattiert.

Im Folgenden diskutiere ich vier Konfliktlinien, die in der Ringvorlesung, den Seminaren an der Universität Oldenburg und auf Tagungen und Netzwerktreffen immer wieder für reichlich Diskussionsstoff sorgten und gleichzeitig zentrale Fragen der wachstumskritischen Bewegung generell berühren: das Gerechtigkeitsverständnis, die Existenz eines Wachstumszwangs, die Bedeutung von Marktwirtschaft und konkrete politische Ziele. Die Konfliktlinien zeigen jeweils deutliche Differenzen auf zwischen den eher sozialliberalen und suffizienzorientierten Ansätzen der Postwachstumsökonomie, wie sie in Oldenburg entwickelt wurden, und dem eher kapitalismuskritischen und internationalistisch orientierten Degrowth-Spektrum.

Was bedeutet Gerechtigkeit?

Soziale Gerechtigkeit spielt eine zentrale Rolle im wachstumskritischen Diskurs, sowohl auf die heutige Generation als auch auf zukünftige Generationen bezogen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die derzeitige Situation in Bezug auf beides äußerst ungerecht ist. Uneinigkeit besteht hingegen darin, welche Bedeutung die laut Miller (1999) drei wichtigsten Gerechtigkeitsprinzipien haben sollen: Bedarf, Gleichheit und Leistung.

Das *Bedarfsprinzip* (Sozialprinzip) zielt darauf ab, dass all jene, die kein eigenes Einkommen erzielen können, nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben. Seine Bedeutung ist im wachstumskritischen Diskurs unumstritten, auch wenn es über die richtigen Maßnahmen und die Höhe eines angemessenen Bedarfs keinen Konsens gibt. Das *Gleichheitsprinzip* spielt im heutigen politischen Alltag eine wichtige Rolle, vor allem als politische Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung. Im wachstumskritischen Diskurs geht es vor allem um materielle Gleichheit und eine deutliche Reduktion der Ungleichheit. Das bedingungslose Grundeinkommen, dessen wachstumskritische Variante als ressourcenbasiertes bzw. ökologisches Grundeinkommen (Schachtschneider 2014) diskutiert wird, ist dabei beiden Prinzipien zuzuordnen.

Das dritte, mit Abstand umstrittenste Verteilungsprinzip ist die *Leistungsgerechtigkeit.* Demnach soll das Einkommen einer Person der Leistung entsprechen, die sie gegenüber anderen erbringt, damit sie die Ergebnisse ihrer Leistung auch selbst genießen kann. Gleichzeitig folgt daraus, dass jeder durch Arbeitsleistung für sein Einkommen selbst sorgen muss. Weil es zumeist mit wirtschaftsliberalen Schlagwörtern wie „faulen Arbeitslosen" oder „Leistungsträgerinnen" verbunden wird, wird es in Degrowth-Kreisen grundlegend kritisiert. Andererseits wird dort „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gefordert, der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen angeprangert oder mehr finanzielle Anerkennung für die häusliche Sorge- und Pflegearbeit verlangt. Diese Kritik an heutigen

Ungerechtigkeiten lässt sich als Forderung nach Leistungsgerechtigkeit interpretieren, geht aber auch über diese hinaus. Niko Paech hingegen lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen gerade mit Verweis auf das Leistungsprinzip ab.

Man erkennt an den grundlegend unterschiedlichen Forderungen verschiedener politischer Strömungen, wie schwierig es zu definieren ist, was Leistung ist und sein soll. Es ist aber einfach sich zu einigen, was *keine* Leistung ist: Einkommen, die ihren Ursprung in Leistungen anderer, der Allgemeinheit oder der Natur haben, sind unverdient. Sie werden ökonomische Renten genannt und von den Zinsen unterschieden, die als Entschädigung für die Bereitstellung von Kapital angesehen werden (Marxisten halten üblicherweise auch Zinsen und Gewinne nicht für legitime Einkommen). Wichtige Quellen von Renten sind die „gute Lage" von Grundstücken (Standortrente), Verkauf und Nutzung natürlicher Ressourcen und die Ausnutzung von Marktmacht, um staatliche Garantien, Subventionen und Rettungsgelder einzustreichen (Barth et al. 2018).

Gegen ökonomische Renten politisch vorzugehen, dürfte eine Forderung sein, die von weiten Teilen des gesamten wachstumskritischen Spektrums geteilt wird. Zugleich könnte sich dahinter ein großes Bündnis verschiedener Strömungen und Organisationen versammeln: von Gewerkschaften über Kritiker von Mietsteigerungen, städtischen Verdrängungsprozessen und unbegrenzer Konzernmacht bis hin zu Sozialliberalen, die sich noch an die Freiburger Thesen der FDP von 1971 erinnern. Die Kritik an leistungslosen Einkommen bezieht sich allerdings unvermeidlich positiv auf Leistungsgerechtigkeit, was in Degrowth-Kreisen kritisch gesehen wird. Angesichts des großen Bündnispotentials wäre es dennoch eine nötige und lohnenswerte Debatte, welche Rolle ein vernünftig interpretiertes Leistungsprinzip in einer Postwachstumsgesellschaft spielen *soll*.

Gibt es einen Wachstumszwang?

Eine zweite wichtige Frage ist, ob Wirtschaftswachstum „systemimmanent" ist oder ob es „nur" aufgrund von individuellen oder politischen Entscheidungen und Einstellungen in Gang gehalten wird. Der im Frühjahr verstorbene Hans Christoph Binswanger (2006) schlug vor, begrifflich zwischen Wachstumszwang und Wachstumsdrang zu unterscheiden. Inhaltlich gibt es hierbei grob drei Perspektiven. Die erste hält individuelle Entscheidungen für maßgeblich oder verweist auf kulturelle Prägungen („unbegrenzte Bedürfnisse"), politische Ideologien und mentale Infrastrukturen. Ein Wandel zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums könnte demnach gelingen, wenn „alle nur ein wenig vernünftiger" wären, sich von ihrer Steigerungslogik verabschiedeten und eine neue Konsum-, Unternehmens- und Politikkultur entwickelten. Die zweite Perspektive hält in der Tradition von Marx Marktwirtschaft und profitorientierte Unternehmen grundsätzlich für inkompatibel mit Nullwachstum, weil die Unternehmen stets gezwungen sind, einen Teil ihrer Profite zu reinvestieren und die Produktion auszudehnen.

Die dritte Perspektive verweist darauf, dass ein Unternehmen durchaus profitabel sein kann, ohne dass es wächst. Die Bedingung ist, dass der jährliche Bilanzgewinn an die Eigentümerinnen ausgeschüttet wird und von diesen für den eigenen Konsum verwendet wird. Für viele Unternehmen sei das der Normalfall und Marktwirtschaft sei mit Nullwachstum kompatibel. Abhängig von Wachstum werde sie erst durch ungünstige Rahmenbedingungen. Die genaue Ursache ist wiederum innerhalb dieser Perspektive hoch umstritten. Der maßgeblich von Binswanger (2006) ausgearbeitete Wachstumszwang im Geldsystem wird mittlerweile skeptisch beurteilt (Richters/Siemoneit 2017a, Strunz et al. 2017). Lange (2018) zeigt hingegen anhand zahlreicher ökonomischer Standardmodelle, wie zentral technischer Fortschritt für die Erklärung von Wachstum und steigender Arbeitsproduktivität ist.

Die Verbindung zwischen Degrowth und Technologie ist überraschenderweise kaum erforscht (Kerschner et al. 2015; Weiss/Cattaneo 2017). Für Kümmel (2011) und andere Vertreterinnen eines „energy-growth nexus" steckt hinter Innovationen, die oft „immateriellen" Ideen und Kreativität zugeschriebenen werden, in vielen Fällen schlichter Ressourcenverbrauch, was auch

Paech (2012) betont. Ein Wachstumszwang entsteht, weil Unternehmen wie Haushalte geradezu gezwungen sind, bestimmte ressourcenintensive Technologien einzusetzen, wenn sie ihre wirtschaftliche Existenz nicht gefährden wollen. Zugleich nötigt diese Entwicklung Politiker dazu, Wachstum zu forcieren, um die drohende technologische Arbeitslosigkeit zu verhindern (Richters/Siemoneit 2017b,c).

Einem Wachstumszwang, für den Technologie und die damit eng verbundene Ausbeutung natürlicher Ressourcen verantwortlich sind, lässt sich mit geeigneter Politik begegnen. Eine mögliche Maßnahme ist, den Ressourcenverbrauch zu begrenzen und die Erträge aus der Nutzung natürlicher Ressourcen gerecht zu verteilen. Beide Forderungen dürften im Postwachstums-Spektrum wiederum wenig kontrovers sowie anschlussfähig für Umwelt- und Sozialverbände sein. Zudem lassen sie sich mittels „Cap & Dividend" auch innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems umsetzen. Die Unterstützung materialintensiver Industriezweige für solche Vorschläge dürfte sich allerdings in Grenzen halten.

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?

Kapitalismus sei eine Marktwirtschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln, so sind sich viele „marktbegeisterte" Volkswirte mit Kapitalismuskritikerinnen begrifflich einig. Was soll eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus also überhaupt sein, was ist der Unterschied?

Ausführlich erläutert beispielsweise Ulrike Herrmann (2013), warum die kapitalistische Realität weit von der idealtypischen Marktwirtschaft volkswirtschaftlicher Lehrbücher entfernt ist: Diese beschreiben eine harmonische Gesellschaft ohne Machtkonzentration. Politik setzt die Regeln und alle Unternehmen halten sich daran, niemand hat die Möglichkeit, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Alle Einkommen sind auch wirklich verdient. Geld ist dabei ein neutrales Tauschmittel. Über Preise kann das individuelle Verhalten so koordiniert werden, dass am Ende ein optimales Ergebnis für alle herauskommt. Dass die Realität sehr weit von dieser marktliberalen Lehre abweich ist offensichtlich, was beispielsweise die Plurale Ökonomik motiviert, realitätsbezogenere Theorien für wirtschaftliches Handeln zu entwickeln.

Als wachstumskritischer Vertreter einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus lese ich die Lehrbücher hingegen nicht als miserable Gegenwartsbeschreibung, sondern als utopischen Roman über ein Wirtschaftssystem, das es erst zu realisieren gelte. Es lohnt sich, Marktwirtschaft zu reparieren, denn sie ist geeignet und vernünftig, um jene Bereiche der Wirtschaft dezentral und flexibel zu organisieren, die außerhalb der Reichweite direkter sozialer Beziehungen liegen. Damit das stabil, gerecht und ökologisch nachhaltig funktioniert, muss allerdings die Wirtschaftsordnung maßgeblich verändert werden: Wirtschaftliche Macht gehört explizit begrenzt, Reichtum beschränkt, Großkonzerne zerschlagen und leistungslose Einkommen bekämpft. Der ökologischen Zerstörung sind politische Grenzen zu setzen und das Abwälzen von Kosten auf die Gesellschaft muss verhindert werden (Barth et al. 2018; Richters/Siemoneit 2019).

Es erscheint unrealistisch, diese Vorschläge umzusetzen – aber gegenüber einer radikalen Neuschöpfung der Ökonomie, wie sie im Degrowth-Diskurs oft gefordert wird, haben sie den Vorteil, dass man sich die leidigen Fragen erspart, wie denn „das Ganze funktionieren soll". Die Frage der richtigen Unternehmensformen bleibt davon unberührt, denn in einer Marktwirtschaft können Aktiengesellschaften, Vereine und Solidarunternehmen miteinander interagieren. Mir ist bewusst, dass manche im Degrowth-Spektrum diese Perspektive als „verkürzte Kapitalismuskritik" bezeichnen und sich dagegen verwehren, eine solche Marktwirtschaft als Utopie zu definieren. Andererseits trifft die übliche Kritik an sozial-liberalen Wachstumskritikerinnen hier nicht zu, nämlich blind für strukturelle Macht und soziale Ungerechtigkeit zu sein. Die Vorschläge zeigen demnach konkrete Wege auf, wie man die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus politisch bekämpfen kann – und sei es nur, um Zeit für die Suche nach Alternativen zu gewinnen.

Fazit

Innerhalb des Degrowth-Spektrums herrscht große Uneinigkeit über die richtigen politischen

Ziele und Maßnahmen. Die Vielfalt bisheriger politischer Forderungen wird von außen eher als politische Orientierungslosigkeit wahrgenommen statt als wertvoller Pluralismus. Die Vorstellungen eines guten Lebens sind schon innerhalb des Spektrums offensichtlich sehr unterschiedlich, erst recht gilt dies für die gesamte Bevölkerung. Daher wird es möglicherweise nie gelingen, konkrete Vorschläge für „das Gute" zu formulieren und politische Mehrheiten dafür zu organisieren.

Die Alternative ist, Schlechtes zu bekämpfen. Politisch hieße das vor allem, sich gegen Extreme einzusetzen. Das umfasst beispielsweise ökologisch fatalen Ressourcenverbrauch, Menschenrechtsverletzungen, existentielle Armut, wirtschaftliche Machtkonzentration, leistungslose Einkommen und unbegrenzten Reichtum. Solche negativ formulierten Ziele sind weit weniger kontrovers und es ließe sich möglicherweise ein Konsens erzielen, der als politische Forderung geeignet ist. Die Strömungen des Degrowth-Spektrums könnten dies als Basis nehmen, um weitere politische Ziele auszuarbeiten, aber zugleich einen gemeinsamen Kern zu bewahren.

Wegen der ökonomischen Wachstumszwänge reicht ein kultureller Wandel nicht aus, um eine Transformation der Gesellschaft zu erreichen. Ein solcher Wandel muss von institutionellen Maßnahmen begleitet werden, und es ist zu klären, welche Rolle Marktwirtschaft und das Leistungsprinzip für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums spielen sollen. Dafür können „Akademische Wirtshäuser" und Vortragsreihen wie in Oldenburg einen wichtigen Beitrag leisten. Auch ohne Einigkeit in diesen zentralen Konfliktlinien kann die wachstumskritische Bewegung politisch wirksamer werden, wenn sie sich gegen Unerwünschtes statt für „das Gute" positioniert.

Oliver Richters ist Physiker und Doktorand am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Oldenburg. Kontakt: oliver.richters@uni-oldenburg.de

Anmerkung

[1] Ab 2016 fand die Vortragsreihe in der Freien Waldorfschule Osternburg statt, getragen von der Evangelischen Akademie Oldenburg, der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung: www.postwachstumsoekonomie.de

Literatur

Barth, Jonathan/Richters Oliver/Siemoneit, Andreas 2018: Wider den Wachstumszwang: Institutionelle Auswege aus einem sozialen und ökologischen Dilemma. In: Rogall, H et al. (Hrsg.), 6. Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie. Marburg: Metropolis, 131-143.

Binswanger, Hans Christoph 2006: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis.

Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias 2018: The Degrowth Spectrum: Convergence and Divergence Within a Diverse and Conflictual Alliance. In: Environmental Values, Heft 27, 245-267.

Herrmann, Ulrike 2013: Der Sieg des Kapitals. Frankfurt/Main: Westend.

Kerschner, Christian/Wächter Petra/Nierling, Linda/Ehlers, Melf-Hinrich 2015: Special volume: technology and degrowth. In: Journal of Cleaner Production, Heft 108A, 31–33.

Kohr, Leopold 2010: Das Akademische Wirtshaus. Salzburg: Müller.

Kümmel, Reiner 2011: The Second Law of Economics. Heidelberg: Springer.

Lange, Steffen 2018: Macroeconomics Without Growth: Sustainable Economies in Neoclassical, Keynesian and Marxian Theories. Marburg: Metropolis.

Miller, David 1999: Principles of Social Justice. Cambridge: University Press.

Paech, Niko 2012: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.

Richters, Oliver/Siemoneit, Andreas 2017a: Consistency and stability analysis of models of a monetary growth imperative. In: Ecological Economics, Heft 136, 114–125.

Richters, Oliver/Siemoneit, Andreas 2017b: Fear of stagnation? A review on growth imperatives. VÖÖ Discussion Paper 6.

Richters, Oliver/Siemoneit, Andreas 2017c: How imperative are the Joneses? Economic Growth between Desire and Social Coercion. VÖÖ Discussion Paper 4.

Richters, Oliver/Siemoneit, Andreas 2019 i.E.: Marktwirtschaft reparieren: Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie. München: Oekom.

Schachtschneider, Ulrich 2014: Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. München: Oekom.

Schmelzer, Matthias 2015: Gutes Leben statt Wachstum. In: Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas. Berlin: Le Monde Diplomatique, 116–121.

Strunz, Stefan/ Bartkowski, Bartosz/Schindler, Harry 2017: Is there a monetary growth imperative? In: Victor, P.A./Dolter, B. (Hrsg.), Handbook on growth and sustainability. Cheltenham: Edward Elgar, 326–355.

Weiss, Martin/Cattaneo, Claudio 2017: Degrowth – taking stock and reviewing an emerging academic paradigm. In: Ecological Economics, Heft 137, 220–230.

Festrede

Redaktionelle Vorbemerkung: Der nachfolgende Text von Tom Schimmeck wurde vom Autor als Rede auf der Festveranstaltung der Forschungsjournals Soziale Bewegungen bei der Heinrich Böll Stiftung in Berlin zum abgeschlossenen 30. Jahrgang gehalten. Thema der Veranstaltung am 30. August 2018 war die „Zukunft der Demokratie". Das Forschungsjournal hat zu diesem Thema einen umfangreichen Jubiläumsband herausgegeben (Doppelheft 1-2/2018).

Mehr Sauerstoff für die Demokratie!

Wider den Ansturm autoritärer Denkmuster

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung. Wir haben heute vier Stunden, um die Demokratie zu retten. Ich habe jetzt 15 Minuten. Drehen wir also keine Pirouetten.

Ich kann Ihnen leider keine großen Richtungsweisungen bieten, nach denen sie in diesen verwirrenden, furchteinflößenden Zeiten sicher dürsten. Dazu bin ich nicht berufen. Ich werde Ihnen auch keine Blitz-Zusammenfassung der Jubiläumsausgabe des nun 30 Jahre alten „Forschungsjournals Soziale Bewegungen" liefern, die für diese Tagung vorliegt.

Ich kann Ihnen nur ein paar Beobachtungen liefern von einem, der sich, wie wohl gerade jeder von uns, Sorgen macht um die Demokratie, um den Frieden, um Europa. Der mehr oder weniger schlecht schläft. Der unter wachsender Irritation und Verunsicherung leidet. Und am Morgen derzeit auffällig lustlos zur Zeitung greift – oder zu irgendeinem smarten device. Weil er das Allerschlimmste befürchtet. Noch mehr Hiobsbotschaften. Mehr als er hören will und ertragen zu können glaubt. Der manchmal Angst hat.

Bruchstücke also. Ich bin bald 40 Jahre Journalist. Habe mich seit den 90ern immer wieder mit Erosionsprozessen der Demokratie beschäftigt – in Österreich, in den USA und anderswo, ein bisschen auch hierzulande. „Mit Erosionsprozessen beschäftigt" – das klingt schon so hochtrabend. Sagen wir: Ich durfte manchmal zugucken, wenn wieder was kaputtging.

Ich will mich heute auf Gefühle konzentrieren. Weil ich glaube, dass das Wecken von Emotionen, die Steuerung von Emotionen, die Herrschaft über die Emotion heute mehr denn je – man könne auch sagen: wieder – den Schlüssel zur Macht darstellt.

Dabei geht es nicht um das Quäntchen Begeisterung oder Empörung, das man braucht, um in Schwung zu kommen. Wie Kaffee. Auch nicht um irgendwelche Werbetricks. Es geht um Entgrenzung. Und die wachsende Verachtung der Politik, der Institutionen, der Medien. Um die Entgleisung der gesellschaftlichen Erzählung.

Mein erster Befund: Wir sind in der Defensive

Wir sind eingeschüchtert, wir drohen überwältigt zu werden. Keine Figur steht imposanter dafür als der unfassbare Donald „grab-her-by-the-pussy" Trump. Er ist der moderne Prototyp notorischer Überwältigung. Er produziert bei Anhängern wie Gegnern einen permanenten Ausnahmezustand.

Selbst bei den seiner Leuchtspur des Grauens hinterherhechelnden Beobachtern, die jeden von ihm hingeworfenen Tweet analysieren, kommentieren und fact-checken. Wofür Trump sie wiederum bei jeder Gelegenheit beschimpft und beleidigt.

Er weiß, oder spürt doch zumindest, dass Hass sein Treibstoff ist, sein politisches Über-Lebenselixier. Deshalb füttert er ihn täglich. Intuitiv. Lässt es einfach raus. Das ist sein Talent. Die Twitter-Kaskaden beginnen manchmal schon um 3 Uhr früh, Ortszeit. „Das zeigt Euch", hat Trump einmal gesagt, „dass ich da sein werde, wenn es so weit ist. Wach."

Ist es das letzte Aufbäumen eines Typus, der uns neulich noch genauso aus der Zeit gefallen schien wie die Diktatur? Oder eine echte Wiederkehr – der bedrohlichen, sich nun bedroht fühlenden Männer? Eine Wiederkehr als Farce? Von starken Kerlen mit Imponiergehabe. Die eine maskuline Nostalgie bespielen, den autoritären Reflex. Die Stärke verströmen, dabei in archaische Botschaften zurückfallen. Die versprechen, durchzugreifen, kurzen Prozess zu machen. Eindeutigkeit suggerieren. Und sich dabei nicht scheuen, auch mal, mit nackten Oberkörper, auf einem Pferd zu posieren?

Typen wie Trump und Putin, Orban, Duterte, Erdogan, Xi Jinping sind plötzlich überall. Ich zähle sogar die islamistischen Terrorkrieger dazu. Auch wenn die eine sehr spezielle „Kultur" retten wollen.

Was beeindruckt, ist deren Elan, ihre Beharrlichkeit, ihre Penetranz. Ihre Skrupellosigkeit. Ihre Fähigkeit, sich selbst an der Macht noch als Opposition zu gerieren. Und die Erzählung von der angeblichen links-liberalen Hegemonie fortzuspinnen. Von einem 68er-Establishment, dass an allen Schalthebeln steht und das Volk systematisch belügt. Von ach so allmächtigen grünen, linken, schwulen und sonstigen „politisch korrekten" Gutmenschen, die ihre verrückte Welt-Agenda durchpeitschen. Ja, wo sind die denn?

Die Rechten haben die Gabe, den „Feind" Tag für Tag zu einem derart übermächtigen bösen Wesen aufzublasen, dass ihnen ständig der Kamm schwillt. Zugleich halten sie sich selbst für Realisten – für Alleininhaber der Fakten, der Wahrheit. Wie schafft man es jeden Tag, vom ersten Räkeln am Morgen bis zum letzten Augenblinzeln zur Nacht, Victor Orbán zu sein? Oder gar Donald Trump? Das bleibt mir ein Rätsel.

Gestern las ich den Satz „Die männliche Retterfantasie wird leicht bösartig." In einem Interview der taz mit dem Sozialpsychologen Klaus Ottomeyer, den ich sehr schätze. Ich habe mit ihm früher manchmal über Jörg Haider und den österreichischen Rechtspopulismus gesprochen. Und immer Honig daraus gesogen. Ottomeyer wurde zu den Ereignissen in Chemnitz befragt. Sprechen wir kurz darüber. Weil Sie wahrscheinlich alle twittern und facebooken und von Hashtag zu Hashtag hasten. Vielleicht kann ich Sie mit Aktuellem erreichen. Chemnitz, nur kurz:

Klaus Ottomeyer versucht sich in das Gruppengefühl dieser rechten Melange hineinzuversetzen: *Es ist so ein sehr verqueres Gefühl dabei, jetzt machen wir Geschichte, jetzt nehmen wir die Dinge in die Hand, buchstäblich. Aber insgesamt ist die Gefühlslage wahrscheinlich noch problematischer.*

Es geht hier auch um fortschreitende Enthemmung und Verrohung, um eine Androhung von Gewalt, die den Aufgewühlten Befriedigung verheißt.

Ottomeyer spitzt es zu: *Fast alle Täter, die im Auftrag irgendeiner historischen Mission zu handeln meinen, wenn sie Menschen jagen, lächeln dabei. Bei dem norwegischen Massenmörder Breivik war das so, bei den Killern in Ruanda und auch bei den Nazitruppen.*

Frank Richter, Ex- Direktor der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, ergänzt in der „Süddeutschen": In der Bevölkerung existiert ein Sockel autoritärer Denk- und Verhaltensmuster, die sich in verbaler und auch in physischer Gewalt entladen können. Richter führt diese Muster zurück auf eine wachsende soziale und ökonomische Ungleichheit zurück. Die ein wachsendes Gefühl der Einflusslosigkeit erzeugt, der Ohnmacht, des Verlustes – materiell und ideell, von Geld und Gewissheiten. Beim Verlust von Gewissheiten können wir – ich sag mal: – wir Progressiven ja auch ein Wörtchen mitreden.

Die Tiefschläge sind, gerade auch in Europa,

zahlreich. Der unsägliche Heinz-Christian Strache ist jetzt Vize-Premier in Österreich, genau wie sein Freund Matteo Salvini in Italien. Marine Le Pen war nah dran an der Präsidentschaft. Der Brexit ist geschehen. Die Visegrád-Staaten bilden jetzt eine Art antieuropäisches Kraftzentrum. „Orbánization" ist schon ein Fachterminus. Experten sprechen auch vom „autokratischen Nepotismus". Die „starken Männern" lehren uns: Einschüchterung ist potenter als Aufklärung. Wir haben noch kein Gegenmittel gefunden.

Bei ostpol – dem sehr empfehlenswerten Osteuropa-Magazin – las ich Ende Juli diesen Blogeintrag des Budapester Korrespondenten:

Orbáns dritter Wahlsieg mit Verfassungsmehrheit hat eine beispiellose Apathie über unser Land gelegt. Man hat das Gefühl, nichts lohnt sich mehr. Aufregen? Wozu? Demonstrieren? Lass mal sein! Mit meinen Kollegen haben wir jahrelang gewarnt, aufgedeckt, entlarvt und in unzähligen Kommentaren bissig und wütend die Skandale beschrieben. Doch am Ende waren all die Lügner, Korrupten, Angeber und Zyniker doch stärker.

Dann schildert er anhand einiger aktueller Beispiele, was sich der umtriebige Orbanismus so einfallen lässt: die Schikanen gegen die Central European University – mittels einer 25 prozentigen Sondersteuer, mit der nun alle Organisationen belegt werden, die sogenannte „illegale Migration" unterstützen. Das gesetzliche Verbot einer Existenz als Obdachloser. Das Verbot von Demonstrationen vor den Residenzen von Regierungsmitgliedern – Strafe: Bis zu zwei Jahren Haft. Es gab dagegen nicht mal mehr Protest.

Vor allem aber beschreibt er die eigene Erschöpfung angesichts des täglichen Ansturms dieser neuen „Normalität"

„Ich muss feststellen, dass auch ich mich langsam nicht mehr empören kann. Das auch ich in Ungarn gleichgültig geworden bin. Ich habe es irgendwann aufgegeben, zu erklären, warum unsere Rechte verletzt werden, wenn die Schwächsten kriminalisiert werden, während die Mächtigsten noch mehr Schutz bekommen."

Nach der Empörung kommt die Hoffnungslosigkeit, die Resignation, die Lähmung, die Gleichgültigkeit, die Flucht ins Private.

Ich könnte mir vorstellen, dass mir österreichische Freunde demnächst ganz ähnlich klingende Emails schicken. Jörg Haider hat die FPÖ vor 32 Jahren rechtpopulistisch gedreht. Die Rechten dort sind erfahrene Pioniere, sie bleiben immer am Ball. Obwohl sie sich gestritten und gespalten haben, peinlichste Äußerungen und himmelschreiende Skandale produzierten, verloren sie selten ihr Ziel aus den Augen. Blieben bei ihren simplen, bösen Botschaften, mit nimmermüder Penetranz und felsenfestem Willen zur Macht. Se sind immer da. Das flößt einem fast schon Respekt ein. Sie zweifeln nicht.

Wir werden uns den Zweifel hoffentlich nie abgewöhnen oder gar verbieten. Aber, und da ist mein zweiter Befund: Wir werden zu schnell müde. Lassen uns ablenken. Und reagieren vor allem.

Zweiter Befund: Wir werden zu schnell müde. Lassen uns ablenken. Und reagieren vor allem

Letzte Woche zum Beispiel, eine Schlagzeile über einem Bericht von Human Righs Watch: „Ungarn verweigert Asylsuchenden Nahrung". Das hätte vor kurzen noch alarmierend geklungen. Jetzt rauscht es vorbei, erreicht auf unserer nach unten offenen Skala gesellschaftlicher Verrohung nicht mal mehr einen Mittelwert. Gewöhnung setzt ein.

Oft ist es organisierte Desinformation und Propaganda. Vorgestern saß ich bei einem Experten für Desinformation in Brüssel. Auf seinem Computerschirm ordnete sich die Unübersichtlichkeit der Falschmeldungen zu hübschen Wolken-Grafiken. Wir sprachen darüber, dass es kein Problem mehr ist, Töne, Bilder, Videos glaubhaft zu fälschen. Wobei, und das sagen mir all jene, die sich intensiv mit moderner Propaganda beschäftigen und es ist auch mein persönlicher Eindruck: Es geht meist nicht darum, die Leute etwas anderes glauben zu machen. Es geht eher darum, dass sie gar nichts mehr glauben. Außer an ihre paranoiden Instinkte.

Jedes Ereignis wird instrumentalisiert, wobei es eine nur noch untergeordnete Rolle spielt, ob es tatsächlich stattgefunden hat.

Weil es ja nicht um Fakten geht, sondern um die Herrschaft über die Empfindungen. Hier trifft ein Mangel an Hoffnung – an Utopien, Lebensentwürfen, Idealen – auf sozialmedial multiplizierten Zorn. Lesen Sie die Reizwort-Kaskaden unter fast jedem beliebigen Online-Artikel oder Facebook-Post. Als hätten de Leute permanent den Finger in der Steckdose. Und suchten nur noch nach Kanälen für ihre Erregung: Für Angst, Enttäuschung, Wut. Wir verlieren die demokratische Öffentlichkeit.

Hinzu tritt ein neues, sehr diffuses rechtes Wir. Ein Wir, das sich (wieder) über Heimat und Nation definiert. Wir Sachsen. Wir Deutsche. Da ist man wer, gehört dazu. Die Fahne hoch! Der Nationalismus funktioniert hier als eine Art Schachtel der Geborgenheit. Als Stützkorsett für den verängstigten Verstand.

Zugleich werden autoritäre Sehnsüchte bedient – nach Stärke, Größe, Eindeutigkeit, nach Sinn, nach Mythen. Gegen diese „transzendentale Obdachlosigkeit", die Georg Lukács schon vor 100 Jahren beobachtete. Was mich fasziniert: Es sind eben nicht nur die Abgehängten, beileibe nicht. Vor der letzten Wahl in Österreich im letzten Herbst haben ich eine Gruppe Rentner in einer Kleinstadt interviewt. Denen ging es gut. Sie lobten ihre Rente, ihre Lebensqualität. Sie standen auf dem Markt und tranken schon am Vormittag ein Gläschen Sekt. Doch sobald man sie auf politische Fragen ansprach, setzte ein pauschales Rundum-Granteln ein, das ihnen offenbar Befriedigung verschaffte. Die Geringschätzung des Systems, der Politik, der Politker, brach förmlich aus ihnen heraus. Es ist eine Art – Verzeihung – öffentliches Kotzen. Wie Pegida.

Neulich war ich bei den „Identitären" in Halle, die die Suche nach Identität ja schon im Namen tragen. Da hingen viele Fahnen an der Decke. Man saß traut beim Bierchen. Im letzten Sommer schickten die Identitäten ein Schiff voller Aktivisten aus Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich ins Mittelmeer, um die Seenotretter zu stören, die Rettung ertrinkender Flüchtlinge zu verhindern. Defend Europe hieß die Aktion. Sie sollte dafür sorgen, dass – „zumindest für eine Zeitlang den NGOs das Handwerk gelegt" wird. Für mich ist das organisierte Unmenschlichkeit.

Was mir besonders auffiel an diesen „Identitären", wie auch an etlichen AfD-Abgeordneten, mit denen ich beim Einzug in den Bundestag sprach: Sie fühlen sich berufen, modern, auf der Höhe der Zeit.

Dabei sind sie die Anti-Moderne, bei denen traurige Geister der Vergangenheit wieder en vogue sind: Von Carl Schmitt, Ernst Jünger und all jenen rückwärtsgewandten „Vordenker", die schon unseren ersten deutschen Demokratieversuch zutiefst verachteten und mit Füßen traten.

Den Rechtspopulisten geht es nicht um eine offene Debatte, schon gar nicht um eine bessere Welt. Viele sprechen ganz offen von Kulturkrieg, und Endkampf. Ihre „völkische Rebellion" (wie sie in einer im Forschungsjournal rezensierten Analyse bezeichnet wird) sieht die Demokratie nur als Vehikel zur Macht. Am Ende darf die Demokratie sozusagen selbst über ihren Tod abstimmen.

Noch ein Baustein: Ich glaube, diese Verrohung kommt nicht aus dem Nichts,. Sie ist auch Folge einer brutalen Aufteilung der Welt in Gewinner und Verlierer, dieses aggressiven Erfolgsmenschentums, das uns auf Werbeplakaten, im Fitnessstudio begegnet und den Hochglanz-Entwürfen von Architekten begegnet. Sie hat etwas mit der Kaltschnäuzigkeit sogenannter Eliten zu tun; dem servilen Buhlen der Politik um Investitionen der Konzerne, um Arbeitsplätze; dem Unterbietungswettbewerb der „Standorte"; der achselzuckenden Geschäftslogik dieser Welt. Der herrschende Pragmatismus ist der Feind der Utopie.

Wir haben es mit einer Vermählung von Neoliberalismus und Rechtsradikalismus zu tun. Die AfD ist dafür ein wunderbares Beispiel – nicht nur, weil sie von irrlichternden Ökonomen gegründet wurde.

Selbst ein Begriff wie Freiheit ist verdorben, zu „freiheitlich" mutiert. Den okkupierte schon Haider – und jetzt: die Lega Nord, Marine le Pen, Beatrix von Storch. Und: Auch die CSU schwenkt ein auf die „illiberale Demokratie", hofiert den Herrn Orbán in Wildbad Kreuth. Vielleicht hat ja zumindest das bald ein Ende.

Befund 3: Wir brauchen einen besseren Plan, eine neue Haltung, eine neue Strategie. Wir brauchen selbst ein neues Wir

Was tun? Ich weiß es noch nicht. Ich ahne nur: Argumente werden genau so wenig reichen wie Umarmungen und Nächstenliebe. Auch Bildung, so wichtig sie ist, nicht. Mehr Wissen führt leider nicht automatisch zur mehr demokratischer Substanz.

Ich bin nicht kompetent, ein tolles inhaltliches Programm zu entwerfen; zu verkünden, welche großen Themen die Progressiven, die Freunde der Demokratie ins Zentrum rücken müssten. Die soziale Spaltung, das weltweit Auseinanderdriften von Arm und Reich? Oder erstmal nur bezahlbare Mieten? Oder doch der Klimawandel? Ich denke: Zunächst müssen wir uns sammeln, verständigen, klären, was uns wichtig ist. Was zentral ist für ein gutes, demokratisches Leben aller. Wir brauchen eine attraktive und überzeugende politische Erzählung.

Nur hat sich die SPD leider noch nicht erholt vom Genossen der Bosse. Das deutsche rot-grüne Projekt war in vielerlei Hinsicht eine Enttäuschung. Selbst das Obama-Wunder in den USA war ein Fehlschlag. Er war für viele ein Hoffnungsträger – und hat doch gar nichts verändert. Obama ist nur noch eine Fußnote zwischen Bush und Trump.

Menschen laufen nicht begeistert los, sobald man nur die richtigen Parolen ruft. Wir leben in einer Ära des Nichtwissen-Wollens, der heißblütigen Ignoranz, des innigen Glaubens an „alternative Fakten". Ich denke, wir sollten bei dem Versuch, solche Befindlichkeiten und Sehnsüchte zu begreifen, umso strenger analytisch bleiben. Und bei uns selbst für Abkühlung sorgen. Früher sagte man, ein politischer Aktivist müsse für seine Ideen „brennen". Heute, glaube ich, müssen wir die politische Betriebstemperatur eher absenken. Die Mechanismen der Verhetzung verstehen. Mit kühlem Blick.

Zuletzt: Sie haben uns die Sehnsucht geraubt. Wir müssen sie uns zurückholen. Und uns dabei nicht von Kampagnen-Begriffen wie „Lügenpresse" und „Political Correctness" einschüchtern lassen. Wir dürfen nicht in apokalyptische Angststarre verfallen, müssen das gruselnde Staunen beenden, das jeder neue Tweet der blonden Locke, jede neue rechte Provokation in uns auslösen will.

Ja sicher – die Lage ist schwierig, die Stimmung mies. Alles Linke, Grüne, im guten Sinne Liberale scheint auf dem Rückzug. Die als „Postdemokratie" beschriebenen Rituale der Entleerung sind allenthalben sichtbar. Sich mit ihnen abzufinden, ist jedoch sicher kein Weg.

Vielleicht sind wir – ein letzter Aspekt – auch deshalb tendenziell in der Defensive, weil wir uns inzwischen in der Rolle der Konservativen wiederfinden. Wir sind die Verfassungshüter, die Bewahrer sozialer Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der Umwelt. Während Rechte – von Alexander Gauland bis Steve Bannon – laut verkünden, das System müsse weg.

Es tut mir leid, dass ich Sie gerade derart deprimiere. Es sind nur Bruchstücke eines Befundes. Erschöpfung spendet leider keine Kraft. Die wir jetzt so dringend brauchen. Wir müssen sie zurückerlangen. Denn, das klingt jetzt ein bisschen pathetisch – es geht um viel: Um den Erhalt der Demokratie.

Tom Schimmeck, Journalist und Publizist

PROJEKTVORSTELLUNG

Gedächtnis Energiewende - Historie und Zukunft

1. Energiewende als Forschungsgegenstand

Die Energiewende in Deutschland ist ein gesellschaftlicher, technischer, ökonomischer und politischer Prozess, der bereits über mehrere Jahrzehnte andauert. Ihre Ursprünge reichen bis in die siebziger Jahre zurück (siehe Eppler 1975; Hennicke et al. 1985; Müschen/Romberg 1986). Ziel der Energiewende ist eine nachhaltige Energieversorgung ohne fossile und nukleare Primärenergien.

Die Atomkatastrophe von Fukushima, der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt, die Nahrungsmittelkrise auf Grund der Produktion von Agrotreibstoffen und Lebensmittelspe-

kulationen oder die Luftverschmutzung in den großen Metropolen machen deutlich, dass eine umfassende sozial-ökologische Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft in Verbindung mit verändertem Verbraucherverhalten, institutionellen Reformen und technischen wie sozialen Innovationen erforderlich und möglich ist (Brunnengräber/Di Nucci 2014). Dieser Transformationsprozess wird zusammen mit dem Kampf um die Eindämmung des Klimawandels wesentlich unser Jahrhundert bestimmen. Neben der technischen Entwicklung ist die Energiewende auch ein tiefgreifender sozialer Innovationsprozess, dessen Ziel eine integrierte nachhaltige Entwicklung sein muss.

Das gesellschaftliche Projekt Energiewende wird zeitlich oft zu kurz gedacht und in Verbindung mit einzelnen Entscheidungen bzw. Ereignissen gesehen. Zwar existieren vielfältige Studien, Materialsammlungen, Gutachten, Forschungsarbeiten etc. bei universitären und außeruniversitären Forschungsinstituten, bei Parteien, politischen Stiftungen wie dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Verbänden, Unternehmen und Einzelpersonen, allerdings fehlt bislang eine systematische Aufarbeitung, Verknüpfung und Integration der vorhandenen Datenbestände zu einem ganzheitlichen „Langzeitgedächtnis Energiewende". Es ist deshalb notwendig, die Erkenntnisse und Erfahrungen der Energiewende und der Bewegungen zu erhalten, die jene angestoßen haben. Zur „Halbzeit der Energiewende" hat es schon Aktivitäten gegeben, um die Erfahrungen der Energiewende nach 25 Jahren zu systematisieren (vgl. Ökoinstitut 2005).

Es bedarf eines „Langzeitgedächtnisses" der Energiewende, um den umfassenden gesellschaftlichen Kontext nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Bei der Bearbeitung verschiedener Themen der Energiewende wie kommunale Energieplanung, Energie- und Quartierskonzepte, Akzeptanz und Bürgerbeteiligung wird kaum oder selten auf die umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre zurückgegriffen. Diese sind allerdings insbesondere wegen fehlender Digitalisierung kaum im Internet verfügbar. Gerade in den Projekten der Energiewende übernehmen oft lokale bzw. regionale Akteure die Rolle so genannter change agents, die beispielweise Initiativen wie den Rückkauf der kommunalen Verteilnetze (Rekommunalisierung) und die Neugründung von Stadtwerken vorantreiben oder kommunale bzw. regionale Energiestrategien entwickeln, die auf die Dezentralität der Energieversorgung und -nutzung ausgerichtet sind. Dementsprechend kann die Energiewende auch als Triebkraft für Innovationen von unten gesehen werden, die zur Stärkung von Handlungskompetenzen und Rechten der Bürger*innen bzw. der Verbraucher*innen beitragen.

Das gesellschaftliche Umfeld und die Selbstwahrnehmung und Interpretation der Akteure sind wesentliche Bedingungen für die Erfahrungsbildung in einer „Dekonstruktion" der Energiewende. Teilweise erklärt sich das mangelnde historische Bewusstsein von der Energiewende durch den Wandel der Akteure in Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft, der Evolution ihres Selbstverständnisses und der gesellschaftlichen Situation, in die der Prozess eingebettet war.

2. Hintergrund und historisches Verständnis

Inspiriert durch die Arbeiten des US-Amerikaners Amory Lovins (1977) fand der Begriff der Energiewende in Deutschland Eingang in die gesellschaftliche und politische Debatte. Ausgangspunkt war die Studie „Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran" von Florentin Krause, Hartmut Bossel und Karl-Friedrich Müller-Reißmann (Krause et al. 1980). Aber schon 1975 hatte der Sozialdemokrat Erhard Eppler mit „Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen" die Alternative einer nachhaltigen Energiewirtschaft aufgezeigt (Eppler 1975). In den darauffolgenden Jahren wurde der Begriff von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteuren rezipiert. Er erfährt zu Beginn dieses Jahrhunderts durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und später mit dem Atomausstiegsbeschluss der Rot-Grünen Bundesregierung sowie der Regierung Merkel nach der Reaktorkatastro-

phe in Fukushima 2011 eine breite Resonanz (Rosenkranz 2014). Der Begriff hat inzwischen sogar Eingang in den englischen Sprachgebrauch gefunden (siehe Morris/Jungjohann 2016; IASS 2016). Gerade auf internationaler Ebene kann eine Energiewende zugleich Demokratie und Frieden stiften, wenn die Dezentralität der Energieversorgung mehr Einfluss für die lokale Bevölkerung bringt und Abhängigkeiten von fossilen Energien und die damit verbundenen Kriege um Öl und anderen Ressourcen verhindert. Um es visionär zu formulieren: Die Energiewende hat nicht nur einen systemdurchdringenden, sondern womöglich einen systemverändernden Charakter (Brunnengräber/Di Nucci 2014).

Die Energiewende ist heute auf dem Weg, ein gesellschaftlich allgemein anerkanntes Ziel deutscher Wirtschafts- und Technologiepolitik zu werden. Diese Transformation ist keine freiwillige Maßnahme, sie wird erzwungen durch die Krisenhaftigkeit von Produktion, Konsum, Wachstum und Lebensstilentscheidungen (Brunnengräber/Di Nucci 2015; Haas 2017). Begonnen hat sie mit der Anti-Atombewegung der 1970er Jahre und der Umweltbewegung der 1980er Jahre (Mez 1981; Radkau/Hahn 2013). Um zukünftige Entwicklungspfade zu verstehen, ist ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte hilfreich. Ein historisches Verständnis wird darüber hinaus eine Grundlage bilden für international vergleichende Studien, wenn Regierungsprogramme anderer Länder mit der deutschen Situation verglichen werden.

Der überwiegende Teil der Forschung und Publikationen zur Energiewende, seien es Zeitschriftenartikel oder Monographien, befasst sich mit der Gegenwart und Zukunft, teils mit ansatzweisen Herleitungen aus den jeweils vorangegangenen Jahren. Ausführliche Arbeiten liegen zu den einzelnen Technologien Wind- und Atomkraft und Photovoltaik (Radkau/Hahn 2013; Bruns et al. 2009; Alt 1994) vor und manche Ausführungen sind im Internet einem breiten Publikum zugänglich (Webseiten von Paul Gibe und von John Perlin)[1], jedoch nicht als Überblick über die gesamte Entwicklung mit ihrem vielseitigen Zusammenspiel von sozialen Protestbewegungen, staatlichem Handeln, wirtschaftlichen Interessen und technologischen Innovationen.

Erst in jüngster Zeit sind zwei Werke mit dem Anspruch eines allgemeinen Überblicks erschienen, im Jahr 2016 die Monographie „Bürgerenergie in Deutschland" (Radtke 2016) und 2018 das „Handbuch Energiewende und Partizipation" (Holstenkamp/Radtke 2018). Darin zeigt sich das wachsende Interesse eines umfassenden interdisziplinären Blickes auf die Zeitgeschichte der Energiewende und die Schwierigkeit einer Bündelung des sich differenzierenden Forschungsfeldes.

Näher kommt einer Geschichtsschreibung die in englischer Sprache erschienene Monographie zweier sich überwiegend auf deutschsprachige Quellen beziehender Wissenschaftler: Craig Morris und Arne Jungjohann „Energy Democracy: Germany's Energiewende to Renewables" (Morris/Jungjohann 2016). Hier werden die Etappen der Energiewende in sehr bündigen Kapiteln dargestellt, wobei die Autoren in der Einleitung selbst einschränkend anmerken, ihr Buch sei „not the history of the Energiewende", denn diese benötige wesentlich mehr Raum als das populärwissenschaftliche Buch bietet. Kurz, eine Geschichte der Energiewende steht noch aus, und ein allgemeines Interesse lässt sich an einer Reihe von Indizien ablesen.

3. Das Projekt Gedächtnis der Energiewende

Damit die Energiewende ein „Gedächtnis" bekommen kann und damit wirklich zum Verständnis des Prozesses beitragen kann, braucht es eine historisch-politisch-technologische Hermeneutik zur Einordnung des Materials, die den Sammelprozess anleitet und während desselben weiterentwickelt wird. Es geht dabei nicht um Geschichtsschreibung, sondern um die systematische Analyse und Aufarbeitung intendierter und nichtintendierter Entwicklungen bis in die Gegenwart und die Zukunft. Daraus sind vielfältige Forschungsfragen abzuleiten und zu bearbeiten; beispielsweise die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), unterbrochene Entwicklungen von Techniklinien wie der Offshore-Windenergie, Zusammenhang von dezentralen

Entwicklungen und Demokratisierungsprozessen etc.. Ausgehend von diesem Hintergrund entwickelt derzeit das Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin das Projekt GEDÄCHTNIS ENERGIEWENDE. Auf einem Online-Portal sollen alle Aspekte der Geschichte der Energiewende besonders aus den ersten drei Jahrzehnten einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und dazu ein entsprechendes digitales Archiv aufgebaut werden.[2] Dargestellt, systematisiert und analysiert werden in der historischen Entwicklung gesammelte Erfahrungen, realisierte Projekte, vielfältig Gedachtes und wieder Verworfenes oder Begründungen für Nicht-Weiterverfolgtes.

Viele Pioniere und Wegbereiter der Energiewende sind inzwischen im Ruhestand, einige weilen nicht mehr unter uns. Die Zeit drängt also, wichtiges Wissen zur Energiewende für die Allgemeinheit umfänglich zu sichern und zugänglich zu machen. In dem virtuellen Gedächtnis Energiewende sollten die verschiedenen Akteure ein entsprechendes Vorgehen für den je eigenen Bereich und eine Vernetzung der Ergebnisse verabreden.

In den Jahren 2017 und 2018 haben verschiedene Aktivitäten stattgefunden, um das Spektrum der potenziellen Partner im Projekt zu erweitern. Das FFU führte im Mai 2017 einen Workshop in Berlin mit 20 Expert*innen durch, präsentierte das Projekt bei der Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft in Darmstadt im Mai 2017 und auf der Mitgliederversammlung des Ökoinstituts in Freiburg im Juni 2017, um Kooperationspartner zu gewinnen und zu vernetzen. Im Rahmen der Energietage Berlin hat das FFU in Kooperation mit dem Umweltbundesamt am 9.5.2018 die Projektidee „Gedächtnis der Energiewende" präsentiert und mit 43 Teilnehmer*innen diskutiert.[3]

3.1 Berlin als Beispiel

Einen besonderen Stellenwert hat in dem Projekt die Entwicklung in Berlin. Die Situation der geteilten Stadt hat zu herausragenden Formen der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energieeffizienz geführt. Nach der Wiedervereinigung sind vielfältige Impulse aus Berlin zur Energiewende gekommen: Dazu gehören u. a. das Energiespargesetz von 1990, der Energiebeirat, die Gründung der Berliner Energieagentur 1992, die Solaranlagen-Verordnung, die Berliner Energiesparpartnerschaften (Energieeinsparcontracting), die seit zwanzig Jahren stattfindenden, und bundesweit erfolgreichen Berliner Energietage sowie die Entwicklung und Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030). 1995 fand zudem in Berlin die erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen statt. Das Land Berlin hatte dazu parallel mit Kommunen und Regionen herausragende Erfahrungen zu Klimaschutz und Energiewende vorgestellt.

3.2 Bausteine und Online-Portal

Das Projekt wird aus verschiedenen Bausteinen bestehen: In einem Online-Portal als virtuelles Archiv werden alle Aspekte der Geschichte der Energiewende einer breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die Online-Plattform soll sowohl den Archivcharakter als auch den Anspruch des niedrigschwelligen Zugangs beachten. Dies betrifft die wesentlichen Themenfelder der Energiewende, Konzepte, Institutionen, Instrumente, Technikbereiche und Innovationen, (Drehpunkt-) Personen, Politikebenen (lokal, regional, Bundesländer, national, EU, international) und die Rechtsentwicklung.

Für den Aufbau der Online-Plattform sind bereits erste Konzeptarbeiten und Entwürfe erstellt worden. Die Plattform ermöglicht zum einen, sich gezielt zu informieren, zum anderen kann man dort „herumstöbern" und etwas Interessantes entdecken oder erleben. Alle Inhalte sind im Gedächtnis – so könnte das Archiv hier genannt werden – gespeichert.

Schon auf der Startseite wird man eine vielfältige Auswahl dieser Inhalte erhalten. Hinter jedem Feld verbirgt sich ein Baustein mit einer vertiefenden Information: Es handelt sich um Personen und Institutionen, Konzepte und Veröffentlichungen, Gesetze, Technik sowie Film-, Ton, und Bilddokumente. Die Bausteine lassen sich über einen Filter neu sortieren oder inhaltlich eingrenzen.

Im Zentrum der Seite eines jeden Bausteins befinden sich sechs Handlungsstränge:

Anti-AKW-Bewegung, Regenerative Energien, Rekommunalisierung, Energiewende in Berlin, Energiesparen/Energieeffizienz und Nachhaltigkeit/Klimaschutz. Sie erzählen die Geschichte der Energiewende über eine Abfolge von Meilensteinen. Das Zusammenwirken von Texten, Filmen, Ton- und Bilddokumenten ermöglicht einerseits einen erlebnisorientierten Zugang, andererseits geben die Originaldokumente und die Aussagen von Zeitzeugen der Plattform eine zusätzliche Wertigkeit.

4. Nächste Schritte

Das Projekt steht gerade am Anfang und eine Finanzierung ist noch nicht gesichert. Als erster Arbeitsschritt werden die unterschiedlichen Stränge, Sektoren, Akteure und Strategien aufgegriffen, um die verschiedenen Facetten wie auch die systemverändernden Dynamiken der Energiewende aufzuzeigen. Auf der operativen Seite neben der Klärung und Abstimmung der technischen und rechtlichen Digitalisierungsfragen soll das Gedächtnis Energiewende mit anderen Archiven verknüpft werden. Neben Interviews mit Experten und Zeitzeugen soll weiterhin ein Kooperationskreis mit Forschung, Verbänden und anderen Akteuren aufgebaut werden. Dazu haben schon zahlreiche Kooperationspartner aus Wissenschaft, Verbänden und einige Unternehmen Interesse bekundet. Weitere Bestandteile des Projektes sind die Ausarbeitung der Handlungsstränge für das Online-Portal sowie die Konzipierung und Durchführung von Workshops und einer Ergebniskonferenz.

Wie Peter Hennicke bemerkt, „nur wenn wir die Lehren aus dem bisherigen Verlauf der Energiewende ziehen, kann sie in Zukunft das werden, wofür das Konzept „Energiewende" einmal vorgedacht wurde: Eine Welt ohne Uran, Öl, Kohle und Erdgas!" Schließlich: „Am Erfolg oder Mißerfolg der Energiewende entscheidet sich die Frage nach der Reformierbarkeit unserer Gesellschaften" (Hennicke 2018).

Dr. Maria Rosaria Di Nucci, Projektleiterin am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin. Kontakt: dinucci@zedat.fu-berlin.de

Dr. Klaus Müschen, Research Associate am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, bis 2016 Leiter der Abteilung Klimaschutz und Energie am Umweltbundesamt. Kontakt: klaus.mueschen@t-online.de

Anmerkungen

1 Siehe hierzu http://john-perlin.com/; www.wind-works.org.

2 Vgl. hierzu http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/forschung-alt/projekte/laufende/18_gedaechtnis_energiewende/index.html.

3 Vgl. hierzu https://www.energietage.de/details/veranstaltung/2018-708.html.

Literatur

Alt, Franz 1994: Die Sonne schickt uns keine Rechnung – die Energiewende ist möglich. München.

Brunnengräber, Achim/Di Nucci, Maria Rosaria (Hrsg.) 2014: Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Wiesbaden: Springer.

Bruns, Elke/Ohlhorst, Dört/Wenzel, Bernhard/Köppel, Johan 2009: Erneuerbare Energien in Deutschland, Eine Biographie des Innovationsgeschehens, Berlin.

Eppler, Erhard 1975: Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer.

Haas, Tobias 2017: Die Politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa. Wiesbaden: Springer VS.

Hennicke, Peter/Johnson, Jeffrey P./Kohler, Stephan/Seifried, Dieter 1985: Die Energiewende ist möglich, Freiburg.

Hennicke, Peter 2018: Warum ein „Gedächtnis Energiewende"? http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/forschung-alt/projekte/laufende/18_gedaechtnis_energiewende/Hennicke_Impulsvortrag.pdf

Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich 1980: Energie-Wende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und

Uran, Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts Freiburg S. Fischer Verlag.

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) 2016: The German Energy Transition in International Perspective, Potsdam, IASS STUDY, http://www.iass-potsdam.de/en/content/german-energy-transition-international-perspective.

Mez, Lutz (Hrsg.) 1981: Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atombewegung. Rowohlt.

Morris, Craig/Jungjohann, Arne 2016: Energy Democracy, Germany´s Energiewende to Renewables, Berlin, Heidelberg.

Morris, Craig/Pehnt, Martin 2016: Energy Transition. The German Energiewende. Heinrich Böll Stiftung.https://book.energytransition.org/sites/default/files/etbook/v1/es/German-Energy-Transition_es.pdf.

Müschen, Klaus/Romberg, Erika 1986: Strom ohne Atom. Ausstieg und Energiewende. S. Fischer Verlag.

Öko-Institut 2005: DVD „Halbzeit: 25 Jahre Energiewende", eine Dokumentation des Öko-Instituts, Darmstadt.

Radkau, Joachim/Hahn, Lothar 2013: Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München.

Rosenkranz, Gerd 2014: Energiewende 2.0. Aus der Nische zum Mainstream, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Ökologie, Band 36, Berlin.

Analyse

Selbsthilfe im Gesundheitswesen[1]

Das Jahr 2017 bot verschiedene „runde Anlässe", sich die Erfolgsgeschichte der Selbsthilfe-Bewegung im deutschen Gesundheitswesen einmal in Erinnerung zu rufen:

- 1967 wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte – die Vorgängerorganisation der heutigen BAG Selbsthilfe (Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.) – gegründet;
- 1977 begann der Psychoanalytiker Prof. Michael Lukas Moeller an der Psychosomatischen Klinik der Universität Gießen das erste Forschungsprojekt über „psychologisch-therapeutische Selbsthilfegruppen", in dem der Ansatz des heute als „Selbsthilfe-Kontaktstelle" bekannten Einrichtungstyps entwickelt wurde und in dessen Folge die Fachorganisation Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. entstand;
- ab 1987 förderte das Bundesgesundheitsministerium ein Modellprogramm zur Erprobung solcher Kontaktstellen als themen- und indikationsübergreifenden Ansatz zur Anregung und Förderung von Selbsthilfegruppen mit einer entsprechenden Begleitforschung. (1991 folgte ein gleichartiges Programm in den neuen Bundesländern.)

Die positiven Resultate der verschiedenen Forschungsprojekte und das Erstarken der Selbsthilfe-Bewegung insgesamt führten zu der politischen Entscheidung, diese Form des Bürger-Engagements in eigener Sache, hier für die eigene Gesundheit und für die von Leidensgenossen, dauerhaft finanziell zu fördern. Allerdings entschied man sich dafür, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe per Gesetz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu übertragen. Im §20h SGB V werden drei Elemente der Selbsthilfe-Landschaft in Deutschland ausdrücklich benannt: 1.Selbsthilfegruppen, 2. Selbsthilfeorganisationen, 3. Selbsthilfe-Kontaktstellen. In verschiedenen Gesetzgebungsverfahren wurde diese Förderung präzisiert und erweitert. Derzeit hat die GKV 1,08 Euro pro Versicherten pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

Selbsthilfegruppen

Der Fachverband Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. definierte bereits 1987: „Selbsthilfegruppen sind freiwillige, meist lose Zusammenschlüsse von Menschen, deren Aktivitäten sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen richten, von denen sie – entweder selber oder als Angehörige – betroffen sind. Sie wollen mit ihrer Arbeit keinen Gewinn er-

wirtschaften. Ihr Ziel ist eine Veränderung ihrer persönlichen Lebensumstände und häufig auch ein Hineinwirken in ihr soziales und politisches Umfeld. In der regelmäßigen, oft wöchentlichen Gruppenarbeit betonen sie Authentizität, Gleichberechtigung, gemeinsames Gespräch und gegenseitige Hilfe. Die Gruppe ist dabei ein Mittel, die äußere (soziale, gesellschaftliche) und die innere (persönliche, seelische) Isolation aufzuheben. Die Ziele von Selbsthilfegruppen richten sich vor allem auf ihre Mitglieder und nicht auf Außenstehende; darin unterscheiden sie sich von anderen Formen des Bürgerengagements. Selbsthilfegruppen werden nicht von professionellen Helfern geleitet; manche ziehen jedoch gelegentlich Experten zu bestimmten Fragestellungen hinzu."

Diese Definition betont die Wirkung der Gruppenselbsthilfe „nach innen", auf die unmittelbar Beteiligten und Engagierten, ohne die soziale und politische Dimension auszuklammern. Es geht im Wesentlichen um Probleme, zu deren Lösung individuelle Erkenntnis- und Veränderungsprozesse beitragen können, weniger um die Interessenvertretung nach außen und die Hoffnung auf Veränderung Anderer oder „der Verhältnisse". Die konkrete Ausgestaltung der Selbsthilfegruppen-Arbeit richtet sich im Einzelfall nach den Erfordernissen der jeweiligen Erkrankung sowie nach subjektiven Vorstellungen der Betroffenen (beispielsweise die eigene Krankheitstheorie), nach ihrer Motivationslage und den vorhandenen Ressourcen, mitunter aber auch nach Vorgaben übergeordneter Selbsthilfeorganisationen.

Gesprächs-Selbsthilfegruppen

Als eine besondere Ausprägung gelten die sogenannten Gesprächs-Selbsthilfegruppen. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht die emotionale Be- oder Verarbeitung von Krankheiten und Krisen. Sie machen sich in besonderer Weise das Gruppenprinzip und die Heilkraft des Wortes zu nutze. „Reden hilft!", heißt ein dazu passender Slogan.

Meist treffen sich etwa sechs bis zwölf Personen wöchentlich zu ca. 90-minütigen Sitzungen. Diese Art Selbsthilfegruppe steht in der Tradition der professionellen Psychotherapie, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Nordamerika und in Europa verbreitet hat. Man könnte verkürzt sagen, es handelt sich um eine „Gruppentherapie ohne Therapeut". Hier wird im Engagement betroffener Bürger ein Beitrag zu einer Art „psychotherapeutischen Basisversorgung" der Bevölkerung im weitesten Sinne geleistet.

- Gesprächs-Selbsthilfegruppen haben ihre Stärke, insbesondere
- in der Bearbeitung seelischer Probleme im Sinne neurotischer, psychosomatischer oder funktioneller Störungen,
- sowie bei der seelischen Verarbeitung anderer Krankheiten und Krisen.
- Sie stiften neues „Kohärenzgefühl" im Sinne des Salutogenese-Konzepts von Antonovsky und tragen so zu Genesung und Gesunderhaltung bei.

Die Gruppendynamik der Selbsthilfegruppen lebt von der unmittelbaren persönlichen Begegnung („face-to-face"), von der Entwicklung vertrauensvoller kontinuierlicher Beziehungen untereinander, von Offenheit und Selbstenthüllungsbereitschaft, von Introspektion und Einfühlung, von aktivem Zuhören und dem Angebot neuer Sichtweisen, ausgehend von den Lebens- und Leidenserfahrungen der anderen Betroffenen.

Viele Mitglieder solcher Selbsthilfegruppen haben auch schon in irgendeiner Form professionelle psychotherapeutische Hilfe erfahren, von wenigen Beratungsgesprächen etwa im Rahmen von stationären Reha-Maßnahmen über reguläre ambulante Behandlungen im Sinne der Psychotherapie-Richtlinie bis zu Aufenthalten in psychiatrischen oder psychosomatisch-psychotherapeutischen Fachkliniken. Sie suchen Selbsthilfegruppen auf und nutzen diese als eine Form der Nachsorge, als „Auffrischung" bei erneuten Problemen oder auch parallel als Ergänzung zu einer Einzeltherapie. Insbesondere unter Aspekten der Prävention (hier im Sinne von Rückfallprophylaxe), der Stabilisierung von professionell erzielten Behandlungserfolgen und der Rehabilitation

(vor allem der psychosozialen) kommt diesen Gruppen eine enorme Bedeutung zu.

Problem: Hohe Fluktuation

Die hohe Drop-out-Quote ist insbesondere für Gesprächs-Selbsthilfegruppen ein zentrales Problem, da diese in besonderer Weise auf die kontinuierliche und verlässliche Teilnahme und Beteiligung ihrer Mitglieder am Gruppenprozess angewiesen sind. Es muss neben dem eigenen Leidensdruck auch ein hohes Maß an Verantwortlichkeit für die anderen und für die Gruppe als Gesamtes bei allen Beteiligten vorhanden sein. Gruppenselbsthilfe kann grundsätzlich nur durch ein hohes Maß an Engagement aller Beteiligten gelingen. Psychoanalytisch würde man von gesunden Persönlichkeitsanteilen, Ich-Stärke oder Struktur sprechen, allgemeiner von notwendigen „Ressourcen", über die die Gruppenmitglieder verfügen müssen.

Anonyme Gruppen

Alle Selbsthilfegruppen des Anonymous-Typs lassen sich zurückführen auf die Anonymen Alkoholiker, die wohl berühmteste Selbsthilfegruppe der Welt. Diese überliefern einen regelrechten „Schöpfungsmythos" von Bob und Bill, zwei scheinbar hoffnungslosen Trinkern, die im Jahr 1935 in Akron/Ohio (USA) herausfanden, dass sie nicht zu trinken brauchten, solange sie im Gespräch miteinander waren, und dass sie sich als gleichermaßen Betroffene besser verstehen und unterstützen konnten, als es professionelle Therapeuten während ihrer erfolglosen Entziehungskuren je vermocht hatten.

Daraus entwickelte sich eine weltweite Bewegung, der sich nach und nach auch Angehörige von Alkoholkranken, andere Drogenabhängige, Spielsüchtige, Menschen mit Essstörungen und seelischen („emotionalen") Problemen, neuerdings sogar Kauf- und Liebessüchtige angeschlossen haben. In Amerika wird dieses spezielle Konzept mitunter sogar mit Selbsthilfegruppen gleichgesetzt.

All diese Gruppen folgen einem Programm der „12 Schritte", sie akzeptieren eine „höhere Macht" (so wie jeder sie persönlich versteht!) und arbeiten nach einem ganz bestimmten Konzept. Sie sind stets „offen", das heißt jederzeit können neue Interessierte hinzustoßen, wenn sie nur den Wunsch haben, zu genesen und „trocken" zu werden. Die Gruppengespräche bestehen im Wesentlichen aus einer Reihe von Monologen, in denen aus dem eigenen Leben, von der eigenen Sucht, von den Anstrengungen, sie zu überwinden, von Rückfällen und von Erfolgen berichtet wird. Dabei soll jeder von sich selbst sprechen; Fragen oder gar Ratschläge an andere sind nicht üblich.

Die Balance zwischen Selbst- und Fremdhilfe ist für die Philosophie der Anonymous-Gruppen von zentraler Bedeutung. Für jeden in der Runde ist völlig klar, dass er oder sie um seiner/ihrer selbst willen, zur Überwindung der eigenen Krankheit in die Gruppe geht und nicht, um anderen dort zu helfen. Zugleich ist jeder verpflichtet, zum Erhalt der Gemeinschaft beizutragen und die eigenen Erfahrungen weiterzugeben. Selbsthilfe und Engagement für andere sind untrennbar miteinander verbunden. Beides geschieht im selben Moment und am selben Ort, nämlich im „Meeting", wie die Treffen genannt werden. Was zählt, ist die Beteiligung hier. Eine andere Form von Mitgliedschaft gibt es gar nicht und ehrenamtliches Helfertum nur in sehr geringem Maße, etwa bei den sogenannten Sponsoren – das sind erfahrene Mitglieder, die eine Art Patenschaft für Neue übernehmen – oder bei den „Diensten" für die Gemeinschaft.

Selbsthilfeorganisationen

Ganz anders als mit den weitgehend innen-orientierten Gesprächs-Selbsthilfegruppen oder den politisch bewusst „abstinenten" Anonymous-Gruppen verhält es sich mit den großen Selbsthilfeorganisationen (zum Beispiel Deutsche Rheuma-Liga, Frauenselbsthilfe nach Krebs, Deutsche Morbus Crohn und Colitis ulcerosa Vereinigung).

Sie sind sehr wohl in der gesundheits- und sozialpolitischen Arena präsent, jede für sich, oft aber auch vertreten durch ihre Dachorganisationen, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (mit derzeit etwa 120 Mitgliedsor-

ganisationen) oder der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV). Diese nehmen in dem schwer überschaubaren Feld eine Mediatoren- und Bündelungsfunktion wahr, teilweise sogar eine gewisse ordnungspolitische Funktion in der Vermittlung zwischen Selbsthilfe-Szene, Staat und Öffentlichkeit. Zugehörigkeit zu solchen Dachverbänden wird von Außenstehenden häufig als Garantie für Seriosität gesehen. Die Regeln und Gepflogenheiten des Vereinswesens kommen – zumindest auf Bundes-, oft auch auf Landes- und manchmal auf Ortsebene – zur Geltung.

Demokratische Legitimation

Innerhalb der großen Verbände gibt es Mitgliedsbeiträge, Satzungen, Vorstandswahlen, Delegiertenversammlungen, Rechnungsprüfungen etc. Besonders wichtig ist den Vertretern dieser Verbände immer wieder der Hinweis auf ihre demokratische Legitimation. Sie nehmen Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren, werden als Sachverständige gehört und vertreten die Interessen der Betroffenen ähnlich einer „Patientengewerkschaft". Sie sind anerkannte Partner der Krankenkassen und der Rentenversicherung, der Ärzteschaft – sowie in einigen Fällen auch der pharmazeutischen Industrie. Und mitunter streiten sie auch engagiert mit ihren Partnern. Im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) und in anderen Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens stellen sie den Großteil der Patientenvertreter. An der Erstellung von medizinischen Behandlungsleitlinien werden sie regelhaft beteiligt.

Insbesondere was die Patienteninformation angeht, hat sich hier ein bemerkenswertes Know-how angesammelt. Vielfach unterstützen wissenschaftliche Beiräte und Expertengremien die Selbsthilfeorganisationen in ihrer Fachlichkeit. Einige haben sich ausdrücklich der Orientierung an den Regeln der evidenzbasierten Medizin bei ihrer Beratungsarbeit verschrieben. Manche Verbandszeitschriften imponieren durch kreative, mitunter recht witzige Titel, etwa die „mobil" der Rheuma-Liga, der „Wecker" der Narkolepsie Gesellschaft, das „Trotzdem" der Kleinwüchsigen, der „Kieselstein" der Stotterer, die „Klopfzeichen" für Mukoviszidose-Kranke oder der „Bauchredner" der Deutschen Morbus Crohn und Colitis ulcerosa Vereinigung. Die Zeitschriften und Informationsbroschüren der Selbsthilfeorganisationen werden durchaus auch von Fachleuten mit Gewinn gelesen.

Ein Verzeichnis bundesweit tätiger Selbsthilfeorganisationen („Grüne Adressen") findet man bei der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) unter www.nakos.de.

Selbsthilfe als „billiger Jakob"

Eine höchst problematische „Nebenwirkung" der steigenden und inzwischen weithin anerkannten fachlichen Kompetenz auf Seiten der Selbsthilfe, gepaart mit den dort vorherrschenden hohen moralischen Werten von Engagement, Solidarität und Zuwendungsbereitschaft, liegt allerdings darin, dass staatliche Stellen und Institutionen des Gesundheitswesens die Selbsthilfe nur allzu gerne, und zwar mit zunehmender Häufigkeit, als wohlfeile Abschiebemöglichkeit für unliebsame oder schwierige Fälle sehen.

Selbsthilfe als „billiger Jakob" der psychosozialen Versorgung? Gerade in Zeiten verknappter Mittel und der „Kostenexplosion im Gesundheitswesen" ist die Gefahr der Instrumentalisierung von Selbsthilfe und freiwilligem Engagement im Gesundheitswesen nicht von der Hand zu weisen. Hier wäre es allerdings auch Aufgabe der Selbsthilfe, Grenzen deutlich zu machen und sich gegen solchen Missbrauch zu wehren.

Selbsthilfe-Kontaktstellen

Die Einrichtung bereichsübergreifender (also prinzipiell auch für sämtliche Krankheitsentitäten ansprechbarer) Selbsthilfe-Kontaktstellen hat sich inzwischen bundesweit durchgesetzt: Es gibt bald 350 davon, also weitgehend flächendeckend in allen Großstädten bzw. Landkreisen der Bundesrepublik, in Hessen derzeit 23. Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Trägerschaft sowie ihrer finanziellen und per-

sonellen Ausstattung darf man doch überall folgendes Leistungsangebot erwarten:

- Dokumentation örtlicher Selbsthilfegruppen,
- Informationen über Idee und Konzepte von Selbsthilfegruppen,
- Zugang zu bestehenden Gruppen,
- Unterstützung bei der Gründung neuer Selbsthilfegruppen,
- Beratung von/mit Selbsthilfegruppen,
- Vermittlung von Räumen, Finanzen etc.
- Hilfe bei Öffentlichkeitsarbeit
- Drehscheibe zwischen professionellem Versorgungssystem und Selbsthilfesystem (Lotsen-Funktion),
- Sprachrohr-Funktion (gegebenenfalls Interessenvertretung).

Sie sind damit für die Ärzteschaft (bzw. für ihre Patientinnen und Patienten) wie für andere Fachkräfte und Einrichtungen der medizinischen und psychosozialen Versorgung die am besten geeigneten lokalen Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Selbsthilfe vor Ort (nicht um krankheitsspezifische Fragen!) geht. Ein Verzeichnis aller Selbsthilfe-Kontaktstellen in Deutschland (also auch in Hessen) wird von NAKOS im Verzeichnis der „Roten Adressen" ständig aktualisiert.

Patientenvertretung

Seit 2004 ist der Selbsthilfe auf gesetzlicher Grundlage eine weitere Rolle zugewachsen: die Mitwirkung an der Patientenvertretung im Sinn des § 140f SGB V. Neben der „Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.". und der „Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und -initiativen" wurden der Deutsche Behindertenrat (DBR) – eine Plattform verschiedener Selbsthilfeorganisationen und Betroffenenverbände (u. a. der BAG Selbsthilfe) – und die Deutsche Arbeitsgemeinschaften Selbsthilfegruppen e.V. dafür vom Bundesministerium für Gesundheit akkreditiert.

Sie sind berechtigt, im Konsens untereinander geeignete Personen in Entscheidungsgremien des deutschen Gesundheitswesens zu entsenden, vor allem in den G-BA, aber auch in Zulassungs-, Berufungs- und Landesausschüsse, zum Beispiel in Hessen. In anderen Gremien, wie etwa Gesundheitskonferenzen oder Leitlinienkommissionen, gehört es inzwischen zum guten Ton, auch ohne explizite gesetzliche Verpflichtung Patientenvertreter zu beteiligen. Als ein solcher Patientenvertreter der ersten Stunde (seit 2004) kann der Autor bezeugen, wie sich aus der anfangs – versteckt oder offen – äußerst ablehnenden Haltung der traditionellen „Bänke" (GKV, KBV, DKG bzw. Fachgesellschaften) eine sehr viel kooperativere und wertschätzendere entwickelt hat – mehr oder weniger jedenfalls, meistens jedenfalls, bei vielen jedenfalls.

Jürgen Matzat, Psychologischer Psychotherapeut, Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, Gießen. Kontakt: juergen.matzat@psycho.med.uni-giessen.de

Anmerkung

[1] Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags. Erstpublikation im Hessischen Ärzteblatt, 04/2018, S. 218-221.

Engagiert, politisch, präfigurativ – Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung

Sabrina Zajak

Selten war Forschung so politisch wie heute. Was kann und soll Forschung leisten in Zeiten des Postfaktischen, zunehmender Radikalisierung und Entsolidarisierung? Und vor allem: Wie kann dieser Beitrag aussehen?

Auf diese Frage gibt es in der Bewegungsforschung sehr unterschiedliche Antworten.

Auf der einen Seite plädieren Verfechter*innen einer engagierten und politischen Bewegungsforschung für eine stärkere partizipative und aktionsorientierte Forschung, die aktiv an sozialen Bewegungen teilnimmt und sich auf eine gemeinsame Theorieentwicklung zwischen Akademiker*innen und Aktivisten*innen einlässt (Hamm 2013). Sie kritisieren, dass sich Forscher*innen zu sehr von ihrem ‚Untersuchungsgegenstand' distanziert haben und kein bewegungsrelevantes Wissen produzieren (Choudry/Kapoor 2010). Sie fordern verschiedene Formen der Wissensgenerierung ernst zu nehmen, insbesondere auch ‚Bewegungswissen' selbst, um gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht einfach mit akademischem Wissen zu überschreiben (Cox 2015; Cox/Flesher Fominaya 2009). Es geht darum, auch als Wissenschaftler*in Gesellschaft mitzugestalten und ihre normativen Grundlagen immer wieder zu hinterfragen.

Auf der anderen Seite stehen Vertreter*innen, die auf wissenschaftliche Unabhängigkeit und Distanz beharren. Der gesellschaftliche Beitrag wissenschaftlicher Forschung liegt demnach allein auf der objektiven und evidenzbasierten Generierung von Wissen. Forscher*innen obliegen demnach dem Gebot der politischen Neutralität.

Diese Debatte ist weder neu, noch auf die Bewegungsforschung beschränkt. Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich seit jeher mit der Frage nach ihrem Wissenschaftsverständnis – in Anlehnung an und Abgrenzung zu den Naturwissenschaften. Diese Debatte um die Normativität und um den gesellschaftlichen Beitrag der Sozialwissenschaften wurde in Deutschland seit dem Positivismusstreit (kritischer Rationalismus versus kritische Theorie) in den 1960er Jahren immer wieder geführt (Adorno et al. 1978).

In der Bewegungsforschung sind die Gräben inzwischen besonders tief. Nicht nur weil ihr Untersuchungsgegenstand politisch ist und ihre medialen Aussagen auch die öffentlich-politische Wahrnehmung von sozialen Bewegungen prägen; sondern auch weil sich Protest- und Bewegungsforscher*innen häufig selbst als Teil einer Bewegung begreifen (Teune/Ullrich 2018). Das stellt die Legitimität der Bewegungsforschung auf den Prüfstand. Die einen sind der Ansicht, dass nur analytische Distanz und die Einhaltung wissenschaftlicher Neutralität und Objektivität es den Wissenschaftler*innen ermöglicht, zu zentralen bewegungsrelevanten Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, ohne die eigene Legitimationsgrundlage als unabhängige/r Forscher*in aufs Spiel gesetzt zu haben. Auf die epistemische Autorität der Forschenden wird beharrt.

Die anderen kritisieren diese Forschung als vermachtet. Forscher*innen zögen aus ihren Untersuchungen nur den individuellen Nutzen der Karriereentwicklung. Sie plädieren für das Ausbrechen aus hierarchischen und standardisierten Formen der Wissensproduktionen, indem die privilegierte Position von Wissenschaftler*innen aufgelöst wird (Luchies 2015) (Diese Doppelrolle wird im Folgenden auch als Forschende/Aktive bezeichnet). Dies, so das Argument, ist zudem nötig, um überhaupt valides Wissen über soziale Bewegungen generieren zu können. Bewegungen sind schließlich fluide Gebilde und immer auch Orte der Wis-

sensproduktion mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung (Cox 2014; Della Porta/Pavan 2017). Deshalb, so das Kredo partizipativer und handlungsorientierter Forschung, kann man Bewegungen nicht sinnvoll von außen beforschen. Vielmehr sollte das Generieren *gemeinsamen* Wissens über gesellschaftliche Handlungszusammenhänge im Vordergrund stehen (Fuster 2009; Starodub 2015).

Allerdings ergibt sich daraus ein tautologisches Problem. Wenn ich Bewegungen partizipativ erforsche, in die ich bereits hineinsozialisiert wurde, deren Identitäten, Weltanschauung und Handlungspraktiken ich bereits teile und internalisiert habe – wie kann ich dann gemeinsame Wissenskonstruktion als solche erkennen und erforschen? Wie kann ich soziale Bewegungen kritisieren und über meine eigene Doppelrolle als Forschende und Aktive reflektieren? Dieses Dilemma wird in zahlreichen Abschlussarbeiten motivierter Studierender sichtbar, die das Handlungsgeschehen oder die gesellschaftliche Kritik einer Bewegung minutiös dokumentieren ohne aber ihre Beobachtungen analytisch-theoriebildend zu durchdenken.

Diese Frage stellt sich insbesondere, wenn gesellschaftsverändernde, präfigurative Handlungsweisen sozialer Bewegungen betrachtet werden (politischer Konsum, *zero-waste, zero-plastic, degrowth*, solidarisches Handeln). Präfigurives Handeln zielt darauf ab, gesellschaftlichen Wandel mit Hilfe sozialer Praktiken zu erreichen, die normative Zukunftsentwürfe im alltäglichen Handeln verankern („live the change you want to see"; De Moor 2017; Butzlaff/Deflorian 2018[1]). Haben sich aber soziale Praktiken in Alltagsroutinen verfestigt, ist es schwierig, Lernprozesse selbstreflexiv und rückwirkend zu erschießen. Und damit sind die zwei zentralen Fragen nach der Entstehung alternativer Handlungspraktiken und nach deren Diffusion partizipativ kaum erforschbar.

Den Brückenschlag wagen

Ich möchte hier das transformative Selbstexperiment als eine Möglichkeit vorstellen, dieses Dilemma zu lösen und damit gleichzeitig eine Brücke schlagen zwischen den oben angeführten sich gegenüber stehenden Wissenschaftslagern. Den Kern des Selbstexperiments bildet das kontinuierliche Reflektieren von Forschenden über ihre eigenen Handlungen, über die Selbsttransformation durch den Forschungsprozess und über die gesellschaftliche Rolle als politisches Subjekt. Im Verlauf des Selbstexperiments beobachten sich Forschende selbst bei der Wahl verschiedener Wissenskonstruktionspraktiken und in Interaktion mit anderen. Sie transformieren dieses Wissen in eigenes Handeln, womit es erfahrbar gemacht wird. Diese Erfahrungen erweitern letztlich den Wissenshorizont der Forschenden und ermöglichen verstehendes Erklären auf einer sehr grundlegenden Ebene. Gleichzeitig basiert diese Form der Wissensproduktion nicht auf Ausbeutungsverhältnissen und Machtasymmetrien, sondern auf gleichberechtigtem Dialog mit anderen.

Das transformative Selbstexperiment weist viele Gemeinsamkeiten mit partizipativer, aktionsorientierter Forschung (PAF) auf. Ähnlich wie in der PAF verschmelzen Forschungssubjekt und -objekt in einer Person und die/der Forschende wird selbst zur aktiv-handelnden Person; es wird neues Wissen auf nicht-hierarchische Weise und in Interaktion mit anderen generiert. Kontinuierlicher Wandel eigener Verhaltensweisen und Reflexion bilden den Kern der Wissensproduktion (Kemmis et al. 2013). Gleichzeitig ist ein solches Selbstexperiment transformativ, da es eine Form der Selbstermächtigung („empowerment") und das Erfahren eigener, individueller und kollektiver politischer Gestaltungsmacht impliziert. Präfigurative Veränderungen bedeuten immer auch, in Aktivismus und soziale Bewegungen hineinzuwachsen und sein Umfeld dabei mitzugestalten. Dabei erlangt der/die Forschende/Aktive über ihre/seine Erfahrungen ein tiefes Verständnis des Verhältnisses zwischen individuellem und kollektivem Handeln und über die Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung – man rekonstituiert sich als neues akademisches und politisches Subjekt.

Gleichzeitig bietet der Ansatz ein experimentelles Setting und weist damit Elemente

eines Feld- bzw. Umweltexperiments auf (Hamenstädt 2015). Experimente erfreuen sich innerhalb der Sozialwissenschaft zunehmender Beliebtheit, da mit ihnen Prozesse der Entscheidungsfindung analysiert werden (Gerber 2011). Interessanterweise kommen Experimente in der Bewegungsforschung nicht vor, obwohl Mikropraktiken der Entscheidungsfindung von zentraler Bedeutung sind; sowohl für die Entwicklung neuer sozialer Praktiken als auch für deren Verbreitung. Insbesondere praxis-orientierte soziale Bewegungen werden gerade von dem Wunsch angetrieben, breiten sozialen und politischen Wandel über Verhaltensänderungen zu erreichen (Yates 2015).

In einem Selbstexperiment wird dieselbe Person in verschiedenen Kontexten und Rahmenbedingungen untersucht - was bei experimentellen Designs auch als „within-subject-design" bezeichnet wird.[2] Im Unterschied zum experimentellen Setting wird diese Person jedoch nicht von einem/einer Forscher*in von außen beobachtet, sondern Forscher*in und Untersuchungsobjekt sind ein und dieselbe Person. Die Person soll eine Handlungspraxis wählen, die eine gewisse Distanz zum eigenen Alltag und Lebensstil aufweist. Der/die Forschende/Aktive sollte zu Beginn des Experimentes *nicht* Teil der dieser Praktik zugeordneten Bewegung sein.

Das Individuum und dessen Wandel von Alltagspraktiken als gelebter, selbst-transformativer Prozess ist Gegenstand der Untersuchung. Diese lebensweltliche Erfahrung sozialen Wandels (z.B. zu mehr Nachhaltigkeit, politischem Konsum, *zero waste, degrowth* oder solidarischem Verhalten) wird mit der Technik der Selbstbefragung dokumentiert. Lerneffekte, die Entscheidungen über eingeschlagene Wege der Wissensproduktion und Dilemmata, die sich im Umgang mit anderen aus der Verhaltensänderung ergeben, können erfahren, dokumentiert und analysiert werden.[3] Diese Dokumentation ermöglicht wiederum intersubjektive Nachvollziehbarkeit.

Damit – so die These dieses Beitrags – leistet das transformative Selbstexperiment nicht nur einen Brückenschlag zwischen den sich gegenüberstehenden Forschungstraditionen. Es leistet ebenso einen Beitrag zur Transformation der Bewegungsforschung selbst, indem es neue Möglichkeiten der Verbindung von Forschung und Aktivismus eröffnet.

Im Folgenden werde ich ein paar methodische Bausteine beschreiben, die sich in dem Durchführen von Selbstexperimenten als geeignet herauskristallisiert haben, auch wenn der/die Forschende/Aktive in erster Linie selbst die Parameter seines/ihres Designs definiert und konstruiert. Dabei beziehe ich mich auf Selbstexperimente, die ich im Rahmen von Universitätsseminaren angeleitet und gemeinsam mit verschiedenen Gruppen Studierender als Lehrforschungsmodule an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt habe. Die gewählten Handlungspraktiken fielen dabei auf *zero waste, zero plastic, zero social media* und *do-it-yourself*. In Anlehnung an das Wechselspiel von Aktion und Reaktion in partizipatorisch-aktiver Forschung (Participatory Action Research, Reason/Bradbury 2001; Kemmis et al. 2013) bezeichne ich das Vorgehen als Reflexions-Aktions-Zyklus, bei dem sich Reflexionsphasen und Aktionsphasen abwechseln, gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Der Reflexions-Aktions-Zyklus

Themenauswahl und Festlegung des experimentellen Settings

Der erste Schritt im Selbstexperiment ist die Festlegung des Themenbereichs, der eigenen Zielsetzung, des Zeithorizonts und der Intensität des angestrebten Wandels. Wie weit möchte ich von meinem bisherigen Verhalten abweichen? Möchte ich etwas für den Umweltschutz, die Menschenrechte, Geflüchtete, Diskriminierte, LGTB, oder allgemein etwas für globale Gerechtigkeit tun? Warum entscheide ich mich für einen bestimmten Bereich? Was weiß ich bisher und was sind meine Erwartungshaltungen?

Zunächst geht es um die Bestimmung der Ausgangsparameter und der eigenen Position zu dem Handlungsbereich. Wer zum Beispiel bereits strenger Vegetarier ist, kann leichter eine Verhaltensänderung in Richtung Veganis-

mus vornehmen als ein*e regelmäßige*r Fleischesser*in. Dies ermöglich einen Vorher-Nachher-Vergleich sowie die Rekonstruktion des Prozessverlaufs. Dabei gilt: Je vertrauter mir eine Bewegung oder aktivistische Handlung ist, desto weniger muss ich mich ändern. Desto geringer sind aber gleichzeitig die persönlichen und akademischen Lerneffekte.[4]

Reflexion und Wissensproduktion
Die erste Phase der Reflexion beginnt mit der Generierung von Wissen darüber, wie man sein Verhalten überhaupt ändern kann. Was genau muss getan werden und welche Schritte beinhaltet dies? Der/die Forschende/Aktive muss sich in der Regel verschiedene Wissensquellen erschließen, um für sich diese Fragen beantworten zu können. Dabei können die Strategien der Wissensgenerierung je nach Persönlichkeit, Umwelt und Handlungsbereich sehr unterschiedlich ausfallen. Die Aufzeichnung und Dokumentation dieser Strategien erlaubt wiederum eine Analyse der Prozesse individueller und kollektiver Wissensproduktion.

In unseren Fällen wurde schnell klar, dass die Lektüre wissenschaftlicher Texte zum Wandel sozialer Praktiken nur sehr bedingt hilfreich ist: Sie ist zu abstrakt, um daraus Bewertungsmaßstäbe und konkret Richtlinien für eigene Verhaltensänderungen zu generieren. Anregungen findet man vielmehr durch den Austausch mit anderen. Es geht also um eine kollaborative Wissensgenerierung über Social Media oder Blogeinträge, in Gesprächen mit Personen, die den angestrebten Lebensstil leben, oder in Diskussionen mit Freunden und Bekannten, die die gewählten Handlungspraktiken vielleicht nicht teilen, aber dennoch mit hilfreichen Tipps zur Seite stehen. Obwohl also im Selbstexperiment „doing it alone" im Vordergrund steht, wird die soziale und kollektive Konstruktion von alternativen Handlungsweisen schnell deutlich (vgl. auch Garrison 2016).[5] Diese Lernprozesse werden in einem Reflexionstagebuch festgehalten. Was habe ich heute/diese Woche erlernt? Was funktioniert? Wo liegen die Grenzen meiner Gestaltungskraft und woraus ergeben sich diese? Inwiefern ändern sich meine Sichtweisen auf mein Thema und warum?

Aktionsphase
Aktion und Reflexion stehen in kontinuierlicher Wechselwirkung. Die Aktionselemente in dem Experimentzyklus beziehen sich auf die tatsächlichen Veränderungen im Alltag. Insbesondere der Beginn der Handlungsumstellungen stellt die Forschenden/Aktiven vor kontinuierliche Herausforderungen. Dazu zählen mangelnde Finanzen, mangelnde Zeit oder mangelndes Wissen. Die größten Herausforderungen ergeben sich allerdings in Interaktionssituationen: Das Gegenüber kann ablehnend oder irritiert auf die Handlungsänderung reagieren. Im eigenen Umfeld (mit Familie, Freunden, Bekannten, Kolleg*innen und Fremden) kommt es immer wieder zu Diskussionen und Auseinandersetzungen um die im Zentrum des Selbstexperiments stehenden Handlungspraktiken. Man wird immer wieder dazu gezwungen, sich zu entscheiden, ob man die eigenen Handlungspraktiken rechtfertigt oder jegliche Diskussion zu vermeiden versucht. Es stellt also eine Entscheidungssituation für alle Beteiligten dar, in der es möglicherweise zu einer Diffusion der Handlungspraktiken kommt. Dadurch werden Möglichkeiten und Grenzen der Verbreitung von sozialen Handlungspraktiken („leading by example to create change"; Jaster 2018) erfahrbar.

Hier wird wiederum auch ein Unterschied zu anderen partizipatorischen Ansätzen in der Bewegungsforschung deutlich. Solange sich der/die Forschende/Aktive innerhalb der zugehörigen Bewegung aufhält, und mit Gleichgesinnten umgibt, sind die Gelegenheiten in solche Dilemma-Situationen zu geraten, eher gering. In der Regel sind diese Gruppen eher homogen und haben einen gemeinsamen Lebensstil über Jahre hinweg entwickelt. Im Selbstexperiment kommt der/die Forschende/Aktive von außen und muss deshalb von anderen Aktiven lernen, dieses Wissen in Handlungspraktiken zu transformieren und gleichzeitig vermehrt seine Handlungen vor zweifelnden Dritten zu rechtfertigen. Darin

steckt gerade das emanzipatorische, aber auch das analytische Potential dieses Ansatzes.

Gemeinsam Wissen produzieren

Ein wichtiger Bestandteil des Selbstexperimentes sind kollektive Reflexionsgespräche mit anderen Selbstexperimentierenden oder anderen Aktiven. Gegenstand der Gespräche ist der Austausch über die eigenen Zielsetzungen und möglicherweise notwendige Modifikationen. Wie verlief der Transformationsprozess bisher, wo kann ich mein Handeln doch nicht ändern? Gibt es neue Bereiche, in die ich mich vorwagen möchte? Welche Dilemmata konnte ich nicht lösen und von welchen Ansätzen kann ich lernen? Anstelle des Vergleichs verschiedener Treatment-Gruppen steht also der gegenseitige Austausch und die gemeinsame Reflexion. Dies stellt eine weitere Ebene der (Ko-)Produktion von Wissen dar. Entscheidungen, Ziele, Strategien und Handlungspraktiken weiter zu modifizieren, werden wiederum im Reflexionstagebuch dokumentiert. Reflexion bedeutet in diesem Zusammenhang nach den Gründen für diese Adaption und Modifikation zu suchen.

Auch am Ende des Experiments sollte ein gemeinsames Gespräch stehen. Dabei geht es um den persönlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn: Was lerne ich über die Möglichkeiten und Grenzen der Verbreitung dieser spezifischen Handlungspraktiken? Gerade im Vergleich der verschiedenen Erfahrungen lassen sich Rückschlüsse auf die Mikro-Mechanismen sozialen Wandels ziehen. In der Gruppe *zero waste* führte die Diskussion auch zu einer generellen Kritik an praxis-orientierten Bewegungen, da sich immer wieder gezeigt hat, wie schwierig die Umstellung auf keinen beziehungsweise sehr wenig Müll oder Plastik ist. Es wurde auch deutlich, dass die erprobten Verhaltensänderungen im eigenen Umfeld immer wieder auf Ablehnung trafen. Die Grenzen der Verbreitung neuer Handlungsweisen traten hervor. Gleichzeitig führten die eigenen Erfahrungen wiederholten Scheiterns in der Umsetzung zu Forderungen nach stärkerer politischer Steuerung seitens des Staates, zum Beispiel über die höhere Besteuerung von Plastik – Ideen, die zu Beginn des Experiments explizit abgelehnt wurden.

Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung

Seit der Aufklärung gibt es die Hoffnung, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, neue Ideen und Erfindungen gesellschaftlichen Fortschritt, Gerechtigkeit und Wohlstand bringen. Sozialen Bewegungen bergen ein großes kreatives Potential Vorstellungen von einer besseren und gerechteren Welt zu kreieren und sich direkt an die Umsetzung zu wagen. Doch welche Chancen und Möglichkeiten bieten diese Ideen bei der Verwirklichung in politischen und akademischen Prozessen? Bisher scheint es nur wenig Überschneidungen und Gemeinsamkeiten zwischen akademisch-distanzierten, methodologisch versierter Wissensproduktion und den lebensweltlichen Erfahrungen von sozialen Bewegungen zu geben. Zwar begreift sich die Bewegungsforschung in großen Teilen als eine politische Wissenschaft, die in vielen Fällen auch bemüht darum ist, die Trennung zwischen Wissenschaft und Bewegungen zu überbrücken, indem sie zwischen den Bereichen übersetzt und vermittelt. Dabei gehen jedoch auch immer wieder relevante Aspekte verloren oder sie werden auf Grund von mangelnder Distanz nicht sichtbar. Das Selbstexperiment schlägt insofern eine Brücke, als dass es einem (selbstdefinierten) Setup folgt, wodurch die Verschmelzung von Fremd- und Selbstbeobachtung zumindest graduell systematisch und transparent-nachvollziehbar erfolgt. Gleichzeitig transformiert das Selbstexperiment die Forschenden viel weitreichender als in anderen partizipativen Ansätzen, indem es zur politischen Subjektbildung des/der Forschenden einen unmittelbaren Beitrag leistet. Man könnte auch sagen: Bewegungsforschung wird noch politischer.[6]

Dabei leistet das Selbstexperiment einen dreifachen Beitrag:

Erstens bietet das Selbstexperiment viele Möglichkeiten des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns im Sinne einer Theorieentwicklung.

Es ermöglicht Zugänge zur Erforschung von kulturellem und sozialem Wandel, die in der distanzierten Forschung von „außen" nicht zur Verfügung stehen, da Forschende selten anwesend sind, wenn es zum Austausch über Handlungspraktiken mit Bekannten oder am Arbeitsplatz kommt.

Zweitens liefert das Selbstexperiments relevante Erkenntnisse für soziale Bewegungen und andere Interessierte. Es begegnet der von Aktivisten*innen vielfach geäußerten Kritik, dass die Bewegungsforschung kein brauchbares Wissen für Bewegungen liefert. Der/die Forschende/Aktive teilt seine/ihre Erfahrungen kontinuierlich mit Aktivist*innen und anderen und trägt damit zu allgemeinen Reflexionsprozessen bei. Dies geschieht nicht über die öffentliche Bereitstellung von Forschungsergebnissen, sondern durch den gegenseitigen Austausch über gelebte Erfahrungen. Dabei können die Erkenntnisse für die Bewegungen durchaus unbequem sein, indem Fragen nach der Realisierbarkeit von Zielen, der Wahl der Strategien, strukturellen Exklusionsmechanismen und dem Verhältnis von individuellem und kollektivem Handeln immer wieder neu gestellt werden.

Drittens verändert es das Verständnis des politischen Auftrags der Bewegungsforschung. Der Ansatz ist transformativ in doppelter Hinsicht: Durch das radikale Aufgeben der Unterscheidung von Untersuchungssubjekten und –objekten, also von Forschenden und Beforschten, werden ausgetretene hierarchische Pfade der Wissensproduktion verlassen – und zwar in einer Weise, die es selbst in aktionsorientierter Forschung so nicht gibt, da es meistens doch *die anderen* sind, deren Handeln beobachtet und reflektiert wird. Gleichzeitig transformiert es die Forschenden selbst in ein politisches, gesellschaftsgestaltendes Subjekt, durch Elemente der Selbstermächtigung und Selbsterkenntnis. Das entwickelt das Verständnis der Bewegungsforschung als politische Wissenschaft über das zu Beginn beschriebene Verständnis hinaus, indem es neue Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Gestaltung erschließt.

Das transformative Selbstexperiment ist somit auch ein Experiment für die Bewegungsforschung, bei dem viele Fragen noch offen sind, wie zum Beispiel die nach den normativen Grundlagen oder Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit nicht-progressiven Bewegungen. Eine Verbreitung des Ansatzes könnte zur Weiterentwicklung und Klärung beitragen.

Sabrina Zajak ist Vorstandsmitglied des Instituts für Protest- Bewegungsforschung. Sie ist Leiterin der Abteilung Konflikt und Konsens am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DEZIM-Institut) und Junior-Professorin für „Globalisierungskonflikte, Arbeit und sozialen Bewegungen" am Institut für Soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum. Kontakt: zajak@dezim-institut.de.

Anmerkungen

1 Soziale Praktiken werden hier in kulturwissenschaftlicher Tradition als Ausdruck kollektiver Wissensordnungen (kulturelle Codes und Sinnzuschreibungen) verstanden (siehe z. B. Reckwitz 2003). Verhaltensänderungen sind also immer auch Versuche der Änderung kultureller Wissensordnungen. Im präfigurativen Handeln wird somit politischer Wandel zu kulturellem Wandel. Diese Elemente sind allen sozialen Bewegungen inhärent (Roth/Rucht 2008), in praxisorientierten Bewegungen allerdings besonders stark ausgeprägt.

2 Im Unterschied zu klassischen Experimenten gibt es keinen Vergleich zwischen Gruppen mit unterschiedlichen „treatments". Allerdings ist das Durchführen eines Selbstexperiments in Gruppenzusammenhängen für den gemeinsamen Austausch empfehlenswert.

3 Insbesondere die Dilemma-Situationen weisen Ähnlichkeiten mit Garfinkels Krisenexperimenten auf (Garfinkel 1973), ohne dass allerdings Freund*innen/Bekannte gezielt mit einem Bruch sozialer Konventionen konfrontiert werden. Diese können nichtsdestotrotz das geänderte Verhalten als Provokation empfinden. Es zwingt sie dazu,

sich befürwortend, ablehnend oder neutral zu positionieren.

[4] Der Zeithorizont sollte ebenfalls klar festgehalten werden. In den verschiedenen Selbstexperimenten hat sich gezeigt, dass vier Wochen die Mindestdauer für ein Selbstexperiment sein sollte (besser 6-8 Wochen oder länger), da man diesen Zeithorizont mindestens benötigt, um neue Handlungspraktiken in den Alltag zu integrieren. Erst dann kann von einer Selbsttransformation im Sinne einer Änderung routinierter Handlungspraktiken gesprochen werden.

[5] Und liefert allein dadurch schon einen reichen Fundus für die Debatte zur Postpolitik und zu sozialen Bewegungen (de Moor 2017)

[6] Zur Debatte um transformative Wissenschaft siehe z.B. Schneidewind und Singer-Brodowski 2014.

Literatur

Adorno, Theodor Wiesengrund/Dahrendorf, Ralf/Pilot, Harald/Albert, Hans/Habermas, Jürgen/Popper, Karl Raimund 1978: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.

Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael 2018: Prefigurative politics and party politics drifting apart: From modelling and institutionalizing to performing and experiencing an alternative social order; Papier präsentiert auf dem Weltsoziologiekongress(ISA), Toronto, Juli 2018.

Burawoy, Michael 2005: For public sociology. In: American Sociological Review, Jg. 70, Heft 1, 4-28.

Choudry, Aziz/Kapoor, Dip 2010: Learning from the ground up: Global perspectives on social movements and knowledge production. In: Choudry, Aziz/Kapoor, Dip (Hg.): Learning from the Ground Up. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 1-13.

Cox, Laurence 2014: Movements making knowledge: a new wave of inspiration for sociology? In: Sociology, Jg. 48, Heft 5, 954-971.

Cox, Laurence 2015: Scholarship and activism: A social movements perspective. In: Studies in Social Justice, Jg. 9, Heft 1, 34-53.

Cox, Laurence/Flesher Fominaya, Cristina 2009: Movement knowledge: what do we know, how do we create knowledge and what do we do with it? In: Interface: a journal for and about social movements, Jg. 1, Heft 1, 1-20.

Della Porta, Donatella/Pavan, Elena 2017: Repertoires of knowledge practices: social movements in times of crisis. In: Qualitative Research in Organizations and Management: An International Journal, Jg. 12, Heft 4, 297-314.

De Moor, Joost 2017: Lifestyle politics and the concept of political participation. In: Acta politica. International journal of political science, Jg. 52, Heft 2, 179-197.

Garfinkel, Harold 1973: Studien über die Routinegrundlagen von Alltagshandeln. In: Steinert, Heinz (Hg.): Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie. Stuttgart: Klett, 280-293.

Jaster, Daniel 2018: Figurative Politics: How activists lead by example to create change. In: Mobilization: An International Quarterly, Jg. 23, Heft 1, 65-81.

Fuster Morell, Mayo 2009: Action research: mapping the nexus of research and political action. In: Interface: a journal for and about social movements, Jg. 1, Heft 1, 21-45

Garrison, Donn Randy 2016: Thinking collaboratively. Learning in a community of inquiry. New York: Routledge.

Gerber, Alan 2011: Field Experiments in Political Science. In: Druckman, James/Green, Donald/Kuklinski, James/Lupia, Arthur (Hg.): Cambridge Handbook of Experimental Political Science. Cambridge: Cambridge University Press, 115-138.

Hamm, Marion 2013: Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie. In: Binder, Beate/von Bose, Friedrich/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Annika (Hg.): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot, 55-72.

Hamenstädt, Ulrich 2015: Experimentelle Politikwissenschaft. Über die Untersuchung von Entscheidungen in der experimentellen Forschung. In: Glatzmeier, Armin/Hilgert, Hendrik (Hg.): Entscheidungen. Geistes- und sozialwissenschaftliche Beiträge zu Theorie und Praxis. Wiesbaden: Springer VS, 43-54.

Kemmis, Stephen/McTaggart, Robin/ Nixon, Rhonda 2013: The action research planner: Doing critical participatory action research. Luxemburg: Springer Science & Business Media.

Luchies, Timothy 2015: Towards an insurrectionary power/knowledge: Movement-relevance, anti-oppression, prefiguration. In: Social Movement Studies, Jg. 14, Heft: 5, 523-538.

Reason, Peter/Bradbury, Hilary 2001: Handbook of action research: Participative inquiry and practice Thousand Oaks: Sage.

Reckwitz, Andreas 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32, Heft 4: 282-301

Roth, Roland/Rucht, *Dieter* (Hg) 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Starodub, Alissa 2015: Post-representational epistemology in practice: processes of relational knowledge creation in autonomous social movements. In: Interface: a journal for and about social movements, Jg. 7, Heft 2, 161-191.

Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy 2014: Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.

Teune, Simon/Ullrich, Peter 2018. Protestforschung mit politischem Auftrag? Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 31, Heft 1-2: 418-25.

Yates, Luke 2015: Rethinking prefiguration: Alternatives, micropolitics and goals in social movements. In: Social Movement Studies, Jg. 14, Heft 1: 1-21.

Das transformative Selbstexperiment wurde in dem von instudies geförderten Lehrforschungsprojekt „Öffentliche Sozialforschung: Engagement in der Ruhr-Metropole“ an der Ruhr-Universität Bochum unter Leitung von Sabrina Zajak und Ines Gottschalk entwickelt. Darin konnten sich Gruppen von Studierenden zusammenfinden und zu einem Thema ihrer Wahl solch ein Experiment durchführen. Es wurden zwischen 2016-2018 Selbstexperimente zu den Themen zero waste, zero plastic, und social media abstinention durchgeführt: Die Ergebnisse und Erfahrungen sind auf dem Blog des Projekts festgehalten: https://engagementforschung.blogs.ruhr-uni-bochum.de/. Einige Studierende haben ihre Erkenntnisse dort in 5-10-minütigen Videoclips festgehalten. Das Projekt wird ab Sommer 2019 als Gesellschaftskolleg für zwei Jahre weiterentwickelt und weitergeführt. Das von der Studienstiftung des deutschen Volkes finanzierte Projekt „Theorie und Praxis präfigurativer Politiken der Solidaritätskonstruktion. Neue Ansätze transformativer sozialer Bewegungsforschung“ beschäftigt sich zum einen theoretisch mit dem Konzept der präfigurativen Politik in der Praxis moderner sozialer Bewegungen. Zum anderen wird es sich mit verschiedenen Ansätzen präfigurativer Forschungspraxis beschäftigen. Dazu zählt das Experimentieren mit horizontalen Ansätzen aus der kritischen Pädagogik ebenso wie das Ausprobieren transformativer Selbstexperimente. Dabei bekommen die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich Formate des academic video-clippings, des Storytellings oder dem Verfassen von Blogeinträgen anzueignen. Es wird sich in selbstverwalteten Lernprozessen zeitgenössischen Formen und Strategien von politischem Protest und Solidaritätskonstruktionen nähern und damit einen eigenständigen Beitrag zur transformativen sozialen Bewegungsforschung entwickeln. Es können sich 15-20 Interessiere beteiligen, die Ausschreibung erfolgt direkt über die Studienstiftung im Winter 2018.

Rezensionen

Alltag und Ausbeutung im Kapitalozän

Lessenich, Stephan 2018: Neben uns die Sintflut: Wie wir auf Kosten anderer Leben. München: Piper Verlag.
Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus. München: oekom verlag.

Neben dem Dauerthema Flucht und Migration rückten im Jahr 2018 dank des extrem heißen Sommers, des Konflikts um den Hambacher Forst und des nicht enden wollenden Dieselskandals sozial-ökologische Themen wieder verstärkt in den öffentlichen Blickpunkt. So titelte der SPIEGEL: „Der Sommer, der nie endet: Wie der Klimawandel unser Leben verändert". Und die ZEIT fragte besorgt: „Auto fahren ohne schlechtes Gewissen: Geht das?".

Eine sozialwissenschaftlich fundierte Analyse globaler sozial-ökologischer Konflikte und insbesondere die Rolle des globalen Nordens in ihrem Entstehen versprechen die zwei Bücher, die hier rezensiert werden.

Der 2016 erschienene Band „Neben uns die Sintflut: Wie wir auf Kosten anderer Leben" des an der LMU München lehrende Soziologe Stephan Lessenich wurde dieses Jahr in einer aktualisierten und überarbeiteten Neuauflage herausgeben. Lessenich analysiert darin die Funktionsweise der „Externalisierungsgesellschaft", die sich nur auf Kosten und zulasten anderer zu stabilisieren und zu reproduzieren vermag.

2017 veröffentlichten die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen ihr Buch „Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus", das es sogar in die SPIEGEL-Bestsellerliste schaffte. Durch den Begriff der imperialen Lebensweise versuchen sie zu zeigen, wie „das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse anderorts ermöglicht wird" (43).

Zunächst fallen die Gemeinsamkeiten der beiden Bücher in den Blick: Sie starten mit ähnlichen Prämissen, nämlich dass der Kapitalismus auf ein (im globalen Süden liegendes) Außen angewiesen sei, auf das negative ökologische und soziale Auswirkungen kapitalistischen Wirtschaftens verlagert werden können und dass diese Verlagerung aber immer schwieriger durchzuführen und zu verdrängen sei. Auf der Weltsystem-Theorie aufbauend richtet sich ihr Blick dabei vor allem auf die ökologischen Aspekte des Gegenwartskapitalismus und dessen Verankerung in den Alltagspraxen des globalen Nordens. Im Gegensatz zu der derzeit sehr beliebten Heranziehung einer neuen geologischen Epoche, des Anthropozän, und der damit einhergehenden Ansicht, die menschliche Natur sei der letztendliche Verursacher der ökologischen Krise, verortet ihre Analyse deren Kern im Kapitalismus; es handelt sich somit um zwei Erzählungen des Kapitalozän. Dabei nehmen diese positiv aufeinander und ihre jeweiligen Grundkonzepte – die Externalisierungsgesellschaft und die imperiale Lebensweise – Bezug; auch Analysen und Beispiele wie der Trend zum verbrauchsintensiven SUV (Sport Utility Vehicle) finden sich in beiden Büchern.

Der Komfort der Externalisierungsgesellschaft

Stephan Lessenich nimmt in seinem Buch sowohl den Wohlstand des globalen Nordens und seine „Verankerung in den Strukturen und Mechanismen kolonialer Herrschaft über den Rest der Welt" (17) als auch die Verdrängung und Tilgung dieses Zustandes „aus den gesellschaftlichen Erzählungen individuellen und kollektiven ‚Erfolgs'" (17) ins Visier. Die Analyse dreht sich dabei um den Begriff der Externalisierung, also die Auslagerung bestimmter Effekte des eigenen Handelns oder Wirtschaftens. Diese Externalisierung, so Lessenich, ist dem Kapitalismus inhärent und betrifft sowohl die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen als auch die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft in kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Für Lessenich ist Externalisierung in westlichen Gesellschaften „gleichermaßen eine Struktur, ein Mechanismus und eine Praxis“ (50) geworden und drückt sich dementsprechend durch „Machtasymmetrien in der Weltgesellschaft“, einen „globalisierten Ausbeutungsmechanismus“ und in der Alltagspraxis als „Externalisierungshabitus“ aus. Diese Verankerung der Externalisierung in der Gesellschaft führt dazu, dass wir externalisieren, „weil wir es können“ und „weil wir nicht anders können“. Wie diese strukturellen Zwänge und Mechanismen konkret aussehen, versucht Lessenich in den folgenden Kapiteln zu untersuchen.

Ein Kapitel fokussiert sich dabei auf ungleiche Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd, ein weiteres auf das höchst diskriminierende globale Grenz- und Mobilitätsregime. Beide sind mit Beispielen gespickt, was für Anschaulichkeit und Verbindungen zum Alltagsleben sorgt. Insbesondere die Herausstellung der Widersprüche der normativen Rechtfertigungsmuster westlicher Gesellschaften, wenn es um die Verteilung von Lebenschancen durch Staatsangehörigkeit („Geburtsrechtslotterie“) geht, ist interessant, wenn auch sehr kurz gehalten. Angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels und der anhaltender Fluchtbewegungen glaubt Lessenich, dass sich der schöne Schein der Externalisierungsgesellschaft nicht viel länger aufrecht erhalten lässt. Was diese ersetzen und wie dies geschehen könnte, bleibt allerdings äußerst vage, etwa wenn Lessenich davon spricht, „das nationale wie transnationale Institutionengerüst der Externalisierungsgesellschaft im Sinne eines demokratischen, global-egalitären Reformprojekts umzupolen.“

Leider fehlt es der mitunter auch polemischen Kritik der Externalisierungsgesellschaft teilweise an analytischer Tiefe und Differenziertheit. Wenn Lessenich die ökologisch verheerenden Soja-Monokulturen in Lateinamerika problematisiert, so fehlt ein Verweis auf die damit finanzierten Sozialprogramme und damit ein wichtiger Hinweis auf das Dilemma der Nutzung natürlicher Ressourcen, in dem sich auch (vermeintlich oder tatsächlich) progressive Regierungen im globalen Süden befinden. Auch die Betrachtung der Rolle Chinas und schnell wachsender Schwellenländer kommt im Buch deutlich zu kurz; der Autor belässt es beim ‚groben Raster‘ der Externalisierung von Nord nach Süd, was seinem Anspruch, eine Analyse der „weltgesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse“ vorzulegen, wenig zuträglich ist. Somit fällt Lessenich auch hinter seine eigene Kritik am „‚methodologischen Nationalismus‘ in der Ungleichheitsforschung“ zurück und verzichtet auf eine Analyse der Rolle transnationaler Eliten jenseits des Nord-Süd-Gegensatzes.

Dennoch: wer eine unterhaltsam geschriebene Abrechnung mit dem Gegenwartskapitalismus sucht, wird bei Lessenich fündig. Für diejenigen, die auf der Suche nach einer tiefergreifenden Analyse oder Inspirationen zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse sind, ist das Buch nicht das richtige.

Ausbruch aus der imperialen Lebensweise?

Im Ton deutlich nüchterner gehen Ulrich Brand und Markus Wissen an den Themenkomplex heran. Der Kernbegriff der beiden Politikwissenschaftler ist die „imperiale Lebensweise“. Durch das Konzept versuchen sie sowohl eine Verbindung zwischen Alltagspraxen, gesellschaftlichen Strukturen und internationalen Kräfteverhältnissen, zwischen sich verschärfenden Krisen und deren Verdrängung aufzuzeigen, als auch einen Maßstab zu entwickeln, der dazu geeignet ist, Alternativen und Transformationsvorschläge kritisch zu beurteilen. Mit dem Begriff der Lebensweise richten sie, von Gramsci ausgehend, ihr Augenmerk darauf, „dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation wie die kapitalistische nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist und dadurch gleichsam ‚natürlich‘ wird“ (45). Die Bestimmung als ‚imperial‘ soll „die globale und ökologische Dimension der Lebensweise betonen“ (45).

Nach einer ausführlichen Einführung in den Begriff gehen Brand und Wissen in zwei

äußerst lesenswerten Kapiteln auf die historische Entwicklung der imperialen Lebensweise und ihre derzeitige Verallgemeinerung ein. Dabei gelingt es ihnen, 250 Jahre kapitalistische Wirtschaftsgeschichte gewinnbringend zusammenzufassen und zudem differenziert auf Entwicklungen und Entwicklungsmodelle in China und Lateinamerika einzugehen. Ein weiteres Kapitel veranschaulicht am Beispiel der Verbreitung von „Sport Utility Vehicles" (SUVs), wie sich die imperiale Lebensweise in alltäglichen Praxen vertieft und wie eng die automobile Gesellschaft mit Klassen- und Geschlechterverhältnissen verwoben ist.

Schließlich versuchen die Autoren ,die „falschen Alternativen" eines grünen Kapitalismus und der Bioökonomie von einer „solidarischen Lebensweise" abzugrenzen. Dies gelingt nur teilweise: Die berechtigte Kritik am grünen Kapitalismus wirkt zuweilen etwas holzschnittartig und hätte mehr Platz verdient. Das hätte es auch erlaubt, von der analytischen Stärke des Konzepts der imperialen Lebensweise besseren Gebrauch zu machen. Auch die Konturen einer solidarischen Lebensweise bleiben etwas abstrakt, vor allem aber, wie sich diese gegen eine dominante und ausbreitende imperiale Lebensweise durchsetzen soll. Hier sei aber angemerkt, dass ein dieses Jahr erschienenes Buch von Ulrich Brand mit dem ecuadorianischen Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta genau diese Fragen zu beantworten versucht (Brand, Acosta 2018) und den Faden dort aufnimmt, wo er in „Imperiale Lebensweise" endet.

Insgesamt haben Brand und Wissen ein äußerst lesenswertes Buch vorgelegt, dessen zentrales Konzept sehr hilfreich für die Analyse sozialer und ökologischer Ausbeutungsbeziehungen – insbesondere im Nord-Süd Verhältnis – ist. Dass der Begriff der imperialen Lebensweise innerhalb kürzester Zeit von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, besonders in der Umweltbewegung und von Nord-Süd-Solidaritätsgruppen, aufgenommen wurde, zeigt, dass hier ein zeitdiagnostisches Instrumentarium entwickelt wurde, das auch zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse beitragen kann.

Fazit

Trotz ihrer vielen inhaltlichen Überschneidungen und einem ähnlichen theoretischen Fundament sind die beiden hier besprochenen Bücher zur sozial-ökologischen Krise des globalen Kapitalismus für unterschiedliche Lesergruppen interessant. Sozialwissenschaftlich geschulten LeserInnen bietet die „Imperiale Lebensweise" von Ulrich Brand und Markus Wissen ein stärkeres Analyseinstrument und eine historisch-geographisch weitergehende Perspektive. Der große Anklang, den das Konzept gefunden hat, zeugt davon, dass es den (kritischen) Zahn der Zeit getroffen hat. Stephan Lessenichs „Neben uns die Sintflut" bietet zwar eine interessante Erweiterung der Thematik um das diskriminierende Grenz- und Mobilitätsregime, kann aber in seiner Herausarbeitung globaler Ungleichheitsverhältnisse letztendlich nicht vollständig überzeugen. Dank des Verzichtes auf Fachjargon sollte es aber für ein allgemeineres Publikum zugänglich sein.

Fabian Flues, Brüssel

Literatur

Brand, Ulrich/Acosta, Alberto 2018: Radikale Alternativen: Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom Verlag

Eine andere Welt ist denkbar

Habermann, Friederike 2016*:* Ecommony. UmCARE zum Miteinander. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

Nachdem in den sozialen Bewegungen gegen die Folgen kapitalistischer Globalisierung postuliert wurde, dass „eine andere Welt möglich" sei, gibt es mittlerweile vermehrt Versuche, diese auch vorstellbar zu machen. Friederike Habermann legt mit ihrem 2016 erschienenen Buch „Ecommony" einen solchen Versuch vor. Sie beschreibt eine Gesellschaft, in der Menschen mit ihrem Tätigsein die Be-

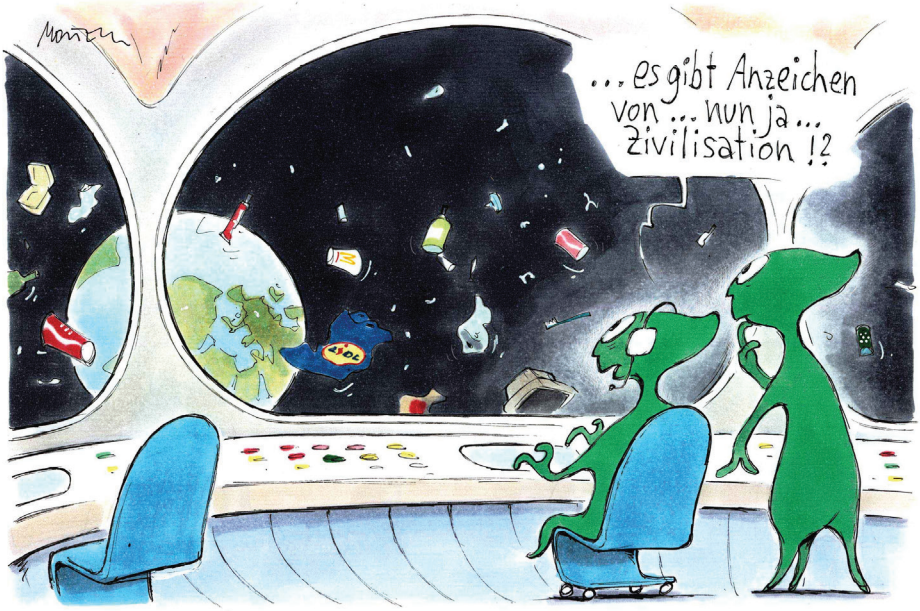
dürfnisse aller befriedigen und gleichzeitig die natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens erhalten. Habermann argumentiert, dass dies möglich ist, ohne dass in dieser Gesellschaft Zwang auf die Akteur_innen ausgeübt wird. Eine solche Konzeption liegt konträr zu den dominanten ökonomischen Lehrmeinungen und insbesondere auch zu einem Alltagsverstand, der vom Leben im Kapitalismus geprägt ist. Was steht im Zentrum dieses gegenläufigen Entwurfs und wie begründet die Autorin dessen Gültigkeit?

Habermann stellt ihre „Ecommony" ausgehend von den Begriffen Commons – gemeinschaftliche Erzeugung und Nutzung von dem, was Menschen brauchen – und Care – sorgende Tätigkeiten – dar. Der innere Zusammenhang einer solchen Gesellschaft, sozusagen die solidarische Produktionsweise, basiert auf zwei Grundsätzen: Beitragen statt Tauschen sowie Besitz statt Eigentum (10). Mit anderen Worten: Sich um die eigenen Bedürfnisse und die anderer ohne Erwartung einer Gegenleistung zu kümmern sowie allen Beteiligten freien Zugang zu allem Benötigten zu gewähren, soll Basis der Ökonomie werden. Dabei bezieht sich Habermann auf Marx' Ausspruch „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen", wobei sie die Seite der Fähigkeiten mit der Produktion, die der Bedürfnisse mit der Nutzung in eins setzt. Hier muss man nicht mitgehen, weil auch im Tun Bedürfnisse befriedigt werden, ein Umstand, auf den die Autorin in ihrem Text, gerade in den Praxisbeispielen, auch selbst hinweist.

Die Zutaten des Kuchens stehen bereit...

Das Buch will zeigen, dass eine solche Ökonomie funktionsfähig ist und zudem im Vergleich zu einer auf Konkurrenz und Tausch beruhenden in höherem Maß Bedürfnisse erfüllt. Hierzu dienen drei Argumente, die in der Anordnung „heute", „gestern" und „morgen" dargestellt werden. Im Buch folgt noch ein „übermorgen", worunter Gedanken versammelt sind, weshalb eine sorgende und solidarische Gesellschaft tatsächlich und besser funktionieren kann.

Erstens: Menschen verfügen schon jetzt über vielfältige ökonomische Praxen, die sich an den Konzepten von Commons und Sorge statt an denen von Tausch und Konkurrenz orientieren und die für diejenigen, die an ihnen teilhaben, befriedigender sind als eine



Vergesellschaftung ihrer Arbeiten über den Markt. Für solche Praxen führt Habermann viele Beispiele an und entwickelt hierbei gleichzeitig die oben erwähnten Grundprinzipien der ‚Ecommony'. Hier liegt die größte Stärke des Buches, denn Habermann kann als langjährige politische Aktivistin und Chronistin dieser Experimente auf eine Fülle an Material, Gesprächen und Erlebnissen zurückgreifen, die gerade diesen Teil des Buches sehr anschaulich und lebendig machen.

Zweitens: Im Abschnitt „gestern" tritt Habermann dem Argument entgegen, dass eine auf freiem Beitrag und freiem Zugang basierende Ökonomie der menschlichen Natur widerspreche. Dies tut sie, indem sie zeigt, wie die zentralen Kategorien des Kapitalismus – sie nennt Geld, Eigentum und Arbeit als von konkretem Tun abstrahierendes Mittel zum Einkommenserwerb – historisch entstanden sind und erst durch die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise und die Notwendigkeit, sich in ihr zu behaupten, Verhalten prägend wurden. Was historisch jung ist und erst gewaltsam und gegen menschlichen Widerstand durchgesetzt wurde, kann aber nicht als allgemein-menschliche Grundvoraussetzung behandelt werden. Dieses Argument ist ein zentraler Bestandteil wohl jeder kapitalismuskritischen ökonomischen Theorie. Umstritten wird hier vor allem Habermanns Verwendung des Begriffs ‚Arbeit' sein, den sie mit Erwerbsarbeit gleichsetzt. Wünschenswert wäre hier gewesen, wenn etwa die feministischen Diskussionen um die Anerkennung unentlohnter Reproduktionstätigkeit als Arbeit oder die Marx'sche Sicht auf den Doppelcharakter von Arbeit im Kapitalismus – konkrete Arbeit unter Gebrauchswertgesichtspunkten und abstrakte Arbeit unter dem Gesichtspunkt des Verwertungsprozesses – in die Diskussion eingeflossen wären.

Drittens: Die absehbare Entwicklung der verfügbaren Technologie steht einem Ausbau und einer Verallgemeinerung solidarischer Praxen entgegen. Hierzu tragen (der Möglichkeit nach) frei teilbare Software, deren Anwendbarkeit in kleinen, dezentralen Produktionseinheiten sowie die Möglichkeit dezentraler, nachhaltiger Energieproduktion und Rohstoff(wieder)gewinnung bei. Habermann meint, dass diese technischen Möglichkeiten unter Bedingungen frei geteilten Wissens und freien Zugangs zu den Ergebnissen gesellschaftlicher Produktion besser ausgeschöpft werden können als gegenwärtig, wo Privateigentum sowie die Verbindung von Einkommen und Ressourcenzugang ihr Potential beschränken. Dieser Teil ihres Textes basiert vor allem auf Rifkin (2014), dessen Aussagen leider kaum mit anderen Quellen verglichen und kritisch diskutiert werden. Dies zeigt sich etwa bei der unkommentierten Übernahme seiner Aussage, dass die Grenzkosten der Produktion zukünftig gegen Null gingen, also jede zusätzliche Einheit eines Produkts (nahezu) kostenfrei hergestellt werden könne. Aber Rifkin's Argumente sind umstritten, vor allem, weil fraglich ist, ob alles vollautomatisiert und ohne Richtkosten hergestellt werden kann und ob selbst dann jeder Arbeitsaufwand in der Produktion verschwinden würde. Zudem wäre die Frage, ob eine naturschonende Landwirtschaft oder eine bedürfnisgerechte Sorgearbeit zumindest in diesen Bereichen mehr statt weniger gesellschaftliche Arbeit erfordern werden, relevant im Zusammenhang damit, inwieweit die Bedingungen für eine Ökonomie der Fülle bereits gegeben sind.

Im Anschluss fügt Habermann im Abschnitt „übermorgen" diese Argumente zusammen und versucht zu zeigen, dass eine Bedürfnisse befriedigende, menschengerechte und die technologischen Möglichkeiten nutzende Produktionsweise tatsächlich möglich ist. Insbesondere würde ein sorgender, solidarischer Bezug aufeinander der gegenwärtigen, Knappheit erzeugenden Produktionsweise „Fülle erzeugende Einrichtungen" (57) entgegensetzen, ohne dass Ausschluss, Naturzerstörung oder die Ausbeutung des globalen Südens erforderlich wären. Dies tut Habermann in schöner, Spaß und Mut machender Sprache, die ihre Argumente auch Nicht-Ökonom_innen zugänglich macht. In dieser Hinsicht ist „Ecommony" ein politisches Buch und ein starkes Plädoyer, dass

eine andere Welt tatsächlich möglich ist, in der Menschen sich aufeinander beziehen, die Bedürfnisse der jeweils anderen wahrnehmen und sich gleichzeitig unterschiedlich sein lassen. Da sie zudem zeigt, wie eine solche Ökonomie die Konzentration auf das, was getan werden muss, und auf das, was Menschen tun wollen, fördert und wie sie menschliche Bedürfnisse sichtbarer macht, erhalten auch Sorgebeziehungen bei ihr eine wesentlich höhere Bedeutung als in den meisten vorliegenden Entwürfen.

… gebacken werden muss er noch

Habermann argumentiert sehr lesenswert, dass Menschen keine monetären Anreize oder Sanktionen benötigen, um rationale, verantwortungsvolle und solidarische Entscheidungen zu treffen. Hilfreich wäre für mich ergänzend der Blick auf die Gesellschaft als Ganzes gewesen: Wie werden unter Bedingungen einer sehr großen Zahl involvierter Menschen der Bedarf und die je freien Entscheidungen übermittelt und abgestimmt? Auch wäre interessant, wie die Anforderungen sich verändern, wenn die vorausgesetzte Fülle – es ist genug für alle da – (noch) nicht umfassend existiert, weil etwa in vielen Weltregionen Lebensnotwendiges fehlt, Arbeit in Umwelt"reparatur" oder Stadtumbau gesteckt werden muss oder Menschen eine Veränderung ihrer Lebensweise als Mangel wahrnehmen.

Ferner ist die Entgegensetzung von „Ecommony" und Kapitalismus eher eine komparativ-statische als eine dynamische: Habermann argumentiert, dass ein Leben in der „Ecommony" vorzuziehen ist. Wie wir dorthin kommen, ist jedoch nicht Thema des Buches. Einzelne wertvolle Hinweise gibt es immer wieder, wenn sie die Überzeugungskraft der gegenwärtigen solidarischen Praxen erwähnt. Allerdings sind diese bis auf weiteres randständig und für einen Wandel der Produktionsweise dadurch, dass immer mehr Menschen ihre je individuelle Praxis ändern, spricht wenig. Dies sieht sicherlich auch Habermann so. Denn es wird immer wieder, beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Rifkin (128ff.) oder im Abschnitt ‚Care Revolution' (132ff.), erwähnt, dass eine andere Organisationsform der Gesellschaft nur im Kampf durchsetzbar ist. Diese Statements stellen jedoch, sehr unverbunden neben den vielen Beispielen solidarischer Experimente stehend, Fremdkörper im Argumentationsgang des Buches dar. Experimente eines besseren Lebens im Hier und Jetzt, Kämpfe um Rahmenbedingungen und das diskursive Ringen darum, eine Alternative zum Kapitalismus attraktiv zu machen, werden nicht zum Vorschlag einer Strategie zusammengeführt. Dies Habermann anzulasten, wäre jedoch unfair. Es ist eher ein Problem der hiesigen Linken (den Autor dieser Rezension eingeschlossen), die sich schwertut, konkrete Utopien und an Alltagserfahrungen sich entzündenden Protest zu verknüpfen. Bemerkens- und bedenkenswert für alle, die auf einer solchen Suche sind, ist in jedem Fall ihr Hinweis, dass die Räume, in denen jetzt schon solidarische Praxen probiert werden, gleichermaßen der Selbstveränderung wie der Veränderung der Gesellschaft dienen (172f.). Das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

Matthias Neumann, Freiburg

Literatur

Rifkin, Jeremy 2014: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus. Frankfurt am Main, Campus.

Die Donut-Ökonomie: Wachstumsagnostik statt Degrowth?

Raworth, Kate 2018: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München: Hanser.

Die Idee für nachhaltige Entwicklung könnte nicht einfacher und doch kontraintuitiver sein: Ein Donut. Er steht im Buch ‚Die Donut-Ökonomie' von Kate Raworth für das neue wirtschaftspolitische Ziel für das 21. Jahrhundert: Die Bedürfnisse der Menschen befriedigen, während wir die lebendige Welt schützen (60ff.).

Auf 351 Seiten legt die Autorin ein umfassendes Programm vor, wie sich die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaft als Ganzes verändern müssen, um diesem Ziel näher zu kommen. Eins nach dem anderen nimmt die Autorin dafür die Bilder der heutigen Wirtschaftswissenschaft auseinander: Exponentielles Wachstum, die Kuznets-Kurve, den Homo oeconomicus, das Gleichgewicht des Marktes. Im Kern skizziert das Buch dabei drei Anpassungen der Wirtschaftswissenschaft, um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden: (1) Ziele an den Anfang der Analyse stellen, (2) Komplexität verstehen lernen und (3) sich den relevanten Fragen widmen.

Mit den Zielen beginnen

Natürlich brauchen Ökonom/innen das methodische und theoretische Werkzeug, um die Prozesse des Wirtschaftens zu verstehen. Doch ohne einen normativen Kompass bleibt jedes Werkzeug wertlos, weil der Zweck offenbleibt. Mit dem Donut verlangt Kate Raworth die Diskussion über das gesellschaftliche Ziel, den Zweck der Wirtschaft an den Anfang der ökonomischen Analyse zu stellen. Damit gelingt es ihr, ein einprägsames und starkes Bild zu erzeugen, das konsequent zusammen denkt, was zusammengehört: Mensch und Natur, Soziales und Ökologisches. Der äußere Kreis des Donuts markiert aufbauend auf Steffen et al. (2015) die planetaren Grenzen, die wir nicht überschreiten dürfen: Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Bodenerosion. Der innere Kreis steht angelehnt an die *Sustainable Development Goals* für das soziale Fundament: Zugang zu Nahrung und Wasser, politische Teilhabe, ein Dach über dem Kopf. Das Fundament als untere Grenze darf nicht unterschritten werden. Die Frage ist nun: Welche Wirtschaft braucht es, um die Menschheit in diesen „sicheren und gerechten Raum" (61) zwischen der ökologischen und der sozialen Grenze hineinzuführen und was bedeutet das für die Wirtschaftswissenschaft.

In einem dogmenhistorischen Abriss von der griechischen Philosophie bis zu Robbins legt Raworth ausführlich dar (47ff.) wieso die Ökonomik diese Frage durch die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum aus den Augen verloren hat. Indem Wirtschaftswachstum zum Kern der normativen Ökonomik wurde und damit Grundlage ökonomischer Datenerfassung, entfaltete es seine transformative Wirkung: Über Messbarkeit wird definiert, was als erstrebenswert gilt. Erst Zahlen ermöglichen demnach eine evidenzbasierte Evaluation von politischen Maßnahmen. Es ist dieser Fokus auf die Bedeutung ökonomischen Denkens für die Transformation der Wirtschaft, der dabei den wichtigsten Beitrag für die Degrowth-Bewegung liefert. Wachstum ist eben nicht nur eine „mentale Infrastruktur" (Welzer 2011) oder ein ökonomischer Zwang (Richters und Siemoneit 2017). Es ist auch eine zentrale Zielgröße in den Modellen der Ökonomik. Für eine Degrowth-Strategie wird es bedeutsam sein, dem Wirtschaftswachstum quantifizierbare Alternativen gegenüber zu stellen, die dann ebenfalls als Grundlage für neue Datenerhebungen dienen. Der Donut ist dafür ein Anfang.

Komplexität ernst nehmen

An diesen Aufruf zu einem Mehr an normativer Reflexion schließt die Autorin mit der Forderung an, die Wirtschaft endlich als das zu betrachten, was sie ist: ein komplexes dynamisches System.

Sie beginnt mit der Kritik an den Systemgrenzen (81ff.). Die Volkswirtschaft sei heute auf multiple Weise mit der Umwelt und der sozialen Sphäre verwoben und kann deshalb nicht mehr als alleinstehendes, geschlossenes System betrachtet werden; eine Forderung, so alt wie die ökologische Ökonomik selbst. Neu ist hingegen, dass Raworth auch die Teilbereiche der Volkswirtschaft und ihre Wechselwirkungen zueinander in den Blick nimmt. Wirtschaft lasse sich fassen als das Zusammenwirken von Markt, Staat, privaten Haushalten, Allmenden und Finanzwirtschaft (98ff.). Statt die Bereiche wie in der heutigen Lehre auszublenden oder gegeneinander auszuspielen, fragt die Autorin, wie diese zusammenhängen und sich ergänzen sollten: Der private Haushalt garantiere durch Reproduk-

tionsarbeit die Verfügbarkeit von Arbeitskraft für den Markt und sei deshalb essenzieller Teil der Ökonomie. Der Staat steckt das Revier des Marktes ab, so dass er nicht über die Maße die Umwelt belastet oder Ungleichheit hervorbringt. Die Allmende komplementiert als Organisationsform ohne private Eigentumsrechte den Markt und muss keineswegs immer „tragisch" enden, wie Elinor Ostrom (1990) eindrücklich gezeigt hat. Zwischen diesen Bereichen steht die Finanzwirtschaft, die durch Kreditschöpfung und Geldtransfer einen wichtigen Dienst leistet, aber eben nicht – wie es heute der Fall ist – zum Selbstzweck verkommen darf.

Doch nicht nur das Bild der Wirtschaft insgesamt, auch das Bild vom menschlichen Verhalten muss sich radikal ändern (117ff.). Die Ökonomik habe Menschen zu lange als isolierte Individuen betrachtet, die egoistisch und rational ihren Nutzen maximieren. Doch wie auch die Verhaltensökonomik zeige, sind Menschen für Raworth soziale Wesen, die voneinander abhängen und deren Präferenzen und Wertvorstellungen veränderlich sind. Zwar wägen wir Optionen zueinander ab, aber dadurch maximieren wir keinesfalls unseren Nutzen, sondern erreichen maximal eine Annäherung daran. Außerdem sei es gerade die inter-personelle Interaktion, die uns Menschen, unsere Wertvorstellungen und Entscheidungen prägt und deshalb so wichtig für die Frage nach einer Wirtschaftsordnung innerhalb ökologischer Grenzen ist.

Bei der Lektüre des Buches wird deutlich, dass die einfachen karikativen Gleichgewichtsmodelle kaum in der Lage sind, den „Problemen organisierter Komplexität" (167) gerecht zu werden, die entstehen, wenn Interaktion und breitere Systemgrenzen in die Modelle Einzug erhalten. Was Ökonom/innen deshalb bräuchten, sind andere Methoden und Werkzeuge. Laut der Autorin müssen sie zu „Systemdenker/innen" (159ff.) werden, indem sie die Bedeutung von Rückkopplungsschleifen und Wechselwirkungen zwischen Prozessen verstehen und anzuwenden wissen.

Viele der hier dargestellten Argumente dürften für die aus der ökologischen Ökonomik erwachsene Degrowth-Bewegung wenig neu sein. Doch können Analysen einer Degrowth-Ökonomie daraus lernen, welches Potential unterschiedliche theoretische und methodische Zugänge als Teil des „Systemdenkens" für ein besseres Verständnis der Transformation hin zu einer Degrowth-Ökonomie bieten (siehe auch Lange et al. 2019). Für die Anschlussfähigkeit des Degrowth-Diskurses wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es in Zukunft gelingt, eine Wirtschaft ohne Wachstum nicht nur normativ zu begründen, sondern auch theoretisch zu legitimieren. Ökonomische Analysen mit einem breiten theoretischen und methodischen Anspruch sind hier ein wichtiger Baustein und Raworth zeigt, wie eine solche Analyse aussehen könnte.

Relevante Fragen stellen

In ihrem Zusammenspiel können der Donut als normativer Kompass und das komplexe Systemdenken als Werkzeug die Ökonom/innen befähigen, an eben jenen Fragen zu arbeiten, die heute zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele beantwortet werden müssen: Ungleichheit (199ff.), ökologische Zerstörung (249ff.) und Zwang des Wachstums (293ff.).

Ungleichheit ist nach Raworth eine Frage der Verteilung von Reichtum und Macht. Dem fiktiven Marktgleichgewicht, das häufig eher zu Markt-Konzentration als zu Diversität führt, stellt sie das „subtile Gleichgewicht" (213) von Effizienz und Resilienz gegenüber: Zu viel Konzentration bedeute Instabilität, zu wenig führe zu Ineffizienz. Ihr Plädoyer: Die Konzentration des Reichtums verhindern, indem Eigentumsverhältnisse von Land, Geldschöpfung, Arbeit, Robotern und Ideen diversifiziert werden (217ff.). Die Forderung könnte kaum weitreichender sein, hat doch die Wirtschaftswissenschaft Land, Macht und Geld seit langem aus dem Kern ihrer Theorien verbannt.

Der Wandel zu einer regenerativen und ökologischen Wirtschaftsweise beginnt nach Raworth mit einem Paradigmenwechsel: Das Streben nach Gewinn muss der Verantwortung, einen positiven Beitrag zur lebenden Welt

zu leisten, weichen (282). Damit trotzdem die Profitabilität sichergestellt wird, schlägt die Autorin zwei Reformen vor, die sie mit Beispielen untermauert. Die Geldströme des Finanzsektors müssten auf die Unterstützung von Unternehmen gerichtet werden, die sich dem neuen Leitbild von Distribution und Regeneration verschreiben (282 ff.). Während die Unternehmen so kreditfähig würden, erlangen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch ein neues Steuerregime (286ff.): Die Besteuerung von Arbeit müsse der Besteuerung von Ressourcen weichen.

Die wohl interessanteste Frage findet sich am Ende des Buches: Wie können wir „agnostisch gegenüber dem Wachstum werden?" (293 ff.). Es geht der Autorin dabei nicht um Degrowth oder Post-Wachstum als Gegenmodell zum Wachstumskapitalismus. Stattdessen heißt „agnostisch sein", eine „Egal-Haltung" einnehmen. Raworth diskutiert umfangreich die unterschiedlichen Positionen der Wachstumskritiker/innen und -befürworter/innen. Am Ende gelangt sie zu dem Schluss, dass es nicht entscheidend sei, ob wir wachsen oder nicht, solange wir innerhalb des Donuts wirtschaften und die Ökonomie „unser Wohlergehen fördert" (322). Damit dies gelingt, sei es notwendig, finanziell, politisch und sozial unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu werden (327 ff.). Als eines der größten Hemmnisse für eine wachstumsunabhängige Ökonomie formuliert sie dabei den Wettbewerb von Staaten untereinander. Nur durch immerwährendes Wachstum, das den einzelnen Staat im Verhältnis zu den anderen ökonomisch besserstellt, können nationale Machtpositionen im internationalen Machtgefüge manifestiert werden. Mit ihrer langjährigen Erfahrung bei Oxfam und der UN weist sie damit auf ein Thema, das im Degrowth-Diskurs noch zu kurz kommt: Welche Rolle spielen die internationalen, polit-ökonomischen Verflechtungen beim Übergang zu einer Ökonomie jenseits des Wachstums?

Jonathan Barth, Bonn

Literatur

Lange, Steffen/Barth, Jonathan/Euler, Johannes 2019 (im Erscheinen): Zur Konzeptualisierbarkeit einer Postwachstumsökonomie: Die Grenzen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams und die Potenziale theoretischer Multiperspektivität. In: Petersen, David Johannes/Willers, Daniel/Schmitt, Esther/Birnbaum, Robert/Meyerhoff, Jan Heinrich/Gießler, Sebastian/Roth, Benjamin (Hg.): Perspektiven einer pluralen Ökonomik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ostrom, Elinor 1990: Governing the commons: The evolution of institutions for collective action. The Political economy of institutions and decisions. Cambridge; New York: Cambridge University Press.

Richters, Oliver/Siemoneit, Andreas 2017: How Imperative are the Joneses? Economic Growth between Individual Desire and Social Coercion. VÖÖ Discussion Paper, 13.

Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockstrom, Johan/Cornell, Sarah/Fetzer, Ingo/Bennett, Elena/Biggs, Reinette et al. 2015: Planetary Boundaries: Guiding Human Development on a Changing Planet. In: Science, Jg. 347, Heft 6223: 1259855–1259855.

Welzer, Harald 2011: Mental Infrastructures – How Growth Entered the World and Our Souls. Bd. 14. Publication Series on Ecology. Heinrich Böll Foundation.

Wege zu einer solidarischen Weltgesellschaft

Lieberg, *Albert* 2018: Der Systemwechsel: Utopie oder existenzielle Notwendigkeit? Marburg: Büchner Verlag.

Wer das Buch *Der Systemwechsel: Utopie oder existenzielle Notwendigkeit?* von Albert Lieberg in Händen hält und die erste Seite aufschlägt, bekommt die Frage des Buchtitels sogleich beantwortet. Die Überschrift der Einleitung lautet: „Der Systemwechsel ist keine Utopie; sondern existenzielle Notwendigkeit". Ziel des Buchs ist es, einen Gesellschaftsent-

wurf vorzustellen, von dem der Autor behauptet, er sei keine Utopie, sondern könne Realität werden. Der Autor liefert dazu pragmatische Vorschläge, wie Reform für Reform der Übergang zu einem gesellschaftlichen System gelinge, das sich den unzähligen schwerwiegenden Herausforderungen, die in Kapitel A.II-V. dargestellt werden, ernsthaft stelle. Damit lässt es sich in eine Reihe von Büchern einordnen, die gesellschaftliche Missstände analytisch herausarbeiten, anprangern und Alternativen in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft vorschlagen. Zugleich verspricht das Buch aus dieser Reihe zu fallen, indem es den Anspruch erhebt, nicht nur Analyse und gesamtgesellschaftlichen Entwurf zusammenzubringen, sondern auch einen pragmatischen Weg hin zu einem gesellschaftlichen Umbau vorzuschlagen.

Die „Gesellschaftliche Moderne"

Der Aufbau des Buches in etwa drei gleich große Hauptkapitel bietet eine Analyse des Status Quo als Referenzpunkt, von dem ausgehend eine politische Evolution erwachsen soll (Teil A), eine Skizze des anzustrebenden erneuerten Gesellschaftsmodells (Teil B) sowie einen pragmatisch-realisierbaren Weg durch mittel- und langfristige Reformen, die aufeinander aufbauend – in ein bis zwei Generationen – zu einer „Gesamtgesellschaftlichen Moderne" (GLOSMO – Global Social Modernity) führen sollen.

In Teil A wird gleich zu Beginn die Leserschaft mit statistischen Belegen dafür konfrontiert, dass wir in einer Welt leben, in der Politik eine massive Ungleichverteilung der Lebenschancen weltweit mitträgt und sogar dazu beiträgt, die Lebensgrundlage für heutige und kommende Generationen zerstören. Diese Tatsache – so der Autor – sei für niemanden mehr ein Geheimnis. Die Botschaft lautet daher: Es gehe so nicht mehr weiter, denn die Menschheit steuere sich und den Planeten in eine immer kritischer werdende Situation. Existierende Reformanstrengungen und Hilfspakete könnten nur mittelfristig ein System erhalten, das langfristig trotz aller Rettungsbemühungen zum Verderben verurteilt sei. Was fehle, sei vor allem die Einsicht, (endlich) anzuerkennen, dass es so nicht mehr weitergehe und daraus auch die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Dazu brauche es weltweit zunächst eine veränderte Erziehung und Sozialisation. Aktuell sei die Werte- und Moralvermittlung durch eine individualistisch-materielle Weltsicht und durch das kapital- und prestigegesteuerte Wettbewerbssystem geprägt. Wie das Erziehungssystem, so sei auch das Ehrenamt eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Demzufolge stütze das Ehrenamt, das heißt „der unentgeltliche freiwillige Einsatz, die nicht entlohnte Leistung des Einzelnen oder einer Gruppe von Bürgern für ‚einen guten Zweck'" (37), den Status-Quo, indem es Symptome wie Armut lediglich lindere, die jedoch systemische Ursachen haben. Ein durch Steuern finanzierter Staat müsste selbst in der Lage sein, Ressourcen entsprechend umzuverteilen, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Beim Punkt, *allen* ein gutes Leben zu ermöglichen, führt der Autor seiner Leserschaft das moralische Dilemma vor Augen: Der durch staatliche Transferzahlungen garantierte minimale Lebensstandard in westlichen Nationalstaaten gilt immer nur für die Bürger*innen des jeweiligen Nationalstaats. Die Moral endet also gleichsam an der Grenze des Staates. Der „westliche" Lebensstandard aber beruhe zu einem beträchtlichen Anteil auf billigen Produkten und Betriebsmitteln, deren Tiefpreis erst durch kaum vorhandene Umweltnormen, sehr niedrige Lebensstandards und Armut in anderen Ländern, also durch die Bereitschaft, für Hungerlöhne und bei unzureichender Absicherung zu arbeiten, möglich wird. Das System basiere also – so die Schlussfolgerung – auf der Prämisse globaler Ungerechtigkeit, für die auch ehrenamtliches Engagement oder Spendertum keine Lösungen sein können. Die Devise lautet also: *globales Umdenken*, das zu einer Änderung der Gesetzgebung für die Umsetzung der konkret vorgeschlagenen Reformen (mittelfristig und langfristig) nötig ist und nur durch die Bündelung von gesellschaftlichen Akteuren, sprich wählbaren politischen Bewegungen und Parteien, möglich sein kann. Der Teil A endet mit einer Auflistung von zwölf Ansprüchen, die die allermeisten Menschen teilen, wie adäquate Befriedigung von Grundbedürfnissen, Sicher-

heit, Mitbestimmung, Freiheit oder Frieden, und die es daher auch allen Menschen zu gewähren gelte.

Globales Umdenken in allen Bereichen

Auf dieser Grundlage aufbauend beschreibt der Autor in Teil B die notwendigen Schritte für ein solch globales Umdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen, das ihn zu einem vollständig erneuerten planetarischen Gesellschaftsentwurf führt. Dazu sei das Ende des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsgesellschaft nötig. Das Wachstums- und Wettbewerbsmodell sei keineswegs Sachzwang, sondern beruhe auf der gesellschaftlichen Engführung von beruflichem Erfolg und sozialer Anerkennung sowie von wirtschaftlicher Macht und politischem Einfluss. Denkt man diese Argumentationslinie des Autors weiter, so kann eine Post-Wachstums-Gesellschaft erst dann entstehen, wenn sich gesellschaftliche Werte grundlegend verändern. Die Vermittlung von Werten jenseits monetärer Bereicherung und Streben nach beruflichem Erfolg und Anerkennung ebneten den Weg für eine „Solidaritäts- und Toleranzgesellschaft, bei der das Sozialprestige des Individuums sich primär durch seinen Einsatz für die Gesellschaftsentwicklung definiert" (54).

Es brauche ein Wertesystem, das soziales Prestige nicht mit der Arbeit beziehungsweise dem gezahlten Lohn verknüpft, sondern nach dem Beitrag für die Gesellschaft bewerte. Ferner müsse es zu einer Entmonetarisierung kommen, die zunächst Güter in Form von Gemeingütern von der Marktlogik befreit und langfristig alle Güter und Dienstleistungen zu einem „kollektiv gesteuerten System von Produktion und Nachfrage/Notwendigkeit" überführt (59). Ein weiterer notwendiger Umbau bilde die Auflösung aller Staatsgrenzen, die den Weg zu einer einzig geeinten Weltgesellschaft bereitet. Ausformuliert wird die Form eines universalen Lebensstandards, der allen Weltbürger*innen gewährt werden solle und das wesentliche Ziel des Umbaus darstellt.

Im letzten Unterkapitel von Teil B geht es dann um die Frage, wie eine gesellschaftliche Organisations- und Produktionsstruktur aussehen könnte, die ein solches staatenloses und von einer umfassenden Marktlogik befreites System aufrechterhält. Grundlegend wird erneut auf ein Erziehungssystem verwiesen, das den Sinn und Zweck des Lebens jenseits individualistischen und materialistischen Strebens im gesellschaftlichen Miteinander vermittelt. Hinsichtlich der Produktionsstruktur sei es mit Hochtechnologie problemlos möglich, ausreichend Nahrungs- und Bedarfsgüter zu produzieren und zu verteilen. Zentral ist hier, dass die zum universellen Lebensstandard notwendigen Güter und Dienstleistungen als Gemeingüter deklariert sind und somit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Alles andere wäre während eines Übergangszeitraumes weiterhin auf einem freien Markt zu erwerben. Auch dazu werden Regulierungen vorgeschlagen, wie die Notwendigkeit einer objektiven Produktinformation (welche eine marktübliche Werbung ersetzt) oder eine partizipativ-demokratisch ausgehandelte maximale Güterzahl pro Familie. Aufgrund des systembedingten Wegfalls einer Reihe von Wirtschaftsbereichen und einer veränderten Bedarfskultur würde die Arbeitsleistung zunächst kurz- oder mittelfristig auf einen Mindestarbeitsbeitrag von zirka 20 Stunden pro Woche und Person reduziert, würde sich aber letztlich durch „eine systemkohärente Automatisierung der Produktionsprozesse graduell reduzieren" (81). Gesellschaftliche Leitlinien und Entwicklungen werden durch einen partizipativ demokratisch zusammengesetzten planetarischen Volkskongress ausgearbeitet. Die Gesellschaftsinstitutionen befassen sich dann vor allem mit der Gewährleitung der neu definierten Grund- und Menschenrechte sowie der Verwaltung der Gemeingüter. Dazu werden lokale und regionale demokratisch gewählte Verwaltungsräte vorgeschlagen, die Bedarfe kommunizieren, die die Grundlage zur Steuerung der Produktion und Verteilung der Güter und Dienstleistungen bilden. Zentral verwaltet wird die Produktion durch einen „Gesellschaftlichen Verwaltungsrat", der sich aus demokratisch gewählten regionalen Vertreter*innen zusammensetzt. Im Gesellschaftlichen Verwaltungsrat gibt es ferner

Fachkommissionen. Im Mittelpunkt steht jedoch die „Bildungs- und Ethikkommission", die „für Orientierung und Entwicklung des sozialen und ethischen gesellschaftlichen Fortschritts wegweisend ist, und sich aus den entsprechenden Empfehlungen letztlich alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ableiten." (84)

In Teil C werden die Eckpfeiler eines politischen Programms auf nationaler und internationaler Ebene vorgestellt, die in mittel- und langfristig angesetzten Reformen zur Gesamtgesellschaftlichen Moderne überleiten sollen. Auf nationaler Ebene gehe es mittelfristig um das ethische Fundament der institutionellen Erziehungs- und Ausbildungsinhalte, dass eine solidarische Gesellschaftsentwicklung erst ermöglichen soll sowie um die Begrenzung individueller Kapital und Machtakkumulation, den Abbau von Einkommensunterschieden, ein gesellschaftsorientiertes Geldwesen und Finanzierung, eine partizipatorische Unternehmensführung, genossenschaftliche Wirtschaftsweisen, ökologische Kreislaufwirtschaft, Regionalisierung sowie ein gesellschaftsorientiertes Steuer- und Sozialsystem. International soll vor allem eine Reform der Vereinten Nationen dazu führen, die Zusammensetzung und Machtverteilung im Sicherheitsrat entlang neuer Parameter demokratisch gerecht aufzuteilen und die Durchsetzungskraft von Regulierungen im Bereich der Menschenrechte, der Waffenproduktion, der Finanzmärkte, der Nutzung natürlicher Ressourcen, des Umwelt- und Genomschutzes sowie des Freihandels zu ermöglichen. Langfristig gilt es, die in Teil B beschriebene Gesamtgesellschaftliche Moderne Realität werden zu lassen. Auch hier werden Vorschläge einer schrittweise erfolgenden Vergesellschaftung von Produktions- und Dienstleistungssystemen vorgeschlagen, die über ein vom Geldwert befreites Gemeingut bis hin zur Schaffung eines universalen Lebensstandards für alle Menschen reichen.

Bündelung zivilgesellschaftlicher Kräfte

Insgesamt liefert das Buch einen erfrischend-pragmatischen Lösungsweg hin zu einer anderen, menschlicheren Gesellschaft. In einfachen Worten, bewusst ohne theoretisches Fundament und mit Hilfestellung von Graphiken und Auflistungen adressiert das Buch nicht (nur) Akademiker*innen, sondern zielt auf eine breite Leserschaft. Umfassende Themengebiete werden teils in knappen Absätzen behandelt. Geboten wird also eher ein thematisches Gerüst, an dem eine Weiterentwicklung vertiefend ansetzen kann. Das Besondere daran ist sicherlich, dass die Gesamtgesellschaftliche Moderne ein radikaler Paradigmenwechsel ist; die vorgeschlagenen Reformen aber dennoch sofort umgesetzt werden könnten, da sie schrittweise in kleineren Etappen hin zur angestrebten Gesellschaftsordnung führen.

Im gesamten Buch könnte man eine nicht explizit vom Autor formulierte Frage danach vermuten, warum die Menschheit tut, was sie tut, obwohl sie weiß, was sie weiß. Wieso handeln wir individuell und kollektiv zu unserem eigenen Schaden und zu dem anderer wider besseren Wissens? Ohne diese Frage im Buch en Detail zu behandeln, finden sich darauf an verschiedenen Stellen Antworten. So heißt es bereits zu Beginn, es gelte, festgefahrene Denkschemata und angebliche Gesetzmäßigkeiten über das menschliche Sozialverhalten zu überwinden. Dieser Prozess des Umdenkens wird insbesondere im Erziehungssystem und der Sozialisation verortet. So würden sich etwa Fragen der Arbeitswilligkeit im Sinne eines solidarischen Beitrags zur gesellschaftlichen Entwicklung gar nicht stellen, wenn ohnehin durch Erziehung und Sozialisation eine verinnerlichte Überzeugung Verbreitung fände, einen Beitrag aus eigenem Antrieb für eine Solidaritäts- und Toleranzgesellschaft leisten zu wollen. Da die Gesamtgesellschaftliche Moderne nicht von „oben" aufoktroyiert, sondern in einem basisdemokratischen Prozess beschlossen und verhandelt werden soll, steht am Ende des Buches auch der Aufruf zur Bündelung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Kräfte in einer politischen Bewegung oder Partei. Initiativen, die sich isoliert und lokal einer wettbewerbs- und profitorientierten Logik widersetzen, seien keine nachhaltige und gesamtgesellschaftliche Lösung; zumindest so lange nicht, wie sie lediglich eine Randerscheinung bilden und sich

im Einzelkämpfertum zersplittern, so dass sich keine breite gesellschaftliche Front für eine solidarische, altruistische und nicht-materialistische Welt bilden könne. Das Weltsozialforum versucht sich seit der Jahrtausendwende in der Bündelung zivilgesellschaftlicher Kräfte (Schröder 2018). Auch hier stellt sich immer wieder neu die Frage, wie aus dem Zukommen und dem Austausch zwischen einer Vielfalt an Protestanliegen, Organisationsformen (Gewerkschaften, Bewegungsnetzwerke, Basisaktivismus, Nichtregierungsorganisationen) und ethnischen, religiösen oder sexuellen Identitäten eine gemeinsame politische Linie gefunden werden kann. Das Weltsozialforum genauso wie auch die neuesten sozialen Bewegungen der 2010er-Jahre verstehen sich allein durch das Eröffnen von Räumen des Austauschs auf Augenhöhe als weltveränderndes Politikum. Das Buch bietet, wenn auch zum Teil notwendigerweise verkürzt, einen systematischen Überblick über Reformen hin zu einer anderen Gesellschaftsordnung, der gut zu dieser seit geraumer Zeit geführten Debatte zwischen Initiativen, Bewegungen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen beitragen und diese auch in Richtung eines strategischen Handelns weiterführen kann.

Christian Schröder, Saarbrücken

Literatur

Schroeder, Christian 2018: Analyse. Weltsozialforum – quo vadis? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 31, Heft 1-2,426–430.

Protest in Bewegung!

Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) 2017: Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. Leviathan Sonderband 33. Baden-Baden: Nomos.

Der von Priska Daphi, Nicole Deitelhoff, Dieter Rucht und Simon Teune herausgegebene Sonderband der Zeitschrift Leviathan wirft mit seinem Titel die Frage nach „Protest in Bewegung“ auf. Damit ist zweierlei gemeint: Zum einen fragt er nach Bewegung im Sinne eines Wandels, dem Protest in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten unterlegen ist. So wird auf die historische Dimension des Interesses verwiesen, das dem Sonderband zugrunde liegt. Zum anderen fragt er spezifisch nach Protesten, die sozialen Bewegungen zuzuschreiben sind. Damit thematisiert der Titel auch eine gegenstandsbezogene Einschränkung: Es interessieren nicht alle Proteste, sondern nur diejenigen, mit denen soziale Bewegungen ihre Anliegen öffentlich darstellen. Ein weiterer entscheidender Zuschnitt des Sonderbandes kann durch den Titel nicht mehr transportiert werden: Die Beiträge fokussieren – mit einer Ausnahme – die Veränderung von Bewegungsprotesten, an denen in Deutschland ansässige Protestakteure beteiligt sind. Die Frage nach Protest in Bewegung trägt somit zusätzlich einen nationalen Index.

Bestandsaufnahme seit den 1990ern

Die Leitthese des Bandes geht davon aus, dass sich mit den großen sozioökonomischen und geopolitischen Verschiebungen seit Ende der 1980er Jahre auch „die politische Ausdrucksform verändert hat“ (11). Die Beiträge des Sonderbandes loten Veränderungen der Inhalte, Formen und Effekte von Protesten im Zeitraum der vergangenen 30 Jahre aus, die sich am Beispiel deutscher Protestgruppierungen ablesen lassen. Die These, dass sich Proteste und ihre Effekte geändert haben, wird im Vorwort mit Verweis auf veränderte gesellschaftliche Kontextbedingungen überzeugend plausibilisiert. Dafür werden Diagnosen des postdemokratischen Zustands liberaler Demokratien, die zunehmende Relevanz von Mehrebenenregimen und Prozesse der Digitalisierung angeführt.

Der Sonderband ist in drei Themenblöcke strukturiert: Der erste Block versammelt Studien, die Proteste im Kontext von Transnationalisierung und Mehrebenensystemen betrachten. Dagegen werden im zweiten Teil Proteste sozialer Bewegungen vor dem Hintergrund der Diagnose eines postde-

mokratischen Zustands politischer Systeme analysiert. Im dritten und letzten Block werden schließlich kulturelle Dimensionen von Protesten seit den 1990er Jahren untersucht. Die Studien werden durch eine Einleitung und ein resümierendes Schlusskapitel der HerausgeberInnen eingeklammert und bieten dem Leser beziehungsweise der Leserin einen hilfreichen Orientierungsrahmen.

Transnationalisierung und Mehrebenenregime

In der Einleitung diskutieren *Rucht* und *Teune* Dimensionen von Protest, an denen sich seit den 1980er Jahren Kontinuitäten und Veränderungen ablesen lassen. Die Autoren greifen hierbei auf eigene Einschätzungen und bestehende Forschungsbefunde zurück und erarbeiten so eine Kontrastfolie, mit der die folgenden Einzelstudien abgeglichen werden können. An diese einleitende Rahmung schließen Beiträge an, die Proteste im Kontext von Transnationalisierung und Mehrebenensystemen untersuchen. *Regina Becker* und *Swen Hutter* analysieren zum Beispiel anhand einer Protestereignisanalyse, wie sich das Ausmaß und die Formen der Europäisierung der deutschen Protestarena im Zeitraum zwischen dem Maastrichter Vertrag und der Eurokrise entwickelt haben. Ein Kernbefund ihrer Analyse ist zum Beispiel, dass Protestereignisse mit einem thematischen Bezug zur Europäisierung zwar einen festen Bestandteil der deutschen Protestlandschaft darstellen, letztere aber keineswegs dominieren. Weiterhin stellen sie – im Kontrast zu früheren Befunden – fest, dass Proteste mit Bezug zum europäischen Integrationsprozess, sich typischerweise nicht an nationale, sondern an supranationale Adressaten richten. *Melanie Kryst* und *Sabrina Zajak* zeigen in ihrem Beitrag, dass sich bei Bewegungsprotesten zwar eine stärkere Tendenz beobachten lässt, Marktakteure zu adressieren, ohne jedoch staatliche Akteure aus den Augen zu verlieren. Sie zeichnen das Bild einer verbreiteten Doppelstrategie nach, die staats- und marktzentrierte Adressierungsstrategien miteinander kombiniert.

(Post-)Demokratie

Im zweiten Block sind Aufsätze versammelt, die Bewegungsproteste in Bezug zu Diagnosen einer Post-Demokratie setzen. Insgesamt lassen sich die Beiträge als Relativierungen simpler Entdemokratisierungs- und Entpolitisierungsdiagnosen lesen. So argumentiert zum Beispiel *Oliver Nachtwey*, dass es sich bei den Occupy-Protesten um ein Phänomen handelt, das als Ausdruck eines neuen sozialen Konfliktes verstanden werden sollte, in dem die demokratische und soziale Frage miteinander verknüpft seien und die Artikulation von „Citizenship“ im Zentrum stünden (162f.). Man hat es entsprechend mit einer gehaltvollen Politisierung krisenbetroffener demokratischer Gemeinwesen zu tun. *Sigrid Baringhorst* und ihre Mit-Autorinnen thematisieren dagegen das Potential digitaler Technologien für Protestartikulation. Sie zerstreuen hierbei das Bild eines folgenlosen digitalen „Faulenzeraktivismus“ und weisen darauf hin, dass man es oft mit Hybridkampagnen zu tun hat, die Offline- und Online-Praktiken miteinander verschränken. Die Autorinnen argumentieren überzeugend, dass die wachsende Bedeutung von Online-Kommunikation keineswegs die Diagnose einer postdemokratischen Partizipation erlaube.

Protestkulturen im Wandel

Im dritten und letzten Block sind Beiträge gebündelt, die den Wandel und die Differenzen von Protestkulturen untersuchen. Als Botschaft lässt sich mitnehmen, dass Protest sich im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte zu einer normalen Form politischer Teilnahme entwickelt hat und dass Proteste durch ihren nationalstaatlichen Kontext weiterhin geprägt werden. In diesem Sinne lässt sich *Lisa Beckmanns* und *Christian Lahusens* Studie zum Wandel von Protestformen in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum von 1990 bis 2013 lesen. Sie kommen zum Schluss, dass die ursprünglich bestehenden Differenzen der Proteste zwischen Ost und West abgenommen haben und in beiden Landeshälften Protest zu einer normalen Form der politischen Beteiligung geworden sind. *Sieglinde Rosenberger* und ihre

Mit-Autorinnen analysieren Differenzen in Abschiebe-Protest-Kulturen zwischen Deutschland und Österreich. Sie kommen zum Resultat, dass die politischen Kontextfaktoren der beiden Länder unterschiedliche Protestmerkmale erklären. Sie stellen hierbei fest, dass die Einzelfall- und Implementierungsorientierung in Österreich ausgeprägt ist und sich im Gegensatz dazu in Deutschland die Kritik am Abschieberegime als relevanter erweist. Ebenfalls kommen sie zum Schluss, dass die typischen Protestakteure in Österreich und Deutschland divergieren: In Österreich sind besonders nichtorganisierte Bürgerinnen und Bürger relevante Akteure, während in Deutschland Aktivistinnen und Aktivisten von größerer Bedeutung sind. *Dieter Rink* zeigt in seinem Beitrag schließlich, wie sich die Montagsdemonstration als Protestparadigma in Leipzig entwickelt hat. Dabei zeichnet er nach, wie die Montagsdemonstration nach der Revolution von 1989 in Leipzig durch Arbeits- und Sozialproteste, Friedensproteste und durch rechte Mobilisierungen sowie linke Gegenmobilisierungen angeeignet wurden. Rink hält im Rahmen seiner Diskussion fest, dass das Protestparadigma der Montagsdemonstration in das gesamtdeutsche Protestgeschehen Eingang gefunden habe.

Willkommene Rückschau und Bündelung

Wie von einem Sammelwerk nicht anders zu erwarten, streuen die konkreten Interessen und Problemstellungen der einzelnen Beiträge weiter, als es die plausibel gewählten Themenblöcke zunächst nahelegen. Deshalb liefert der abschließende Beitrag von *Daphi* und *Deitelhoff* eine willkommene Rückschau und Gewichtung der Beiträge. Diese werden entlang der thematischen Schwerpunkte von Transnationalisierung und Entpolitisierung gebündelt. Bezüglich Transnationalisierung stellen die Autorinnen fest, dass Proteste zwar zunehmend eine transnationale Dimension aufweisen, dies sich jedoch nicht als ein Nullsummenspiel im Verhältnis zu nationalen oder lokalen Bezügen begreifen lässt. Vielmehr vermischten sich transnationale, nationale und lokale Dimensionen des Protests (309). Im Zusammenhang der Frage nach der Entpolitisierung, also der Entleerung des Protestes von politischen Inhalten (311) beobachten die Autorinnen eine Normalisierung, die sich unter anderem anhand von Tendenzen der Diversifizierung, Spezialisierung und breiten Bündnissen von Protest zeigt. Die Autorinnen sehen den Bezug zu Entpolitisierung hierbei darin, dass Proteste entweder durch NIMBY-Anliegen partikularisiert werden (Diversifizierung und Spezialisierung) oder an inhaltlicher Kontur verlieren können (breite Bündnisse). Sie halten jedoch fest, dass sich trotz dieser Tendenzen auch Phänomene der Re-Politisierung feststellen lassen. Damit meinen sie, dass Proteste nach wie vor „kollektive Forderungen im Sinne des Gemeinwohls erheben und systemkritische Fragen stellen" (314). Eine überzeugende Diagnose ist hierbei, dass die (Re-)Politisierung von Protest sich besonders durch eine – zumindest partielle – Abkehr von postmaterialistischen Werten und Hinwendung zu Verteilungsproblematiken kennzeichnet. Auffällig an der abschließenden Klammer ist, dass eine eigenständige Diskussion der Digitalisierung im Rahmen eines Subkapitels ausbleibt. Aspekte computervermittelter Kommunikation werden zwar im Zusammenhang von Transnationalisierung und Entpolitisierung mitdiskutiert, finden aber selbst keine eigenständige Würdigung, was angesichts des aufgespannten Horizontes des Vorwortes und der Einleitung etwas überrascht. Dies muss man keineswegs als Problem sehen. Einschlägig interessierte Leserinnen und Leser, die die Erträge des Bandes vor dem Hintergrund des zu Beginn aufgespannten Kontextes (Mehrebenenregime, Postdemokratie, Digitalisierung) sichten, könnten allerdings in dieser Hinsicht etwas enttäuscht werden.

Breiter Interessenzuschnitt, Reichtum an empirischen Einsichten

Der Sonderband plädiert für empirische Forschung zur Veränderung von Protest unter Bedingungen von Transnationalisierung, (post-)demokratischen Entwicklungen und Digitalisierung. Unter Rückgriff auf diese etablierten Diagnosen beansprucht er, mit seinen Beiträ-

gen Grundlagen einer in der Zeitdimension sensibilisierten Auseinandersetzung gelegt zu haben. Dieser Interessenzuschnitt ist offensichtlich relativ breit: Er erlaubt es prinzipiell, Studien mit divergierenden theoretischen und methodischen Präferenzen unter einem gemeinsamen Nenner zu versammeln. Diese „Masterrahmung" des Forschungsinteresses bietet selbst die Chance, eine Vielzahl von Forscherinnen und Forschern ins Gespräch zu bringen und breite Allianzen herzustellen. Sie birgt aber auch die Gefahr einer relativ assoziativen Verknüpfung beziehungsweise Zusammenstellung von Beiträgen, die hinsichtlich Problemstellungen und konzeptuellen Entscheidungen nur schwach integriert werden können. Ob der gewählte Zuschnitt in Zukunft einen belastbaren kollektiven Arbeitszusammenhang zu stiften vermag, ist eine offene Frage. Sein Anspruch, einen Beitrag für die Bestandsaufnahme der Entwicklung von Protest in den zurückliegenden Jahren zu leisten, löst der Band jedoch ein und liefert dabei einen Reichtum an empirischen Einsichten.

Luca Tratschin, Luzern

Die Kunst des „Faulen Handelns"

Lazzaro, Maurizio 2017: Marcel Duchamp und die Verweigerung der Arbeit. Wien u. a.: transversal texts.

Vor 100 Jahren ließ Marcel Duchamp ein signiertes Pissoir in eine Kunstausstellung stellen. Indem der als „Fountain" betitelte Alltagsgegenstand als Kunst anerkannt wurde, war klar: Der Mythos von Genie und Schöpfertum ist zerstört. Fortan machte der Kontext – Signatur, Institution etc. – die Kunst und weder Innerlichkeit noch das Material und seine Form sind dafür ausschlaggebend. Duchamp machte dann nicht mehr viel. Er wollte eigentlich kein Künstler sein. Diese Verweigerung Duchamps nennt der Soziologie Maurizio Lazzarato nun das „faule Handeln" (22). Er sieht darin zugleich eine sozioökonomische Kritik an der Kommerzialisierung des Kunstsystems und eine philosophische Kategorie, die Handeln, Zeit und Subjektivität neu ordnet. Das „faule Handeln" ist grundsätzlich gegen jenes rational kalkulierte Verhalten gerichtet, „für das der Zweck, nämlich das Geld, alles ist und der Prozess nichts" (53). Lazzarato, der der postoperaistischen Theorie um Antonio Negri und Paolo Virno zuzurechnen ist, bespricht nicht nur die individuelle Haltung Duchamps, sondern weist gleich zu Beginn auch auf eine kollektive Tradition der Weigerung hin: „Die Verweigerung der Arbeit ist vielleicht die wichtigste politische Kategorie des italienischen Operaismus" (9). Befreiung, so die Auffassung innerhalb dieser neomarxistischen Strömung, lasse sich nicht im Kampf *um* die Arbeit – ihre Verbesserung, ihre Verkürzung – erreichen, sondern nur im Kampf *gegen* sie.

Die Idee, das „faule Handeln" Duchamps mit den Politiken der radikalen ArbeiterInnenbewegung kurzzuschließen, ist gerade in einer Gegenwart bestechend, in der die künstlerischen Produktions- und Lebensmodelle mit ihrer Flexibilität und Leidenschaft zum Prototyp für alle möglichen Arbeitsverhältnisse geworden sind. Oder zumindest zur Anforderung an alle möglichen Jobs. Allerdings bleibt die Ausführung dieser Idee dann Antworten schuldig. Die Fragen dazu betreffen sowohl die Theorie als auch die Politik.

Macht und Verweigerung

Theoretisch ist die Arbeitsverweigerung immer als Prozess betrachtet worden, der auch die Identifikation mit der Arbeit durchbricht. „Das faule Handeln" schreibt Lazzarato dementsprechend, „ist eine Operation der Entklassifizierung, die es erlaubt, sich aus den Unterwerfungen zu lösen, insbesondere aus der Identifikation mit dem Beruf" (41). Die Frage stellt sich allerdings, wann und unter welchen Bedingungen ein solcher Bruch gelingt. Duchamp bringe die „Bedingungen und Effekte, die einen politischen Bruch charakterisieren" (51) zur Sprache, schreibt Lazzarato. Aber genau das tut er nicht. Das Tun des/der einzelnen Kunstschaffenden wird bei Duchamp überhaupt nicht auf seine kollektiven Vorausset-

zungen befragt, seien es soziobiografische, seien es klassenbezogene. Auch wenn Lazzarato die Unterschiede zwischen Massenstreik und individueller Verweigerungshaltung durchaus bewusst sind, er greift sie nicht mehr auf. Die Gelingensbedingungen effektiver Brüche werden, wie in anderen postoperaistischen Ansätzen auch, ausgeklammert. Aber das individuelle Handeln eines Sohnes aus dem Bürgertum, der schon zu Lebzeiten als Wegbereiter der modernen Kunst gefeiert wurde, lässt sich eben nicht verallgemeinern. Duchamps Verweigerung ist nur deshalb so wirksam – bis hin zum Aufgreifen durch Lazzarato –, weil er als Person und Position seine Reputation und Legitimität im Kunstfeld generiert hat. Das unterscheidet ihn von all den anderen, namenlosen KünstlerInnen, deren „faules Handeln" Effekte allein in deren eigenen Leben als Defizit an Einkünften und Anerkennung zeitigt. Dass sich Duchamps Haltung nicht verallgemeinern lässt, führt auch zur politischen Frage. Es ist die Frage nach den Möglichkeiten, sich gegenüber den „Machtdispositiven" (26) zu positionieren, die jede Produktion rahmen – auch die der eigenen Subjektivität. Was nützt die persönliche Verweigerung politisch, wenn sie niemand wahrnimmt?

Das Elend der Soziologie

Viel interessanter als der titelgebende Text ist in dieser Hinsicht der zweite Teil des Buches. Hier bezieht sich Lazzarato nämlich konkret auf die Kämpfe der Intermittents in Frankreich. Die prekär Beschäftigten im Kulturbereich hatten in den vergangenen Jahren immer wieder mit öffentlichen Protestaktionen von sich und dem Wandel der Arbeitsverhältnisse reden gemacht. Lazzarato beschreibt diese Kämpfe unter der Überschrift „Das Elend der Soziologie". Er grenzt sich darin von zwei Positionen ab, die als tonangebend in der Frage gelten können, inwieweit künstlerische Arbeitsverhältnisse sich verallgemeinert haben: Pierre-Michel Menger einerseits und Luc Boltanski und Éve Chiapello andererseits. Er wirft beiden Ansätzen vor, zentrale Veränderungen der Arbeitswelt nicht richtig konzipiert zu haben. Beide sprechen über Prekarisierungen immer nur als Abweichung und Ausnahme gegenüber dem Ideal der Vollbeschäftigung.

Während er Menger vorwirft, keine Ahnung vom Kapitalismus zu haben, richtet sich Lazzaratos Kritik an Boltanski und Chiapello vor allem gegen die Blindheit gegenüber tatsächlichen sozialen Kämpfen. Boltanski und Chiapello hatten ein Modell von Kritikformen entwickelt, in dem sie eine an Autonomie und Freiheit ausgerichtete „Künstlerkritik" einer an Stabilität und sozialer Sicherheit orientierte „Sozialkritik" gegenüberstellen. Die „Künstlerkritik" hatten sie als unzureichend gebrandmarkt und damit letztlich gegen das „Denken von 68" und für gewerkschaftliche Interventionsformen plädiert. Dieses dualistische Modell aber, zeigt Lazzarato, zerschellt an der Wirklichkeit. „Die sechs Worte eines Slogans der Bewegung der Intermittents du spectacle (‚Pas de culture sans droits sociaux'/ ‚Keine Kultur ohne soziale Rechte') genügen, um die gesamte Konstruktion der politischen Subjektivierungsprozesse ins Wanken zu bringen, die Boltanski und Chiapello aufbieten" (91). Übersetzt bedeutet das Motto schlicht „Keine Freiheit, Autonomie, Authentizität ohne Solidarität, Gleichheit, Sicherheit". Diese Verknüpfung in seinem Text hervorzuheben, ist sicherlich das Verdienst von Lazzarato. Denn es ist nicht nur ein realistischer Blick auf soziale Bewegungen. Es weist auch in theoretischer Hinsicht darauf hin, dass Kämpfe um und gegen die Arbeit immer Kämpfe um Subjektivierungsweisen sind.

Wenn auch die prekäre Situation keine Ausnahme mehr ist, Kampfbereitschaft und gar politische Erfolge aus dem kulturellen Feld heraus sind es allemal. Dass die „hochqualifizierten, äußerst mobilen Künstler*innen und Techniker*innen" (90) die ersten waren, die das „Nein" zur Prekarisierung lauthals verkündeten, wie Lazzarato betont, ist sicherlich nicht falsch. Aber genau das lässt sich eben nicht auf den gesamten Kulturbereich im Sinne einer Disposition zur erfolgreichen Verweigerung verallgemeinern. Wozu Lazzarato leider tendiert.

Jens Kastner, Wien

Ulrich Brand/Mathias Krams: *Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden* (FJSB 4/2018: S. 18-26)
Bereits seit zehn Jahren arbeiten soziale Bewegungsakteur*innen in Deutschland (und darüber hinaus) mit den Konzepten „Postwachstum" und „Degrowth". Dieser Artikel skizziert die Entwicklung und inhaltlichen Grundpfeiler der Degrowth-Bewegung und geht der Frage nach, ob sich das Konzept über die Jahre überlebt oder bewährt hat. Ausgehend von den Erfahrungen der Bewegung für Klimagerechtigkeit wird aufgezeigt, wo zukünftig strategische Hürden und Potentiale liegen. Eingegangen wird dabei insbesondere auf (1) die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Perspektive, (2) die Bedeutung institutioneller Arrangements, (3) die Rolle des Faktors Arbeit sowie (4) den Einfluss sozialer Macht und Herrschaft. Es wird konstatiert, dass wenn es der Degrowth Bewegung gelingt Antworten auf die im Text aufgeworfenen Fragen zu finden, strategische Rückschlüsse daraus zu ziehen und in ihre Praxis zu übersetzen, sie sich noch lange nicht überlebt hat und in der Lage sein wird, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Ulrich Brand/Mathias Krams: Ten years of degrowth as a radical political perspective: opportunities and obstacles (FJSB 4/2018: pp. 18-26)
Social movement actors in Germany (and beyond) have been working with the concepts of postgrowth and degrowth for ten years now. This article outlines the development and important elements of the Degrowth Movement. Furthermore, it explores the question of if the concept withered away over the years or whether it has proven itself. Based on the experiences of the Climate Justice Movement, future strategic potential and obstacles are identified. Particular attention is given to (1) the need for a comprehensive perspective, (2) the importance of institutional arrangements, (3) the role of labour, and (4) the influence of social power and domination. The authors conclude that if the Degrowth Movement succeeds in finding answers to the questions raised in the text, if it draws strategic conclusions from them and translates them into their practice, it will not wither away in the near future, but will be able to face new challenges.

Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer: *Revolution predigen, Karottensaft trinken? Zum Zusammenhang von Strömungen, Lebensstilen und Aktivismus im Degrowth-Spektrum* (FJSB 4/2018: S. 26-36)
Bei Degrowth oder Postwachstum handelt es sich – wie bei jedem politisch-aktivistischen Akteursspektrum – nicht um einen einheitlichen Block, sondern um ein in jeder Hinsicht (praktisch, sozial, politisch) heterogenes, von vielfältigen Spannungslinien durchzogenes Feld. In bisherigen Arbeiten wurden hier vor allem die inhaltlich-politischen Positionierungen im Degrowth-Spektrum analysiert und entsprechende Strömungen unterschieden. Unter Einbeziehung von Daten zur aktivistischen und alltäglichen Praxis der Befragten entwickeln wir in diesem Artikel mit Hilfe einer Multiplen Korrespondenzanalyse einer Teilnehmendenbefragung der Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 ein Gesamtbild, eine Art „Landkarte", des sozialen Feldes des Degrowth-Spektrums, auf der Einstellungen und Praxis zueinander ins Verhältnis gesetzt werden.

Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer: *Preaching revolution, drinking carrot juice? On the connection between trends, lifestyles and activism within the degrowth spectrum* (FJSB 4/2018: pp. 26-36)
As is the case with any political-activist spectrum of actors, Degrowth is not a unitary block, but a field that is crisscrossed by multiple lines of tension and heterogeneous in all respects (practically, socially, politically). Previous research on the Degrowth spectrum has mostly focused on the differing political and strategic stances present within it, identifying several distinct currents in Degrowth debates and among grassroots activists. In this article, we use a multiple correspondence analysis of data on the activist and everyday practices of respondents of a survey at the Leipzig Degrowth conference in 2014 to map the social field of the Degrowth spectrum in a more comprehensive way, systematically relating attitudes and practices to one another.

Andreas Heilmann/Sylka Scholz: *Warum Männlichkeit ein Thema der Degrowth-Bewegung sein sollte – Plädoyer für eine Perspektivenvertiefung* (FJSB 4/2018: S. 36-44)
Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass in den Debatten der Degrowth-Bewegung das Thema Männlichkeit bisher kaum eine Rolle spielt. Dies ist insofern überraschend, als der Aufstieg des wachstumsorientierten Kapitalismus mit der Herausbildung einer spezifischen männlichen Subjektivierungsweise verknüpft ist. Anhand des Konzeptes der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen) diskutieren wir exemplarisch, wie die Kategorie Männlichkeit in die Analyse kapitalistischer Wachstumsgesellschaften einbezogen werden kann und welche Erkenntnisse dadurch zu gewinnen sind. Anschließend wenden wir uns der Frage nach möglichen Bündnissen zwischen gleichstellungsorientierten Männlichkeitspolitiken und Degrowth-Bewegung zu. Wir argumentieren, dass sie sich bezüglich einer Politik der De-Privilegierung überschneiden und sich gegenseitig stärken könnten, um eine solidarische Lebensweise auf den Weg zu bringen.

Andreas Heilmann/Sylka Scholz: *Why the degrowth movement should look at masculinity – a plea for deepening perspectives* (FJSB 4/2018: pp. 36-44)
Abstract: The article starts off by observing that the subject of masculinity does not currently play a role in debates within the edgrowth movement. This is surprising, as the rise of growth-oriented capitalism is linked to the emergence of a specifically masculine way of subject-orientation. Using the concept of imperial lifestyle (Brand/Wissen) as an example, we discuss how the categories masculinity are integrated into the analysis of capitalist growth societies and which insights can be obtained from this. We then turn to the question of potential alliances between equality-oriented masculinity politics and the degrowth movement. We argue that they strongly intersect in relation of de-privileging politics and could strengthen one another in order to encourage lifestyles based on solidarity.

Dorothea Schoppek: Mitschwimmen oder untergehen? Diskursive Strategien einer Degrowth-Bewegung (FJSB4/2018: S. 44-51)
Dieser Beitrag diskutiert den Umgang von Politik und Parteien mit Wachstum die Beziehung dieser Sphäre zur Postwachstumsbewegung diskutiert. Basierend auf eigenen Daten und anderen Analysen wird argumeniert, dass das Verhältnis zwischen Politik und Postwachstum ein kompliziertes ist: Hier Wirtschaftswachstum als zentrales Paradigma; dort fundamentale Kritik an diesem Dogma und die Überzeugung, dass auf einem begrenzten Planeten kein unbegrenztes Wachstum möglich sei. Verschiedene Formate haben in den vergangenen Jahren einen Austausch und erste Annäherungen sowie Reflexion der eigenen Überzeugungen ermöglicht. Auf Seite der Postwachstumsbewegung finden sich diverse Positionen bezüglich des gewünschten Grads der Annäherung an institutionalisierte Politik sowie der Widerständigkeit des eigenen politischen Vorgehens. Als Ausblick werden die Bedingungen des Aufeinanderzugehens sowie zwei denkbare Pfade der Bewegung aufgezeigt: eine stärkere Annäherung an Politik und eine Intensivierung der kritischen Distanz zu dieser.

Dorothea Schoppek: *Swim along or sink? Discourse strategies of a degrowth movement* (FJSB4/2018: pp. 44-51)
On the basis of data partically collected by the authors, this article sets out to discuss the relation between the degrowth debate and movement on the one side, and politics and parties on the other. First conclusion: It is a rather complicated relationship as politics is based on growths as its central paradigm, and the degrowth movement unites behind the criticism of exactly that paradigm based on the shared principle that infinite growth is impossible on a finite planet. Second conclusion: Nevertheless, exchange between these two spheres happened and happens, allowing reflections of one's own approaches as well as small steps toward one another. Third

conclusion: On part of the degrowth movement diverse positions with regards to institutionalised politics exist ranging from first approaches for a closer relation to resistant forms of activism. As an outlook, the article discusses two imaginable ways for the degrowth movement: closer convergence with politics or intensified political resistance.

Dennis Eversberg: *Gefährliches Werben. Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt* (FJSB 4/2018: S. 52-61)
Eine immer wieder geäußerte Kritik an Postwachstums- und Degrowth-Ansätzen unterstellt diesen unreflektierte Offenheiten und Anknüpfungspunkte für eine Unterwanderung oder Instrumentalisierung durch autoritär-nationalistische und völkisch-rassistische Akteure, oder gar stillschweigende Sympathie für deren Positionen. Der Beitrag geht dieser Kritik nach, indem er aufzeigt, in welcher Weise sich verschiedene rechte Gruppierungen und Autoren auf Wachstumskritik beziehen, wie sie sie zu vereinnahmen versuchen, und welche Argumente aus der wachstumskritischen Diskussion sich ihnen dafür besonders anbieten. Anschließend wird der Umgang der verschiedenen Strömungen von wachstumskritischer Debatte und Aktivismus in Deutschland mit solchen Avancen diskutiert, und es werden Anforderungen an eine ‚vereinnahmungsfeste' wachstumskritische Position herausgearbeitet.

Dennis Eversberg: *Dangerous flirtations. On connectivity potentials of the post-growth debate to authoritarian nationalsm – and how to counter them* (FJSB 4/2018: pp. 52-61
Post-growth and degrowth approaches are often criticised for not sufficiently reflecting on the entry points they offer for authoritarian nationalist and racist actors to ‚hijack' their ideas, or they even accused of tacitly sympathising with the ideologies propagated by such groups. This contribution looks into the factual justification that German growth critics' actions offer for such suspicions. It does so by first pointing to the ways in which different groups and authors within the authoritarian nationalist right refer to arguments from post-growth thought, to how they try to hook onto them and integrate them into their own racist accounts, and to what arguments within the growth-critical debate are particularly well suited for such appropriation. It then gives a short account of how the different currents of post-growth thought and activism in Germany have recently been dealing with such overtures, and finally discusses basic requirements for a robust degrowth concept not vulnerable to them.

Frank Adler: *Einstiege in eine demokratische Postwachstums-Transformation: Strukturreformen für einen wachstumsunabhängigen Wohlstand (*FJSB 4/2018: 61-70)
Eine PW-Transformation sollte demokratisch, friedlich und maßgeblich durch Druck von unten erfolgen. Realität werden kann diese in der PW-Szene dominante Hoffnung nur, wenn bereits unter den jetzigen Verhältnissen wesentliche Elemente eines PW-kompatiblen Wohlstands für kritische Massen auch der „Durchschnittsbevölkerung" attraktiv werden. Der Artikel erläutert,
welche Inhalte ein PW-kompatibles Modell von Wohlstand haben und auf welche empfundene Defizite im wachstumsorientierten Reproduktionsprozess es damit antworten könnte,
inwiefern praktisch erfahrbare Erfolge seiner Verwirklichung zugleich Ursachen für Wachstumsorientierung und Konsumismus suspendieren oder eindämmen können,
an welchen Forderungen und Kämpfen politisch relevanter Akteure dabei angeknüpft werden kann und welche Allianzchancen für Degrowth sich damit eröffnen und
warum der damit mögliche Druck von unten in radikale strukturelle Reformen münden sollte, die Bedingungen und Akzeptanz für einen wachstumsunabhängigen Wohlstand verbessern, damit auch für weitergehende PW-Transformationen.

Frank Adler: *Pathways into a democratic post-growth transformation: structural reforms for prosperity independent of growth* (FJSB 4/2018: pp. 61-70)
A postgrowth- transformation should be a democratic, peaceful and mainly bottom-up driven process. This is a prevailing hope within the degrowth-spectrum. It only can become reality if substantial elements of a postgrowth-compatible prosperity are attractive for critical masses of the „average population" under the present social conditions. The paper shows

- what such a model of prosperity could comprise, and which perceived deficiencies it responds to,
- how perceived success in this regard could confine growth drivers and consumerism,
- which claims and struggles by relevant social and political actors such a strategy could link to, what chances for degrowth-alliances it opens up and
- why the bottom-up-pressure strengthened thus should lead to structural reforms, which improve both the conditions and acceptance of a good life independent of economic growth and thereby also for further socio-ecological transformation.

Hauke Dannemann/Anna Holthaus: *Degrowth wächst an Geschlechterperspektiven – Analyse von Genderaspekten in Degrowthkonzeption und -praxis"* (FJSB 4/2018: S. 71-79)
Trotz zunehmender Anstrengungen finden Genderaspekte der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in deutschsprachigen Debatten um Postwachstum und Degrowth wenig Beachtung. In diesem Artikel werden diesbezügliche Leerstellen sowohl auf konzeptioneller Ebene am Beispiel der Postwachstumsökonomik und -ökonomie Niko Peachs als auch in der Praxis der Degrowthbewegung anhand empirischer Forschungsergebnisse in Deutschland aufgezeigt. Ihnen werden Potentiale feministischer Forschung und Praxis für Degrowthkonzepte und -bewegung gegenübergestellt, um die Forderung nach einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation, die auch notwendig auf die Überwindung patriarchaler Geschlechterverhältnisse zielen muss, zu Zeiten gesellschaftlicher Regressionstendenzen zu bestärken.

Hauke Dannemann/Anna Holthaus: *Degrowth benefits from gender perspective - analysing gender aspects in degrowth concepts and practice"* (FJSB 4/2018: pp. 71-79)
This paper addresses gender aspects of societal relationships to nature and their insufficient integration in German debates on *Postwachstum* (post-growth) and degrowth. The authors analyse conceptual blind spots using the example of the approach by Niko Paech, as well as empirical research results on practices in the degrowth movement in Germany. Against the backdrop of societal tendencies of regression, they emphasis potentials of feminist theory and practice for degrowth concepts and the degrowth movement. To work on an emancipatory socio-ecological transformation, degrowth has to overcome its shortcomings and necessarily target environmental *and* gender injustices.

Online Supplement FJSBplus

Ricardo Kaufer/Paula Lein: Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
Die Hambacher Forstbesetzung kann als derzeit zentrales, ökologieorientiert-anarchistisches Widerstandsprojekt in Deutschland bezeichnet werden. Anarchisten*innen im Hambacher Forst sind Teil der deutschlandweiten und transnationalen Anti-Kohle-Bewegung. Zentrale Prinzipien der anarchistischen Praxis innerhalb der Forstbesetzung sind Dezentralität, freiwilliger Zusammenschluss für die Durchführung direkter Aktionen und die Praktizierung einer versammlungsbasierten Lebensweise. Günstig für den Widerstand erscheint die Anschlussfähigkeit der Ziele der Forstbesetzung an gesellschaftliche Ziele und die relativ einfach zu kommunizierende Gegenüberstellung von nachhaltiger und ausbeutender Produktions- und Lebensweise (Hambi bleibt! vs. RWE).

Ricardo Kaufer/Paula Lein: „Hambacher Forst": analysis of an anarchist eco-occupation (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
An eco-anarchist movement (Hambi bleibt!) occupied the Hambach forest in Germany to prevent it's clearing by the RWE Power AG. This occupation is currently the most important eco-anarchist resistance project in Germany. Hambi bleibt! is part of the transnational anti-coal and climate-justice-movement. Central anarchist organizational principles within the occupation movement are de-centrality, horizontality and an assembly-based consensus-democracy. The anarchist movement aims at a transformation of the current fossil fuels based energy regime.

Ulrich Demmer: *Was ist „aktivistische Forschung" in, mit und für Degrowth? Fragestellungen, Reflexionen, partielle Antworten* (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
Für und in sozial-ökologischen Bewegungen wie Degrowth gewinnt die ‚aktivistische Forschung' als Methode und als epistemologischer Ansatz an Bedeutung. Die aktivistische Forschung markiert einen ‚performative turn' – weg von der darstellenden Rolle hin zu den realitäts- und wissenskonstituierenden Funktionen von Wissenschaften sowie zur Anerkennung von Bewegungen als Foren und Praxen der Wissensproduktion. Damit werden grundlegende epistemologische Oppositionen brüchig: zwischen Forschung und Aktivismus, Subjekt und Objekt, Wissenschaft und Politik, Experten- und Laientum, ethischer Positionierung und Neutralität, u. a. Der Essay reflektiert auf persönliche Erfahrungen des Autors und auf Arbeiten insbesondere der ethnologischen aktivistischen Forschung: Wie stellen sich die obigen Dualismen in der aktivistischen Forschung dar? Welche Werkzeuge stehen der aktivistischen Forschung zur Verfügung? Was bedeutet dies für die ‚ontologische Politik' (Law und Urry 2004) der Forschung?

Ulrich Demmer: *What is „activist research" within, with and for degrowth? Questions, reflections, partial answers* (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
For and in social and socio-ecological movements, and in particular for and in Degrowth, ‚activist research' is increasingly discussed and visible as both a method and a epistemological stance. In both domains this trend marks a ‚performative turn' from representation to construction underscoring the reality- and knowledge constituting role of science, as well as the recognition of social movements as fora and practices of knowledge production. In its wake the often sharp traditional oppositions between research and activism, subject and object, science and politics, expert- and lay knowledges, ethical positioning and scientific objectivity are becoming flawed. Reflecting on his personal experiences and those of other activist researchers, in particular in social anthropology, the author asks: How do such relations look like in activist research? Which research-tools are available? What does that mean for the ‚ontological politics' (Law and Urry 2004) of social movements research?

Jana Holz: *Postwachstum politisch und Wachstumskritik in der Politik. Ein kompliziertes Verhältnis mit Potenzial* (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
In diesem Beitrag wird anhand von – u. a. eigenen – Daten zur Postwachstumsbewegung und dem Umgang von Politik und Parteien mit Wachstum die Beziehung beider Sphären diskutiert. Denn diese ist kompliziert: Hier Wirtschaftswachstum als zentrales Paradigma; dort fundamentale Kritik an diesem Dogma und die Überzeugung, dass auf einem begrenzten Planeten kein unbegrenztes Wachstum möglich sei. Verschiedene Formate haben in den vergangenen Jahren einen Austausch und erste Annäherungen sowie Reflexion der eigenen Überzeugungen ermöglicht. Auf Seite der Postwachstumsbewegung finden sich diverse Positionen bezüglich des gewünschten Grads der Annäherung an institutionalisierte Politik sowie der Widerständigkeit des eigenen politischen Vorgehens. Als Ausblick werden die Bedingungen des Aufeinanderzugehens sowie zwei denkbare Pfade der Bewegung aufgezeigt: eine stärke Annäherung an Politik und eine Intensivierung der kritischen Distanz zu dieser.

Jana Holz: *Political degrowth, growth criticism in politics – a compicated relationship with potential* (FJ SB 4/2018, Online Supplement FJSBplus)
On the basis of – partly own – data, this article sets out to discuss the relation between the degrowth debate and movement on the one side, and politics and parties on the other. First conclusion: It is a rather complicated relationship as politics is based on growths as its central paradigm, and the degrowth movement unites behind the criticism of exactly that paradigm based on the shared principle that infinite growth is impossible on a finite planet. Second conclusion: Nevertheless, exchange between these two spheres happened and happens, allowing reflections of one's own approaches as well as little steps toward one another. Third conclusion: At the side of the degrowth movement diverse positions with regards to institutionalised politics exist ranging from first approaches for a closer relation to resistant forms of activism. As an outlook, the article discusses two imaginable ways for the degrowth movement: closer convergence with politics or intensified political resistance.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 31, Heft 3, September 2018

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif (†); Jan Rohwerder, PD Dr. Jochen Roose

Abstracted/Indexed in: SCOPUS, Gesis, GBI/Genios, SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts, BLPES (International Bibliography of Sociology)

Preis- und Bezugsinformationen, Hinweise zur Manuskripteinreichung und zu älteren Jahrgängen stehen unter www.degruyter.de/journals/fjsb zur Verfügung.

ISSN 2192-4848 • **e-ISSN** 2365-9880

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; Jannis Grimm, Berlin; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Aleksandra Lewicki, Berlin; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Dr. Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; PD Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; PD Dr. Jochen Roose, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; Moritz Sommer, Berlin; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Markus Mertens, Mannheim; Florian Muarrawi, Kassel; Franziska Scholl, Berlin; Regina Vierkant, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Rudolf Speth, Berlin (V.i.S.d.P.)

Rubrikverantwortlichkeiten: *für IPB beobachtet* Moritz Sommer, E-Mail: sommer.moritz@fu-berlin.de, und Jannis Grimm, E-Mail: ji.grimm@fu-berlin.de; *für Pulsschlag* Alexander Flohé, E-Mail: alex.flohe@web.de; *für Literatur* Dr. Karin Urich, E-Mail: karin.urich@online.de, und Moritz Sommer, E-Mail: moritzsommer@gmail.com; *für die Rubrik Aktuelle Analyse; für FJSBplus* PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de, Laura Sasse, E-Mail: laura.sasse@gmail.com und Vera Faust, E-Mail: Vera Faust vera.faust@gmail.com; *für Homepage und Social Media* Regina Vierkant, E-Mail: regina.vierkant@sevenminds.de, und Franziska Scholl, E-Mail: franziska.scholl@posteo.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro (†); Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Weberstraße 35, 52064 Aachen, E-Mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; *Spendenkonto*: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

Journal Manager: Jana Kuchta, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany, Tel.: +49 (0)30 260 05-228, Fax: +49 (0)30 260 05-250, E-Mail: jana.kuchta@degruyter.com

Anzeigenverantwortliche: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany, Tel.: +49 (0)30 260 05-226, Fax: +49 (0) 30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Titelbild: danyonited | Klimagerechtigkeit Leipzig (CC BY-SA)

Satz: com.plot Klemm & Schott, Mainz

© 2018 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim
Printed in Germany

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C107500